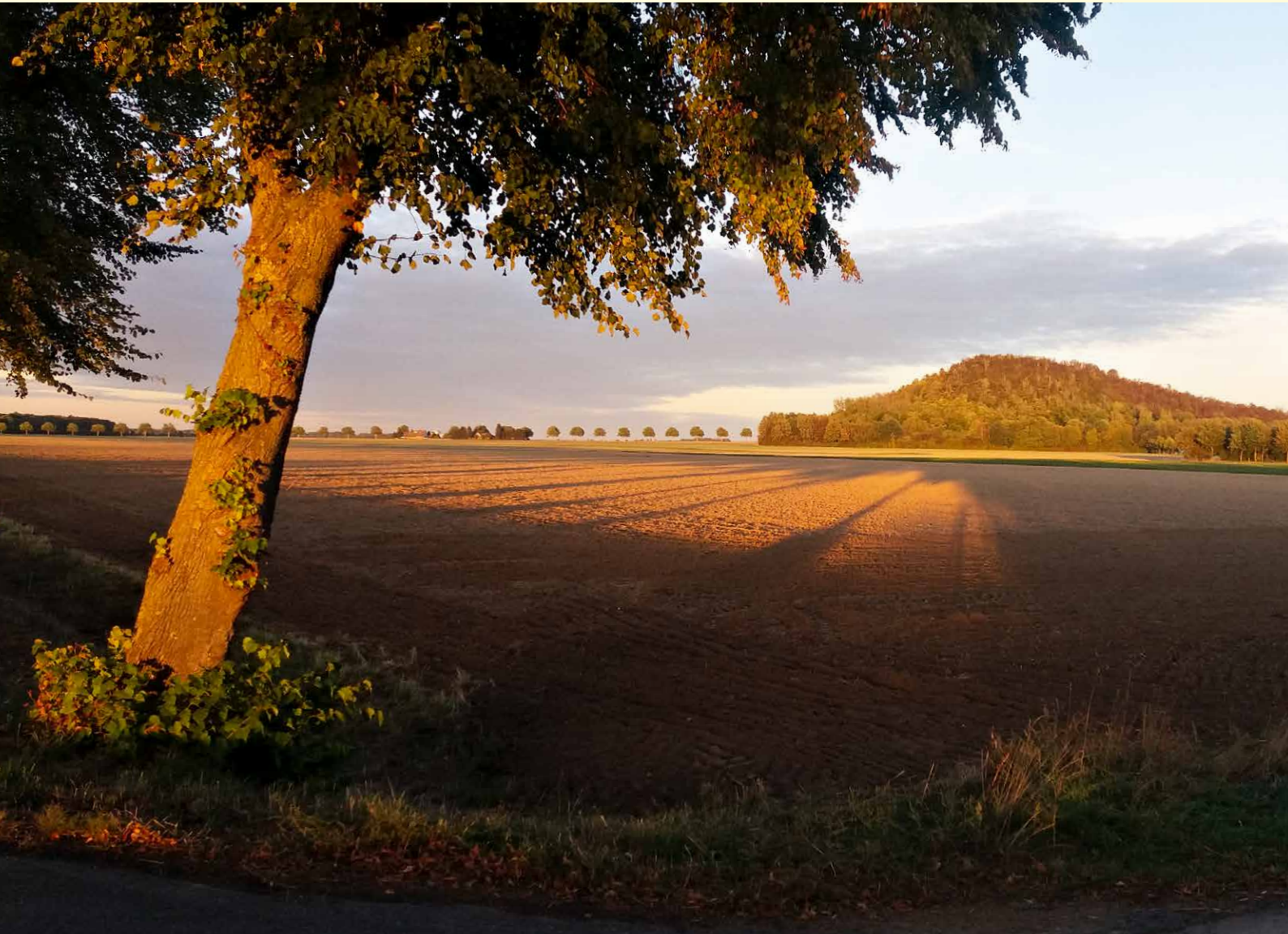




Braunschweigische Heimat



105. Jahrgang, Ausgabe 1/2019



Aus dem Inhalt:

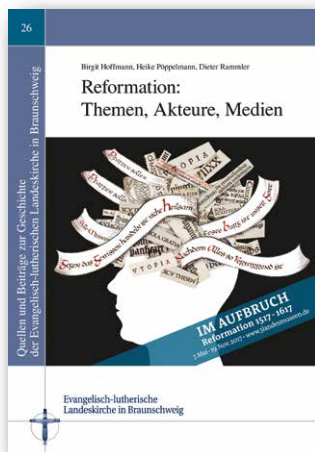
Archäologischen Ausgrabungen im Baugebiet
Lengede „Kreuzstein“

Heimatvertriebene im Braunschweiger
Land nach 1945

Schloss und Park Wendhausen

Lengede: 100 Jahre Seilbahnberg

Die historische Büssing-Feuerwehrdrehleiter



Reformation: Themen, Akteure, Medien

500 Jahre Reformation, 450 Jahre Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig. Beide Ereignisse prägten die Geschichte des Braunschweiger Landes und seiner Nachbarregionen. Zu den herausragenden Beiträgen im „Lutherjahr 2017“ zählte die Sonderausstellung „Im Aufbruch. Reformation 1517-1617“ des Braunschweigischen Landesmuseums und der Landeskirchen Braunschweigs und Hannovers. Ein Abschlussbericht und 23 öffentliche Begleitvorträge werden hier vorgestellt.

Wie kamen die reformatorischen Ideen in die Region? Von wem wurden sie aufgenommen und weitergetragen? Wie stellen sich die regionalen Ereignisse im Kontext von Vorgängen im Reich und auf europäischer Ebene dar? Ein vielschichtiger Zugang zu einem komplexen geschichtlichen Prozess vermittelt auf aktuellem Forschungsstand zugleich ein Gesamtbild.

Hoffmann, Birgit / Pöppelmann, Heike / Rammner, Dieter (Hrsg.):
Reformation: Themen, Akteure, Medien. – Wendeburg, Verlag Uwe Krebs, 2018,
Hardcover, 564 Seiten, ISBN 978-3-932030-78-9, 25,00 EUR

Abbildungen Titelseite:

Abb. oben:

Ein eisenzeitlicher Rautopf aus der Ausgrabung in Lengede. (Seite 3).

Abb. mitte: Der Lengeder Seilbahnberg im Sonnenschein (Seite 7). Foto(Ausschnitt): Martina Werner.

Abb. unten links:

Denkmal „Zur Erinnerung an das Durchgangslager Mariental 1945-1947“ (Seite 13).

Abb. unten rechts:

Eingangportal des Schlosses Wendhausen (Seite 18).

-
- 3 **Die archäologischen Ausgrabungen im Baugebiet Lengede „Kreuzstein“ 2016 bis 2017**
Thomas Budde und Jörg Weber
-
- 7 **Lengede: 100 Jahre Seilbahnberg**
Werner Cleve und Lutz Güntzel
-
- 11 **Der Pumper – Anzeiger beim Scheibenschießen**
Rolf Ahlers
-
- 13 **Heimatvertriebene im Braunschweiger Land nach 1945**
Christian Drescher
-
- 18 **Schloss und Park Wendhausen**
Klaus Hermann
-
- 20 **Das Ende des Herzogtums Braunschweig Teil 3 – Der schwierige Weg zur Demokratie**
Adrian Schäfer
-
- 24 **Als die Kegel noch geschoben wurden – Braunschweig war Hochburg von Kegelspiel und Kegelsport**
Otto Pfingsten
-
- 28 **Der Instrumentenbauer und Geodät Tobias Volckmer (1550-1622) – ein Beitrag zur braunschweigischen Wissenschaftsgeschichte**
Gerd Biegel
-
- 30 **Der Weg einer Büssing-Feuerwehrdrehleiter – ein Fahrzeug der Braunschweiger Industrie- und Feuerwehrhistorie**
Jörg Koglin
-
- 32 **Erlebtes im Braunschweigischen Landesverein**
-

Impressum:

Braunschweigischer Landesverein
Geschichte-Heimat-Natur e.V.
– Herausgeber –
www.bs-heimat.de

Unser Mitgliedsbeitrag beträgt
25,00 Euro pro Kalenderjahr,
Beitragshöhe für Schüler/innen
und Student/innen auf Anfrage.

Unser Konto: IBAN:
DE19 2505 0000 0000 1116 90
BIC: NOLADE2HXXX

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge verantworten die
Urheber/innen, nicht der
Verein oder die Redaktion.

Die Braunschweigische Heimat
erscheint auch in: „Digitale
Bibliothek Braunschweig“ –
Ein Dienst der Universitätsbi-
bliothek der TU Braunschweig.

Vorsitzender: Dieter Heitefuß,
Buchfinkweg 10,
38122 Braunschweig,
vorsitzender@bs-heimat.de

Redaktion: Rolf Ahlers,
Wendezeller Ring 10,
38176 Wendeburg,
heimat@bs-heimat.de

Gestaltung: Uwe Krebs
www.verlag-uwe-krebs.de

Braunschweigische Heimat
ISSN 2198-0225

Die archäologischen Ausgrabungen im Baugebiet Lengede „Kreuzstein“ 2016 bis 2017

Thomas Budde M.A. und Jörg Weber M.A.

Im Winter 2017/18 wurden die Ausgrabungen im Lengeder Baugebiet „Kreuzstein“ durch die Verfasser beendet. Bei der archäologischen Begleitung der Erschließungsarbeiten im Auftrag der Gemeinde Lengede konnte im Laufe des Jahres 2016 ermittelt werden, dass sich Siedlungen der älteren vorrömischen Eisenzeit (8. bis 6. Jh. vor Chr.) sowie der späten römischen Kaiserzeit bis Völkerwanderungszeit (spätes 4. bis 5. Jh. nach Chr.) unter dem Baugebiet am Nordwestrand der Ortslage Lengede befinden. Darüber hinaus traten immer wieder breit gefächerte Stränge einer alten Wegverbindung zwischen Lengede und Klein sowie Groß Lafferde auf, die nach Kartenzeugnissen u. a. zum sogenannten „Hohen Weg“ gehörten und in das 17./18. bis 19. Jh. datieren. Nach Beauftragung durch die Denkmalschutzbehörden in Peine und

Braunschweig wurden anschließend die Erdarbeiten auf 27 Baugrundstücken im mittleren Bereich des Baugebietes, wo sich die vor- und frühgeschichtlichen Siedlungsspuren konzentrierten, archäologisch begleitet. Ausgegraben wurde dabei nur noch so weit, wie baulich bedingt in den Boden eingegriffen wurde. Unter vielen Häusern ist daher noch jede Menge Archäologie konserviert, in den unbebauten Bereichen des Baugebietes ohnehin. Dennoch konnte ein guter Überblick über die Siedlungen gewonnen werden.

Für das Peiner Land waren die Ausgrabungen eine Besonderheit, weil eine eisenzeitliche und eine germanische Siedlung am selben Platz bis dahin nur einmal, bei Stederdorf, Stadt Peine, nachgewiesen werden konnte. Auch dort fanden von den 1950er bis 1970er Jahren Ausgrabungen statt, die allerdings bis heute nicht abschließend ausgewertet sind. Eisenzeitliche und germanische Funde sind im Peiner Land ansonsten häufig, wobei erstere fast überall anzutreffen sind, letztere mehr im südlichen Kreisgebiet. Sie stammen meist von Feldbegehungen oder Notgrabungen. Systematische Ausgrabungen sind bisher stark unterrepräsentiert. Gerade auch deshalb waren die Untersuchungen in Lengede von Bedeutung.



Abb. 1 oben: Ausgrabungsplan des Baugebietes Lengede „Kreuzstein“: Gelb: untersuchte Flächen. Rot: ältere vorrömische Eisenzeit; Blau: späte römische Kaiserzeit bis Völkerwanderungszeit; Dunkelgrau: undatierte vor- und frühgeschichtliche Siedlungsgruben, Hellgrau: Neuzeit (Wegestränge, soweit erfasst).

Abb. 2 unten links: Eine der oft recht komplexen eisenzeitlichen Siedlungsgruben in ausgegrabenem Zustand

Abb. 3 unten rechts: Ein vollständiger eisenzeitlicher Rautopf mit Fingerkuppenrand im freigelegten Zustand.





Abb. 5 oben links: Das Endstück eines schmalen, gewulsteten bronzenen Armrings, gefunden in erodiertem Erdreich am unteren Hang, d. h. in sekundärer Lagerung. Er ist der eisenzeitlichen Siedlung zuzuordnen und gehört zum Typ der keltisch beeinflussten „Steigbügelarmringe“ des 6. bis 5. Jh. v. Chr.

Abb. 6 oben mitte: Blick von Nordwesten auf das ausgegrabene und freigelegte östliche Grubenhaus in abgereinigtem Zustand. Die Pfostengruben waren teils bis zu einem Meter (unter der rezenten Oberfläche) tief gegründet. Im Hintergrund der Lengeder Seilbahnberg, rechts der nördliche Ortsrand von Lengede (Einkaufsmarkt).

Abb. 7 oben rechts: Das äußerst fundreiche östliche Grubenhaus im ausgegrabenen Zustand.

Abb. 8 unten: Arbeitsfoto: Schneiden der kleinteiligen Gruben der germanischen Siedlung im Bereich der nordwestlichen Erschließungstrasse.

Die topografische Lage, ein ausgeprägter Südhang über der Einmündung eines kleinen Nebentals in die Fuhseniederung, ist geradezu typisch für Siedlungsplätze dieser Zeitstufen. Erfasst wurden knapp 250 archäologische Befunde. (Abb. 1) Dabei handelt es sich in den meisten Fällen um Siedlungsgruben verschiedenster Funktion (Abb. 2), viele davon recht fundreich. Der größere Teil der Befunde gehört zur eisenzeitlichen Siedlung. Diese erstreckte sich über die gesamte Breite des Baugebietes, aber unter Meidung der nördlichen Hangkuppe einerseits und des hochwassergefährdeten Niederungsrandes im Süden andererseits. Die Verteilung der eisenzeitlichen Gruben lässt auf vier bis fünf locker verteilte Hofstellen schließen. Da in dieser Zeit offenbar pfostenlose Bauweisen – wie etwa der Schwellen- oder Blockbau – bevorzugt worden sind, konnten keine Hausgrundrisse festgestellt werden. Doch fanden sich in den Gruben häufig gebrannte Lehmstücke von Wänden und Öfen.

Unter den Funden überwiegt naturgemäß die Keramik. Typisch sind große geraute Vorratsgefäße mit Fingertupfenrand, sogenannte Rautöpfe (Abb. 3), aber auch glattwandige mit oft konischer Mündungspartie (Kegelhalsgefäße). Es fällt ein merklicher Anteil durch Strichmuster, Dellen und Rillen verzierter schwarzer Feinkeramik auf. (Abb. 4) Diese gehören oft zu Henkeltöpfen, den so genannten „Nienburger Tassen“. Das ganze Fundinventar ist typisch für die Harpstedt-Nienburger Gruppe, einer einheimischen Kulturgruppe zwischen den Kelten im Süden und den frühen Germanen im Norden. Bemerkenswert ist der Nachweis einfacher Feuersteinwerkzeuge in steinzeitlicher Tradition, während sich trotz großer Fundmengen nur ein einziges kleines Bruchstück eines Eisengegenstandes anfindet. Der Begriff „Eisenzeit“ spiegelt vor allem wider, dass das Eisen schon bekannt war, nicht aber, dass es schon in großen Mengen genutzt worden wäre. Gerade für Siedlungsplätze ist zudem eine „negative Fundhinterlassenschaft“ typisch: Das wertvolle Metall wurde in der Regel eingeschmolzen und wiederverwendet. So ist es als glücklich zu betrachten, dass immerhin – wenngleich außerhalb der Siedlungsgruben – ein Endstück eines gewulsteten bronzenen Armreifs gefunden werden konnte (Abb. 5). Dieser gehört zum Typ der keltisch beeinflussten „Steigbügelarmringe“ und datiert in das 6. bis 5. vorchristliche Jahrhundert. Mehrere tönernen Spinnwirtel – kleine Schwungscheiben für Handspindeln – dienen als Beleg für die Textilherstellung. Neben Haustierknochen fand sich in einer Siedlungsgrube auch ein





menschlicher Skelettrest, nämlich eine Schädelkalotte, die noch genauer anthropologisch untersucht werden wird. Funde von Menschenknochen oder gar vollständiger Skelette sind in spätbronze- bis eisenzeitlichen Siedlungen nicht unbekannt, zumindest für das Peiner Land hiermit aber erstmals nachgewiesen.

Überreste der rund tausend Jahre jüngeren germanischen Siedlung traten nur im mittleren westlichen Teil des Baugebietes auf und dürften sich zweifellos weiter nach Westen in Richtung Fuhseniederung fortsetzen. Von Bedeutung war hier die Entdeckung dreier nebeneinanderliegender Grubenhäuser – eingetiefter Hütten – vom 6-Pfosten-Typ (Abb. 6 und 7), an die sich nach Norden ein freier Platz mit einer Feuerstelle anschloss. Nördlich des Platzes folgte ein Bereich mit zahlreichen kleinen Gruben. (Abb. 8) Zum Teil gehören sie vermutlich zu einem größeren Pfostenhaus, das sich außerhalb der erfassten Grabungsfläche fortsetzt. In der Umgebung der Grubenhäuser traten einige große Gruben und Grubenkomplexe unterschiedlicher Funktion auf (Abb. 9). Die kleinen Grubenhäuser waren besonders in germanischer Zeit bis weit in das Mittelalter ein verbreiteter Gebäudetyp. Ihr großer Vorteil war die Witterungsbeständigkeit. Im Sommer boten sie ein kühles, im Winter ein relativ warmes Raumklima. Funde deuten darauf hin, dass sie häufig als Handwerksräume genutzt worden sein dürften. So mag es kein Zufall sein, dass in Lengede mehrere Spinnwirtel und ein Webgewicht als Nachweise für die Textilherstellung im Bereich der Grubenhäuser gefunden worden sind. Eine weitere, leider aber kaum nachweisbare Deutung ist, dass die

kleinen, gemütlichen Hütten auch als Schlafplatz dienten, ferner auch, dass manche wegen der oft tiefen und breiten Pfostenlöcher ein Obergeschoss gehabt haben könnten. Besonderes Interesse verdient das Skelett eines kleinen Pferdes, das mit angewinkelten Beinen in einer flachen Grube, ungefähr in Ost-Westrichtung, niedergelegt war. (Abb. 10) Ähnliche oft kultisch gedeutete Befunde sind aus germanischen Siedlungen und mehr noch von Gräberfeldern bekannt. Im deutlichen Unterschied zur eisenzeitlichen Siedlung traten in der germanischen Siedlung in den Gruben und Grubenhäusern Eisen- und Buntmetallgegenstände sowie Schlacken auf. Letztere belegen die Herstellung und Verarbeitung von Eisen vor Ort. Mindestens eine der Schlacken deutet augenscheinlich auf die Verarbeitung von Lengeder Erz (Kalkerz vom Typ Lengede-Broistedt) statt des sonst üblichen, in den sumpfigen Niederungen abgebauten Raseneisensteins hin. (Abb. 11) Dies ist naheliegend, da der ehemalige Ausbiss der Erzader zwischen Lengede und Bodenstedt nur etwa einen Kilometer entfernt liegt. Es handelt sich zwar nicht um den ersten Nachweis für die Nutzung des Lengeder Erzes in germanischer Zeit, wohl aber um den ersten für Lengede selbst.

Von einiger Bedeutung ist der Fund eines ca. 18 cm langen eisernen Hakenschlüssels. (Abb. 12) Dies ist eine Vorform der heutigen Schlüssel mit Wurzel in der Eisenzeit. Sie werden sonst eher als Grabbeigabe in Frauengräbern gefunden und sind in der hiesigen Region bisher selten nachgewiesen. Der Lengeder Schlüssel besitzt einen ankerförmigen „Bart“ (Abschluss) und setzt sich damit von den häufigeren Stücken mit einfachem Haken ab. Diese Form tritt in der nachfolgenden Merowingerzeit auf den Reihengräberfeldern der germanischen Stämme häufiger in Miniaturform als Bestandteil von Amulett-Kettengehängen, wiederum in Frauengräbern auf. Gefunden wurde er in einer kleinen Grube am Nordrand der Lengeder Siedlung – dort, wo auch das größere



Abb. 4 unten links: Unterteil eines kleinen schwarztonigen Topfes mit typischer Verzierung der älter-eisenzeitlichen Nienburger Gruppe (mehrzeiliges Wellenband und Dellengruppe).

Abb. 9 oben links: Eine der großen Siedlungsgruben der germanischen Siedlung auf einem der westlichen Baugrundstücke in geschnittenem Zustand.

Abb. 10 oben rechts: Im Planum freigelegtes Skelett eines kleinen Pferdes, wegen des Baggereinsatzes leider nicht mehr ganz vollständig. Der Befund gehört zur germanischen Siedlung und dürfte wegen der bewusst sorgfältigen Niederlegung in Ost-West-Richtung mit angewinkelten Beinen kultisch zu deuten sein.



Pfostengebäude zu vermuten ist. Der stark von Rost und verbackenen Lehm umhüllte Schlüssel gab sich erst auf einem Röntgenbild zu erkennen. Die genaue Form des Schaftes mit vermutlicher Aufhängevorrichtung am Gürtel wird sich erst nach erfolgter Restaurierung zeigen.

Die Keramik der germanischen Siedlung ist zum Teil sehr qualitativ. Neben der grauen „Braunschweiger Drehscheibenware“ – einem germanischen Imitat römischer Töpferware (Abb. 13) – kamen bei der Fundreinigung variantenreiche feine Reliefverzierungen zum Vorschein, wie sie für germanische Töpferwaren durchaus typisch sind. Die häufigste Gefäßform waren Kümpe bzw. Kumen in verschiedenen Größen. Bis auf die Randpartie waren sie an der Wandung fast immer künstlich durch Tonschlickerverstrich geraut, um eine bessere Griffigkeit zu erzielen. Der meist sorgfältig in abwechselnden Schrägstreifen aufgebrachte Verstrich diente daneben sicher auch als Zierelement. Größere Vorrats- und Kochtöpfe anderer Form konnten ebenfalls geraut sein (Abb. 14). Am vorletzten Grabungstag – bezeichnender Weise kurz vor Weihnachten – wurde noch eine grüne Glasperle als Beleg für den damaligen Frauenschmuck gefunden. In germanischen Gräbern dieser Zeit gehören die bunten, aufwendig und variantenreich gefertigten Perlen zu den attraktivsten Funden. Aufgrund der vorherrschenden Brandbestattungssitte sind sie aber meist nur schlecht erhalten.

Abb. 11 oben links: Eine der Eisenschlacken von der germanischen Siedlung, die auf eine Verhüttung von Lengeder Erzen hindeutet.

Abb. 13 oben rechts: Gefäßrand einer Schale der grauen „Braunschweiger Drehscheibenware“, einem germanischen Imitat spätantiker römischer Keramik.

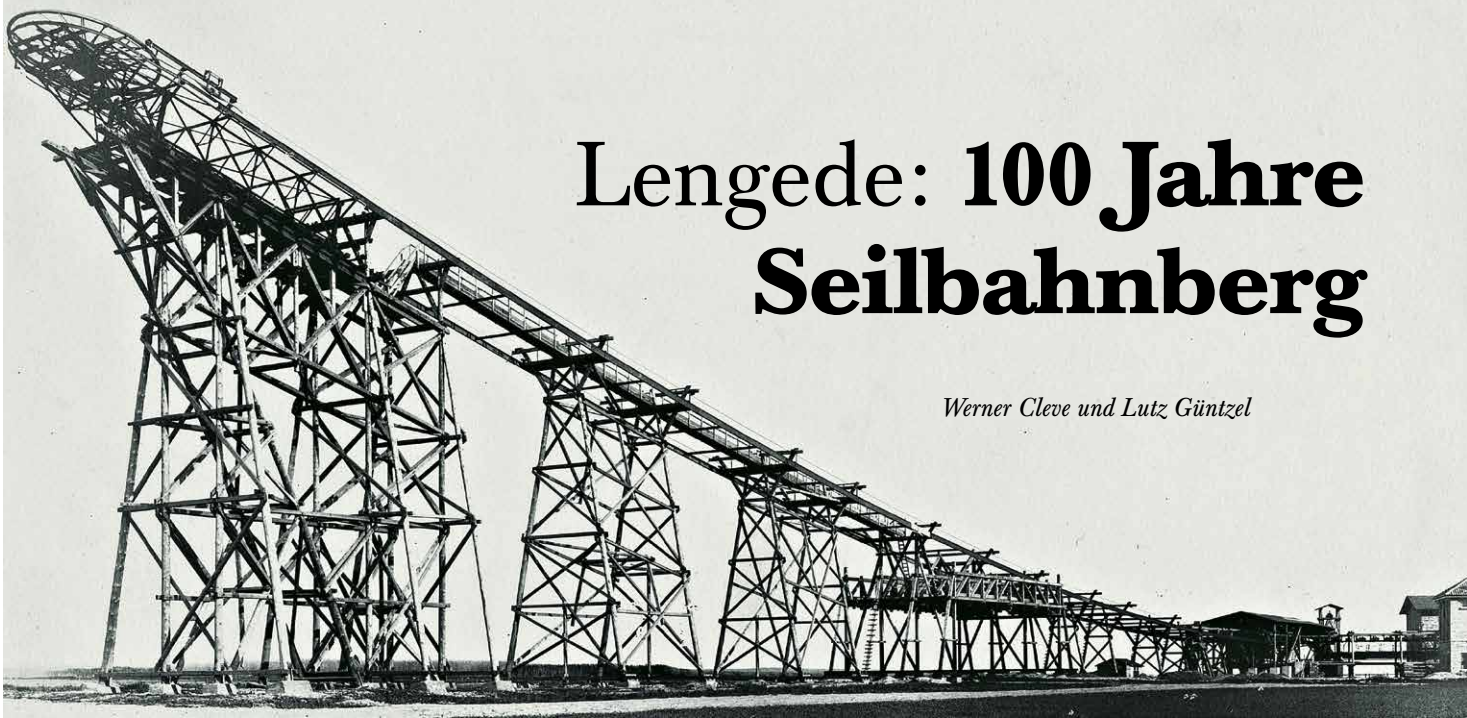
Abb. 12 mitte: Der gut 20 cm lange germanische Hakenschlüssel (erste Rekonstruktion nach Röntgenbildbefund).

Abb. 14 unten: Im mittleren Grubenhaus fanden sich in einem Scherbennest Teile eines vollständigen großen Topfes mit künstlich gerauter Oberfläche.

Abbildungsnachweis:

Abb. 1 Gesamtplan Thomas Budde/Jörg Weber. Digitale Umsetzung: Vermessungsbüro Gäbler, Abb. 2-7 u. 9-14: Thomas Budde/Jörg Weber, Abb. 3 u. 8: Jens Heuer.





Lengede: 100 Jahre Seilbahnberg

Werner Cleve und Lutz Güntzel

Seilbahnberg – Gerhard Stache, um 1985

Es ist kein Matterhorn, granitverdichtet,
kein Fudschijama und kein Krakatau.
Er ward von Menschenhänden aufgeschichtet,
und seine Wiege war der Tagebau.

So ragt er in den blauen Himmel:
ein Buckelwal im Feldermeer,
zu seinen Füßen fröhliches Gewimmel
und Naherholung um ihn her.

Hoch oben von der Aussichtsstätte
erblickst du Wiesen, Wälder, Au'n.
Von fern her kannst du die Silhouette
als Wahrzeichen der Heimat schauen.

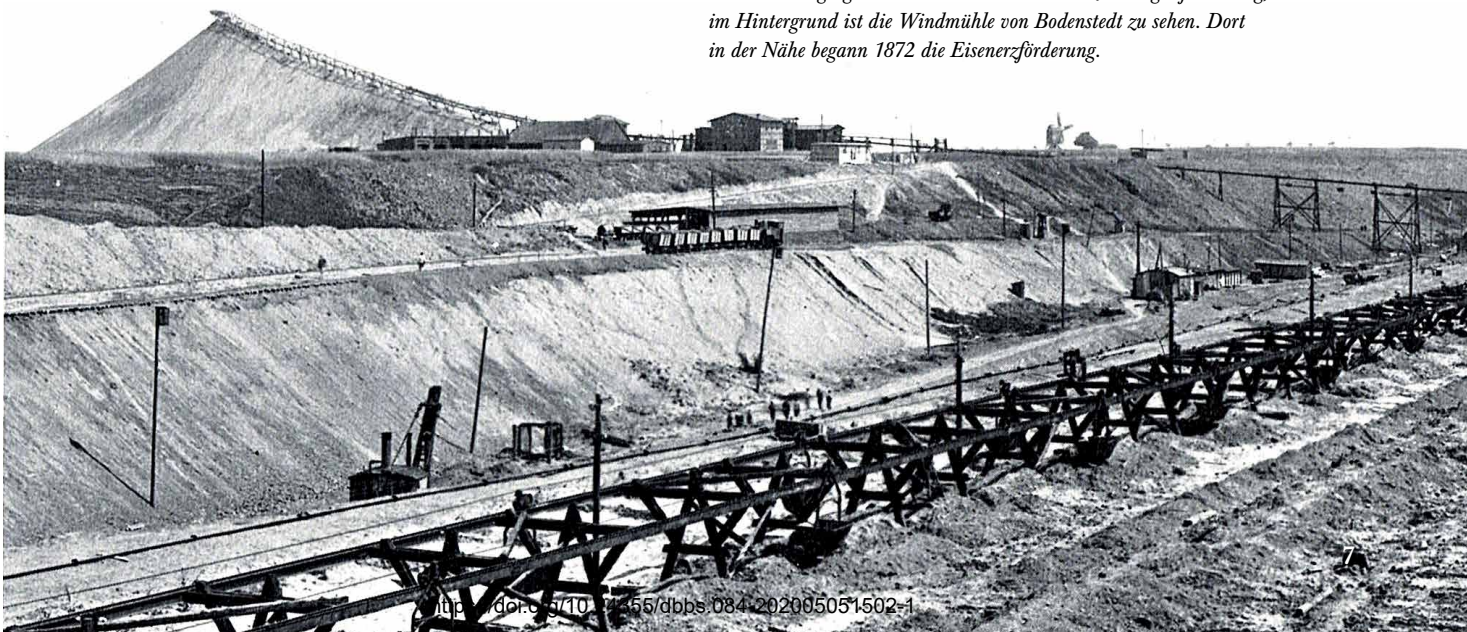
Wenn man Lengede nach Osten in Richtung Vallstedt verlässt, kommt man in einer sonst ebenen Landschaft plötzlich an einem Berg vorbei. Es ist der Seilbahnberg, auch allgemein Lengeder Berg genannt. In Bodenstedt wird er aber als Bodenstedter Berg bezeichnet, weil er als Abraumhalde in der Feldmark von Bodenstedt aufgeschüttet wurde. Lengeder Erde (Landkreis Peine) wurde dort im Landkreis

Braunschweig aufgehaldet. Im Ortswappen von Bodenstedt – von 1952 – ist der Seilbahnberg sogar dargestellt. Das Gelände des Seilbahnbergs, die östlichen Klärteiche sowie das heutige Baugebiet am Seilbahnberg, bisher zur Gemeinde Bodenstedt gehörend, wurden durch Grenzverschiebung im Zuge der Gebietsreform 1974 Lengeder Gemeindegebiet, insgesamt kamen etwa 270 Hektar (2,7 Quadratkilometer) zur Gemeinde Lengede hinzu. Der Seilbahnberg wurde damit zur höchsten Erhebung im Landkreis Peine.

Der Seilbahnberg ist ein gutes Beispiel dafür, wie der Mensch die Landschaft verändert hat. Die Ilseder Hütte hat die Eisenerzfelder von Bodenstedt (1872) und von Lengede (1877) gekauft und begonnen, Eisenerz zu fördern, das im Hochofenwerk Ilsede verhüttet wurde. Bis zum 1. Weltkrieg wurde das Eisenerz ausschließlich in Tagebauen gewonnen

Abb. 1 oben: Mit dem Seilbahngerüst begann 1918 das Aufschütten des Seilbahnberges. Es wurde eine Drahtseilbahn gebaut, die den Abraum mit Hänge-Kipploren zu einem Berg aufschüttete. Links oben die Abwurfstation und rechts unten die Antriebsstation.

Abb. 2 unten: Das Foto (um 1926) zeigt die Abraumförderung mit Kipploren im Tagebau Mathilde (Abraumbahn im Vordergrund). Die beladenen Loren werden zum Tagebaurand zur Antriebsstation gezogen und von dort ging es mit der Haldenbahn hoch zur Bergaufschüttung, im Hintergrund ist die Windmühle von Bodenstedt zu sehen. Dort in der Nähe begann 1872 die Eisenerzförderung.





(Grube Sophienglück-Mathilde) und danach bis 1977 zusätzlich im Tiefbau. Im Tagebaubetrieb lag naturgemäß Abraumerde über den Erzschieben, die erst weggeschafft werden mussten, um das Eisenerz fördern zu können. Den Abraum hat man an tiefer gelegenen feuchten Stellen in der Lengeder Feldmark und an ausgeerzten Stellen im Tagebau verschüttet. Diese Möglichkeiten der Abraumbeseitigung waren 1917/18 schließlich ausgeschöpft. Nach der Genehmigung im Juli 1918 wurde eine Drahtseilbahn gebaut, die den Abraum bis 1927 zu einem Berg aufschüttete. Ein schweres Unwetter mit orkanartigen Stürmen ließ im März 1926 die Seilbahnkonstruktion auf dem Berg zusammenbrechen, der Wiederaufbau erfolgte sofort.

Laut Landesvermessung – Messtischblattnummer 3727 Groß Ilsede – beträgt die Höhe des Seilbahnberges 156,60 Meter über Normal-Null. Gegenüber dem Umland entspricht das einer Höhe von etwa 63 Meter. Aus der Kataster-Plankarte 1:5000 des Niedersächsischen Landesvermessungsamtes von 1956 lassen sich die Abmessungen des Berges feststellen. Demnach beträgt die größte Länge am Fuße des Berges in nordsüdlicher Ausdehnung etwa 375 Meter und die größte Breite in westöstlicher Richtung etwa 250 Meter. Der Weg zur Besteigung des Berges hat vom Vallstedter Weg bis zur Kuppe eine Länge von etwa 240 Meter.

Zur Verfestigung der Berghänge diente auf allen Seiten im unteren Bereich eine Bepflanzung als bunte Mischung von Büschen und Bäumen. Sie wurde auch im Umkreis des Berges, besonders in Richtung Lengede, fortgesetzt. Auf der so begrünt Fläche von rund 10 Hektar entstand bald

Abb. 3 oben: Blick vom Förderturm des Schachtes Mathilde zum Seilbahnberg um 1926, das große Gebäude vorn rechts ist die Hauptwerkstatt. Dahinter ist die die Wohnbarackensiedlung „Klein Lengede“ zu sehen, dort wohnten zwischen den Weltkriegen zugezogene Bergleute mit ihren Familien, insgesamt bis zu 600 Personen.

Abb. 4 unten: Blick vom Förderturm des Schachtes Anna zum Seilbahnberg. Über dem Berg schwebte im September 1929 das 235 Meter lange Luftschiff „Graf Zeppelin“ auf einer Fahrt nach Berlin. Foto: Ernst Giesler.





Abb. 5 oben: Das Luftbild von 1958 zeigt das Schachtgelände und im Hintergrund den Seilbahnberg. Im Vordergrund vor den Gleisanlagen links der Bahnhof Broistedt. Hinter den Gleisanlagen, rechts vom Bahnhof, die Eisenanzaufbereitungsanlage III, zu ihr führt die Förderbrücke vom Schacht Mathilde. In der Bildmitte rechts der Schacht Anna mit den Aufbereitungsanlagen. Im oberen Drittel von links: Der ausgeerzte Tagebau Mathilde und die Klärteiche 8, 7 und 6.

Abb. 6 unten links: Luftbild von 1976. Der Lengeder Bergbau endete 1977 – der Seilbahnberg wird immer an den Bergbau erinnern. Bereits im Herbst 1974 begannen die Stahlwerke Peine-Salzgitter mit den Arbeiten am neuen Park unter großer Unterstützung der Lengeder Vereine.

Abb. 7 unten rechts: Mit der Zeit schränkten die wachsenden Bäume die Aussicht vom Gipfel mehr und mehr ein, daher errichteten Mitarbeiter der Gemeinde und des Schachtes im September 1976 eine Aussichtsplattform.

eine Parklandschaft. Mit den angelegten Wanderwegen entwickelte sich diese zum beliebten Ausflugsziel für Lengede und Umgebung. Kinder nutzten Berg und Park auch gern als Spielplatz. Bei klarem Wetter hatte man von der Kuppe des Seilbahnberges eine herrliche Aussicht bis zum Brocken und in alle Himmelsrichtungen.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges befand sich beim Einmarsch von US-Truppen in Lengede am 10.04.1945 auf dem Seilbahnberg eine Beobachtungsstelle der Deutschen Wehrmacht, um Artilleriefeuer auf die vorrückenden Amerikaner zu lenken. Auch nach Kriegsende blieben die Grünanlagen auf dem Seilbahnberg und im Park zunächst unberührt. Als dann in den Notjahren 1945/46 Feuerungsmaterial knapp wurde, fällten frierende Menschen die Bäume und Sträucher in einer kurzen Zeit und verfeuerten sie als Brennholz. Der Park war 1947 schon wieder Ackerland. Erst nach und nach begann die erneute Aufforstung des Berges. 1977 endete die Eisenerzgewinnung der Grube Lengede-Broistedt. Die Stahlwerke Peine-Salzgitter als Eigentümer der Grube legten als Abschluss für den 105jährigen Eisenerzabbau wieder einen Park an und übergeben ihn einschließlich Seilbahnberg am 30.10.1975 an die Gemeinde Lengede.

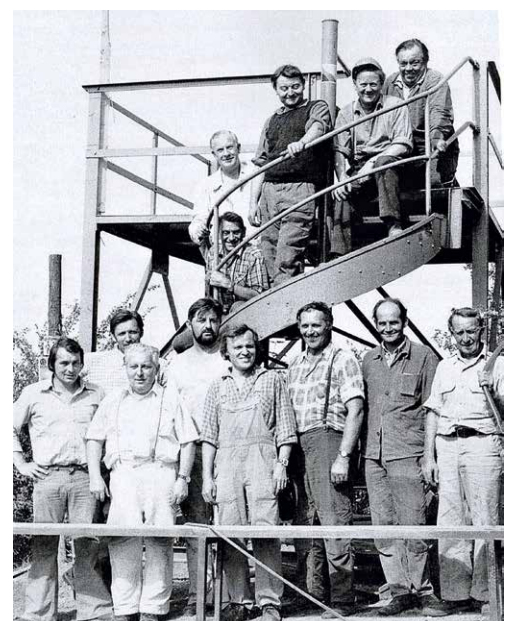




Abb. 8 oben links: Luftbild vom Mai 1992.

Abb. 9 oben rechts: „Rock am Berg“

Abb. 10 unten: Konzert des Staatsorchesters Braunschweig. Foto: Lutz Güntzel.

Abbildungsnachweis, wenn nicht angegeben: Archiv der Arbeitsgruppe Bergbau der Ortsheimatpflege Lengede.

Im Herbst 1974 begannen die Arbeiten am Park unter großer Unterstützung der Lengeder Vereine. Es wurden tausende Büsche und Sträucher gepflanzt, insgesamt 1800 Meter Wege sowie Rasenflächen angelegt. 3 Hütten, zahlreiche Sitzbänke und ein Trimm-dich-Pfad mit 20 Stationen kamen hinzu, wie auch ein großes Wasserbecken (inzwischen verfüllt), ein Spielplatz mit Klettergerüsten sowie ein gemauerter Grill. Zum Gipfel hin wurden aus 510 Holzschwellen mehrere Treppenabschnitte mit dazwischenliegenden Wegen geschaffen. Zunächst übernahmen die Lengeder Vereine und die Freiwillige Feuerwehr die teilweise mühevollen Pflege des Parks, seit Sommer 1976 wird die Parkpflege durch die Gemeinde Lengede ausgeführt.

Weitere Maßnahmen am Seilbahnberg: Der Spielplatz wird mehrfach umgestaltet. Am 11.09.1977 Enthüllung der Bergmann-Bronzestatue, sie stand vorher vor dem Verwaltungsgebäude auf dem Schachtgelände. Im Juni 1978 Aufstellung des letzten Förderwagens, der am 30.12.1977 feierlich zum Ende der Erzförderung aus dem Schacht Mathilde kam. Im November 1979 Aufstellung einer Seilscheibe mit einem Teil eines Stahlseils des Förderturms von Schacht Mathilde. Der Förderturm war am 20.9.79 gesprengt worden. Die Katholische Kirche feierte von 1980 bis 2009 jährlich einen Gottesdienst mit anschließendem Pfarrfest. Danach fanden Gottesdienste mit Pfarrfesten auch 2012 und 2015 statt. Die Modell-Dampfeisenbahn mit der Spurweite 5 bzw. 7 Zoll (12,7 bzw. 18,4 cm) fährt erstmalig 1991 auf selbstgebaute Gleisen im Park, bis 2013. 2005 Einbau der Riesenrutsche wird in den Westhang des Seilbahnberges. Seit 2009 veranstaltet der Verein Passagio – Musiker helfen Menschen in Not e.V. aus Lengede jährlich das Musikfestival „Rock am Berg“. Die Einnahmen werden hilfsbedürftigen Menschen gespendet. 2014 erfolgte die Wiederaufnahme des Modellbahnbetriebes auf komplett neu gebaute Gleisen und am 18.09.2016 wurde die Dampf-Lokomotive „Mathilde“ getauft.

Veranstaltungen zur 100 Jahr-Feier: Konzert des Staatsorchesters Braunschweig am 17.06.2018 im Park, Lichtbildervortrag zur Geschichte des Seilbahnberges am 08.09.2018 im Rathaus und am 15.09.2018 fand die Jubiläumsveranstaltung als Familienfest am Seilbahnberg statt.

Literatur:

Meier, Otto: Der Seilbahnberg von Lengede, 1966. Archiv Lengede. / Bilges, Otto (Hrsg.): Die Lichter sind erloschen, 4. Auflage. – Haltern, 1987. / Arbeitskreis 850 Jahre Lengede (Hrsg.): Lengede an der Fuhse 1151-2001. – Lengede, 2001. / Fischer, Johannes u. Irlich, Niklas: Die Eisenerzgrube Lengede-Broistedt 1872-1977. – Norderstedt, 2017.



Der Pumper – *Anzeiger beim Scheibenschießen*

Rolf Ahlers

Vorbemerkung

Vater kommt vom Scheibenschießen nach Haus. Mutter fragt: „Hast du Erfolg gehabt?“ „Mehr oder weniger,“ bekommt sie als Antwort. „immerhin habe ich zwei Pumpen geschossen.“ „Au fein,“ freut sich das Kind, „bekomme ich eine ab?“ – Es ist schwer, dem Kind zu erklären, dass eine „Pumpe“ in diesem Sinne kein Gegenstand ist.

Eine Pumpe ist ein Gerät oder eine Maschine zum Fördern von Gasen und Flüssigkeiten, also fließfähigen Substanzen. Das Verb „pumpen“ bezeichnet die damit verbundene Tätigkeit. Eine weitere Bedeutung des Verbs „pumpen“ kennen wir im Sinne von „borgen“ oder „leihen“, so auch auf „Pump“ (= Kredit) kaufen.

Wie aber kam es zur Bezeichnung „Pumpe“ für einen Fehlschuss beim Scheibenschießen? Nachschlagen in mehreren Etymologischen Wörterbüchern und weiteren Publikationen führte nicht zum Erfolg.

Das Scheibenschießen

Aus mündlicher Überlieferung ist mir Einiges über das Scheibenschießen aus den 1930er Jahren bekannt, hinzu kommen eigene Erlebnisse als Scheibenkuckelhelfer zu Anfang der 1950er Jahre. Gleich ist für beide Zeiträume: Es wurde auf einem offenen Schießstand direkt auf die Königsscheibe (vom Stellmacher aus Holz angefertigt) geschossen. (Abb. 1)

Zur Trefferaufnahme zog der Scheibenkucker die an einer Schiene aufgehängte Königsscheibe – 80 cm Durchmesser, 20 Ring – aus der Schießbahn in seine seitlich befindliche Deckung. In das von der Kugel erzeugte Loch schlug er einen etwa 3 cm langen, vorn zugespitzten Holzpflock mit dem Hammer ein. (Abb. 2) Die Kugel durchschlug die Scheibe. (Abb. 3)

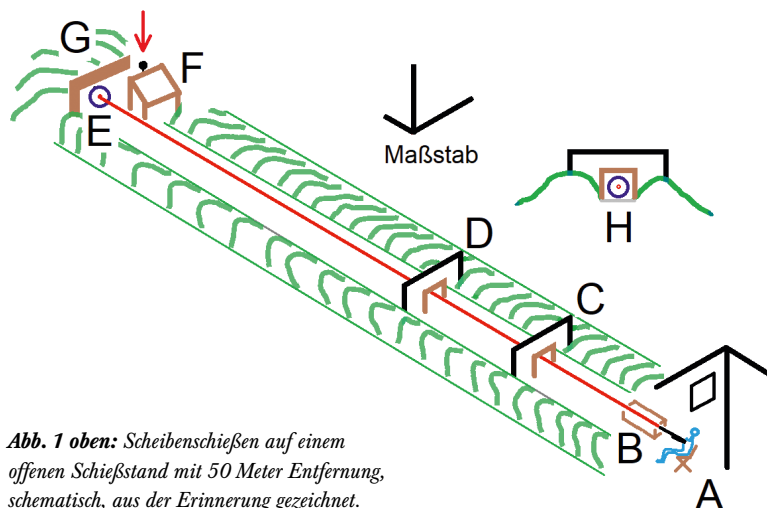


Abb. 1 oben: Scheibenschießen auf einem offenen Schießstand mit 50 Meter Entfernung, schematisch, aus der Erinnerung gezeichnet. Rote Linie in der Schießbahn: Die Visierlinie des Schützen auf die Königsscheibe.

A: In einem Raum: Ansitz für den Schützen, Schießaufsicht, Schriftführer für die Schießkladde, durch das Fenster konnte er die Trefferanzeige sehen.

B: Schießscharte aus Holzbohlen.

C und D: Erste und zweite Blende, aus Mauerwerk, die Schießöffnung mit Holzbohlen eingefasst.

E: Die Königsscheibe.

G: Kugelfang, Holzbohlenwand mit rückwärtigem Erdwall.

F: Deckung für den Scheibenkucker, mit dem Pumper (durch den roten Pfeil gekennzeichnet) für die Trefferanzeige.

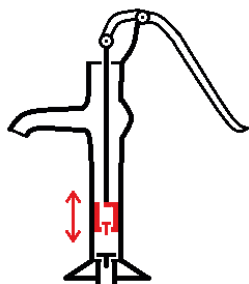
H: Blick auf die erste Blende.

Grün: Erdwälle.

(Maßstab: Die Länge – nach links – ist gegenüber Höhe und Breite auf die Hälfte verkürzt dargestellt.)

Abb. 2 und 3 unten: Vorder- und Rückseite der „Freischeibe“ „Rüper, d. 25.6.22“





Die Trefferanzeige geschah mit dem Pumper in zwei Phasen.

Erst die Ringzahl mit der schwarzen Seite des Kopfes. Jedes „Heben-Senken“ (= pumpen, wie bei einer Kolbenpumpe (Abb. 4)) zählte 5 Ring. „Heben-Senken – Heben-Senken – Heben-Senken“ also 15 Ring. Es folgte gegebenenfalls das Schwenken: „Links-Rechts-Links“ gleich 3 Ring, insgesamt also 18 Ring.

Als zweites folgte die Anzeige der Trefferlage mit der weißen Seite des Kopfes. Die Zählung erfolgte entsprechend. „Heben-Senken“ gleich 5, „Links-Rechts-Links-Rechts“ gleich 4, insgesamt also 9, bezogen auf das Zifferblatt der Uhr: Der Treffer lag links der Mitte. (Abb. 5)

War die Scheibe verfehlt, so war es eine „Pumpe“. Der Scheibenkucker zeigte das mit einem Schwenk des Pumpers (schwarze Seite) von links nach rechts an. Hatten die Schießgäste die Trefferanzeigen durch Mitzählen verfolgt, so wurde die „Pumpe“ durch ein langgezogenes „Ooooooh“ kommentiert.

Nach der Trefferanzeige schob der Scheibenkucker die Scheibe in die Schießbahn zurück.

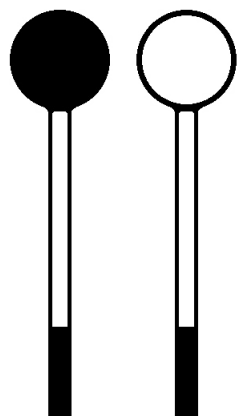
Der Pumper

Gefertigt ist der Pumper aus einem Stück Holz (Brett), Kopfdurchmesser 10 cm, Stiellänge 50 cm, der Kopf geht nahtlos in den gerundeten Stiel über. Angemalt ist der Pumper mit weißer Farbe, eine Seite des Kopfes und das Griffstück des Stieles jedoch mit schwarzer Farbe. (Abb. 6) Auch heute noch wird der Pumper benutzt, dient er doch dem Scheibenkucker während des Umzuges zum Tragen der Königscheibe (sie hat oben eine randnahe Bohrung) auf dem Rücken. Nach dem Annageln der Königsscheibe am Haus der Königin/des Königs wird der nun nicht mehr benötigte Pumper auf die Scheibe genagelt. (Abb. 7)

Abb. 7: Scheibe mit Pumper: „Hoch lebe der König der Jungen Gesellschaft • Wendezelle den 12. u. 13.7.1975“



Schießverfahren



Geschossen wurde auf einem offenen Schießstand. Um Schüsse in beliebige Richtung zu verhindern, gab es am Ansitz bereits eine zwei Meter lange Schießscharte, in einiger Entfernung dann zwei Blenden. So wurde die Blick- und Schussrichtung auf die Scheibe eingengt.

In den 1920er und 1930er Jahren kam ein Scheibengewehr meist mit der Patrone 8,15x46R zum Einsatz. Landläufig wurde es als Karabiner (wird noch heute vom Wachbataillon der Bundeswehr in der Ausführung 98k verwendet) bezeichnet. Der Schaft des Scheibengewehrs hatte zwar die Form und Ausführung wie der des Karabiners, der wesentliche Unterschied zum Karabiner bestand allerdings in der wesentlich geringeren Treibladung in der Patrone. Geschossen wurde auf 100 Meter Entfernung, Geschoss-Durchmesser 8,38 mm. – Beginnend in den späten 1940er Jahren kam ein Kleinkalibergewehr mit der Patrone .22lfb zum Einsatz. Geschossen wurde auf 50 Meter Entfernung, Geschoss-Durchmesser 5,72 mm.

Schlussbemerkung

Die Bezeichnung „Pumpe“ für einen Fehlschuss beim Scheibenschießen wird auf das Zählverfahren – „pumpen“ mit dem „Pumper“ – bei der Trefferanzeige zurückgeführt.

Abb. 4 oben: Handbetätigte Kolbenpumpe mit dem auf- und abgehenden Kolben, schematisch.

Abb. 5 unten rechts: Roter Punkt =
Treffer 18 Ring, auf 9 Uhr.

Abb. 6 mitte: Der Pumper, Vorder- und Rückseite.





Heimatvertriebene im Braunschweiger Land nach 1945

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem deutschen Osten

Christian Drescher

Die Flucht und Vertreibung der Deutschen nach Ende des Zweiten Weltkrieges von 1945 bis 1950 betraf rund 12 Millionen Deutsche in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und deutschsprachige Bewohner aus Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Sie war eine Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und Kriegsverbrechen in Ostmitteleuropa und Südosteuropa während der Zeit des Nationalsozialismus und der Gebietsverluste des Deutschen Reiches, die die Siegermächte (USA, Sowjetunion, Großbritannien) auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 festlegten. Ein großer Teil des privaten Eigentums der Ost- und Sudeten-deutschen wurde entschädigungslos konfisziert, auch das öffentliche und kirchliche deutsche Eigentum in diesen Gebieten wurde enteignet. Nach der Kapitulation Deutschlands erfolgte am 8. Mai 1945 die Besetzung durch die Russen und ab Juni 1945 durch die Polen.

Zu den von den Alliierten vereinbarten „geordneten und humanen Transfers“ deutscher „Bevölkerungsteile“ Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns sowie Polens Verwaltungshoheit über die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie kam es jedoch weitgehend nicht. Bereits im Sommer 1945 begannen die wilden Vertreibungen in den Gebieten unter polnischer und tschechoslowakischer Verwaltung. Es wird von über 600.000 bestätigten Toten in unmittelbarer Folge der Verbrechen im Zusammenhang mit der Vertreibung berichtet. Die organisierte Vertreibung der Deutschen durch polnische Behörden erreichte – nach einer Übereinkunft mit der britischen Besatzungszone – 1946 in der „Aktion Schwalbe“ einen Höhepunkt. Davon betroffen waren auch Millionen Menschen in Schlesien, der bevölkerungsreichsten Provinz im Osten des Deutschen Reiches. Zu den 12 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen kamen vor allem ab Ende der 1950er Jahre über vier Millionen deutsche oder deutschstämmige Aussiedler. Die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen verstreute die vielen Einwohner weit über alle alliierten Besatzungszonen.

Zwischen 1945 und 1948 mussten 11.900.000 Deutsche ihre Heimat verlassen:

Abb. 1 oben: Im niederschlesischen Glatz gingen die Vertriebenen im Februar 1946 vor der Minoritenkirche auf dem Weg zum Bahnhof, von wo sie mit Viehwaggons nach Westen abtransportiert wurden. Deutlich sind die weißen Armbinden sichtbar, die sie als Deutsche kennzeichneten.

Herkunftsgebiet	Flüchtlinge und Vertriebene
Ostbrandenburg	400.000
Ostpreußen	1.960.000
Pommern	1.430.000
Posen, Westpreußen, Danzig, Baltikum	1.160.000
Schlesien	3.200.000
Sudetenland	3.000.000
Jugoslawien, Rumänien, Ungarn	760.000



Vertreibung aus der Heimat und Ankunft im Westen

Die Vereinbarung des Alliierten Kontrollrates für Deutschland vom 20. November 1945 bildete den Ausgangspunkt für den Verteilungsplan hinsichtlich der Ausweisungstransporte der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen in die vier Besatzungszonen. Am 14. Februar 1946 unterzeichneten die Briten ein Abkommen mit der polnischen Regierung, das eine geordnete Aussiedlung zumindest auf dem Papier ermöglichen sollte. (Abb. 1) Zehn Tage später verließ der erste Transport der Aktion „Schwalbe“ („Operation Swallow“) den Bahnhof Kohlfurt. Die unbeheizten Güterwaggons der Eisenbahnzüge waren vollkommen überfüllt, die Versorgung für die oft wochenlang fahrenden Transporte war unzureichend. 8.000 Menschen täglich musste allein die britische Besatzungszone aufnehmen. Insgesamt hatte dabei die britische Besatzungszone rund 1,5 Millionen Deutsche aus den nunmehr polnisch verwalteten Gebieten aufzunehmen. Ab September 1946 führten die Transporte vermehrt in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), wo die Verteilung der Vertriebenen als sogenannte Umsiedler über die Lager in Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg auf die jeweiligen Landkreise erfolgte. Die Vertreibung der Deutschen mit der Aktion „Schwalbe“ endete im November 1947. Im Zuge dieses Bevölkerungstransfers mussten 6,65 Millionen Deutsche ihre Heimat verlassen. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1946-1947 aus den Heimatorten vertrieben. Der Rest – bis auf eine verschwindend kleine Zahl – folgte bis 1957. Ziele der Vertreibungstransporte waren vor allem Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, gefolgt von der damaligen SBZ. Es folgten später Hessen und die übrigen Bundesländer. Für die ersten Betroffenen (meist alte, wehrmachtsunfähige Männer, Frauen und Kinder) kam die systematische Vertreibung der Deutschen aus Schlesien völlig überraschend. Die Radios hatten die Deutschen schon im Sommer 1945 abliefern müssen, Landkarten durfte man nicht besitzen, jede Art Information war damit unerreichbar.

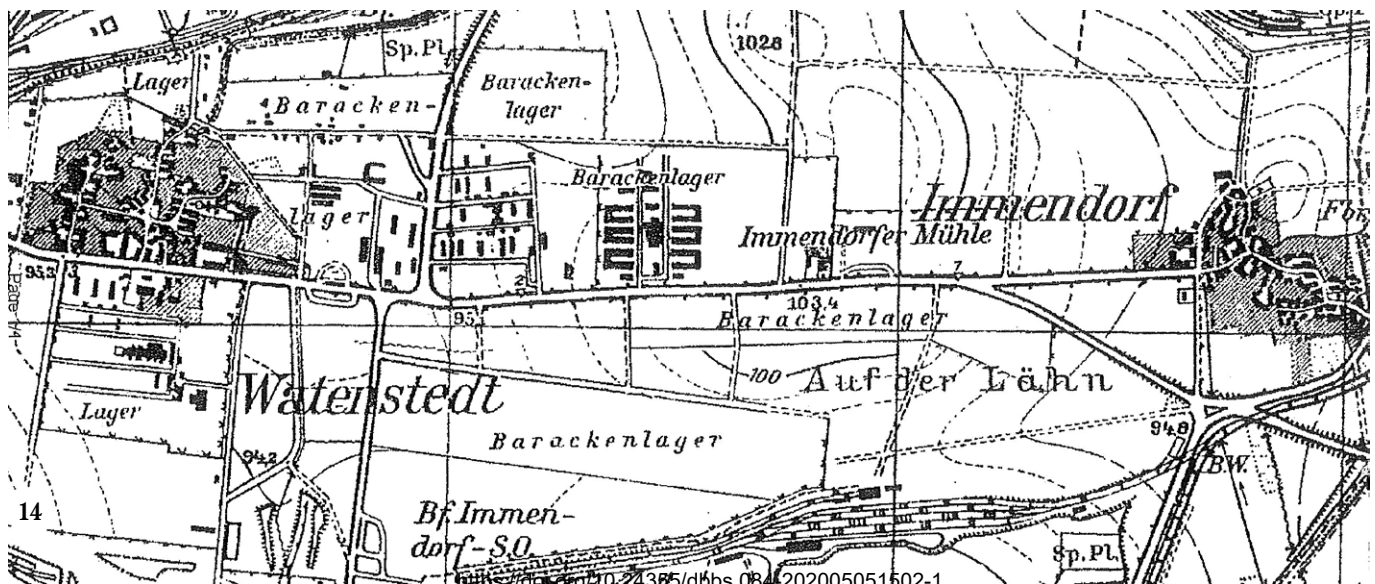
Abb. 2 u. 3 oben: Denkmal „Zur Erinnerung an das Durchgangslager Mariental 1945-1947“. Fotos von Christian Drescher, Juli 2016.

Abb. 4 unten: Das Flüchtlingslager in Salzgitter-Immenndorf im Jahre 1949. NLA WF K 231 Blatt 3828.

Abb. 5 rechte Seite oben: Lager Friedland mit Baracken und Nissenhütten. Quelle: Bundesarchiv B 145 Bild-F005100-0010A, Steiner, Egon / CC-BY-SA-3.0 via Wikimedia Commons.

Aufnahme in den Besatzungszonen in Deutschland (Stand: Dezember 1947¹⁾:

Gebiet	Flüchtlinge und Vertriebene	Anteil an der Gesamtbevölkerung
Sowjetische Besatzungszone	4.379.000	24,3 %
Amerikanische Besatzungszone	2.957.000	17,7 %
Britische Besatzungszone	3.320.000	14,5 %
Französische Besatzungszone	60.000	1,0 %



Die Ansiedlung der Vertriebenen erfolgte bevorzugt in den agrarisch strukturierten Gebieten, da die Versorgungs- und Unterbringungslage dort deutlich entspannter erschien, als in den meist erheblich zerstörten Städten. So entfielen Anfang 1946 immerhin 76,8 % der Vertriebenen auf die Landkreise, welche 53,3 % der Gesamtbevölkerung beherbergten.

Flüchtlinge und Vertriebene im Braunschweiger Land

Bis 1949 kamen 1,8 Millionen Deutsche aus den ehemaligen Ostgebieten nach Niedersachsen (ein Viertel der niedersächsischen Gesamtbevölkerung). Die Vertriebenentransporte der britisch-polnischen Aktion „Operation Swallow“ – „Aktion Schwalbe“ – vom 24. Februar 1946 bis November 1947 endeten in der britischen Besatzungszone in den sogenannten Flüchtlingslagern, später auch Durchgangslager genannt.

Im Regierungsbezirk Braunschweig waren dies die Lager in:

- Mariental bei Helmstedt: ein ehemaliger Fliegerhorst der deutschen Luftwaffe (1937-1945) mit Kasernenanlagen für verschiedene Einheiten, wie Fliegerschule, Fallschirmjäger- und Kraftfahrausbildung. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg brachten die Alliierten in den Kasernenanlagen ehemalige Fremd- und Zwangsarbeiter sowie KZ-Häftlinge aus der Gegend unter. Danach brachte die britische Militärregierung ab November 1945 Heimatvertriebene² aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in den Betriebsgebäuden des Fliegerhorstes jeweils vorübergehend unter. Nach offiziellen Angaben haben 533.331 Personen das Lager Mariental-Horst „durchlaufen“. Der letzte Transport kam im Januar 1947 an. Das Lager wurde im März 1947 geschlossen. Über Mariental kamen jene Vertriebenen, die in der damaligen britischen Zone untergebracht werden mussten. (Abb. 2 u. 3)

- Salzgitter-Immendorf³ bei Wolfenbüttel: ein ehemaliges Arbeits-/Kriegsgefangenenlager der Reichswerke Hermann Göring (Stahlwerke Watenstedt-Salzgitter) mit zahlreichen Holzbaracken für bis zu 2.000 Personen. Die späteren Transporte kamen in das Lager Salzgitter-Immendorf, von wo aus die Vertriebenen auf die umliegenden Landkreise, Städte und Gemeinden verteilt wurden. Dadurch kamen auch viele Pommern, Ost- und Westpreußen, Danziger, Sudetendeutsche und Vertriebene aus anderen ehemaligen Ostgebieten in die Gegend. (Abb. 4)

- Alversdorf war ein Dorf, etwa 4 km nordöstlich von Schöningen: Das Lager Alversdorf wurde bereits im Mai 1946 auf Anordnung der britischen Militärregierung geschlossen. Die bisher auf die Lager Mariental und Alversdorf aufgeteilten Transporte gingen danach nur noch nach in das Lager Mariental.

Im damaligen Regierungsbezirk Hildesheim lag das Lager in Friedland bei Göttingen: ein Gelände mit Viehställen der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt der Universität Göttingen. An den Grenzen der britischen (Niedersachsen), amerikanischen (Hessen) und sowjetischen (Thüringen) Besatzungszone sowie an der wichtigen Bahnstrecke zwischen Hannover und Kassel (Bahnstrecke Bebra-Göttingen) liegend, wurde das Lager Friedland am 20. September 1945 auf Anordnung der britischen Besatzungsmacht zur Durchschleusung und ersten Betreuung von Evakuierten und Flüchtlingen eingerichtet, zunächst



provisorisch in den Stallgebäuden. Binnen kürzester Zeit wurden auf dem Gelände des Grenzdurchgangslagers hölzernen Baracken und Blechbaracken („Nissenhütten“) errichtet. Bis Ende des Jahres 1945 haben mehr als 500.000 Flüchtlinge, Vertriebene und Heimkehrer die Einrichtung „durchlaufen“, in den Jahren 1946 und 1947 war Friedland die erste Anlaufstelle für fast 800.000 Menschen. (Abb. 5)

In den Lagern wurden die Ankommenden noch einmal „entlaust“, gepflegt, registriert und auf jene Orte verteilt, die die Vertriebenen aufnehmen mussten. Dann ging es meist in einem Personenzug dort hin.

Viele der Vertriebenen, unter ihnen zahlreiche Schlesier, blieben im Braunschweiger Land, allein in der Stadt Braunschweig 70.000 Menschen. Im Braunschweiger Raum erfolgte die Verteilung zunächst überwiegend auf die ländlichen Gemeinden der Landkreise Braunschweig, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel. Später wurden die meisten Transporte in den Bezirke Oldenburg und nach Nordrhein-Westfalen weitergeleitet. Die Städte Wolfsburg, Salzgitter und Peine boten auch für das Umland viele industrielle Arbeitsplätze (u.a. Volkswagen-Werke in Wolfsburg und Braunschweig sowie Stahlwerke/Hüttenwerke in Salzgitter, Ilsede und Peine). Nicht zuletzt hatte der aus Oberschlesien vertriebene VW-Personaldirektor Josef Max Goransch⁴ viele Schlesier zu Volkswagen geholt.

Katholische Diaspora

Die überwiegend katholischen Heimatvertriebenen aus der Grafschaft Glatz und aus Schlesien fühlten sich im vorwiegend protestantisch/evangelisch geprägten Braunschweiger Land zunächst auch kirchlich fremd. Durch die Vertreibung wuchs die Zahl der Katholiken im Dekanat Braunschweig, die vor dem Krieg lediglich 2 % betragen hatte, auf etwa 14 % an. Besonders Heimatvertriebene aus Schlesien, die in der Mehrzahl Katholiken waren, wurden in Braunschweig angesiedelt. Die Vertriebenen brachten aus Schlesien Andachtsformen und Kirchenlieder mit, die in ihrer Innigkeit und Emotionalität bei den Einheimischen zunächst auf Skepsis und Zurückhaltung stießen. Unbestritten bedeuteten die Vertriebenen jedoch insgesamt eine große Bereicherung für das kirchliche Leben im Braunschweiger Land und im Bistum Hildesheim. Am 1. September 1945 wurde die bisher profan genutzte Kirche St. Aegidien in Braunschweig der katholischen St. Nicolai-Gemeinde übergeben, die ihre Kirche am 15. Oktober 1944 bei einem Bombenangriff verloren hatte. Am 12. Dezember 1948 fand der erste Gottesdienst im Liebfrauenmünster St. Aegidien statt.

Die ersten Jahre der vertriebenen Katholiken waren gezeichnet



Abb. 6 oben: Gottesdienst an einer fahrenden Kirche. Quelle: Kirche in Not.⁷

Abb. 7 rechte Seite unten: Die Neubausiedlung Neu-Böseckendorf am Ortsrand von Angerstein wurde am 8. September 1965 als erste Flüchtlingssiedlung Deutschlands eingeweiht. Die Siedlung zählte 35 Häuser auf 57.388 Quadratmeter. Quelle: Museum Friedland.

von Übergangslösungen und Provisorien. Im Umland mussten sie zum Teil wegen zerstörter Straßen und Brücken abenteuerliche Wege auf sich nehmen, um an den Gottesdiensten teilnehmen zu können. Die Sonntagsgottesdienste fanden u. a. in den evangelischen Kirchen statt, Maianachten in Volksküchen. In manchen Orten wurde der Saal der dortigen Gaststätte genutzt. Die ebenfalls vertriebenen Pfarrer fuhren zum Teil mit dem Motorrad von Gottesdienst zu Gottesdienst über die Dörfer und nahmen die Messdiener einfach auf den Sozius mit.⁵ Die Ostpriesterhilfe unterstützte die vertriebenen „Rucksackpriester“, die in der Diaspora unterwegs waren. Sie zogen zunächst zu Fuß oder auf Fahrrädern von Lager zu Lager, von Seelsorgestelle zu Seelsorgestelle, dann auf Motorrädern und später sogar mit Autos. Dort, wo es keine Kirchen gab, kamen fahrende Kirchen zu den ostdeutschen Menschen in der neuen Diaspora und brachten neben dem Trost der Religion auch materielle Hilfe. (Abb. 6) In den 1950er und 1960er Jahren folgten zahlreiche Neubauten von katholischen Kirchen in den Stadtteilen und Umlandgemeinden, die ohne die enorme Spendenbereitschaft und unzählige selbstlose Arbeitseinsätze der Vertriebenen nicht hätten gebaut werden können. In den katholischen Pfarrgemeinden fühlten sich die heimatvertriebenen Grafschafter unter Gleichgesinnten wieder heimisch.

Neubeginn in der Fremde

Viele schlesische Landsleute, die bei der Vertreibung nach Braunschweig und Umgebung verschlagen wurden, kannten einander aus den Vertriebenentransporten und Durchgangslagern. In der folgenden Zeit vermittelten die Heimatzeitschriften mit ihren Familiennachrichten und Suchmeldungen weitere Kontakte unter den Landsleuten, die in der Nähe im Braunschweiger Raum untergekommen waren. Bei den kirchlichen Treffen und Wallfahrten, die erstmals schon im Herbst 1946 in Werl (Westfalen) und am 25. September 1947 in Telgte (Westfalen) stattfanden, traf man sich wieder und blieb danach im Braunschweiger Land weiter in Verbindung. Durch die Suchdienste wurden auch vermisste Verwandte und Bekannte aus der alten Heimat wiedergefunden. Viele Kontakte wurden durch „Mundpropaganda“ neu geknüpft

und weiter gepflegt. Jedoch bedauerte man eine Zersplitterung im Heimatzeitschriften-Wesen.

Die Heimatvertriebenen aus der niederschlesischen Grafschaft Glatz ließen bei Treffen in Braunschweig den Wunsch laut werden, engeren Kontakt zu pflegen. Hierzu eigneten sich auch die bisher in den Vertreibungsgebieten bestehenden Vereine, die man allmählich wieder aufleben ließ.

In Braunschweig wurde der „Glatzer Gebirgs-Verein (GGV)“ am 9. August 1951 von zehn ehemaligen Mitgliedern wiedergegründet, nachdem die GGV-Ortsgruppe Berlin schon am 1. November 1949 vom Magistrat von Groß-Berlin wieder zugelassen worden war. Auch der Riesengebirgsverein und der Mährisch-Schlesische Sudetengebirgsverein führten ihre Arbeit in den westlichen Besatzungszonen und der neu gegründeten Bundesrepublik fort, während in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der späteren DDR solche Organisationen verboten wurden. Beim Glatzer Gebirgs-Verein in Braunschweig fanden regelmäßige Treffen und zunehmend große Veranstaltungen statt. Der hochwürdige „Herr Probst“ in St. Aegidien wurde um einen besonderen Gottesdienst für die Glatzer gebeten. Außerdem sollten verbilligte Eintrittskarten zur „Harz+Heide-Ausstellung“ (regionale Gewerbeschau) beschafft werden. Später wurden Ausflugsfahrten mit dem Postomnibus sowie Wanderungen in den Harz und die Lüneburger Heide unternommen. Die Mitgliederzahl stieg stetig an.

Noch Anfang der 1960er Jahre bestand die Hoffnung auf die Rückkehr in die alte schlesische Heimat, die in den Versammlungen und Protokollen von 1961 durch die folgenden Worte zum Ausdruck kam: „Wenn wir auch nicht voraussehen können, ob und wann uns die alte liebe „Häamte“⁶ wiedergeschenkt wird, müssen wir der alten Heimat treu und verbunden bleiben und treue Söhne und Töchter des Glatzer Berglandes bleiben.“ In einem Rundschreiben von 1968 wird ausdrücklich betont, dass der GGV „in Liebe und Treue unseren Rechtsanspruch auf die angestammte Glatzer Berg-Heimat aufrecht erhalten“ wolle. Von einer Rückkehr in die alte Heimat ist nun aber nicht mehr die Rede.

Siedlungs- und Wohnungsbau

Nach den vorübergehenden Einquartierungen der Vertriebenen aus den Flüchtlingslagern bei den Einheimischen auf dem Lande wurden zur Behebung der Wohnungsnot sogenannte Flüchtlingssiedlungen gebaut, die auch überwiegend von Flüchtlingen und Vertriebenen bewohnt wurden. Die Errichtung von Siedlungen erfolgte seit Ende der 1940er Jahre, verstärkt Mitte der 1950er bis in die 1960er Jahre. Wichtige Voraussetzungen dafür schufen in Westdeutschland das allgemeine Wirtschaftswachstum nach der Währungsreform und staatliche sowie kommunale Finanzhilfen, wie sie mit dem ersten Wohnungsbaugesetz aus dem Jahr 1950 und zahlreichen daran anschließenden kommunalpolitischen Fördermaßnahmen für einen sozialen Wohnungsbau auf den Weg gebracht wurden. Bauträger waren neben den Kommunen oftmals gemeinnützige Genossenschaften, zu deren Bestand zahlreiche Siedlungen bis heute gehören. Auch verschiedene Formen der Siedler-Selbsthilfe (Gründung eigener Genossenschaften, Eigenleistung beim Bau) wurden praktiziert. Zu unterscheiden sind 1. kleinere Flüchtlings-

siedlungen innerhalb bestehender Stadt- bzw. Ortsteile von 2. Siedlungen, die selbst einen neuen Ortsteil bildeten und deren größere über eigene Einkaufsmöglichkeiten, öffentliche Infrastruktur (Schulen, Bäder, Bibliotheken etc.) und Kirchen verfügten sowie 3. selbstständige Gemeinden, wie Neu-Böseckendorf. (Abb. 7) Unselbstständige Siedlungen entstanden vor allem an den Rändern größerer Städte sowie in Kleinstädten und Dörfern, von denen aus man zur Arbeit in die Städte pendeln konnte. In abgelegenen ländlichen Gebieten dagegen findet man, abgesehen von den oben genannten Neubauern-Siedlungen, kaum geschlossene Flüchtlingssiedlungen. Zur Kosteneinsparung entstanden Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser mit höchstens drei Geschossen, als Typenhäuser geplant und gefertigt. Die Grundrisse folgten den Minimallösungen, die im sozialen Wohnungsbau der Weimarer Republik entwickelt worden waren. Bei Einfamilienhäusern waren oftmals Möglichkeiten zur (teilweisen) Selbstversorgung durch Gärten und Kleinviehhaltung vorgesehen, zudem galten Eigenheime als besonders geeignet, um die Menschen an den neuen Wohnort zu binden. Viele ehemalige Flüchtlingssiedlungen erkennt man noch heute an den nach Orten in der „alten Heimat“ gewählten Straßennamen wie Gleiwitzer oder Danziger Straße. Die Benennung ganzer Siedlungen erfolgte bevorzugt unter Rückgriff auf lokale Gegebenheiten wie alte Flurnamen.

Integration der Heimatvertriebenen

Die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen waren Deutsche und hatten den gleichen kulturellen und religiösen Hintergrund. Sie sprachen Deutsch, was eine Integration eigentlich nicht nötig machte. Trotzdem wird heute die schnelle und „erfolgreiche Integration“ der Heimatvertriebenen nach 1945 in Frage gestellt. Viele Vertriebene mussten im Westen mit wüsten Anfeindungen und Rassismus leben. Sie wurden hämisch „Hitlers Gäste“ genannt oder vielerorts als „Kartoffelkäfer“ bezeichnet.

In der Bundesrepublik wurde der Rechtsstatus der Vertriebenen erst mit dem Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz, BVFG) vom 19. Mai 1953 geregelt.

Ihre langwierige Integration in die Gesellschaft und Wirtschaft gelang letztlich dank guter Ausbildung und hoher Leistungsbereitschaft ihrerseits sowie staatlicher Anerkennung und Förderung, unter anderem durch das Gesetz über

den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz, LAG) vom 14. August 1952. Es sorgte für Entschädigung derjenigen, die von Krieg und Kriegsfolgen besonders schwer getroffen worden waren, insbesondere also für die Menschen aus dem Osten.

Die Vertriebenen organisierten sich in den Vertriebenenverbänden, die am 5. August 1950 in Stuttgart eine „Charta der Heimatvertriebenen“ verabschiedeten. Darin wird einerseits am Recht auf Heimat festgehalten, andererseits verzichteten sie ausdrücklich auf Rache und Vergeltung für das ihnen angetane Unrecht und auf jegliche Gewaltanwendung zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen wie Entschädigungen für beschlagnahmtes Eigentum.

Literatur

Braunschweiger Zeitung „Spezial“: *Flucht und Vertreibung*. – Braunschweig, 2006. / *Chronik des Glatzer Gebirgs-Vereins (GGV): unveröffentlicht (1951-2018)* / Drescher, Christian: *Aus der Vereinsgeschichte [des GGV]*. In: *GGV-Mitteilungen* 2/2005, 3/2005 u. 1/2006, Braunschweig 2005/2006. / Drescher, Christian: *Wiederbelebung des größten Grafschafters Vereins – Der „Glatzer Gebirgs-Verein“ nach 1946*. In: *„Neubeginn in der Fremde – Vertreibung aus der Grafschaft Glatz in Schlesien nach 1946“*, hrsg. von Horst-Alfons Meißner. – Münster, 2016, S. 167-175. / Mehwald, Siegfried J.: *CityPastoral Braunschweig; Neuanfänge nach Ruinen, Flucht und Vertreibung. Ausstellung in St. Aegidien Braunschweig, Mai 2015, unveröffentlicht*. / Raue, Paul-Josef und Mache, David: *Flucht und Vertreibung als Thema in der Braunschweiger Zeitung. Vortrag für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Breslau/Wrocław 2009*. / Volkmann, Rolf: *Das Flüchtlingslager Mariental (1945-1947) und die Vertriebenentransporte aus Schlesien (1946-1947)*. – Grasleben, 1997. / Breile-Lewien, Doris von der (Bearb.) u. a.: *Niedersachsen nach 1945. Gesellschaftspolitische Umbrüche, Reorganisationsprozesse, sozialer und ökonomischer Strukturwandel, Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung*. – Hannover, 1995.

Internetrecherchen (Abrufe: Juli 2018): *Flucht und Vertreibung*: de.wikipedia.org/wiki/Flucht_und_Vertreibung_Deutscher_aus_Mittel-_und_Osteuropa_1945-1950. / *Lager Friedland*: de.wikipedia.org/wiki/Lager_Friedland. / *Mariental-Horst*: de.wikipedia.org/wiki/Mariental-Horst. / *Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/fluechtlingsiedlungen*. / *Reichswerke Hermann Göring*: de.wikipedia.org/wiki/Reichswerke_Hermann_Göring. / *Stichpunkte der Arbeit der Grafschaft Glatz seit 1946*. In: *Internetdarstellung des Heimatwerkes Grafschaft Glatz*, Münster 2012. www.heimatwerk-grafschaft-glatz.de. / *Watenstedt (Salzgitter)*: [de.wikipedia.org/wiki/Watenstedt_\(Salzgitter\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Watenstedt_(Salzgitter)).

Anmerkungen

- ¹ Quelle: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 20. September 2015, Nr. 38, S. 26.
- ² Quelle: Johannes-Dieter Steinert: *Die große Flucht und die Jahre danach*. In: Hans-Erich Volkmann (Hg.): *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau*. Herausgegeben im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, München 1995, S. 561. Aus: *Wikipedia, Die freie Enzyklopädie*. de.wikipedia.org/wiki/Flucht_und_Vertreibung_Deutscher_aus_Mittel-_und_Osteuropa_1945-1950. (Januar 2015)
- ³ Die Ortschaft Immendorf gehörte bis 31.3.1942 zum Kreis Wolfenbüttel und ist seit 1.4.1942 ein Stadtteil der damals neugegründeten kreisfreien Stadt Watenstedt-Salzgitter.
- ⁴ Josef Max Goransch wurde in Kattowitz geboren und im April 1946 aus Oppeln vertrieben. Er starb am 24.11.1958 als Leiter des Personal- und Sozialwesens der Volkswagenwerk GmbH in Wolfsburg im 64. Lebensjahr.
- ⁵ *Geschichte der katholischen Kirchengemeinde St. Elisabeth in Wendeburg*.
- ⁶ *Häahte = Heimat, im schlesischen Dialekt*.
- ⁷ Linus Hauser: *Kapellenwagen und Fahrzeuge Gottes. Milieukatholische Er-Fahrungen* (auf: www.kirche-in-not.de).



Schloss und Park Wendhausen *Klaus Hermann*

„Das Schloss ist rings von einem breiten und tiefen Graben umgeben, welcher sich auch um den großen Garten fortzieht und so das Schlossgebiete von den angrenzenden Grundstücken abschließt. Letzterer war gleich den Gärten von Salzdahlum und Herrenhausen im holländisch-französischen Geschmack mit schnurgeraden Alleen, hohen glattgeschorenen Hecken, grünen Gemächern und Grotten angelegt. Von all diesen ... Herrlichkeiten ist jetzt, nach kaum zweihundert Jahren, nichts mehr erhalten, da das große Terrain inzwischen praktischen Zwecken hat dienen müssen.“ So beschrieb Carl Steinmann 1879 Schloss und Garten in Wendhausen. Daran hat sich bis heute nichts geändert; außer, dass kein Gemüseanbau mehr betrieben wird und die Nutzfläche heute eine große Rasenfläche ist. Auch wenn die barocke Gartenanlage nur noch fragmentarisch und strukturell ihre historische Pracht vermittelt, ist sie auch heute noch eine bedeutende Anlage. Barockgärten haben sich in unserer Region kaum erhalten, daher ist der Wendhauser Garten mit seinem erhaltenen typischen Grundriss, den Wassergräben und der erkennbaren Mittelachse ein Glücksfall für die Region.

Große Namen spiegeln sich in der Schloss- und Gartengeschichte wider.

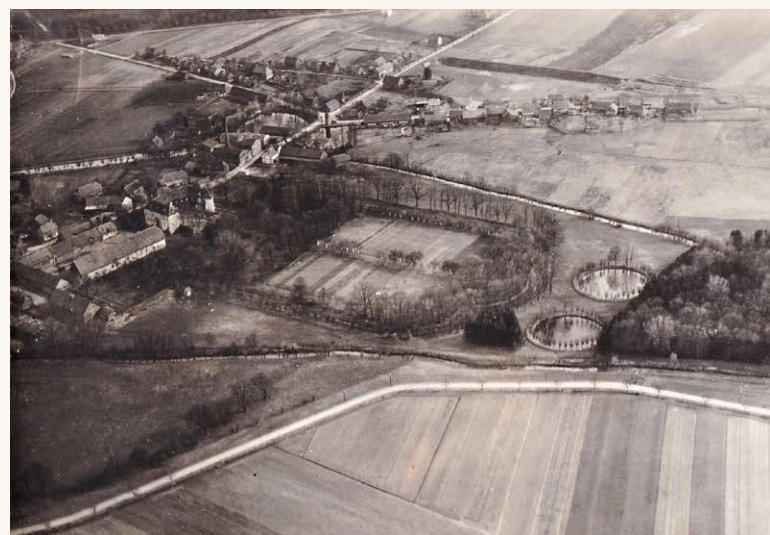
Philipp Ludwig Probst (1633-1718) ließ zwischen 1682 und 1688 das Schloss auf den Grundmauern einer ehemaligen Wasserburg erbauen und nördlich davon einen kleinen Lust- und Küchengarten anlegen. Er war unter den Herzögen Rudolf August (1627-1704) und Anton Ulrich (1633-1714) einer der mächtigsten und reichsten Männer im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel. Am Äußeren des Schlosses hat sich bis heute nicht viel verändert.

Für die Gartenanlage bedeutend ist Conrad Detlef Dehn (1688-1753), dem durch eine geschickte Heirat mit der Enkelin und Alleinerbin von Philipp Ludwig Probst, Ilse Louise (†1719), im Jahr 1718 schon ein Jahr später der gesamte große Besitz zufiel. Dehn war ein Günstling des von 1714 bis 1731 herrschenden Herzogs August Wilhelm (1662-1731) und machte rasch eine Karriere am Braunschweig-Wolfenbüttelschen Hof; als Geheim- und Staatsrat war er einer der mächtigsten Männer im Herzogtum.

Conrad Detlef von Dehn, 1726 in den Reichsgrafenstand erhoben, ließ repräsentative Umbauten und innere Ausgestaltungen vornehmen. Nördlich der Schlossbrücke wurden zwei vornehme Kavaliershäuser als dem Wasserschloss zugewandte Kopfbauten errichtet. Über dem Eingang des Schlosses wurde ein Altan angebaut. Es folgte der Bau eines Uhrenturmes und das Portal der Tordurchfahrt wurde auf der Nordseite aufwendig verziert. Von diesen Umbauten ist jedoch nur noch das Portal erhalten. (Abb. 1)

Anstelle der eher bescheidenen, durch Philipp Ludwig Probst angelegten Gartenanlage ließ Conrad Detlef von Dehn den Lustgarten westlich vom Schloss mit den heute noch bestehenden grachtenförmigen Wassergräben anlegen. Es entstand eine 145 mal 240 m große barocke Gartenanlage, die sich mit den kurz zuvor entstandenen Parks in Salzdahlum und Herrenhausen messen konnte. (Abb. 2) Lange konnte er sich jedoch nicht an Schloss und Garten erfreuen. Ende 1730 wurden Unregelmäßigkeit und Finanzmanipulationen bekannt. Eine von ihm initiierte Verleumdungskampagne gegen den Kammerpräsidenten Hieronymus von Münchhausen (1680-1742) wandte sich nun gegen ihn. Mit Erlass vom 21.02.1731 entband ihn Herzog August Wilhelm von allen Ämtern. Die Entlassung erfolgt aber nicht ungnädig





seitens des Souveräns, Dehn erhielt eine jährliche Pension von 1.000 Thalern und blieb im Besitz seiner Güter. Herzog August Wilhelm starb nur wenige Wochen nach Dehns Entlassung. Der neue regierende Herzog Ludwig Rudolf (1671-1735) verweigerte Dehn jedoch die Weiterzahlung der Pensionsgelder, angeblich wegen der schlechten finanziellen Lage des Herzogtums. Graf Dehn verließ das Herzogtum und begann eine zweite Karriere am dänischen Hof. Nach und nach verkaufte er seine Besitzungen; 1751 an Herzog Carl I. auch seine Wendhauser Güter. Das Schloss und die Wohngebäude wurden für den jeweiligen Pächter und weitere Angestellte genutzt; einige Räume für den Aufenthalt des Herzogs.

Der von Dehn angelegte Garten war zwar formal gestaltet, er wies aber nicht mehr hochbarocke Formen auf. Der Schlossinnenhof diente als Terrasse und wurde mit einer figurenbestandenen Brüstung vom Schlossgraben abgetrennt. Über eine einfache Brücke ging man damals wie heute in den tieferliegenden, nach klassischem Vorbild in Parterre und Boskett („Lustwäldchen“) aufgeteilten Park. Im Parterre befanden sich achsensymmetrische Beete. Sie werden ornamental mit Buchsbaum, Blumen und unterschiedlich farbigen Kieselsteinen gestaltet gewesen sein und wurden von kleinen Wegen durchlaufen. Das Zentrum des Parterres bildete eine Fontäne in einem geschweiften Wasserbecken. Der Boskettbereich im westlichen Teil des Gartens war vom Parterre mit einer Traillage, einem begrünten Laubengang, abgetrennt. Hier waren niederwaldartige Gehölzbestände gepflanzt, die von Hecken eingefasst waren. Ende des 18. Jahrhunderts wurde der Boskettbereich gerodet und als Gartenland genutzt. Die Zeit des Lustgartens war vorbei.

Nachnutzungen

1836 pachtete die Braunschweiger Verlegerfamilie Vieweg Schloss und Gut auf 99 Jahre. Die Viewegs nutzen das Schloss als Landsitz und kauften es 1873. Es verblieb bis 1941 im Besitz einer Nachfahrin der Familie, danach kaufte die Stadt Braunschweig Schloss und Gut, dessen Ländereien (550 Morgen ≈ 140 Hektar) verpachtet blieben. Inwieweit die Viewegs gestalterisch auf den Garten einwirkten, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. Aus dem ehemaligen Parterre war ein

Wald geworden und der Boskettbereich war, wie ein Luftbild von 1930 zeigt, immer noch Gemüseland. Daran hat sich bis heute nur geändert, dass aus dem Gartenland eine große Rasenfläche wurde. (Abb. 3)

Im 2. Weltkrieg befand sich ein Hilfskrankenhaus im Schloss. Vielfältige Nutzungen wechselten sich danach ab: Im Untergeschoss waren Flüchtlinge untergebracht, es war Rekonvaleszenzstätte für Infektionskrankheiten, es gab einen Kindergarten, die Meisterschule für gestaltendes Handwerk hatte im Obergeschoss des Schlosses ein Außenstudio. Von 1969 bis 1985 hatte die Religionsgemeinschaft Subud das Schloss gemietet. Danach stand es leer.

1990 kauften private Investoren Gut und Schloss und bauten die Gutsgebäude zu Wohnungen um, weitere Wohnhäuser wurden 1991/92 auf dem Gutsgelände errichtet. Durch die Vermarktung wurden die Gutsgebäude (Scheune, Stallungen) eigentumsrechtlich stark untergliedert.

1991 kaufte der Architekt Carsten Henze Schloss und Park. Das Schloss wurde zu Wohnungen und Büros umgebaut. Dabei ließ er das Äußere des Schlosses weitgehend unverändert, sodass es heute in einem recht authentischen Zustand zu sehen ist. Für den Schlossumbau erhielt er 1995 den Landespreis für Denkmalpflege der Niedersächsischen Sparkassenstiftung.

Während andere Parkanlagen aus dem Barock vollständig verschwunden sind oder zu Landschaftsparks umgestaltet wurden, hat sich der Wendhauser Schlosspark zumindest in seinen Umrissen erhalten. Die große Rasenfläche entwickelt sich seit einigen Jahren zu einem Skulpturenpark mit Großplastiken des Braunschweiger Bildhauers Denis Stuart Rose. Von dem ehemaligen barocken Glanz ist zwar nur noch wenig zu spüren, aber auch der derzeitige Dornröschenschlaf hat seinen Reiz.

Abb. 1 linke Seite: Eingangsportal des Schlosses Wendhausen.

Abb. 2 oben links: Ausschnitt aus: „Charte von dem hochfürst. Guthe und Dorfe Wenthausen...“, von G. F. Pape, 1754, kopiert 1794 von Georg Venturini. Quelle: NLA WO, K 5944.

Abb. 3 oben rechts: Schloss und Schlosspark um 1930, Luftbild im Heimatmuseum Wendhausen.

Bildnachweis: Klaus Hermann.

Das Ende des Herzogtums Braunschweig **Teil 3**

Der schwierige Weg zur Demokratie

Eine der ersten Folgen des Umsturzes war die Festlegung der Wahltermine der Landtagswahl im Dezember und zur Wahl der Nationalversammlung im Januar 1919. Diese Termine wurden bereits Mitte November 1918 beschlossen. Weiterhin setzten sich die linken Kräfte aber für eine sozialistische Räterepublik ein und torpedierten den Aufbau demokratischer Strukturen.¹ Um die Gründung eines sozialistischen Staates voranzutreiben, fand am 25. Januar 1919 in Braunschweig der „Kongress zur Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik“ statt. Hier wurde sich auf einen harten Kampf gegen die Nationalversammlung geeinigt. Größtes Interesse der Teilnehmer die Machterhaltung der Räte. Diese waren nicht bereit, ihre Macht an die Landtage abzugeben. Oberstes Ziel des Kongresses war die Gründung eines Deutschen Reiches mit Räteregierungen. Der Kongress wurde mit Ausnahme der USPD von allen Parteien abgelehnt.²

Am 10. Februar 1919 fand die erste Landtagssitzung nach den Neuwahlen statt. Heinrich Schütz, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats, lehnte jeglichen Machtverzicht zugunsten des Parlaments ab. Begründung war die noch nicht ausreichende Beseitigung von Kapitalismus und wirtschaftlicher Ungleichheit, die volle soziale Gerechtigkeit sei noch nicht gegeben, deshalb kann die Landesversammlung noch nicht die Rechte beanspruchen. Dagegen stand der Volkswille, den Heinrich Jasper als ausschlaggebend erachtete. Es bildete sich eine Koalition aus USPD und MSPD, die sich nur auf eine knappe Mehrheit von zwei Stimmen berufen konnte. Bei den vorherigen Koalitionsgesprächen setzte sich innerhalb der USPD der gemäßigte Flügel durch.³ „Zur Abwehr der immer radikaleren Tendenzen der Spartakusgruppe in der USPD und aus Sorge vor dem Eingreifen der Reichsregierung hatte Sepp Oerter Verhandlungen mit der MSPD aufgenommen, was kurz zuvor noch undenkbar schien. Bei einer Mitgliederversammlung der USPD lehnten die Spartakisten jeglichen Kompromiss ab.“⁴ Ein Rat der Volksbeauftragten mit je vier Mitgliedern aus USPD und MSPD wurde gewählt. Die vorläufige Landesverfassung wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Allgemein wird die Etablierung als Sieg der parlamentarischen Demokratie in Braunschweig gewertet. Der Landtag wählte und kontrollierte die Regierung.⁵

Allerdings musste am 22. Februar eine neue Regierung gewählt werden. Spartakisten versuchten am 19. Februar vergeblich die Landesversammlung zu stürmen. Daraufhin legten die Volkskommissare ihre Ämter nieder. Heinrich Jasper führte nun eine neue Regierung aus USPD und MSPD. Als Folge nahm der Einfluss der linksradikalen Kräfte auf den Straßen wieder zu. In

Adrian Schäfer

Abb. 1: Personenkontrolle durch Maercker-Soldaten; aus: Bein, Reinhard: Braunschweig zwischen rechts und links; Der Freistaat 1918 bis 1930. – Braunschweig, 1990, S. 21.



Braunschweig standen mehrere militärische und paramilitärische Verbände bereit, die auf ein Signal zu losschlagen aus Berlin warteten.⁶ „Am 22. Februar 1919 endete die Räterepublik in Braunschweig und im März trennte sich der Spartakusbund als KPD von der USPD. Der endgültige Bruch war vollzogen und die meisten der Spartakisten entschieden sich für die radikale Politik der KPD. Die politischen Verhältnisse in Stadt und Land Braunschweig aber blieben weiterhin instabil, insbesondere durch linksradikale Ausschreitungen und Übergriffe, die schließlich am 17. April 1919 zum Eingreifen von Reichstruppen führten.“⁷

Noch im Januar 1918 verfügte der Arbeiter- und Soldatenrat, dass alle preußischen Truppentransporte auf braunschweigischem Gebiet entwaffnet würden. Als die telegraphische Auseinandersetzung der beiden Regierungen ein Übermaß annahm, warnten führende Sozialisten vor Unvernunft und Hetze. Auch Teile der USPD sahen die braunschweigischen Formulierungen als schlecht gewählt an. In einem Telegramm wurde der Reichsregierung vorgeworfen, linke Agitatoren in Berlin ermordet zu haben.⁸

Die MSPD versuchte zwar Mäßigung herbeizuführen, jedoch gelang es nicht, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die radikalen Kräfte behielten die Oberhand und täglich verschlechterten sich die Beziehungen zur Reichsregierung. In Braunschweig kam es wieder zu Streiks und einem Sturm auf den Landtag.⁹ Braunschweigs Radikale erlebten am 9. April 1919 ihre große Stunde. Als auf dem Schlossplatz der Generalstreik ausgerufen wurde, wurden keine wirtschaftlichen Forderungen dargelegt. Es waren die politischen Ziele, die hier offen verkündet wurden. Die Streikleitung riss die politische Gewalt an sich und verhängte den Belagerungszustand. Gaststätten und Geschäfte wurden geschlossen, lediglich Lebensmittelgeschäfte blieben offen. Ohne besonderen Ausweis war das Betreten der Straßen nach neun Uhr abends nicht mehr erlaubt. Verhandlungen im Landtag wurden unmöglich, woraufhin dieser vertagt wurde und der Ältestenrat Vermittlungsversuche mit der Arbeiterschaft unternahm. „In Braunschweig ging bald alles durcheinander. Niemand wusste schließlich, ob der Aktionsausschuss, die Streikleitung, der Rat der Volksbeauftragten, der Ältestenausschuss oder sonst eine Körperschaft eigentlich etwas zu sagen hatte.“¹⁰ Den Höhepunkt der Provokation wurde erreicht, als bewaffnete Truppen die größeren Bahnhöfe des Landes besetzten. Das führte dazu, dass die Durchgangsstrecken vom Ruhrgebiet nach Magdeburg gesperrt wurden. Auf diesen Streckenfuhr täglich 60 Güterzüge. In der

Abb. 2: Parade der Maercker-Truppen auf dem Löwenwall, 17.04.1919; aus: Bein, Reinhard: Braunschweig zwischen rechts und links; Der Freistaat 1918 bis 1930. – Braunschweig, 1990, S. 22.



Folge blockierten etwa 5.000 Güterwaggons allein im Bezirk Magdeburg den Verkehr. Die hohe Abhängigkeit des Wirtschaftslebens in Mittel- und Norddeutschland von den blockierten Eisenbahnlinien verlangte eine Intervention.¹¹

So wurde am 12. April 1919 Generalmajor Maercker vom Reichswehrminister Noske damit beauftragt in Braunschweig wieder Ordnung herzustellen.¹² Georg Maercker wurde am 21. September 1865 im westpreußischen Baldenburg geboren. Er diente bis 1910 bei verschiedenen Armeen in den deutschen Kolonien. So war er auch am Krieg gegen die Hereros beteiligt. Im Ersten Weltkrieg befehligte Maercker Truppen an der Westfront. Anfang Dezember 1918 stellte er ein Freikorps auf, welches zunächst in Berlin und zum Schutz der Nationalversammlung in Weimar eingesetzt wurde. Bei der Niederschlagung der Aufstände in Mitteldeutschland erwies sich der Verband als loyales Instrument der Reichsregierung. 1920 wurde Maercker aus der Reichswehr verabschiedet. Er starb am 31. Dezember 1924 in Dresden.¹³

Der General setzte rund 10.000 Soldaten gegen Braunschweig in Bewegung. Diese wurden nach einem genauen Angriffsplan über vier Bahnstrecken an Braunschweig herangeführt und dann in sechs Säulen konzentrisch gegen das Herzogtum eingesetzt. Nachdem sich die Truppenbewegungen in der Landeshauptstadt herumgesprochen hatten, wurde der Generalstreik abgebrochen. Als offizielle Begründung wurde das Ausbleiben einer reichsweiten Bewegung und Solidarisierung angeführt.¹⁴ Am 16. April abends wurde den Braunschweiger Revolutionstruppen ein Ultimatum gestellt, sie sollten Schloss und Kasernen räumen, was diese auch umgehend taten. Die Braunschweigischen Truppen wurden entwaffnet. Der Einmarsch der Reichstruppen vollzog sich vollkommen friedlich und ohne jedes Blutvergießen. Innerhalb weniger Stunden waren sämtliche strategischen Punkte von Maerckers Soldaten besetzt. Verbindungsstraßen und Bahnlinien wurden gesichert. Die Regierung wurde mit sofortiger Wirkung abgesetzt und der Landesarbeiterrat aufgelöst. Binnen kürzester Zeit war die „öffentliche Ordnung“, so, wie sie die Reichsregierung verstand, wiederhergestellt. (Abb. 1, 2 u. 3) General Maercker und Heinrich Jasper verhandelten derweil über die Bildung einer neuen Regierung für Braunschweig. Als die Verhandlungen jedoch scheiterten, wählte die geschäftsführende Landesversammlung am 30. April ein Kabinett, dem auch Jasper angehörte. Der Belagerungszustand wurde erst am 6. Juni 1919 wieder aufgehoben. Es bildete sich eine Koalition aus MSPD, DDP und Landeswahlverband.¹⁵

Für die evangelisch-lutherische Kirche im Herzogtum hatte der Umsturz weitere Folgen. War doch der Herzog in das Oberhaupt der Kirche gewesen. Das Konsistorium reagierte zurückhaltend auf die Nachricht der Abdankung. Sichtbarstes Zeichen der Umgestaltung war der neue Name. Seit der Abdankung Ernst Augusts, hieß das Herzogliche Konsistorium nun Landeskonsistorium. Die personelle Aufstellung der Kirchenregierung blieb gleich. Trotzdem blieb die

Abb. 3: Während der Parade der Maercker-Truppen auf dem Löwenwall, 17.04.1919; aus: Bein, Reinhard: Braunschweig zwischen rechts und links; Der Freistaat 1918 bis 1930. – Braunschweig, 1990, S. 22.



Abhängigkeit zum Staatsministerium bestehen, sodass die Landeskirche die Erlasse des Arbeiter- und Soldatenrates in ihrem Amtsblatt abdruckte. Im Konsistorium stellte sich dennoch die Frage, ob diese neue Obrigkeit von Gott verordnet sei. Diese Frage kam auf, da sich die neuen Herren in der Vergangenheit als kirchenkritisch bis kirchenfeindlich zeigten.¹⁶ Oberstes Ziel der neuen staatlichen Gewalt war die finanzielle Loslösung der Kirche vom Staat.¹⁷

Die Revolution hatte wenige Auswirkungen auf den kirchlichen Alltag. Taufen, Konfirmationen, Trauungen und Beerdigungen wurden ungehindert vollzogen. Jedoch wurde der Kirche die Schulaufsicht genommen. Pfarrer sollten auch nicht mehr dem Schulvorstand angehören. Aber auch diese Verordnung veränderte das Leben auf dem Dorf nicht, die Pfarrer büßten lediglich ein wenig ihrer Autorität ein.¹⁸ Mit Aufkommen der Inflation und der finanziellen Unabhängigkeit vom Staat mussten Pfarrer trotz ausländischer Geldspenden ihren Lebensunterhalt durch außerkirchliche Arbeit verdienen. Besonders in den Gemeinden, wo die Verpachtung des Kirchenlandes nicht ausreichend zur Finanzierung der Pfarre ausreichte, war die Situation der Geistlichen teilweise kritisch.¹⁹

Die Trennung von Staat und Kirche gestaltete sich im Herzogtum Braunschweig als schwierig. Zum einen erkannte die sozialistische Regierung die Wahlen zur Kirchenregierung und zur verfassungsgebenden Synode aufgrund des antiquierten Wahlrechts nicht an. Das Reichsgericht gab der Kirche in dieser Frage erst 1921 Recht. Zum anderen löste die Landesregierung das Konsistorium erst 1923 als Staatsorgan auf. Da dieser Vertrag der einzige ist, welcher zwischen der Kirche und dem ehemaligen Herzogtum Braunschweig geschlossen wurde, kam es zu keiner abschließenden Klärung über die bisherigen Staatsleistungen gegenüber der Kirche.²⁰ Auch deshalb bildete sich unter den Geistlichen eine staats- und demokratiekritische Haltung, was wiederum das Lager der kirchenkritischen und kirchenfeindlichen politischen Kräfte stärkte.²¹

Mit der Einführung des Bischofsamtes aufgrund der Kirchenverfassung von 1922 erhielt die Kirche ein neues geistliches Oberhaupt. Die Kirchengewalt lag nun beim Landeskirchentag, Vorläufer der späteren Landessynode. Trotz eines geringen Personalwechsels in der obersten Führungsebene strahlte die Kirche in dieser unruhigen Zeit eine gewisse Kontinuität aus. 1924 waren noch 12 der 19 Superintendenten von 1919 als Kirchenräte im Dienst. Die Anzahl der Kirchengemeinden mit den 246 Pfarrern und den 339 Kirchen und 102 Kapellen blieb unverändert erhalten.²²

Fazit

Herzog Ernst August ist schlussendlich aufgrund mangelnder Reformen seines Postens enthoben worden. Das unbeirrte Festhalten an der politischen Macht und der eingeschränkte Blick auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung haben der Revolution den nötigen Nährboden geliefert.

Die schlechte Versorgung der Stadtbevölkerung und die wachsenden Unterschiede der gesellschaftlichen Gruppen brachten dann 1918 den Auslöser der Revolution.

Grund für die rapide Ausbreitung der Forderungen und für die große Anteilnahme an den Protesten war, dass auch das

passive Verhalten gegenüber den Demonstranten beziehungsweise das aktive Mitmachen des Militärs stellt einen wichtigen Aspekt für das Gelingen des Umsturzes dar. Allerdings darf die fehlende Koordination der linken Kräfte nicht unerwähnt bleiben. Die linken Gruppen störten sich teilweise gegenseitig.

Aufgrund der anhaltenden Streitigkeiten zwischen den linken Gruppen setzte sich aber den folgenden Monaten keine Regierung durch. Die Landtagswahlen entschieden gegen die radikale Haltung der USPD. Teile des linken Spektrums akzeptierten den Volksentscheid nicht und handelten weiterhin gegen die gewählte Landesregierung. Ein erneuter Umsturz im Frühjahr 1919 konnte von Reichstruppen niedergeschlagen werden. Erst das Eingreifen der Reichsregierung führte in Braunschweig zu einer stabilen Regierung. Der Sturz der alten Eliten und der Monarchie in Braunschweig führte zur Einführung der Demokratie. Der Volkswille erhielt die nötige Aufmerksamkeit, der sich der Herzog und seine Minister jahrelang verschlossen. Unter einem sehr geringen Einsatz von Gewalt wurde der Demokratie ein zunächst holpriger Start ermöglicht. Allerdings verschoben sich während des Krieges und der Revolutionsjahre die Grenzen der sozialen Klassen, sodass die Mittelschicht aufgeweicht wurde. Die alte Mittelschicht sollte sich schon bald mit einer neuen politischen Macht identifizieren.

Anmerkungen

¹ Vgl.: Kuessner: *Braunschweiger Novemberrevolution*, S. 11.

² Vgl.: Schelm-Spangenberg: *Deutsche Volkspartei*, S. 36.

³ Vgl.: ebd., S. 36.

⁴ Biegel: *Thematische Einführung*, S. 20.

⁵ Vgl.: Schelm-Spangenberg: *Deutsche Volkspartei*, S. 36.

⁶ Vgl.: Füllner: *Das Ende*, S. 203.

⁷ Biegel: *Thematische Einführung*, S. 20.

⁸ Vgl.: Füllner: *Das Ende*, S. 203 f.

⁹ Vgl.: Schelm-Spangenberg: *Deutsche Volkspartei*, S. 36.

¹⁰ Füllner: *Das Ende*, S. 205.

¹¹ Vgl.: ebd., S. 204 ff.

¹² Vgl.: ebd., S. 206.

¹³ Vgl.: Niemeyer, Joachim: Maercker, Georg. In: *Neue Deutsche Biographie* Band 15 (1987). 638 f. URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd117518506.html#ndbcontent>. Stand: 15.04.2018.

¹⁴ Vgl.: Füllner: *Das Ende*, S. 206-209.

¹⁵ Schelm-Spangenberg: *Deutsche Volkspartei*, S. 36 f.; Füllner: *Das Ende*, S. 208 ff.

¹⁶ Vgl.: Kuessner, Dietrich: *Die Braunschweigische Landeskirche im 20. Jahrhundert*. In: Weber, Friedrich; Hoffmann, Birgit; Engelking, Hans-Jürgen (Hg.): *Von der Taufe der Sachsen zur Kirche in Niedersachsen. Geschichte der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig*. – Braunschweig, 2010. S. 349-462, S. 361.

¹⁷ Vgl.: Kuhr, Hermann: *Kirchengeschichte*. In: Moderhack, Richard (Hg.): *Braunschweigische Landesgeschichte im Überblick*. – Braunschweig, 1976. S. 111-128, S. 127.

¹⁸ Vgl.: Kuessner: *Braunschweigische Landeskirche*, S. 362 f.

¹⁹ Vgl.: Kuhr: *Kirchengeschichte*, S. 127.

²⁰ Vgl.: Kuessner: *Braunschweigische Landeskirche*, S. 364 f.

²¹ Vgl.: Engelking, Hans-Jürgen: *Das Verhältnis von Kirche und Staat*. In: Weber, Friedrich; Hoffmann, Birgit; Engelking, Hans-Jürgen (Hg.): *Von der Taufe der Sachsen zur Kirche in Niedersachsen. Geschichte der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig*. – Braunschweig, 2010. S. 477-494, S. 485-

²² Vgl.: Kuessner: *Braunschweigische Landeskirche*, S. 364 ff.

Als die Kegel noch geschoben wurden – Braunschweig war Hochburg von Kegelspiel und Kegelsport

Otto Pfingsten

Ob unser Dichterfürst Johann Wolfgang von Goethe gern gekegelt hat, das wissen wir nicht. Dass er dies Spiel aber kannte, ist ohne Frage. Wir wissen auch nicht, ob seine bekannteste Dramengestalt, der Gelehrte Dr. Faust, das Kegeln liebte. Seinem Adlatus, dem Studenten Wagner, bereitete allerdings allein der Gedanke daran schon Abscheu. Beim Osterspaziergang sagt er zu seinem Lehrmeister: „Das Fiedeln, Schreien, Kegelschieben ist mir ein gar verhasster Klang. Sie toben, wie vom bösen Geist getrieben und nennen's Freude, nennen's Gesang.“

Etwa eine Generation nach Goethe erinnert sich ein anderer großer Schriftsteller an das Kegelschieben seiner Jugend. Auch bei ihm ist es nicht mit positiven Gefühlen besetzt. Der 1842 in Ernsttal/Erzgebirge geborene Karl May beschreibt in seinen Lebenserinnerungen, wie er im Jahr vor seiner Konfirmation – Karl May wurde Ostern 1856 eingeseignet – sich als Kegeljunge Taschengeld verdient habe: „Für die Hohensteiner Schankwirtschaft wurde ein gewandter, ausdauernder Kegelaufsetzer gesucht. ... Der Kegelschub war ein vielbesuchter, zugebauter und heizbarer, so daß er zur Sommer- und Winterszeit und bei jeder Witterung benutzt werden konnte. Es wurde täglich geschoben. ... Der Haupttag aber war der Montag, denn dieser Tag war der Tag des Wochenmarkts, an dem die Landbewohner in die Stadt kamen, um ihre Erzeugnisse zu bringen, ihre Einkäufe zu machen und eine Partie Kegel zu schieben. Aus dieser einen aber wurden fünf, wurden zehn, wurden zwanzig, und es kam an diesen Montagen vor, daß ich mich von Mittags zwölf Uhr an bis nach Mitternacht zu schinden hatte, ohne auch nur fünf Minuten ausruhen zu können. ...“

Wann und wo zum ersten Mal in Deutschland gekegelt wurde, ist nicht zu sagen. Vermutlich gab es so etwas wie das Kegeln im Grunde schon, seit es den Menschen gibt – zumindest seit der Mensch begann, diese Welt sich spielerisch zu erobern. Durch geschicktes Werfen oder Rollen mit einem Ball ein bestimmtes Ziel zu treffen bzw. es auch umzuwerfen: in dieser Kunst haben sicher nicht nur Kinder zu allen Zeiten sich geübt. Erst im 18. Jahrhundert aber kamen für diese Geschicklichkeitsspiele genauere Regeln auf: nun waren es zumeist 9 Kegel, die mit einer runden Kugel zu Fall

gebracht werden mussten. Bei großen Festlichkeiten des Adels, aber auch bei Festen des sich langsam herausbildenden Bürgertums standen diese Spiele – nach den zweifellos noch beliebteren Kartenspielen – bei Jung und Alt in hohem Ansehen. Bei diesem relativ einfachen Kegelspiel durfte bzw. musste jeder Gastgeber die Regeln selbst bestimmen, und alle – Kinder, Eltern und auch Großeltern – konnten sich gemeinsam betätigen. Gerade dieser familienfreundliche Aspekt dieses Spieles sollte die Grundlage werden für die Gründung des 1. Kegelvereins in Deutschland.

Die „Barmherzigen Brüder“ – der 1. Kegelclub Deutschlands

Als ältester Kegelclub Deutschlands gelten die „Barmherzigen Brüder von 1826“. Die Chroniken dieses Clubs wissen zu erzählen: in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts habe ein angesehener Mann Braunschweigs unverschuldet sein Vermögen verloren und sei in Not geraten. Um ihm zu helfen, habe der durch Holzhandel reich gewordene Kaufmann Johann Anton Weitz einige Freunde um sich versammelt. Wer dieser Mann war, dem man hier Hilfe angedeihen ließ, geht aus den Unterlagen nicht klar hervor. Es spricht viel dafür, dass es sich um einen Artilleristen namens Cotté (oder auch Kotte) handelte, dem beim Exerzieren beide Hände abgeschossen worden waren. Herzog Wilhelm ließ ihm deshalb Prothesen aus Gummi anfertigen.

Im Krähenfeld, also südlich vor den Toren von Braunschweig, kaufte nun Johann Anton Weitz ein Stück Land und baute im Jahr 1826/27 darauf ein Clubhaus für die „Barmherzigen Brüder“. Pächter dieses Hauses – und später vielleicht sogar Eigentümer – wurde jener oben erwähnte Kotte. Das Krähenfeld war in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts noch nicht bebaut. Die Straßen waren allenfalls das, was wir heute als Feldweg bezeichnen würden, aber immerhin trugen sie bereits Namen. So wissen wir ziemlich genau, wo dieses 1. Clubhaus stand: es war errichtet an der Ecke von Campestraße zur Salzdahlumer Straße (heute Böcklerstraße). Nach wenigen Monaten bereits war der Klub auf 120 Mitglieder angewachsen. Aber man muss natürlich feststellen: im eigentlichen Sinn war dieser Club noch nicht das, was man später dann unter einem Kegelclub verstand. (Abb. 1) Die älteste Satzung des Clubs ist uns leider nicht erhalten. Aber sie wird – falls es sie denn überhaupt gab – wahrscheinlich ähnliche Paragraphen bzw. Statuten gehabt haben, wie sie später in der Satzung des „Familiencлубs der Barmherzigen Brüder“ im Jahr 1887 nachzulesen sind. Dort heißt es unter §1: „Der bereits im Jahr 1827 gestiftete Club



Abb. 1: An der Stelle, wo jetzt dieses Gartenhaus steht (Eckgrundstück Campestraße/Böcklerstraße), befand sich im 19. Jahrhundert die Kegelbahn der „Barmherzigen Brüder“.

„Die barmherzigen Brüder“ hat z. Zt. den Zweck, die geselligen und freundschaftlichen Beziehungen seiner Mitglieder und deren Angehörigen untereinander bestmöglichst zu fördern. ... Gesellige Unterhaltungen, Kegel- und Kartenspiele bilden die Grundlagen seiner Zusammenkünfte.“

Man darf vermuten, dass bereits 60 Jahre zuvor die „Barmherzigen Brüder“ aus ähnlichen Motiven heraus gegründet worden waren. Es zählte bei der Gründung – ähnlich vielleicht wie bei den „Service-Clubs“ unserer Tage – auch die soziale Verantwortung für das Gemeinwohl eine Rolle, aber entscheidend war wohl der gesellige Austausch mit Gleichgesinnten. Draußen in der Natur hatte man einen Ort gefunden, wo man die Enge der Stadt hinter sich lassen konnte und die Möglichkeit hatte, Freizeit entspannt mit der Familie genießen zu können. Johann Anton Weitz selbst wird davon viel Gebrauch gemacht haben: im Januar 1823 hatte er die aus Bockenem stammende Senatorstochter Johanne Billmann – sie war zum Zeitpunkt der Hochzeit erst 18 Jahre alt – geheiratet. Mit ihr zusammen gründete er in den folgenden Jahren eine große Familie: zwischen 1823 und 1844 wurde er Vater von 11 Kindern. (Ein Nachkomme dieses Holzhändlers war übrigens der Braunschweiger Rechtsanwalt und Schriftsteller Hugo Weitz (1891-1961), dessen Roman „Schuldlos verheiratet“ früher gerne gelesen wurde.) Viele Jahre haben die Vereinsmitglieder der „Barmherzigen Brüder“ dort im Kotteschen Gartenlokal schöne Feste und ausgiebige Feiern veranstaltet. Man vergnügte sich, so erwähnen es die Chroniken, hauptsächlich mit Schachspiel, Kartenspielen und dem Kegeln. Allerdings soll sich schon früh eine Gruppe gebildet haben, die nur gekegelt hat und die auch über eine eigene Kasse, die „Punschkasse“, verfügt habe. Aber erst im Jahr 1869 – also nach über 40 Jahren – trennten sich 41 Kegler organisatorisch und räumlich von den Nichtkeglern und bezogen als Vereinslokal zunächst „Bocks Keller“ vor dem Wendentor.

Im Jahr 1926 wurde in der Sportpresse der älteste Kegelclub Deutschlands gesucht. In der Chronik der „Barmherzigen Brüder“ aus dem Jahr 1951 heißt es dazu: „Da sich kein Klub gemeldet hat, der älter ist als die „Barmherzigen Brüder“ muß als einwandfrei festgestellt gelten, daß die „Barmherzigen Brüder“ der älteste Kegelclub Deutschlands sind.“

Die Kegelclubs in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts

16 Jahre nach Gründung der „Barmherzigen Brüder“ wurde in Braunschweig ein Verein ins Leben gerufen, in dessen Mittelpunkt nun neben der Geselligkeit ausschließlich das Kegeln stand: der „Stille Club von 1842“. Zunächst war dieser „Stille Club“ Gast bei den „Barmherzigen Brüdern“ im Kotteschen Vereinslokal. Aber bereits nach einigen Monaten zog man Ende 1842 in die nahegelegene Gastwirtschaft „Holst's Garten“, wo inzwischen auch eine Kegelbahn gebaut worden war. Dieses Lokal lag direkt an der Wolfenbütteler Straße, war also relativ einfach zu erreichen und wurde in den kommenden Jahren bzw. sogar Jahrzehnten eine der wichtigsten Anlaufstellen für die Kegler Braunschweigs. Für den „Stillen Club“ blieb Holst's Garten knapp 50 Jahre lang das Vereinslokal.

Rund 10 Jahre nach dem „Stillen Club“ wurde der nächste Kegelverein ins Leben gerufen: im Juni 1853 wurde der



Abb. 2: 1881 – 1906, Berlin, den 15. Mai 1906. Es gereicht uns zur Befriedigung, den Herren Sanitätsrat Dr. Thilo, Kaufmann Täger, Lehrern Hoppe und Spannhof und Landwirt Meier, welche sich durch die Gründung des Kegelclubs Wendeburg-Wendeburg (richtig ist: Wendeburg-Wendeburg) bleibende Verdienste um die Pflege des Körpers, des Gemüts und guter Sitten erworben haben, anlässlich der Jubelfeier des 25jährigen Bestehens des Vereins unsere lebhafteste Anerkennung auszudrücken. Eine besondere Ehrung für den Präsidenten, Herrn Sanitätsrat Dr. Thilo, unter dessen genialer und zielbewußter Leitung sich der genannte Klub so erfreulich entwickelt hat, behalten wir uns vor. Das Kaiserliche Gesundheitsamt, Abteilung für Pflege des Körpers und des Gemüts. i. A. Warmbold.

Abb. 3: Urkunde. Was wir 8 Jahrzehnte nicht gesehen, am 6.12.1988 ist's gesehen. Um 21 Uhr 11 ward Eckard Albrecht keck, er kegelte die Acht um's Vordereck. Der Abend bleibt uns unvergessen bei Scherzen, Trunk und gutem Essen. Kegelclub Wendeburg/Wendeburg, Wendeburg, 6.12.1988, Erwald Geermann.



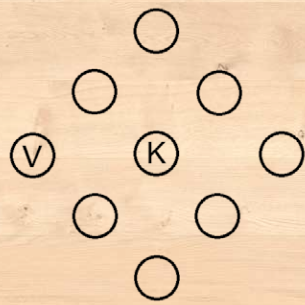


Abb. 4 oben: Schema (Draufsicht) „Acht uns Vordereck“. Die von links kommende Kugel bewirkt beim Auftreffen, dass der vordere Kegel (V) stehen bleibt und alle anderen umfallen. Kegel K = König.

Abb. 5 rechte Seite unten: Dr. Reinhard Ziegler, Präpositus (= Vorsitzender) des Kegelclubs Wendezelle-Wendeburg, kegelt am 13.12.2017 mit „Geist und Schwung“.

Abbildungsnachweis:

Abb. 1 u. 5: Verfasser; Abb. 2: Repro von Dirk Schäfer;
Abb. 3: Archiv des Kegelclubs; Abb. 4: Rolf Ahlers.

„Krumme Stiefel“ gegründet. Vereinslokal war hier der Gliesmaroder Turm. In den ersten Jahren waren in diesem Verein tonangebend Mitglieder des herzoglichen Hoftheaters; später traten an ihre Stelle – ähnlich wie bei den anderen Kegelclubs – Persönlichkeiten der Wirtschaft, der Industrie und auch der Banken. In den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts fanden viele Feiern dieses Clubs bei dessen langjährigen Vorsitzenden, dem Fabrikdirektor der Brunsviga Karl Runte, in dessen Villa Elisenhof in Volkse statt.

In den folgenden Jahren – d.h. in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts – stieg dann die Zahl der Gründungen von Kegelclubs in Braunschweig sprunghaft an. Und auch auf die umliegenden Ortschaften sprang der Funke über: in mehreren größeren Dörfern, die vor den Toren der Stadt lagen, wurden nun Kegelclubs ins Leben gerufen. Meist trafen sich hier die Honoratioren der Ortschaft: der Pfarrer, der Doktor, der Kantor, der Apotheker, auch Handwerksmeister und einige Großbauern waren vertreten. In Vechelde war es Bürgermeister Heinrich Rischbieter, der im Sommer 1873 den Kegelclub „Fidelio“ ins Leben rief. Und im benachbarten Wendeburg scharte 1881 Sanitätsrat Dr. Thilo Gleichgesinnte um sich. Da es in Wendeburg noch keine Kegelbahn gab, zog man in den Nachbarort Wendezelle, wo allerdings in der Anfangszeit der Kegelraum noch nicht zu beheizen war. Da der Sanitätsrat als 1. Vorsitzender mit Akribie eine Chronik verfasste, sind wir über die regelmäßig jeden Dienstag sich treffende Herrenrunde relativ gut informiert. Man war unter sich, man feierte viele fröhliche Feste, die meist von patriotischen Gesängen umrahmt waren, und war stolz auf „unsere Leistungen im Kegeln sowie im Trinken“. (Abb. 2-4)

Von ähnlichen Kegelvergnügungen in jenen Jahren hören wir aus Heringsdorf/Usedom. Zu den Honoratioren dieses Kaiserbades gehörte auch der aus Braunschweig stammende Gustav Stobwasser (1816-1884). Sein Vater Christian Heinrich (1780-1848) hatte den Verwaltungssitz seiner ererbten Lackwaren-Manufaktur von Braunschweig nach Berlin verlegt. Dort hatte Gustav Stobwasser die Fabrik weiter ausgebaut und genoss als Fabrikant und Kommerzienrat in der Reichshauptstadt großes Ansehen. Wie viele andere Persönlichkeiten Berlins erbaute er sich in Heringsdorf einen Feriensitz, an dem er an der Außenwand in Erinnerung an seine Vaterstadt einzelne Porträts von Eulenspiegel anbringen ließ. (Diese 1868 errichtete „Stobwasser-Villa“ in der Kulmstraße 27 hat den Krieg überstanden und gehört zu den schönsten Häusern des Ortes.)

Das Kegelvergnügen in Heringsdorf hielt der Maler Anton v. Werner in einem Holzstich aus dem Jahr 1883 fest. Sein Bild „Auf der Kegelbahn in Heringsdorf“ beschreibt der

Künstler so: „Es war da eine Auslese nach Wesen und Beruf verschiedenartiger Persönlichkeiten, die sich da jeden Vormittag in der ... Kegelhalle zusammenfanden und mit kraftvollem Wurf ernsten Blickes die wuchtige Kugel in der Richtung auf den weiten Meereshorizont gegen das Ziel sausen ließen. Gelehrte und Künstler, Landwirte und Forstmänner, Beamte, Kaufleute und Industrielle aller Geschäftszweige ... gehörten diesem Kreise an.“

Birgit Jochens, Verfasserin des Buches „Die Kaiserbäder auf Usedom: ein Vorort Berlins“, fasst das soziale Gefüge im Kegelverein der Insel in jenen Jahren so zusammen: „Fast war man unter sich, so scheint es. Eben dies dürften viele der vornehmen Berliner, die sich auf Usedom ansiedelten, besonders geschätzt haben. Der Aufenthalt auf der Insel bot Gelegenheit zu Demonstration und Bekräftigung des sozialen Status, und genau das war es, wonach man strebte.“ Diese Beschreibung trifft sicher auch auf das gehobene Bürgertum der Stadt Braunschweig in jenen sogenannten Gründerjahren zu: wer in einem Kegelclub aufgenommen war, fühlte sich der Elite des Gemeinwesens zugehörig.

Der Zusammenschluss der Braunschweiger Kegelclubs

Bis weit in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es für das Kegeln so gut wie keine verbindlichen Regeln oder Normen. Die meisten der neuen Klubs kegelten auf breiten Asphaltbahnen, „Herkulesbahnen“, wobei die Länge der Bahnen und auch die Größe der Kugeln und der Hölzer jeweils unterschiedlich waren. Das änderte sich, als in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts sich die Kegelclubs in Verbänden zusammenschlossen. Den Anfang machte das Rheinland, wo im November 1884 ein „Kegelverband für Rhein und Ruhr“ gegründet wurde. Als Verbandsorgan gab diese Vereinigung die „Deutsche Kegel- und Skatzeitung“ heraus. Bereits ein Jahr später wurde in Dresden der „Zentralverband Deutscher Kegelclubs“ ins Leben gerufen, der sich 2 Jahre später umbenannte in „Deutscher Kegelbund“ (DKB). Dieser DKB lud jährlich seine Mitglieder in eine Stadt des Deutschen Reiches zu sog. Bundesfesten ein, auf denen dann auch ab 1891 die Deutschen Kegelmeisterschaften ausgetragen wurden.

In Braunschweig waren es wieder die „Barmherzigen Brüder“, die die Initiative ergriffen. Ihr damaliger Vorsitzender, der Gold- und Silberfabrikant Hermann Wurm, lud im Frühjahr des Jahres 1885 die Vertreter der damals existierenden 19 Braunschweiger Kegelclubs zusammen. Unter seiner Leitung schlossen sich 10 von diesen Clubs im Mai 1885 zum „Lokalverband Braunschweiger Kegelclubs“ zusam-

men, der auch Mitglied wurde im Deutschen Kegelbund. Im Jahr 1896 hatten die Braunschweiger die große Ehre, das Bundesfest durchführen zu dürfen. Aus 47 Städten waren rund 1200 Teilnehmer („Kegelbrüder“) in unsere Stadt gekommen, um am 7. Deutschen Bundeskegeln vom 11.-16. Juli teilzunehmen. Die meisten Veranstaltungen fanden auf dem Festplatz von Holst's Garten in der Wolfenbütteler Straße statt; in der dortigen Festhalle waren 32 Kegelbahnen vorhanden. Zur Bundesversammlung selbst und zu den beiden großen Kegler-Bällen traf man sich im Hotel D'Angleterre; die musikalische Umrahmung dieser Feiern wurde übernommen vom Musikcorps des Braunschweiger Infanterie-Regiments No 92 und dem Trompetercorps des Braunschweiger Husaren-Regiments No 17. Zweifellos hatte dies beeindruckende Fest den Kegelclubs in Braunschweig große Beachtung und auch Zulauf gebracht: der Braunschweiger Kegelverband wuchs auf über 400 Mitglieder.

Die Kegelclubs im 20. Jahrhundert

Nach den Einschränkungen durch den 1. Weltkrieg erfuhr das Kegeln in Braunschweig zunächst eine neue Blütezeit. Nachdem sich 1926 der DKB auch für Frauen geöffnet hatte, stieg damals in Braunschweig die Zahl der Kegelclubs stark an. Bald aber zogen sich dunkle Gewitterwolken über unserem Land zusammen. Alle Sportclubs mussten sich dem Diktat der Politik bzw. der Partei beugen. Einige Kegelclubs lösten sich bereits in den 30er Jahren freiwillig auf, auch der DKB stellte seine Tätigkeit ein. Als dann in den Bombennächten des 2. Weltkrieges so gut wie alle Kegelbahnen Opfer der Bomben bzw. des Feuersturms wurden, da ruhte dann für einige Jahre der Kegelbetrieb in unserer Stadt völlig. Nach dem Krieg erholten sich die Kegelclubs allerdings doch relativ schnell. Zunächst wurden die alten Bahnen notdürftig wiederhergestellt. Später dann aber – beginnend im Jahr 1956 – setzten sich vollautomatische Kegelautomaten durch, die die Arbeit von Kegeljugen überflüssig machten.

Bereits 1947 konnte der mehrfache deutsche Kegelmeister Alfred Scharf den „Verein Braunschweiger Kegler“ wieder neu zum Leben erwecken. Und 3 Jahre später wurde in Bielefeld der DKB neu gegründet – und neu gegründet wurden nun auch in Braunschweig unzählige Kegelclubs. Höhepunkt dieser Entwicklung waren zweifellos die 70er und auch noch die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der „Verein Braunschweiger Kegler von 1891 e.V.“ hatte damals über 2000 Mitglieder, im DKB waren sogar rund 150.000 Kegler und Keglerinnen zusammengeschlossen und in ganz Deutschland sollen insgesamt über 20 Millionen Menschen in ihrer Freizeit gekegelt haben. Diese Entwicklung hat allerdings nicht sehr lange angehalten.

Seit Ende des 20. Jahrhunderts ist auch in Braunschweig offensichtlich die Beliebtheit von Kegelsport und Kegelspiel stark zurückgegangen. Die Gründe dafür sind gewiss vielfältig. Da war auf der einen Seite vielleicht die Konkurrenz durch die „Service-Clubs“, die aus Amerika kommend ihren Siegeszug auch in Braunschweig antraten. Trafen sich Mitte des vorigen Jahrhunderts die Chefärzte, Fabrikanten und führende Beamte unserer Stadt noch vornehmlich in Kegelclubs, so waren zu Beginn des 21. Jahrhunderts die

meisten dieser Honoratioren in Clubs wie Rotary, Lions, Kiwanis, Leoniden, Inner Wheel, Soroptimisten, Zontas u.a.m. Etliche, die vornehmlich aus sportlichen Gründen gekegelt hatten, fanden wohl auch seit den 80er Jahren eine neue Heimat in Tennis- oder Golfclubs.

Der Verein Braunschweiger Kegler (VBK) hatte 1960 in Lehn Dorf, in der Saarbrückener Straße, ein Keglerheim mit 12 Automatikbahnen einweihen können. Da diese bald nicht ausreichten, hatte man 1973 die Anlage sogar auf 16 Bahnen erweitert. Nach der Jahrtausendwende nahm die Zahl der Kegler aber rapide ab. Als im Jahr 2015 der VBK nur noch 52 Mitglieder hatte, musste das Heim verkauft und der Verein aufgelöst werden.

Ähnlich erging es vielen traditionsreichen Kegelclubs. Der oben erwähnte Club „Fidelio von 1873“ löste sich im Jahr 2008 auf, als er auf 6 Mitglieder geschrumpft war. In Wendeburg existiert zwar noch der alte Kegelclub, 12 Kegelbrüder treffen sich dort jeden Dienstag. Nur: im ganzen Zentralort gibt es keine Kegelbahn mehr. Die Gaststätte „Osterloh“ / Zweidorf war zur Jahrtausendwende das letzte Lokal, in dem die Wendeburger noch kegeln konnten. Nach dem Tod seines Besitzers, des Gastwirts „Robbi“ Osterloh, wurde diese Gaststätte und damit auch die letzte Kegelbahn Wendeburgs im Jahr 2002 abgerissen. Seit dem sind die Wendeburger auf die Kegelbahnen in Braunschweig angewiesen, um bei ihren Zusammenkünften eine „ruhige Kugel schieben“ zu können. (Abb. 5)

Ähnlich vielleicht wie bei den Gesangsvereinen scheint z. Zt. der Wind des Zeitgeists den Kegelclubs kräftig entgegen zu blasen. Aber Wind und Wetter können sich wandeln. Über 100 Jahre lang waren Kegelclubs durchaus Hüter von Tradition und Träger von Kultur; ihren Mitgliedern boten sie



Geselligkeit, geistigen Austausch und Freude bei sportlicher Betätigung. Es ist zu hoffen, dass sich auch in Zukunft Menschen in Braunschweig finden, die mit Elan, Schwung und Freude sich in Kegelclubs engagieren.

Fehlwurf

Im 19. Jahrhundert – also zu einer Zeit, als zumindest die Gebildeten französisch sprachen – nannte man einen Fehlwurf „Ratte“. Auf der Urkunde (Abb. 2) ist neben dem grinsenden Kegeln (am linken Bildrand) die Ratte abgebildet. Der Kegler hatte sich offenbar einen Fehlwurf erlaubt und musste nun nach altem Brauch dafür „eine Runde“ ausgeben. Im Französischen heißt das Verb „rater“ = „verfehlen, versagen, misslingen“ und das Substantiv „raté“ heißt „Versager“.

Später sprach man bei einem Fehlwurf von „Pudel“. Aber wie ist aus einer Ratte ein Pudel geworden? Mögliche Erklärung: im Mittel- und Niederdeutschen heißt „puddeln“ = „im Wasser plätschern“ oder auch „nass werden“. Im Englischen geht „puddle“ = „Pfütze“ als Substantiv bzw. als Verb „(in Pfützen) herumplanschen“ damit einher. Und da beim Fehlwurf die Kugel in der Gosse landet, wird sie „pudelnass“. Zugegeben: So ganz überzeugend ist diese Herleitung nicht.

Und bei den heutigen „Pumpen“ sind die Versuche einer etymologischen Herleitung noch dürftiger. Wer auf „Pump“ lebt, schafft nicht Eigenes und wer jemanden „anpumpt“, kann ihn „nass“ machen. Aber eine überzeugende Argumentation ist das wohl kaum. Möglicherweise ist der Begriff von „Pumpe = Fehlschuss beim Scheibenschießen“ auf „Pumpe = Fehlwurf beim Kegeln“ übertragen.

Der Instrumentenbauer und Geodät **Tobias Volckmer (1550-1622)** – ein Beitrag zur braunschweigischen Wissenschaftsgeschichte*

Prof. Dr.h.c. Gerd Biegel, Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte an der TU Braunschweig

Unser Thema führt uns ins 15. und 16. Jahrhundert und zu einem spannenden Thema der Kunst- und Wissenschaftsgeschichte. Damals waren in Braunschweig und im Braunschweiger Land zahlreiche Goldschmiede tätig. Auch einige Instrumentenhersteller haben herausragende Leistungen erbracht, so etwa Johann Krabbe (1553-1616), aber seit 1592 als Fürstlich braunschweigisch-wolfenbüttelscher Geometer sowie Eberhard Hofmann (1544-1593), der später noch als Professor an der Landesuniversität Helmstedt lehrte. In diesen Kreis illustrierender Goldschmiede, Kartographen, Landvermesser und Instrumentenbauer gehört auch Tobias Volckmer (1550-1622), der sich einen beachtlichen Ruf ebenso als Landvermesser wie als Instrumentenbauer erworben hat.

Wenig weiß man über seine Herkunft und keinerlei schriftliche Nachrichten haben wir von ihm, jedoch hat er seine Werke mit der Inschrift versehen „Tobias Volckmer aus Braunschweig“. Es wird allgemein als gesichert angesehen, dass er um 1550 in Braunschweig geboren und getauft wurde. Seine Eltern waren der Eisenkramer Marten Volckmer und dessen Ehefrau Anna, geb. Brecht. Am 16.10.1565 wurde Tobias Volckmer Goldschmiede-Lehrling bei Meister Jeronimus Remmers und nach 6jähriger Lehrzeit ging er auf eine wohl 4jährige Wanderschaft überwiegend durch Süddeutschland.

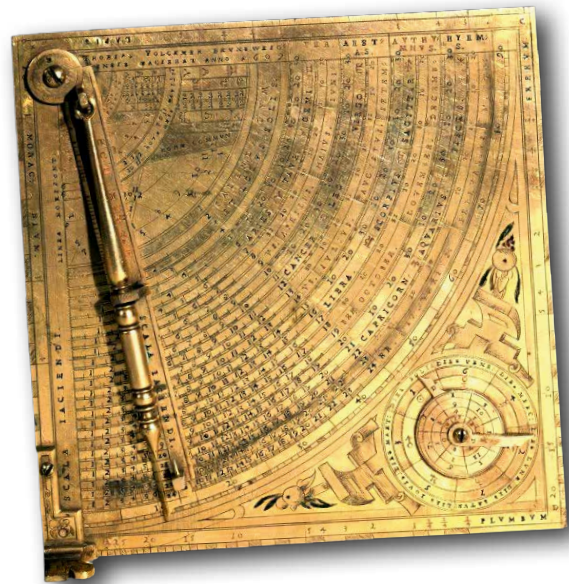
Längst ist Tobias Volckmer aber in Braunschweig in Vergessenheit geraten, dennoch zählt er zu den herausragenden Goldschmieden unserer Stadt im 17. Jahrhundert. Vor allem seine astronomischen und geodätischen Messinstrumente,

darunter ein Messgerät zur Vermessung von Bergwerkstollen, rechnen zu den besten seiner Zeit. Allerdings ist unbekannt, wo er die notwendigen Kenntnisse für die Herstellung der Instrumente sowie das dafür erforderliche mathematische Wissen erlernt hat. Seine Gesellenprüfung hat um 1575 stattgefunden, und 1584 läßt er sich erstmals für Braunschweig nachweisen, denn er wird in den Quellen benannt als „Goldschmiedsgesell aus Braunschweig“. In diesem Jahr wechselte er nach Salzburg und wurde noch 1584 Hof-Goldschmied des dortigen Erzbischofs Wolf Dietrich (1559-1617). Tobias Volckmer behielt zunächst das Braunschweiger Bürgerrecht noch bei und wurde erst 1586 Bürger von Salzburg. Tobias Volckmer wird in den Salzburger Quellen bereits als Meister geführt, heiratete hier und besaß ein Haus und Laden. Zahlreiche Gesellen und Lehrlinge waren bei ihm beschäftigt und galt in der Gesellschaft als Könnner und genoss hohes Ansehen.

In dieser Zeit sind von ihm zahlreiche astronomische und geodätische Messinstrumente angefertigt worden, darunter drei Astrolabien, drei Büchsen Sonnenuhren und Bergwerksgeräte. Ungeklärt ist bisher, von wem Tobias Volckmer die Anregung erhalten hatte, derartige Geräte anzufertigen. Noch weniger wissen wir, wie er die dafür notwendigen mathematischen Kenntnisse gewonnen hatte, meist nimmt die Forschung an, dass er sich diese autodidaktisch erwarb. Ein Anstoß dazu kann in der politischen Situation der Zeit begründet gewesen sein: 1568 hatte im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel Herzog Julius (1528-1589) die Regierung übernommen. Er formte konsequent und mit großer

Umsicht das durch die Reformationswirren stark gezeichnete Fürstentum, in dem er 1568 die Reformation einführt, zu einem frühmodernen Staat um. Entscheidend wurde seine Wirtschaftspolitik, mit Ausbau einer funktionstüchtigen Infrastruktur, Modernisierung und Technisierung des Bergbaus und Hüttenwesens im Harz, um nur einige Beispiele zu erwähnen. Sein Interesse an technischen Innovationen, die seine eigenhändigen „Instrumentenbücher“ dokumentieren und die Förderung der Wissenschaften durch Gründung der Landesuniversität in Helmstedt bestätigt, schuf durchaus Bedarf für hohe künstlerische und handwerkliche Leistungen in Kartographie und Instrumentenherstellung. Insofern wäre auch Tobias Volckmer, ähnlich wie der Herzog selbst, ganz auf der Höhe der Zeit gewesen – und diese Chance dürfte er genutzt haben mit seinem offenbaren Talent.

Alle seine Instrumente, die sich heute in Museen in London, Oxford oder München befinden, tragen die Signatur „Tobias Volckmer aus Braunschweig“ sowie das Herstellungsjahr und sind von höchster Präzision und zugleich künstlerischer Qualität. 1594 wechselte Tobias Volckmer nach München und trat als Mathematicus und Goldschmied in den Dienst des bayerischen Herzogs Wilhelm V. (1548-1626). Zunächst hatte er sich erfolgreich um eine Anstellung am kurfürstlichen Hof in Dresden beworben. Der geplante Umzug aber zerschlug sich, da überraschend Kurfürst Christian I. (1560-1591) am 25. September 1591 starb. Daher schließlich der Wechsel nach München. Hier setzte Tobias Volckmer seine Instrumentenherstellung erfolgreich fort und verfasste 1621 eine Schrift „Über Sonnenuhren“. Die Aufgaben als Vermessungsingenieur dürften den Ausschlag für Volckmers Berufung gegeben haben, denn der Herzog benötigte dringend Vermessungen des Landes, so etwa zur Grenze gegenüber dem Bistum Passau und dem Erzbistum Salzburg. Vom bayerischen Herzog wurde er zugleich mit wichtigen Vermessungsarbeiten beauftragt. Dennoch musste er immer wieder wertvolle Gold- und Silbergeschenke für die herzoglichen Repräsentationswünsche herstellen, obwohl in München zahlreiche angesehene Goldschmiede tätig waren. Im Jahre 1608 wurde Tobias Volckmer an den Planungen für den Neubau der Landesfestung Ingolstadt beteiligt und hatte die „Grundlegung und den Abriß der Festung“ zu fertigen. Hierbei unterstützte ihn sein 1586 in Salzburg geborener Sohn Tobias, der bei seinem Vater das Goldschmiedehandwerk gelernt hatte.



Die wohl wichtigste Vermessungsarbeit aber war 1616 „die Vermessung und Abwägung“ für den Bau der Soleleitung von Reichenhall nach Traunstein. Im Auftrag des seit 1597 regierenden Herzogs und späteren (ab 1623) Kurfürsten Maximilian I. stellte Tobias Volckmer den Grundriss des Lustschlosses Schleißheim her und übernahm die Vermessungsarbeiten bei der Anlage des neuen Gartens der Residenz München, des heutigen Hofgartens. Eine ganz hervorragende Arbeit war auch die erste detaillierte kartographische Darstellung der Stadt München von 1613, jedoch überwiegt derzeit die Annahme, dass diese Arbeit weitgehend vom Sohn Tobias Volckmer jun. stammt und Tobias Volckmer lediglich beratend mitgewirkt hatte.

Die zahlreichen Instrumente von Tobias Volckmer hatten bereits zu seiner Zeit internationale Anerkennung und Verbreitung gefunden. Mit den praktischen Anwendungen der eigenen Geräte hat er darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Ingenieurvermessung geleistet. Um 1622 scheint Tobias Volckmer in München verstorben zu sein, ein Bild von ihm ist leider nicht überliefert.

Tobias Volckmer aus Braunschweig zählte im 17. Jahrhundert zu den herausragenden Vertretern der Goldschmiedekunst und Instrumentenherstellung sowie der Vermessungskunde. Seine Person und sein Werk sind ein zu Unrecht vergessenes Kapitel der frühneuzeitlichen Wissenschaftsgeschichte Braunschweigs.

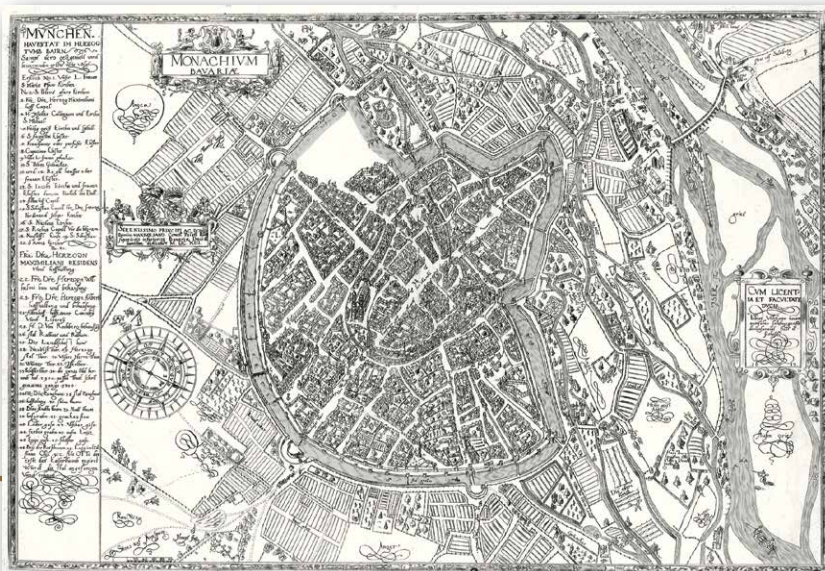


Abb. 1 oben: Goldener Quadrant, hergestellt in Braunschweig, von Tobias Volckmer im Jahr 1609. Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Horary_quadrant.jpg.

Abb. 2 unten: Perspektivischer Stadtplan Münchens von Tobias Volckmer jun., 1613, Quelle: Beilage aus Christine Rädlinger: *Geschichte der Münchner Stadtbäche*, herausgegeben vom Stadtarchiv München. – München, 2004.

Der Weg einer Büssing-Feuerwehrdrehleiter – ein Fahrzeug der Braunschweiger Industrie- und Feuerwehrhistorie

Die flächendeckende Erfüllung des Brandschutzes im ehemaligen Deutschen Reich lag ab 1935 im Wesentlichen in der Zuständigkeit des Reichsluftfahrtministeriums. Durch die „Gleichschaltung“ im Reich wurden ab November 1938 die Berufsfeuerwehren als „Feuerschutzpolizei“ bezeichnet. Im Wege der Standardisierung drängte das Ministerium vornehmlich auf Fahrzeuge von Magirus und Mercedes. Diese konzipierten Löschfahrzeuge konnten auf Weisung höherer Stellen schnell in andere Gebiete des Reiches verlegt werden. Noch im Frühjahr 1939 konnte die „Feuerschutzpolizei“ Braunschweig bereits ein Löschfahrzeug der Hausmarke Büssing in Betrieb nehmen. Auch die Neuanschaffung einer Drehleiter wurde notwendig. Die Verantwortlichen des Brandschutzes in Braunschweig wollten der verlässlichen Braunschweiger Hausmarke treu bleiben. Sie orderten selbstständig eine neue Kraftfahrdrehleiter (KL 26) auf einem Büssing NAG 500. Das Fahrgestell wurde Ende 1939 von der Firma Büssing fertiggestellt. In modernster Ganzstahlbauweise fertigte die Firma Metz in Karlsruhe den Drehleiteraufbau. In der damals typischen polizeigrünen Lackierung wurde die Kraftfahrdrehleiter bereits am 26. Februar 1940 für die „Feuerschutzpolizei Braunschweig“ in Dienst gestellt.

Es bleibt eine Besonderheit, dass für die Stadt Braunschweig eine Büssing-Drehleiter geliefert wurde. Auch der weitere Weg dieses Fahrzeuges ist von Besonderheiten geprägt. Die damalige Hauptfeuerwache in der Münzstraße und die Nebenwache Schimmelhof an der Hamburger Straße waren die Standorte dieses Fahrzeuges. Da die Drehleiter seitens des Reichsluftfahrtministeriums nicht aus Braunschweig abgezogen wurde, leistete sie nach den furchterlichen Bombenangriffen eine wertvolle Hilfe. Das Fahrzeug überstand den Krieg relativ unbeschädigt. Trotz der Wirren der ersten Nachkriegsjahre konnte es für die Stadt Braunschweig gesichert werden. Wie in der britischen Besatzungszone üblich, wurde die Drehleiter dem „Fire Service-Feuerwehr“ zugeteilt. In dieser Zeit waren die Einsatzschwerpunkte nicht unbedingt die feuerwehr-typischen Brandbekämpfungen, sondern vielmehr das Beseitigen von einsturzgefährdeten Gebäuden.

Nachdem der Brandschutz wieder der Stadt Braunschweig mit ihrer Berufsfeuerwehr übertragen wurde, änderte sich auch das farbliche Erscheinungsbild der Feuerwehrfahrzeuge. Die Feuerwehr wurde endlich wieder Rot. Weiterhin sorgte jedoch das Klingeln eines Motorrasselweckers für freie Fahrt. Erst 1956 verordnete die StVO die bis heute bekannte Zweittonfolge, dem Tati-Tata. Grund: Die Feuerwehr darf nicht mit dem Klingeln der Straßenbahn verwechselt werden. – Die Drehleitern um Umland waren knapp. So wurde nicht selten zu nachbarschaftlichen Löschhilfen in die Ortschaften des ehemaligen Landkreises Braunschweig ausgerückt.

Jörg Koglin

Abb. 1 unten links:

Hans-Ludwig „Halu“ Sämman kontrolliert den Leiterpark mit den ineinanderliegenden, ausschiebenden Leitern.

Abb. 2 unten rechts:

Der starke Kettenantrieb für das Aufrichten des Leiterparks.

Abb. 3 rechte Seite oben:

Auf Landesfeuerwehrtagen ist die BüDL eine historische Attraktion, hier vor dem Alstadtrathaus in Braunschweig.

Abbildungsnachweis:

Jörg Koglin.





In der Nacht vom 20. auf den 21. Januar 1966 entwickelte sich einer der dramatischsten Einsätze nach dem Krieg. Dem noch neuen Amtsleiter der Berufsfeuerwehr, Jürgen Jeschke, blieben die Ereignisse dieser Nacht noch jahrelang in tiefer Erinnerung. In einem dreigeschossigen Wohnhaus an der Ecke Jasperallee/Kasernenstraße geriet, durch die Unachtsamkeit eines Bewohners, das hölzerne Treppenhaus in Brand. Beim Eintreffen der Feuerwehr brannte das Haus wie eine Fackel. Bei klirrender Kälte von minus 12 Grad funktionierte die robuste Büssing-Drehleiter zuverlässig.

In den sechziger Jahren wurde der Fuhrpark der Berufsfeuerwehr durch zahlreiche moderne Fahrzeuge ersetzt und ergänzt. Die Büssing-Drehleiter war nun nicht mehr im ersten Abmarsch. Ganz verzichten wollte die Feuerwehr auf diese zuverlässige Drehleiter jedoch nicht. Die letzten Jahre wurde sie als Reserve genutzt. 1970 war der Feuerwehrdienst beendet. Die Büssing-Drehleiter wurde an einen Braunschweiger Malerbetrieb verkauft. Dieser nutzte sie für Fassadenarbeiten. Das typische Feuerwehrrot wurde geändert in eine hellgraue Lackierung mit auffallenden blauen Kotflügeln. Eine zeitgemäße modische Farbgebung. Danach fand sie sich bei einem Abbruchunternehmer wieder. Der Abriss von Ruinen und Schornsteinen setzte dem Leiterpark erheblich zu.

Ende der 70er Jahre wurde ein interessierter Braunschweiger auf das Fahrzeug aufmerksam. Seine Leidenschaft war der Erhalt von legendären Büssing-Fahrzeugen. Er erwarb das Fahrzeug zu einem Schrottpreis und arbeitete sie auf. Der Leiterpark wurde wieder funktionsfähig gemacht und: Sie er-

strahlte wieder in Feuerwehrrot. Nach dem Verkauf an einen Büssing-Sammler führte der weitere Weg in die Nähe von Magdeburg. Der Büssing-Begeisterte Hans-Ludwig „Halu“ Sämann, der jahrzehntlang im Dienste der Braunschweiger Berufsfeuerwehr stand, verfolgte sehr aufmerksam die Wege der Büssing-Drehleiter. Er setzte sich zum Ziel, dieses historische Fahrzeug der Braunschweiger Industrie- und Feuerwehrgeschichte wieder zurück nach Braunschweig zu holen. Anfängliche Anfragen bei dem Besitzer blieben zunächst erfolglos. Nach dessen Tod beschlossen die Erben, die Leiter in gute Hände zu geben. Die guten Hände wurden in dem „Förderverein der Feuerwehr und Jugendfeuerwehr Braunschweig e.V.“ erkannt. Intensive Kontakte und eine überzeugende Begeisterung brachten diesen Erfolg. 2014 war es soweit. Als Sachspende wurde das Fahrzeug dem Förderverein übereignet. Auf einem Sattelschlepper konnte Sämann die Büssing-Drehleiter, jetzt BüDL genannt, zurück in ihre Heimatstadt holen. Mit viel Idealismus, Unterstützung und guten Beziehungen beim Beschaffen von Ersatzteilen, wurde die BüDL technisch aufgearbeitet. 2015 gab der TÜV sein o.k. und eine Zulassung für den öffentlichen Straßenverkehr erfolgte.

Als offizieller Halter betreut und unterhält der Förderverein heute das historische Schmuckstück. Technisch und optisch ist das Fahrzeug dem Alter entsprechend in einem einwandfreien Zustand. Gern wird die BüDL zu repräsentativen Anlässen der Feuerwehr in und um Braunschweig im Auftrag des Fördervereins eingesetzt.

Erlebtes im Braunschweigischen Landesverein



Abb. oben: Vogelkundliche Führung in den Braunschweiger Rieselfeldern mit Prof. Dr.-Ing. Ulrich Reimers. Bei bestem Wetter trafen sich 35 vogelkundlich Interessierte, um mit Dr. Reimers die Rieselfelder zu erkunden. Ausgestattet mit Ferngläsern und Spektiven konnten neben den oft zu beobachtenden Graugänsen, Blesrallen, Stock- und Reiherenten auch ein paar Besonderheiten gesehen werden. Bruchwasserläufer, Kiebitz und Flussregenpfeifer sieht man nicht so häufig.

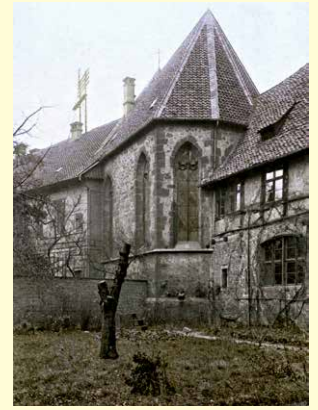
Abb. unten: Bootsfahrt auf der Oker: Bei herrlichem Wetter nahmen Vereinsmitglieder und einige Gäste (insgesamt 35 Personen) an der Bootsfahrt teil. Claus Wilske von der SEB und Heinz Kudalla von der Abteilung Bauordnung der Stadt fuhren mit und gaben uns viele Informationen, insbesondere über die historischen Brückenbauwerke auf dem westlichen und ab Teilung im Bürgerpark über den östlichen Umflutgraben. Villen, Parkanlagen und vieles mehr erklärte uns Herr Heinz Kudalla sehr ausführlich. Unsere Stadt bietet mit seiner Okerumflut um die Innenstadt herum etwas einmaliges und ist unter deutschen Städten etwas besonderes.





Braunschweigische Heimat

105. Jahrgang, Ausgabe 2/2019



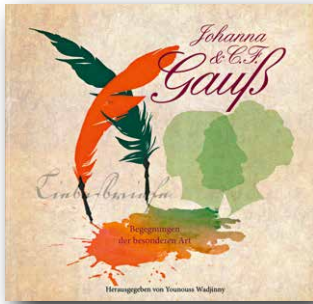
Aus dem Inhalt:

77 Jahre aus der Stadtgeschichte von Salzgitter

Der Mathematiker Carl Friedrich Gauß

Der Abriss der Maria-Magdalenen-Kapelle

Beitrag zur Baugeschichte des Amtes Neubrück



Begegnungen der besonderen Art

Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Gauss Friends (Internationaler Kreis der Carl Friedrich Gauß Freunde e.V.) im Jahr 2018, ein Verein, der sich für die Völkerverständigung einsetzt, wurde eine alte Idee zur Entstehung eines kleinen Buches wieder aufgegriffen: ein Buch, das sich mit den Briefen und der vielfältigen Persönlichkeit von Carl Friedrich Gauß (Ehrenbürger von Braunschweig und Göttingen) aus einem interkulturellen Blickwinkel heraus auseinandersetzt. In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Schulforschung und Lehrerbildung der TU Braunschweig (Z_Schule) ermöglichte ein interdisziplinäres Projektteam eine facettenreiche Aufarbeitung der Thematik mit spezifischen, ausbildungsbedingten Perspektiven.

Johanna & C.F. Gauß: Begegnungen der besonderen Art / herausgegeben von Younousse Wadjinny; englische Übersetzung und Redaktion: Andrea Dutton-Kölbl. - Braunschweig, [2019]. Sprache/n: Deutsch/Englisch, 62/58 Seiten, Wendebuch, Illustrationen, ISBN 978-3-00-062450-6, 21,99 EUR.



Niedersächsische Ortsnamen

Der neunte Band des Niedersächsischen Ortsnamenbuches behandelt die Siedlungsnamen auf dem Gebiet der kreisfreien Stadt Braunschweig. Die 44 bestehenden und die 37 dauerhaft wüst gefallen Siedlungen, die vor 1600 erstmals schriftlich bezeugt sind, präsentieren die Autoren in ausgewählten historischen Belegen und geben eine wissenschaftliche Deutung der Namen. Von Interesse ist dieses Grundlagenwerk zur Namenlandschaft Niedersachsens nicht nur für Namenforscher, sondern auch für Forscher mit heimatkundlichen, landesgeschichtlichen, kulturgeographischen und genealogischen Fragestellungen.

Blume, Herbert; Casemir, Kirstin; Ohainski, Uwe: Die Ortsnamen der Stadt Braunschweig. - Bielefeld, 2018. ISSN 0436-1229, ISBN 978-3-7395-1161-0, 206 Seiten, 24,00 EUR.

Abbildungen Titelseite:

Abb. oben:

Die Maria-Magdalenen-Kapelle in Braunschweig vor 1955 (Seite 25).

Abb. mitte: Gauß-Denkmal in Braunschweig (Seite 11).

Foto: Uwe Krebs.

Abb. unten links:

Rennofen im Städtischen Museum Schloss Salder (Seite 3).

Abb. unten rechts:

Die Oker bei Neubrück (Seite 20).

Impressum:

Braunschweigischer Landesverein Geschichte-Heimat-Natur e.V. - Herausgeber - www.bs-heimat.de

Unser Mitgliedsbeitrag beträgt 25,00 Euro pro Kalenderjahr, Beitragshöhe für Schüler/innen und Student/innen auf Anfrage.

Unser Konto: IBAN: DE19 2505 0000 0000 1116 90 BIC: NOLADE2HXXX

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantworten die Urheber/innen, nicht der Verein oder die Redaktion.

Die Braunschweigische Heimat erscheint auch in: „Digitale Bibliothek Braunschweig“ - Ein Dienst der Universitätsbibliothek der TU Braunschweig.

Vorsitzender: Dieter Heitefuß, Buchfinkweg 10, 38122 Braunschweig, vorsitzender@bs-heimat.de

Redaktion: Rolf Ahlers, Wendezeller Ring 10, 38176 Wendeburg, heimat@bs-heimat.de

Gestaltung: Uwe Krebs www.verlag-uwe-krebs.de

Braunschweigische Heimat ISSN 2198-0225

-
- 3 77 Jahre Salzgitter – Schlaglichter zur Stadtgeschichte**
Claudia Böhler
-
- 10 Das letzte Maibaumfest der Volkstanz- und Trachtengruppe Bortfeld – nach 25 Jahren!**
Heidrun Herden
-
- 11 Der Mathematiker Carl Friedrich Gauß – der berühmteste Braunschweiger**
Gerd Biegel
-
- 16 Vom Kuhstall zum Q-Stall – in Mascherode**
Henning Habekost
-
- 20 Fürstlich Braunschweigisch-Lüneburgisches Amt Neubrück**
Wolfgang Eberhard
-
- 25 Der skandalöse Abriss der Maria-Magdalenen-Kapelle in Braunschweig 1955 (Teil 1)**
Wolfgang A. Jünke
-
- 31 Alter Maitag und Sath Dei in historischen Datumsangaben**
Rolf Ahlers
-
- 32 Der Kiebitz ist als Brutvogel im Braunschweiger und Wolfenbütteler Land vom Aussterben bedroht**
Rolf Jürgens
-

77 Jahre Salzgitter

– *Schlaglichter zur Stadtgeschichte*

Dr. Claudia Böhler

1942 bis 2019: Die Stadt Salzgitter wurde am 1. April 2019 77 Jahre alt. Was für einen Menschen bereits eine beachtliche Zahl an Lenzen ist – ist für eine Stadt eine ungewöhnlich kurze Lebensdauer. Die Geschichte der jungen Stadt Salzgitter soll im Folgenden in einem Zeitraffer mithilfe von einzelnen Schlaglichtern lebendig werden.

Das Fundament der Stadt wurde bereits vor über 100 Millionen Jahren gelegt, in der Kreidezeit als sich die sog. Unterkreideerde in der Region ablagerten. Dieses Erz und ein weiterer Bodenschatz, nämlich das Salz, haben den Ausschlag für die Besiedlung des Salzgittergebietes gegeben. Schlackenfunde und der in den 1950er Jahren bei einer archäologischen Ausgrabung in Lobmachtersen entdeckte Rennofen bezeugen, dass schon im 2./3. Jahrhundert von den Germanen Eisenerz im Salzgittergebiet verhüttet wurde. (Abb. 1)

1918/19 nach dem Verlust des lothringischen Eisenerzreviers begann für den Eisenerzabbau im Salzgittergebiet eine neue Epoche. Ab 1919 untersuchte der Hallenser Professor Dr. Johannes Weigelt gemeinsam mit Anton Raky das Salzgittervorkommen, der hierfür die „Tiefbohrungen Aktiengesellschaft“ gegründet hatte. (Abb. 2) Bereits Ende der 1920er Jahre regte das Reichswehrministerium an, auf Basis des riesigen Erzvorkommens im Salzgitter-Gebiet ein Hüttenwerk zu erstellen. Die Weltwirtschaftskrise setzte diesen Plänen jedoch ein Ende.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten dauerte es noch weitere drei Jahre, bis auf dem Nürnberger Parteitag im September 1936 ein Vierjahresplan verkündet wurde, der das Ziel hatte, wirtschaftlich unabhängig zu werden. Eine wichtige Rolle sollten dabei die Rohstoffvorkommen im Salzgittergebiet spielen, denn eine Verhüttung dieser – wegen ihres hohen Kieselsäuregehalts – „saure Erze“ genannten Erze war dank eines neuen metallurgischen Verfahrens jetzt effizient möglich. Das von den Clausthaler Ingenieuren Max Paschke und Eugen Peetz entwickelte Verfahren war in Corby in Großbritannien bereits erfolgreich zum Einsatz gekommen.

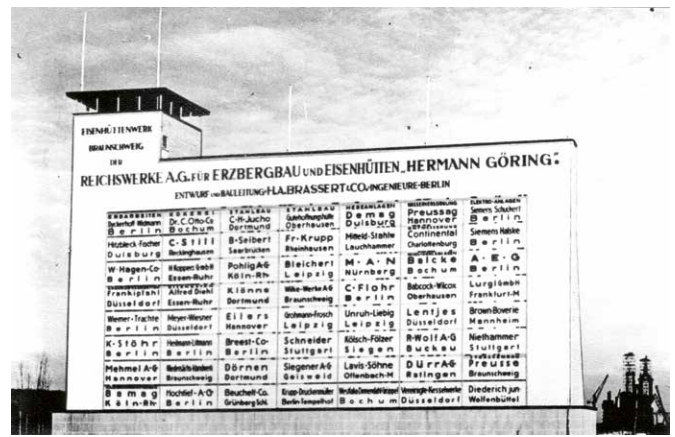
Wenn man, um im Bild zu bleiben, die Erzvorkommen als Fundament der Stadt bezeichnet, dann wurde am 15. Juli 1937 in Berlin mit der Gründung der „Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten, Hermann Göring“ der Rohbau errichtet. Konzernchef des neu gegründeten Unternehmens war Hermann Göring, Vorstandsvorsitzender Paul Pleiger – ein damals noch unbekannter westfälischer Unternehmer, der bereits einen Tag nach der Gründung, dem Ingenieurbüro von



Abb. 1 unten: Rennofen im Städtischen Museum Schloss Salder, Fotograf: Markus Schulze.

Abb. 2 oben: Porträt Anton Raky, Quelle: Heimatkalender 1974 des Kreises Heinsberg.





Hermann Alexander Brassert den Auftrag erteilte, drei Eisenhütten zu bauen, von denen Salzgitter die bedeutendste werden sollte. Der genaue Standort des Hüttenwerks war zu diesem Zeitpunkt noch umstritten. Im November 1937 legte Göring bei einem Besuch im Aufbaugesbiet fest – die Legende kolportiert, dass er dabei am Schlageterkreuz in Lichtenberg stand –, dass die Reichswerke in der Nähe des Dorfes Watenstedt errichtet werden sollten. (Abb. 3)

Das Bergbaurevier reichte von Lichtenberg und Altenhagen im Norden bis Ringelheim und Hohenrode im Süden sowie Flachstockheim und Ohlendorf im Osten. Alle bisherigen Eigentümer von Erzfeldern wurden enteignet. Die Reichswerke übernahmen so einen Felderbesitz von gut 146 Quadratkilometern. Sie errichteten die Erzbergwerke Haverlahwiese und Hannoversche Treue, die Gruben Finkenkuhle und Georg sowie das Bergwerk Flachstockheim (später Worthlah/Ohlendorf). Der Abbau erfolgte sowohl im Tagebau als auch im Tiefbau. Zeitgleich wurde mit den bauvorbereitenden Arbeiten für das Hüttenwerk begonnen. Schon bei den Einebnungsarbeiten wurde auf einer Fläche von acht Quadratkilometern Masse im Umfang von 12 Millionen Kubikmetern bewegt. Das Werk wurde, einem Fischgrätmuster gleich, in mehreren Achsen und Ebenen geplant und gebaut. Bereits im Frühjahr 1938 begannen die Fundamentierungsarbeiten. Zwischen Hallendorf und Bleckenstedt sowie an der Straße zwischen Watenstedt und Hallendorf wurden Bauwerke errichtet, die einerseits als Bauschilder und andererseits als Aussichtsplattformen dienten, um Besuchern ei-

nen Eindruck von der Großbaustelle zu vermitteln. Die Planung sah vier Ausbaustufen mit einer Jahres-Produktionskapazität von je einer Million Tonnen Stahl vor. (Abb. 4)

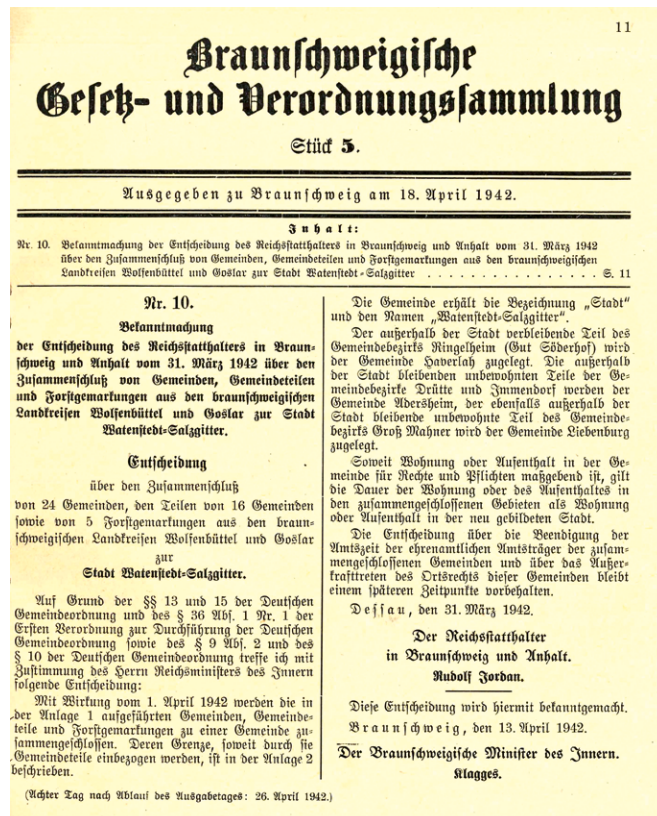
Schon diese nackten Zahlen machen deutlich, dass die geplanten Baumaßnahmen in der Kürze der Zeit nur in einer Diktatur möglich waren. Die erste Ausbaustufe wurde unter Einsatz von zunächst freiwilligen, später zunehmend zwangsverpflichteten Arbeitskräften vollendet, die zweite Ausbaustufe begonnen. Bereits am 20. Oktober 1939, also keine 20 Monate nach Baubeginn, konnte der erste Hochofen angeblasen werden. Das erzeugte Roheisen wurde bis zur Fertigstellung des Stahlwerks im August 1940 als Roheisenmasseln abgegossen und an die Hütten der Ruhr geliefert. Das Walzwerk lieferte im September 1940 die ersten Fertigprodukte. Mit Kriegsbeginn wurden die Reichswerke auch in die Rüstungsproduktion eingebunden, u.a. Granathülsen und Munition von KZ-Häftlingen hergestellt. Rund 4.000 Menschen haben den erzwungenen Arbeitseinsatz bei den Reichswerken nicht überlebt – die Gedenkstätte Friedhof Jammertal erinnert bis heute an dieses dunkle Kapitel der Stadtgeschichte. (Abb. 5)

Während der Ausbau der Industrieanlagen voran schritt und die Einwohnerzahl im Aufbaugesbiet durch den Zuzug von freiwilligen und zwangsverpflichteten Arbeitskräften ständig stieg, blieb die Infrastruktur weit hinter den Bedürfnissen der Menschen zurück und erschwerte die Lebenssituation vor Ort. Rund 40 % der Bevölkerung lebte in Barackenlagern.



Als besonders problematisch kristallisierte sich heraus, dass kommunale Strukturen nicht nur fehlten, sondern das Aufbaugelände mehreren Kreisen angehörte und sogar in zwei unterschiedlichen Ländern lag. De facto trafen die Reichswerke und ihre Tochtergesellschaften gemeinsam mit Reichsministerien sämtliche Entscheidungen vor Ort und sie drängten zunehmend auf eine kommunale Neugestaltung im Aufbaugelände. Ein erster Schritt in diese Richtung war die am 1. August 1941 in Kraft getretene „Verordnung über Gebietsbereinigungen im Raume der Hermann-Göring-Werke Salzgitter“, die den Gebietsaustausch zwischen den Ländern Braunschweig und Preußen regelte und die das Aufbaugelände trennende Landesgrenze beseitigte. Staatsrechtlich waren damit die Voraussetzungen für eine Stadtgründung geschaffen. Diese erfolgte durch eine Entscheidung des Reichsstatthalters Rudolf Jordan vom 31. März 1942. Öffentlich bekanntgegeben wurde diese Entscheidung erst knapp zwei Wochen später in der Braunschweigischen Gesetzes- und Verordnungssammlung vom 13. April 1942. (Abb. 6) An der Spitze der neu geschaffenen Stadt wurde zunächst der Goslarer Landrat Rudolf Tiedemann als Staatskommissar eingesetzt, dem der ehemalige Bürgermeister von Salzgitter, Hermann Ahrens, nach seiner Rückkehr aus dem Felde zur Seite gestellt war.

Doch auch nach der Stadtgründung konnte von einer planvollen Gestaltung der kommunalen Aufgaben keine Rede sein, vielmehr trat nicht einmal eine Konsolidierung ein. Die neue Stadt hatte keine eigenen Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen und konnte diese aufgrund des Personal- und Geldmangels in den Kriegsjahren auch nicht aufbauen. Der Aufbau der Wohnsiedlungen war mit der Einstellung der nicht kriegswichtigen Bauvorhaben im Jahr 1944 praktisch zum Erliegen gekommen. Die Stadt war 1945 nicht viel mehr als eine Ansammlung von Baustellen und Barackenlagern. Der Mangel an Wohnraum, Kleidung, Heizmaterial, Lebensmitteln, die fehlende städtische Infrastruktur und die nur rudimentär vorhandene Verwaltung erschwerten die Lebensbedingungen der heterogen zusammengesetzten Bevölkerungsschichten, die aus Einheimischen, Flüchtlingen,



Displaced Persons und vor dem Krieg Zugezogenen bestand. Der Schwarzhandel blühte und auch Diebstähle und Überfälle nahmen sprunghaft zu. Die Menschen kämpften buchstäblich um das Überleben.

In einem solidarischen Schulterschluss, der maßgeblich zur Stärkung des Wir-Gefühls und zur Entwicklung einer gesamtstädtischen Identität der heterogenen Einwohnerschaft beitrug, kämpften Parteien, Gewerkschaften, die Kirchen und Politiker auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene gemeinsam mit der verbliebenen Arbeiterschaft der Reichswerke für deren Erhalt. Mit Erfolg. Im Januar 1951 wurde die Demontage auch in Salzgitter eingestellt. Der wichtigste Arbeitgeber und Steuerzahler der Stadt Watenstedt-Salzgitter blieb erhalten. (Abb. 7)

Abb. 3 linke Seite o.l.:
Schlageterkreuz in Lichtenberg,
Quelle: Stadtarchiv Salzgitter.

Abb. 4 linke Seite o.r.:
Aussichtsplattform auf das
Baugelände, Quelle: Vier Jahre
Hermann-Göring-Werke
Salzgitter, 1941, S. 64.

Abb. 5 linke Seite unten:
Gedenksteine auf dem Friedhof
Jammertal, Fotograf: Markus
Schulze.

Abb. 6 oben: Braunschweigische
Gesetz- und Verordnungssammlung.

Abb. 7 unten: Graffiti gegen
die Demontage, Quelle:
Stadtarchiv Salzgitter.



Eine weitere Maßnahme, die große integrative Wirkung – insbesondere für die hohe Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen in Salzgitter hatte –, beschloss der Rat der Stadt am 15. August des Jahres 1951 durch die Übernahme der Patenschaft für die Stadt Kattowitz in Oberschlesien. In der Patenschaftsurkunde wird explizit hervorgehoben, dass keine finanzielle Unterstützung geboten werden kann, da die Stadt „zeitweilig in ihrem Bestand bedroht, ihre Kräfte zunächst nur der Aufgabe widmen kann, sich selbst zu behaupten, zum Wohle ihrer Bürgerschaft und damit auch der rund 33.000 Flüchtlinge, denen Wohnung, Arbeit und damit Heimatrecht zu bieten, sie sich verpflichtet fühlt“. Aber die Stadt verpflichtete sich, kulturelle Verbindungen zu knüpfen und zu bewahren. Eine Aufgabe, die sie bis heute erfüllt, wie beispielsweise die Ausstellung „der Weg ins Ungewisse“ des Hauses Schlesien im Museum Schloss Salder im Jahr 2016 zeigt.

Das vermutlich wichtigste Datum für das Fortbestehen der Stadt war der 28. Juli 1950. An jenem Tag verabschiedete der Deutsche Bundestag die Drucksache 1220, mit der der Bund seine – auch finanzielle Verantwortung – für die Zukunft der Stadt Salzgitter anerkannte. Bis zu diesem Zeitpunkt war unklar und strittig, wer für die Gründungskosten der Stadt aufkommen müsse. Da die Stadt auf ehemals braunschweigischem Gebiet gegründet worden war, das im Gegensatz zu Preußen kein Ansiedlungsgesetz hatte, blieb die Frage bis zur Gründung der Bundesrepublik als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches ungeklärt. Anfang März 1950 legte die Stadt schließlich dem Bundeskanzleramt eine umfangreiche Denkschrift zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage und zum Erstaussstattungsanspruch der Stadt vor. Die Gesamtforderung belief sich auf 123 Millionen DM sowie knapp 2.500 ha Grundbesitz. In der bereits genannten Drucksache waren die umzusetzenden Maßnahmen detailliert aufgeführt. In den folgenden Jahren stellte der Bund nicht nur rund 20 Millionen DM zur Verfügung, sondern auch rund 213 ha Land für den Bau von Straßen, Sportplätzen, Friedhöfen, Spielplätzen und Kleingartenanlagen. Kirchen, Schulen, ein Bahnhof, ein Schlachthof, Kläranlagen und auch ein Rathaus sollten dafür errichtet werden. Schon die Verschiedenartigkeit der aufgezählten öffentlichen Einrichtungen macht deutlich, wie desolat die Situation damals in der Stadt war. Von den Zeitgenossen wurde die Drucksache dennoch als entscheidende Wende, als ein Aufbruch zu neuen Ufern, als Bekräftigung des Lebenswillens der neuen Stadt verstanden – und diese Einschätzung gilt auch aus heutiger Sicht noch. Dank der Bundesmittel konnte in Salzgitter eine beeindruckende Aufbauarbeit beginnen, die das Selbstbewusstsein Salzgitters weiter stärkte.

Abb. 8: Blick auf einen Treppenaufgang des Krankenhauses Lebenstedt, Fotograf: Gerhard Stoletzki.

Abb. 9 rechte Seite oben: Eröffnungsschaufenster des Kaufhauses Hertie, Quelle: 25 Jahre Hertie, Salzgitter. Die Hausentwicklung und noch ein bisschen mehr, 1983.

Abb. 10 rechte Seite unten: Das Rathaus in Salzgitter-Lebenstedt, Quelle: Stadtarchiv Salzgitter.

Die stadtplanerischen Leitlinien wurden im Flächennutzungsplan von 1954 festgeschrieben. Der Ausbau der Stadt sollte „polyzentrisch“ erfolgen, das bedeutete, dass die Stadtteile Lebenstedt, Bad, Gebhardshagen und Thiede bevorzugt ausgebaut werden sollten. Ein erster Meilenstein war der Bau des neuen Krankenhauses, mit dem bereits 1954 begonnen wurde. (Abb. 8)

Ein Großereignis, das von über 5.000 Menschen u.a. mit einem Feuerwerk gefeiert wurde, war die Einweihung des Kaufhauses Hertie am 14. März 1958. (Abb. 9) Hertie war damals die größte Kaufhauskette Deutschlands. In der Eröffnungsanzeige warb das Unternehmen damit, dass Salzgitter nun „eine Einkaufsstätte unseres Jahrhunderts“ habe. Es standen 4.300 Quadratmeter Verkaufsfläche zur Verfügung, rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Meisten von ihnen stammten aus Salzgitter, fanden bei Hertie einen Arbeitsplatz. Die beachtliche Entwicklung der Stadt Salzgitter ab Ende der 1950er Jahre, der steigende Wohlstand der Bevölkerung machten sich auch in den Kassen des Kaufhauses Hertie bemerkbar, zumal anfangs für Hertie kaum geschäftsmäßige Konkurrenz existierte. Schon zwei Jahre nach der Eröffnung plante die Kaufhauskette deshalb eine Erweiterung. Im März 1967 konnte der Neubau eingeweiht werden, mit dem die Verkaufsfläche mehr als verdoppelt wurde. Die Neueröffnung wurde mit einer englischen Woche unter dem Titel „England zu Besuch bei Hertie“ gefeiert. Es gab Ausstellungen, Modeschauen und Konzerte, die viele potentielle Kunden in die Stadt lockten. Ein gelungenes Beispiel zeitgenössischer Architektur war die Restaurant-Brücke, die die beiden Bauten verband und Assoziationen mit einem modernen Stadttor wecken sollte.





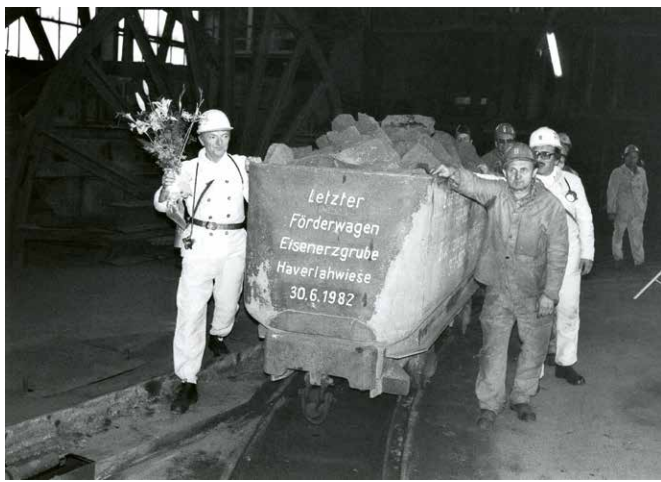
Bei einem Architektenwettbewerb für den Rathausneubau setzte sich die hannoversche Architektengemeinschaft Kurt Witte, Klaus Brettschneider, Hans-Siegfried Laessig und Friedrich Kärst mit ihren Entwürfen durch. Am 26. Oktober 1959 wurde der Grundstein gelegt und ziemlich genau vier Jahre später, am 16. Oktober 1963, die Einweihung des Verwaltungszentrums gefeiert, das sinnbildlich für die Vollen- dung der Stadterwerdung Salzgitters steht. (Abb. 10) Was für ein wichtiges Ereignis das heute nicht von allen geschätzte und manches Mal als „blauer Bock“ verspottete Rathaus war, wird erst deutlich, wenn man einen Blick auf die zeitge- nössische Einschätzung wirft. Nicht nur regionale, sondern auch überregionale Gazetten widmeten der Rathaus- eröffnung ausführliche Artikel und sparten dabei nicht mit Super- lativen. So betonte beispielsweise die Hannoversche Allge- meine Zeitung, die klaren, schlichten Formen und Linien der Gebäudegruppe, die durch die Aluminiumfassade und die reich gegliederten Fensterfronten lebendig wirken.

Ein weiteres die Stadt bis heute prägendes Kleinod wurde ebenfalls in den 1960er Jahren geschaffen. Die Idee, einen künstlichen See anzulegen, war bereits im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Planungen beim Bau der Reichs- werke aufgekommen – sie wurde allerdings nicht umgesetzt, sondern erst wieder aktiviert, als über die Stadterweiterung in den Raum Fredenberg diskutiert wurde. Am 15. Oktober 1960 wurde mit den Bauarbeiten begonnen, bei denen im ersten Bauabschnitt 10 Hektar Wasserfläche und 700 Meter Badestrand geschaffen wurden, der seit dem 23. Mai 1963 für die Öffentlichkeit zugänglich ist. In den 1970er Jahren wurden die Planungen für den See ständig erweitert und mit Mitteln aus den Konjunkturprogrammen auch umgesetzt, so dass dieser inzwischen eine Größe von 75 Hektar hat und zahlreiche Möglichkeiten zur aktiven Freizeitgestaltung bietet. Heute zählt der Salzgittersee nicht nur für die Salz-

gitteraner, sondern auch überregional zu den beliebten Frei- zeit- und Naherholungsgebieten. Neben dem Badebetrieb an den jeweils über einen Kilometer langen Sandstränden am Ost- und Westufer ist es auch möglich zu tauchen, zu schnor- cheln, zu segeln, zu rudern, Wasserski zu fahren oder zu sur- fen. Am Salzgittersee gibt es rund zehn Wassersport-Vereine. Regelmäßig finden am und auf dem See Veranstaltungen wie der Volkstriathlon, der Silvesterlauf, das Fackelschwim- men, das Drachenbootrennen, das Seefest sowie Ruder- und Segelwettbewerbe statt.

Neben der Stadterweiterung war seit den 1960er Jahren die wirtschaftliche Diversifizierung ein Schwerpunktthema in Salzgitter. Die Hütte und der Bergbau waren weiterhin die wichtigsten und größten Arbeitgeber. Es gelang in diesem Jahrzehnt weitere Unternehmen wie Blaupunkt, Bosch und insbesondere Volkswagen in Salzgitter anzusiedeln, was Salz-





gitter bis heute hinter Hannover und Wolfsburg zum drittgrößten Industriestandort in Niedersachsen macht. Doch zeigte bereits die Ölkrise 1973, dass die recht einseitig auf die Montan- und Fahrzeugindustrie ausgerichtete Wirtschaft Salzgitters ausgesprochen krisenanfällig ist.

Ein einschneidendes Ereignis für die „auf Erz gebaute“ Stadt Salzgitter war die Schließung des letzten Bergwerks in Salzgitter. Der Erzbergbau, der im Gegensatz zur Hütte, bereits 1946 den Betrieb wieder aufnehmen können, erlebte insbesondere in den 1950er Jahren eine Blüte. Mehr als 6.000 Menschen fanden dort Beschäftigung. Doch schon Ende der 1950er Jahre begann eine schleichende Krise, da die westdeutschen Hütten, aber auch die Salzgitter AG immer weniger inländische Erze abnahmen, weil ausländische Erze kostengünstiger verhüttet werden konnten. Grube für Grube schloss in Salzgitter die Tore, bis am 30. Juni 1982 auch auf Schacht Haverlahwiese die letzte Schicht verfahren wurde. (Abb. 11) Insgesamt wurden in dem Bergwerk in den

Jahren 1938 bis 1982 81 Millionen Tonnen Roherz gefördert; über die Hälfte der Gesamtförderung aller Salzgittergruben. Die noch anstehenden Erzvorräte höherer Gehalte hätten bei einer Jahresförderung von etwa einer Million Tonnen noch für weitere 30 Jahre ausgereicht. 1988 wurde der Förderturm, das letzte Wahrzeichen des Erzabbaus demontiert. Erhalten sind heute noch die Lohnhalle und einige Verwaltungsgebäude – sie werden für Kulturveranstaltungen genutzt. In den 1980er Jahren wurden die Flächen teilweise rekultiviert, d. h. Böschungen geglättet und teilweise bepflanzt. 1999 wurde das Gebiet – das Tagebaugelände ist in der Landschaft noch gut erkennbar – als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Im Juni 2016 wurde es zum Naturschutzgebiet erklärt, das insbesondere seltenen Amphibienarten ein Zuhause bietet.

Der Niedergang des Bergbaus machte einmal mehr deutlich, dass es für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, die immer wieder mit hohen Arbeitslosenzahlen zu kämpfen hatte, unabdingbar war, Betriebe aus dem Dienstleistungs- und Informationssektor anzusiedeln. Ein Vorhaben für das sich Rat und Verwaltung gemeinsam mit den Landtags- und Bundestagsabgeordneten des Wahlbezirks erfolgreich stark gemacht haben. Im Oktober 1989 wurde vom Deutschen Bundestag unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, das Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz verabschiedet, mit dem Ziel, die Kompetenzen und Zuständigkeiten auf den Gebieten Strahlenschutz, Entsorgung radioaktiver Abfälle und kerntechnische Sicherheit auf Bundesebene zu bündeln. Bis 1989 gab es zahlreiche eigenständige Vorläuferinstitutionen an einer Vielzahl von Standorten, so dass die Frage nach dem künftigen Sitz der selbstständigen Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des





Bundesumweltministers auch in der Region – Braunschweig, Goslar, Peine und Wolfenbüttel hatten sich ebenfalls Hoffnungen gemacht – höchst umstritten war. Bereits im Vorentwurf des Gesetzes wurde schließlich Salzgitter als künftiger Sitz des Bundesamtes für Strahlenschutz festgeschrieben. (Abb. 12)

In den 1990er Jahren gelang es der Stadt darüber hinaus dank vereinter Bemühungen, vom Fachhochschul-Sonderprogramm der Landesregierung zu profitieren und den unterrepräsentierten tertiären Sektor auszubauen. Ausgangspunkt für die Gründungswelle von Fachhochschulen war die Verabschiedung der Fachhochschulgesetze im Jahr 1969. 1971 wurde daraufhin die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel gegründet, in der frühere Bildungseinrichtungen wie die Ingenieurakademie in Wolfenbüttel aufgingen. 1988 expandierte die Fachhochschule mit einem Institut für Fahrzeugbau, das mit finanzieller Hilfe der Stadt Wolfsburg und der Volkswagen AG am neuen Hochschulstandort Wolfsburg gegründet worden war, in die Region. Peter-Jürgen Schneider, damals stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag kommunizierte bereits 1990 die Idee, eine neue Abteilung der FH Braunschweig/Wolfenbüttel in Salzgitter anzusiedeln, unter der Voraussetzung, dass die Stadt die Räumlichkeiten schaffe und das Land für Einrichtung und Personal zuständig sei. Vier Jahre später war es schließlich so weit: Am 4. März 1994 wurde der Standort Salzgitter eröffnet, auch dank des Engagements der Stadt Salzgitter, die für den neuen Fachbereich Transport- und Verkehrswesen erhebliche Mittel für das der Hochschule überlassene Gebäude in der Karl-Scharfenberg-Straße in Calbecht aufbrachte. Die ehemalige Hauptverwaltung der Salzgitter-Erzbergbau GmbH wurde hierfür aufwendig renoviert. (Abb. 13) Ausschlaggebend für die Standortvergabe war, dass der Dienstleistungssektor in Salzgitter stark unterrepräsentiert war, aber auch die hier bereits vorhandene Wirtschaftsstruktur, die in starkem Maße auf Transport und Verkehr ausgerichtet ist, wie die damalige Landeswissenschaftsministerin bei der Eröffnung noch einmal betonte. Es folgten nicht nur weitere Studienrichtungen wie Touristik, Sportmanagement und Mediendesign in den Jahren 1996, 1997 und 2001, sondern gleichzeitig auch ein Ausbau des Hochschulgeländes. Heute studieren in Calbecht rund 2.400 Studierende in den Bereichen Verkehr, Sport, Tourismus und Medien.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die sehr spezifische, in der Bundesrepublik nahezu einmalige Gründungsgeschichte der Stadt Salzgitter dieser auch eine besondere Verantwortung auferlegt. Die Stadt ist zu einer aktiven und nachhaltigen Erinnerungskultur geradezu verpflichtet, indem sie sich einerseits mit ihrer NS-Vergangenheit auseinandersetzt und dabei andererseits die Erfolge der unter demokratischen Verhältnissen erreichten zweiten Stadtgründung nicht aus den Augen verliert. Eindrucksvolle Beispiele dieser stetigen Auseinandersetzung sind etwa die Einrichtung und Betreuung der KZ-Gedenkstätte auf dem Gelände der Salzgitter AG unter der Hochstraße durch den Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. im Jahr 1992 mit Unterstützung der Stadt Salzgitter, des Landes Niedersachsen, der Salzgitter AG, der IG Metall und des Betriebsrates, aber auch die Herstellung des Monuments der Stadtgeschichte von Prof. Jürgen Weber, auch „Turm der Arbeit“ genannt, und dessen Aufstellung mitten in der Einkaufszone in Salzgitter-Lebenstedt 1995 sowie die Enthüllung der Gedenkstele am Rathaus im Jahr 2015, die an den erfolgreichen Kampf gegen die Demontage und damit an die zweite Geburtsstunde der Stadt erinnert.

Abb. 11 linke Seite oben:
Schließung Schacht Haverlah-
wiese, Quelle: Stadtarchiv
Salzgitter.

Abb. 12 linke Seite unten:
Strahlenschutzamt, Quelle:
Wikimedia Commons,
CC-by-SA 2.0,
www.ballon-sz.de.

Abb. 13 oben:
Campus Calbecht der Ostfalia,
Fotograf: Markus Schulze.

Literatur

Benz, Wolfgang (Hrsg.):
Salzgitter. Geschichte und
Gegenwart einer deutschen
Stadt 1942-1992, München
1992.
Leuschner, Jörg: Die neue Stadt
Salzgitter, in: Jark,
Horst-Rüdiger; Schildt,
Gerhard: Die Braunschweigi-
sche Landesgeschichte.
Jahrtausendrückblick einer
Region, Braunschweig 2000,
S. 1079-1100.



Das letzte Maibaumfest der Volkstanz- und Trachtengruppe Bortfeld – nach 25 Jahren!

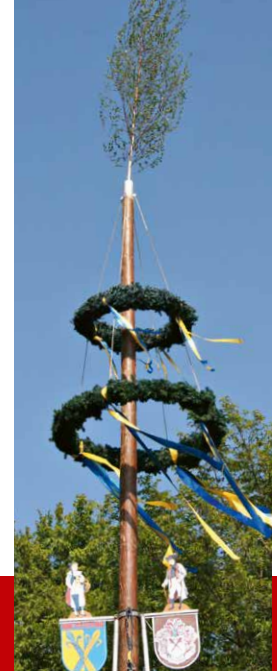
Am 1. Mai war es in Bortfeld nach großer Vorbereitung wieder soweit, obwohl es nach 25 Jahren schon (fast) ein Selbstläufer war. Die Vorbereitungen zum Maibaumfest wurden von Jahr zu Jahr optimiert. Nur die gute Gemeinschaft und absolute Verlässlichkeit lässt so ein Fest entstehen. Am frühen Morgen glich der Festplatz noch einer grünen Wiese, doch in kürzester Zeit entstand eine „Festmeile“ mit Zelten, Buden, Getränkewagen, Bühne und vielen Bierzeltgarnituren. Jedes Vereinsmitglied wusste ganz genau, was zu tun war.

Die Sonne kam heraus und wärmte die ersten Gäste, die sich rechtzeitig einen Sitzplatz sicherten. Die letzten Sicherheitsvorkehrungen wurden getroffen und Punkt 11 Uhr, mit dem Glockenschlag von der Kirche im Hintergrund, ging es los. Fast wehmütig war es, als – mit ratterndem Geräusch begleitet – der Maibaum auf einem Ackerwagen lagernd, die Straße entlang kam, letztmalig. Gezogen wurde der Ackerwagen wie alljährlich von unseren „Burschen“ in Bortfelder Tracht.

Mit Unterstützung der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr begann die Zeremonie und der Maibaum wurde abgeladen und es wurde gestützt, geschraubt und montiert. Durch die Moderation mit klaren Anweisungen des Vorsitzenden Hennig Meyer wurde der Maibaum manuell aufgestellt. Es war wieder ein Kraftakt, der mit großem Applaus belohnt wurde und die erste Anspannung war überstanden. Der Bläserkreis „Bortfeld-Bettmarer Blasmusik“ spielte auf und die Gäste ließen sich den selbstgebackenen Kuchen mit Kaffee oder die Bratwurst mit einem gezapften Bier gut schmecken. Dieses Maibaumfest war, wie immer in den vorangegangenen Jahren, die erste Freiluftveranstaltung des Jahres im Ort. Es kam zu vielen Begegnungen und netten Gesprächen auf hoch- und plattdeutsch. In Bortfeld wird das ostfälische Plattdeutsch gepflegt und für Neueinsteiger im örtlichen Theaterkreis vermittelt. Die „Bortfelder Mettwurst“ konnte auch an diesem Tag verzehrt werden. Sie war eigens von einem Vereinsmitglied für dieses Fest hergestellt.

Als Gastgruppen begrüßten wir die befreundete „Volkstanzgruppe Bielitz-Biala“ und eine Tanzgruppe aus Wolfsburg, „FSV Velstove“, die uns Tänze aus den 1920er Jahren in historischer Kleidung zeigte. Zum weiteren Bühnenprogramm zählten Auftritte der Jugendgruppe vom „Bortfelder Theaterkreis“ und des örtlichen Kinderchors.

Von der Bühne konnte man die wohl 600 Zuschauer/innen erkennen, die es sich auch schmecken ließen, denn alle Stände waren am Ende restlos ausverkauft. Es war eines der größten Maibaumfeste und wohl auch eines der schönsten! Wie heißt es doch immer wieder: „... wenn es am Schönsten ist ...“ Alles hat seine Zeit. Unser Verein besteht weiterhin, dennoch können wir so ein großes und schönes Fest mit 48 Mitgliedern und Nachwuchsproblemen leider nicht mehr durchführen. Bestimmt gibt es neue Verantwortliche im Ort, denn in Bortfeld geht immer was! Wir sagen: „Waiset bidanket un moket et gout“!



Heidrun Herden

Abb. 1 unten links:
Mit der Kraft einiger „Burschen“ wird der Maibaum auf einem historischen Ackerwagen zum Festplatz befördert. Im Hintergrund das Bauernhausmuseum.

Abb. 2 unten rechts:
Der Maibaum wird geschmückt. Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr und der Männer-Feuerwehr stehen den Burschen der Trachtengruppe zur Unterstützung zur Seite.

Abb. 3 oben rechts:
Nach erheblicher Kraftanstrengung: Der 14 Meter hohe Maibaum steht.

Abb. 4 oben links:
„Maikens“ und „Burschen“ der Volkstanz- und Trachtengruppe Bortfeld in ihren historischen Trachten: Ein Tanz mit viel Schwung zu Beginn des reichhaltigen Bühnenprogrammes.

Fotos von Hermann Otte.



Der Mathematiker Carl Friedrich Gauß – der berühmteste Braunschweiger Erst Rechnen, dann Sprechen gelernt

*Prof. Dr. h.c. Gerd Biegel
Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte
und Geschichtsvermittlung, TU Braunschweig*



Am 30. April 1777 wurde der berühmteste Sohn der Stadt Braunschweig, Carl Friedrich Gauß (1777-1855), geboren. Der „Fürst der Mathematiker“ verdankte alles, was er in der Wissenschaft erreichen konnte, sowohl seinen genialen Anlagen als auch zahlreichen Förderern in Braunschweig, insbesondere Herzog Carl Wilhelm Ferdinand (1735-1806).

Anekdoten und Legenden ranken sich um die Jugendzeit des großen Mathematikers, der noch heute bei allen öffentlichen Anlässen in Braunschweig stets als „der große Sohn der Stadt“ gefeiert wird. Außerhalb der Region jedoch wird Gauß eher mit Göttingen in Verbindung gebracht. Dass er Göttinger gewesen sei, ist jedoch falsch und Braunschweig lebte auch in der Erinnerung, die Gauß in seinen Anekdoten gepflegt hat. Dabei zitierte er gerne den Spruch, er habe als Dreijähriger „eher rechnen als sprechen“ gelernt, und man erfährt, dass Gauß als Kind beim Spielen fast im Wendenwehr ertrunken wäre.

Aber er hat diese Gefahr überlebt und bereits in der Schule wurde seine mathematische Gabe erkannt. Mit Förderung des braunschweigischen Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand, der auch Lessing und Spohr unterstützte, konnte Carl Friedrich Gauß nach einem Besuch am Braunschweiger Collegium Carolinum (heute TU-Braunschweig), von 1792-1795 sein Mathematikstudium zwischen 1795 und 1798 in Göttingen absolvieren. Es war dies ein besonderes Privileg, denn die braunschweigischen Landeskinder mussten zunächst in der Regel an der welfischen Landesuniversität in Helmstedt studieren. Nach seiner Promotion bei dem Helmstedter Mathematiker Professor Johann Friedrich Pfaff (1765-1825) am 16. Juli 1799 forschte Gauß einige Wochen in Helmstedt und vollendete sein erstes großes Werk „Disquisitiones arithmeticae“ – Untersuchungen über höhere Arithmetik, das 1801 erschien, und mit dem er die moderne Zahlentheorie begründete.

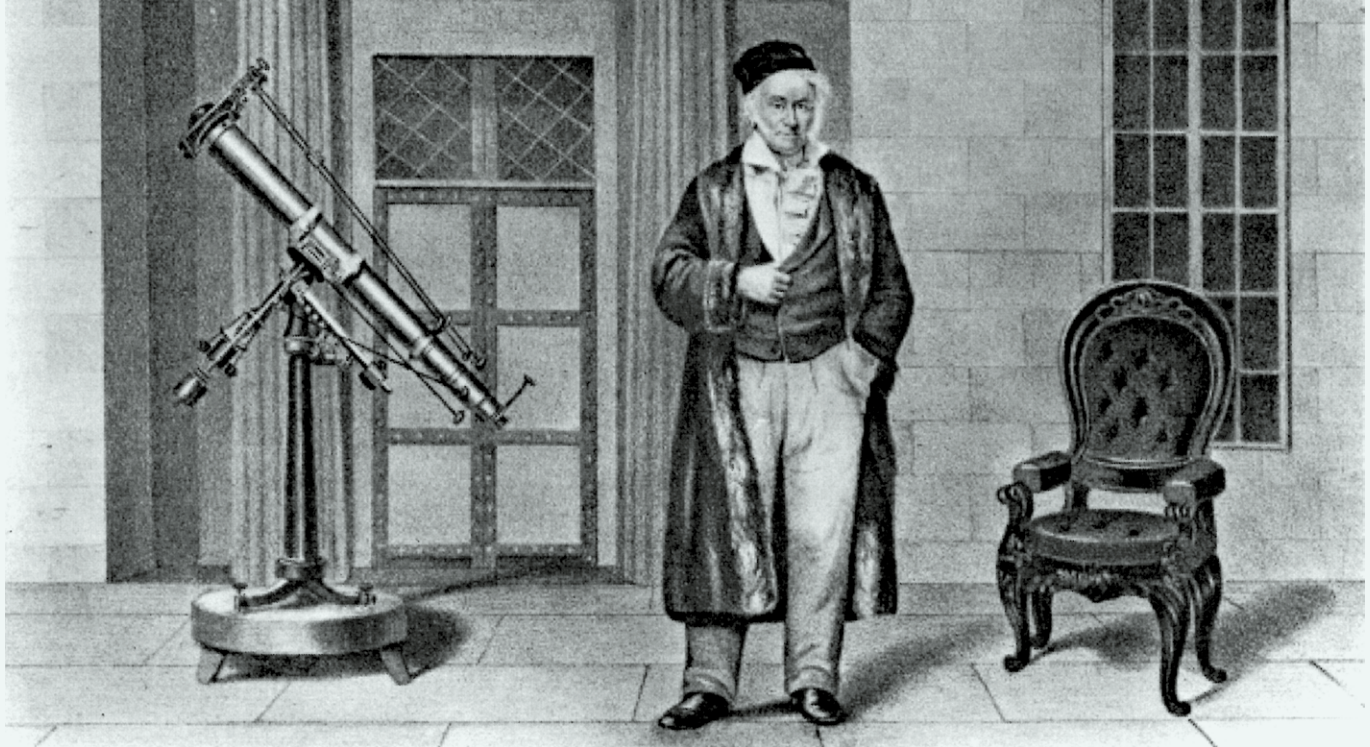
Längst war Gauß auf vielen Feldern der Naturwissenschaften und der Mathematik wissenschaftlich erfolgreich tätig, denn Herzog Carl Wilhelm Ferdinand bot ihm, der äußerst ungern am Katheder stand und Vorlesungen hielt, die Möglichkeit als Privatgelehrter in Braunschweig seinen Forschungen weiter nachzugehen. Er wurde angemessen bezahlt, gefördert und von Lehrverpflichtungen freigestellt, um ungestört wissenschaftlich arbeiten zu können.

Mit der Bahnbestimmung der Ceres, des ersten am 1.1.1801 entdeckten Planetoiden, machte sich Gauß auch in der Astronomie einen hervorragenden Namen. Als er 1802 einen Ruf an die Sternwarte nach St. Petersburg erhielt, lehnte er trotz des großzügig bemessenen Angebotes ab, da der braunschweigische Herzog nicht nur die Pension erhöhte, sondern zugleich den Baurat Peter Joseph Krahe (1758-1840) beauftragte, für Gauß und seine astronomischen Forschungen eine

Abb. 1 unten: Geburtshaus von Carl Friedrich Gauß – Wilhelmstraße 30 in Braunschweig; im Zweiten Weltkrieg wurde es vollständig zerstört.

Abb. 2 oben: Carl Friedrich Gauß 1840.





eigene Sternwarte in Braunschweig zu planen. Trotz zahlreicher Abwerbungsversuche, z. B. aus Göttingen, schien die wissenschaftliche Laufbahn des Gelehrten in Braunschweig klar bestimmt.

Die politische Katastrophe des Jahres 1806, der Tod von Herzog Carl Wilhelm Ferdinand in der Schlacht von Jena und Auerstedt/Hassenhausen und die Besetzung des Landes durch die Franzosen, veränderten den Lebensweg von Gauß völlig. Das Volk bangte um die Existenz des Landes, zu Recht. Napoleon erklärte: „Das Haus Braunschweig hat aufgehört zu regieren!“ Braunschweig wurde nach dem Frieden von Tilsit 1807 Teil des Königreiches Westphalen unter Napoleons Bruder König Jérôme. Das Collegium Carolinum wurde in eine Militärakademie umgewandelt und 1810 schließlich die welfische Landesuniversität Helmstedt endgültig geschlossen. Eine mögliche berufliche Existenz im universitären Bereich konnte für Gauß also nicht mehr in Frage kommen und die Förderung als Privatgelehrter fand ebenfalls ihr Ende. Carl Friedrich Gauß also musste ebenfalls bangen, nämlich um seine berufliche Existenz und Lebensgrundlage. Dies belastete ihn umso mehr, als er seit dem 9. Oktober 1805 mit Johanna Osthoff (1780-1809), der Tochter eines Braunschweiger Weißgerbermeisters verheiratet war und kurz vor der großen Katastrophe der Sohn Joseph am 21. August 1806 geboren worden war. Das persönliche Glück war ein großer Rückhalt für den Gelehrten, jedoch sollte es nicht allzu lange anhalten. Bereits am 11. Oktober 1809 verstarb seine geliebte Frau Johanna, und um der Kinder willen heiratete Gauß am 4. August 1810 die Tochter Minna (1788-1831) des Göttinger Hofrats und Professors der Rechte, Johann Peter Waldeck. Nach der Geburt der drei Kinder Eugen (1811), Wilhelm (1813) sowie Therese (1816) erkrankte auch Minna und starb schließlich 1831. Nun

betreute die Tochter Therese den Gelehrten bis an sein Lebensende. Während der erste Lebensabschnitt in Braunschweig, der 1806 abrupt endete, weitgehend positiv verlaufen war, sollte also die nachfolgende Zeit in Göttingen mit heftigen Schicksalsschlägen aufwarten.

Während Gauß sich nach dem Tod des Herzogs bereits bemühte, eine Anstellung an der Universität von St. Petersburg zu erhalten, hatten Freunde wie Olbers Erfolg bei der Vermittlung an die damals modernste deutsche Universität: Göttingen. Als Carl Friedrich Gauß am 21. November 1807 in Göttingen eintraf, konnte er nicht ahnen, dass dies der Ort für den zweiten und ebenfalls bedeutenden Lebensabschnitt werden sollte. Er war nun Professor für Astronomie und gemeinsam mit seinem Kollegen Ludwig Harding (1765-1834) Direktor der Sternwarte, deren Neubau im Entstehen war. Neben Mathematik und Astronomie arbeitete Gauß auf weiteren Wissenschaftsgebieten erfolgreich, so in der Geodäsie und der Physik. Gemeinsam mit dem 1831 nach

Abb. 3 oben: Gauß auf der Terrasse der Sternwarte Göttingen.

Abb. 4 unten: Plan einer Sternwarte in Braunschweig für Carl Friedrich Gauß, Entwurf Peter Joseph Krahe.



Göttingen berufenen Physiker Wilhelm Weber (1804-1891) forschte er auf dem Gebiet des Magnetismus und der Elektrizität. Sie haben schließlich auch den berühmten ersten elektromagnetischen Telegraphen entwickelt, dessen etwa 1 km lange Drahtleitung über die Häuser von Göttingen hinweg verlegt worden war, von der Sternwarte zum Physikalischen Kabinett Webers am Papendieck. Diese fruchtbare Zusammenarbeit endete, als Weber aus politischen Gründen 1837 („Göttinger Sieben“) entlassen worden war und 1843 einen Ruf nach Leipzig annahm. In der Folgezeit widmete sich Gauß fast ausschließlich seinen mathematischen Forschungen, und es gab kaum eine mathematische Disziplin, die nicht von ihm entscheidend beeinflusst und gefördert worden war. Auch die Hannoversche Landvermessung verdient in unserem Zusammenhang eine Erwähnung, war sie doch eine gewaltige Arbeitsleistung von Gauß und ein wichtiger Beweis, wie sehr er sich auch um die Erdvermessung verdient gemacht hat. In Göttingen blieb Gauß bis zu seinem Tod am 23. Februar 1855 trotz zahlreicher Angebote anderer Universitäten wie Leipzig und Dorpat oder der Berliner Akademie, die ihn als Gründungsdirektor für eine neu zu gründende Polytechnische Schule (heutige TU) gewinnen wollte.

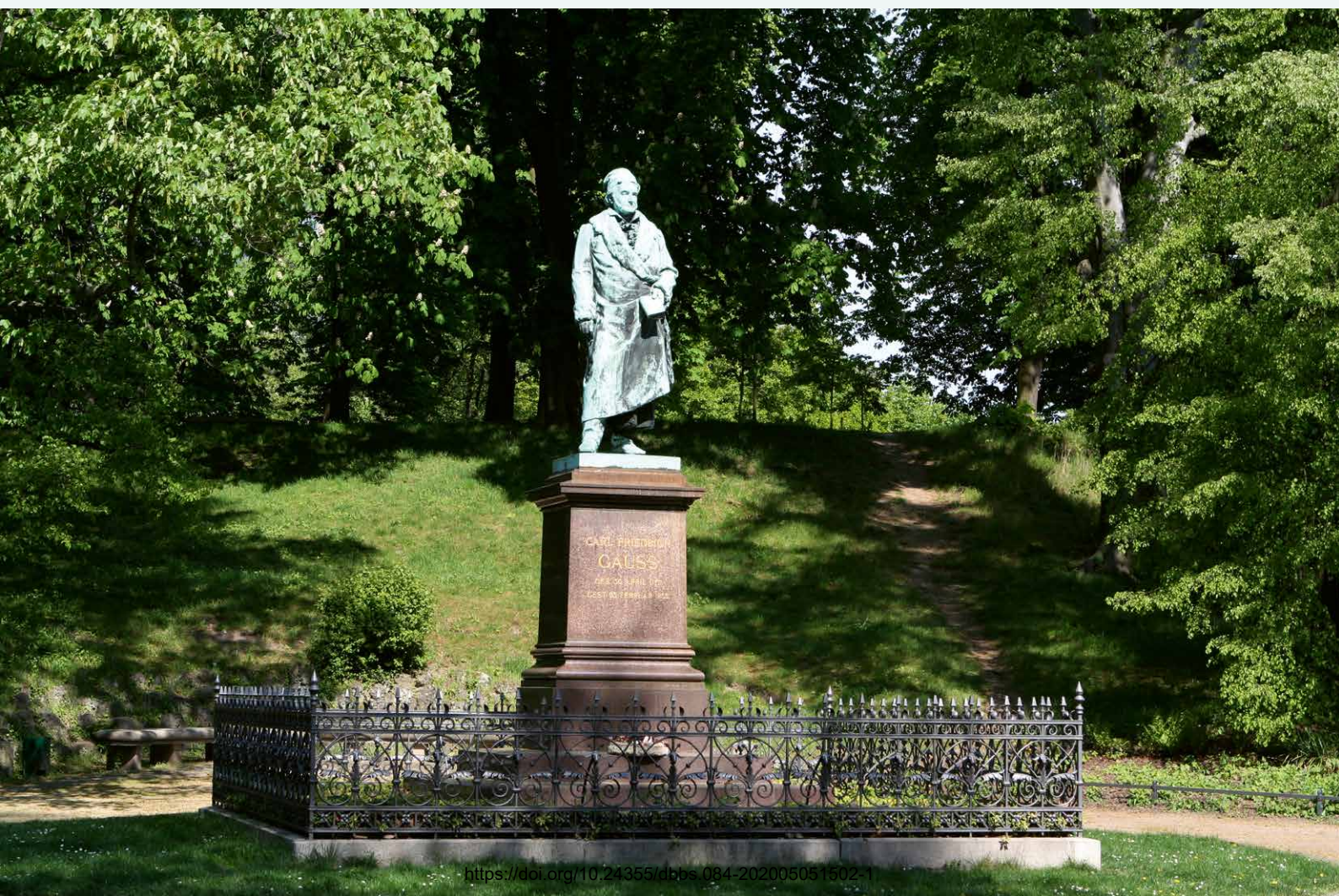


Es ist nicht möglich, in einer solch kurzen Skizze das reiche und arbeitsreiche Leben des größten Sohnes der Stadt Braunschweig auch nur annähernd zu beschreiben und zu würdigen. Der „größte Mathematiker seiner Zeit“ und „Fürst der Mathematiker“ war ein Universalgenie, tätig als Mathematiker, Astronom, Physiker und Geodät, der gelegentlich auch als unnahbarer, verschlossener und unangenehmer Wissenschaftler geschildert wird, dessen Arbeitsergebnisse und wissenschaftlichen Methoden aber noch heute in vielfältiger Weise Gültigkeit haben und angewendet werden.

Der alte 10-DM-Schein erinnerte stets an die große wissenschaftliche Leistung von Carl Friedrich Gauß. Es fehlte jedoch jeder Hinweis auf seine Heimatstadt Braunschweig. Gauß bewahrte sich eine gute Erinnerung an diese, und Braunschweig ehrte den größten Sohn der Stadt zu dessen Goldenem Doktorjubiläum 1849 mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde. In seinem Dankesbrief vom 5. August 1849 betonte Gauß „das Interesse an Allem, was meine liebe Vaterstadt angeht“, und meinte, die Jahre in Braunschweig gehörten „zu denjenigen Abschnitten meines Lebens, auf die ich, wie in so vielen Beziehungen, so auch in wissenschaftliche, mit einer eigenthümlich bewegten Befriedigung zurücksehen muß“.

Abb. 5 unten: Das Braunschweiger Gauß-Denkmal.
(Foto: Uwe Krebs)

Abb. 6 oben: 17-Eck-Stern am Braunschweiger Gauß-Denkmal.



III. Neue Entdeckungen.

Es ist jedem Anfänger der Geometrie bekannt, daß verschiedene ordentliche Vielecke, namentlich das Dreyeck, Viereck, Fünfeck, und die, welche durch wiederholte Verdoppelung der Seitenzahl eines derselben entstehen, sich geometrisch construiren lassen. So weit war man schon zu Euklids Zeit, und es scheint, man habe sich seitdem allgemein überredet, daß das Gebiet der Elementargeometrie sich nicht weiter erstrecke: wenigstens kenne ich keinen geglückten Versuch, ihre Grenzen auf dieser Seite zu erweitern.

Desto mehr, dünkt mich, verdient die Entdeckung Aufmerksamkeit, daß außer jenen ordentlichen Vielecken noch eine Menge anderer, z. B. das Siebenzeck, einer geometrischen Construction fähig ist. Diese Entdeckung ist eigentlich nur ein Corollarium einer noch nicht ganz vollendeten Theorie von größerm Umfange, und sie soll, sobald diese ihre Vollendung erhalten hat, dem Publicum vorgelegt werden.

C. F. Gauss, a. Braunschweig,
Stud. der Mathematik zu Göttingen.

Es verdient angemerkt zu werden, daß Hr. Gauss jetzt in seinem 18ten Jahre steht, und sich hier in Braunschweig mit eben so glücklichem Erfolg der Philosophie und der classischen Litteratur als der höhern Mathematik gewidmet hat.

Den 18 April 96.

E. A. W. Zimmermann, Prof.

(3) U 3

IV.

Abb. 7 oben:

III. Neue Entdeckungen

Es ist jedem Anfänger der Geometrie bekannt, daß verschiedene ordentliche Vielecke, namentlich das Dreyeck, Viereck, Fünfeck, und die, welche durch wiederholte Verdoppelung der Seitenzahl eines derselben entstehen, sich geometrisch construiren lassen. So weit war man schon zu Euklids Zeit, und es scheint, man habe sich seitdem überredet, daß das Gebiet der Elementargeometrie sich nicht weiter erstrecke: wenigstens kenne ich keinen geglückten Versuch, ihre Grenzen auf dieser Seite zu erweitern.

Desto mehr, dünkt mich, verdient die Entdeckung Aufmerksamkeit, daß außer jenen ordentlichen Vielecken noch eine Menge anderer, z. B. das Siebenzeck, einer geometrischen Construction fähig ist. Diese Entdeckung ist eigentlich nur ein Corollarium einer noch nicht ganz vollendeten Theorie von grösserem Umfange, und sie soll, sobald diese ihre Vollendung erhalten hat, dem Publicum vorgelegt werden. C. F. Gauss, a. Braunschweig Stud. der Mathematik zu Göttingen.

Es verdient angemerkt zu werden, daß Hr. Gauss jetzt in seinem 18ten Jahre steht, und sich hier in Braunschweig mit eben so glücklichem Erfolg der Philosophie und der classischen Litteratur als der höheren Mathematik gewidmet hat. Den 18. April 96. E. A. W. Zimmermann, Prof.

Abb. 8 unten: Die erstmalige Auszeichnung mit der Gauß-Urkunde.

Abbildungsnachweis: KWSBB (soweit nicht anders angegeben).

An diese enge Bindung erinnert noch heute das Gauß-Denkmal am Gauß-Berg, das 1880 eingeweiht wurde. Bis zum Tag der Einweihung aber war ein langer Weg, begleitet von einer echten Provinzposse. Neidgeplagt agitierten Göttinger Professoren gegen die künstlerische Qualität des Braunschweiger Denkmals und meinten, das Geld wäre sowieso besser in Göttingen angelegt! In Braunschweig stritt man dagegen heftig um den Standort, und zwar so sehr, dass selbst eine Puppe von Ort zu Ort getragen werden musste, um der Öffentlichkeit ein Meinungsbild über die vorgeschlagenen Standorte zu ermöglichen. Bei der Einweihung 1880 betonte dann Oberbürgermeister Pockels ausdrücklich: „Kraft Auftrages der städtischen Behörden Braunschweigs habe ich die Ehre, dieses Denkmal hiermit für alle Zeiten in Obhut und Pflege der Stadt zu nehmen – ewiglich.“

Im Jahre 1807 fasste der Bayerische Kronprinz Ludwig den Plan, die Bildnisse der „rühmlich ausgezeichnetsten Teutschen“ in einem Ehrentempel des Vaterlandes zu vereinen. Es war die Zeit, als Napoleons Hegemonialpolitik die europäische und deutsche Politik beherrschte. 1814 begann ein Wettbewerb unter den damals bekanntesten Architekten und 1821 erhielt schließlich der in Buchladen bei Schladen geborene Leo von Klenze (1784-1864) den Zuschlag. Nach vielfältigen Diskussionen wurde schließlich 1826 ein Platz für diese Ruhmeshalle bei Donaustauf oberhalb der Donau als Standort bestimmt und am 18. Oktober 1830, dem 17. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, konnte der Grundstein gelegt werden. 12 Jahre dauerte die Bauzeit, ehe am 18. Oktober 1842 der Bau feierlich eingeweiht werden konnte. Bereits 1807 hatte der Schweizer Historiker Johannes von Müller vorgeschlagen, diesem Bauwerk den Namen Walhalla zu geben. Dieser Name bezeichnet in der germanischen Mythologie den Wohnort der Götter, in denen die von den Walküren erwählten Krieger eingehen. 96 Büsten und 64 Namens-

tafeln waren bei dieser Einweihung in der Walhalla, darunter Herzog Ferdinand von Braunschweig, Herzog Heinrich der Löwe, Lessing und Roswitha von Gandersheim. Am 12. September 2007 konnte schließlich die Büste des Braunschweigers Carl Friedrich Gauß als 128. Büste in der Ruhmeshalle der deutschen Geschichte aufgenommen werden. Es war eine Initiative vom Braunschweigischen Landesmuseum, TU Braunschweig und Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft.

Die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft verleiht außerdem jährlich die „Gauß-Medaille“ für besonders herausragende Forschungsleistungen und die Fakultät 1 der TU Braunschweig trägt den Namen „Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät“. Seit dem 242. Geburtstag von Carl Friedrich Gauß – am 30.4.2019 – gibt es nun auch von den „Gauss-friends“ die ehrenvolle Verleihung der „GAUß-URKUNDE“, die eine neue Würdigungstradition zur Erinnerung an Gauß begründet.



Der Internationale Kreis der Carl Friedrich Gauß Freunde e.V.

Am 242. Geburtstag von Carl Friedrich Gauß (30.4.2019) hat der Internationale Kreis der Carl Friedrich Gauß Freunde e. V. unserer TU Braunschweig im Forum des Braunschweigischen Landesmuseums am Burgplatz (Grußworte des stellv. Direktors Dr. Hans-Jürgen Derda und TU Vizepräsidenten Prof. Dr. Wolfgang Durner) in einer sehr gelungenen Veranstaltung mit Lesungen, Theaterszenen und Musik die Publikation „Johanna & C. F. Gauß – Begegnungen der besonderen Art“ präsentiert. Younouss Wadjiny und seine Freunde haben ein nicht nur inhaltlich interessantes Werk geschaffen, sondern auch mit wunderbaren Illustrationen ein kleines Gesamtkunstwerk vorgelegt. Der „Internationale Kreis der Carl Friedrich Gauß Freunde e. V.“ ein Team von „Gauss-friends“ sind ein gelungenes internationales studentisches Projekt zu dem das Team folgende Information gibt:

Das internationale Team der „Gauss-friends“ wurde im Jahr 2008 gegründet und war anfänglich durch die Leidenschaft der Studenten zur Mathematik und der Begeisterung für die Person Johann Carl Friedrich Gauß charakterisiert. Doch schon bald erfolgte eine neue Interpretation der Person Gauß: Als Symbol der Wissenschaften, nicht nur als Mathematiker, sondern auch als Sprachgenie, repräsentiert Gauß die kulturelle Vereinigung der Wissenschaft. Dabei lassen sich die Internationalität der Studenten, als auch die Vernetzung der internationalen Gäste und die Bürger Braunschweigs, als Gäste von Gauß verstehen, da dieser als „Gastgeber der Forschung“ alle miteinander vereint. Dabei sind die „Gauss-friends“ durch eine gemeinsame Leitidee charakterisiert, welche durch den „Gastgeber Gauß“ miteinander verbunden werden. Durch die vertretene kulturelle Vielfaltigkeit der „Gauss-friends“ kann von den dadurch entstehenden interkulturellen Kompetenzen, beispielsweise durch die unterschiedlichen Sprachen und Kulturen, eine Wechselwirkung erzeugt werden, welche eine Aufgeschlossenheit gegenüber fremden Kulturen in freundschaftlicher Atmosphäre entstehen lässt. Dafür sorgen verschiedene internationale Länderabende, Theaterstücke, Sprachkurse und Kochkurse, welche von den „Gauss-friends“ regelmäßig organisiert werden, um eine Brücke zwischen Kultur und Wissenschaft zu bilden. Dabei lautet das Motto: Wir müssen nicht alles ver-

stehen, aber wir haben gemeinsam Spaß und lernen voneinander; zum Beispiel ein einziges Theaterstück wird in elf verschiedenen Sprachen gespielt.

Seit dem Jahr 2017 komplettierte, kurz vor dem 10-jährigen Jubiläum 2018 der „Gauss-friends“, die universitäre Anbindung im Rahmen der Verortung am Zentrum für Schulforschung und Lehrerbildung (Z_Schule) die Vision einer festen, strukturell verankerten Etablierung einer gelebten Willkommens- und Beratungskultur an der Technischen Universität Braunschweig. Mit dem „Gauss Haus Projekt“ – des Zentrums für Schulforschung und Lehrerbildung – ist zudem über die Vereinsaktivitäten hinaus ein enger Austausch im Rahmen universitärer Strukturen über Herausforderungen und Chancen einer internationalen Hochschule geschaffen.

Mit dem Internationalen Kreis der „Gauss-friends“ ist seit der Gründungsphase Prof. Dr. h.c. Gerd Biegel vom Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte und Geschichtsvermittlung verbunden, dessen Gauß-Jubiläumsausstellung 2006 im Braunschweigischen Landesmuseum Younouss Wadjiny einen Anstoß für seine Gauß-Aktivitäten gab. An diese Verbundenheit erinnerten die „Gauss-friends“ an diesem Abend mit einer besonderen Ehrung. Erstmals wurde die neu geschaffene „Gauß-Urkunde“ verliehen, mit der auch zukünftig um die Anliegen der „Gauss-friends“ verdiente Persönlichkeiten im Namen von Carl Friedrich Gauß besonders gewürdigt werden sollen. Erster Empfänger der „Gauß-Urkunde“ wurde Prof. Dr. h.c. Gerd Biegel, dem der Landesverein dazu herzlich gratuliert.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung aber standen die Studierenden mit ihren Beiträgen zum Hauptthema, nämlich der neuen Publikation. Es war auch mit den musikalischen Beiträgen und dem anschließenden Empfang mit „Gauß-Torten“ eine sehr schöne und atmosphärisch äußerst gelungene Veranstaltung. Es bleibt zu hoffen, dass diese Initiative der Studierenden an der TU Carolo-Wilhelmina auch zukünftig viel teilnehmende Begeisterung bei Studierenden aus aller Welt ebenso findet, wie Anerkennung in der Bevölkerung, denn gerade zum berühmtesten Sohn der Stadt und Ehrenbürger Braunschweigs gibt es immer noch viel Interessantes und Spannendes zu entdecken, die „Gauss-friends“ haben mit Ihrem Briefband ein vorbildhaftes Beispiel vorgelegt.

Abb.: Die Büste von Carl Friedrich Gauß in der Walhalla. Foto: Uwe Krebs.





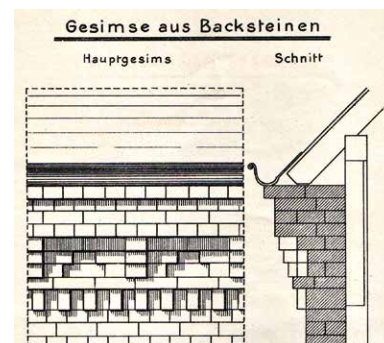
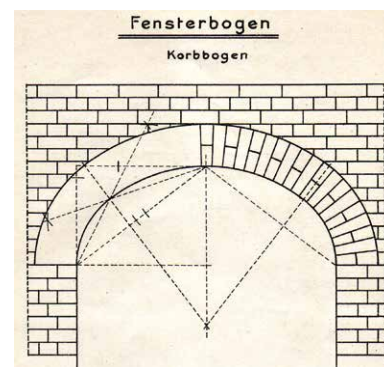
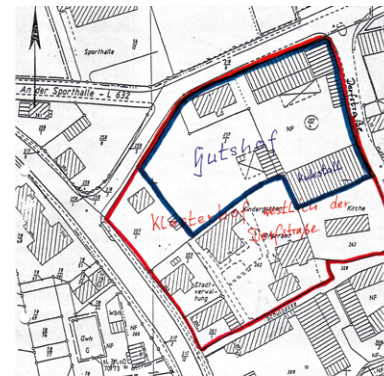
Vom Kuhstall zum Q-Stall – in Mascherode

Umgestaltung eines Stallgebäudes aus dem 19. Jahrhundert zu Wohnzwecken, unter Einbeziehung der relevanten Aspekte des Denkmalschutzes.

1884 ließ August Voß auf dem ehemaligen Klosterhof des Klosters Riddagshausen in Mascherode einen für damalige Verhältnisse außergewöhnlichen Stall auf seinem Gutshof errichten. Das Areal umfasste seit dem 13. Jahrhundert das Gebiet zwischen Alte Kirchstraße/Im Dorfe/Schulgasse/Salzdahlumer Straße, welches nicht nur den Hof, sondern auch die Dorfkirche mit umliegendem Friedhof, Pfarrhaus, Pfarrwitwenhaus und Dorfschule einschloss. (Abb. 1)

Nach dem Herauslösen aus dem Klosterhof-Ensemble wurde der Gutshof eingerichtet. Auf der Grenze zum Kirchengelände stand das Pfarrwitwenhaus. Schon seit 1860 bewohnte es keine Witwe mehr, sondern herzogliche Förster. Dieses Haus wurde verkauft und 1882 abgetragen, um an anderer Stelle des Ortes als „Tagelöhnerhaus“ wieder aufgebaut zu werden. An der freigewordenen Stelle plante August Voß als Grenzbebauung ein neues Stallgebäude: Maurermeister Röper sollte ihm parallel zur Kirche ein nach neuesten Erkenntnissen geplantes Stallgebäude errichten. Voß hatte mit dem Anbau von Zuckerrüben, wie viele Landwirte damals, gute Gewinne erzielt und wollte nun investieren. Er strebte an, mit seinen Rindern von der Weidewirtschaft zur Stallhaltung überzugehen. Seine Kühe sollten ganzjährig im Stall stehen. Somit musste die Gesundheit des Viehs im Mittelpunkt seiner Überlegungen sein: Licht, ein gutes Binnenklima durch entsprechende Raumhöhe und Belüftung, aber auch effiziente Fütterung und Exkremente-Entsorgung waren zu beachten. Gleichzeitig sollten Rinderaufzucht, Bullenhaltung und Pferdestall unter einem Dach angesiedelt sein. Schließlich würde eine angegliederte Hofschmiede mit darüber liegenden Bediensteten-Wohnungen das Stallgebäude ergänzen. (Abb. 2)

Der Entwurf berücksichtigte die genannten Grundkriterien und basierte auf Überlegungen, die Baumeister Rudolph Preuß später (1895) in seinem Standardwerk „Wie baut der Landwirth praktisch und billig?“ dargelegt hat. – Wir würden den Begriff „billig“ heute wahrscheinlich mit „preiswert“ ersetzen! – Licht bekamen die Tiere durch mit Drahtglas versehene „Korbbogenfenster“. (Abb. 3) Der Belüftung dienten verschließbare Lüftungsöffnungen als hochkant angeordnete, drehbare Mittelflügel in den Fenstern, verschließbare Auslassöffnungen über den Fenstern bzw. dicht unter dem Gewölbescheitel angeordnete senkrechte Lüftungsröhren. Sie ermöglichten durch eine Parallelführung von warmer Ab- und frischer Zuluft einen durchgängigen Luftaustausch. Später angebrachte Ventilatoren (Mascherode wurde 1915 an die Stromversorgung der Braunschweigischen Kohlenbergwerke angeschlossen) verbesserten den Luftaustausch noch stärker. Dieser sollte mindestens 20-mal pro Tag erfolgen, um der Tuberkulosegefahr der Tiere vorzubeugen. Die Bausubstanz musste aus Stein und Eisen bestehen, da Holz evtl. zur Festsetzung von „Bacillen“, wie man damals sagte, führte. Außen vermauerte man gelbe Hartbrandziegel auf Fundamenten aus Sandsteinquadern. Zur Gestaltung der Fassade planten sie historisierende Gliederungen. Gesimse mit Ziegelbändern und Einfassungen der längsseitig angeordneten Beschickungsgaube sind bis heute sichtbare Gestaltungselemente. (Abb. 4)



Abbildungen von oben nach unten

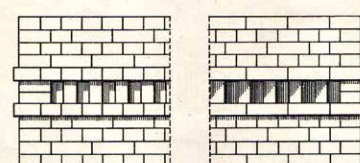
Abb. 2: Ansicht von der Hofseite, der lange Kuhstall ist ein beeindruckendes Gebäude, 1984.

Abb. 1: Kartenausschnitt, rot umrandet der Klosterhof, blau umrandet der Gutshof.

Abb. 3: Detailzeichnung für den Korbbogen, oberer Abschluss der Fensteröffnungen.

Abb. 4: Detailzeichnung für die Gesimse aus Backsteinen.

Gurt oder Band



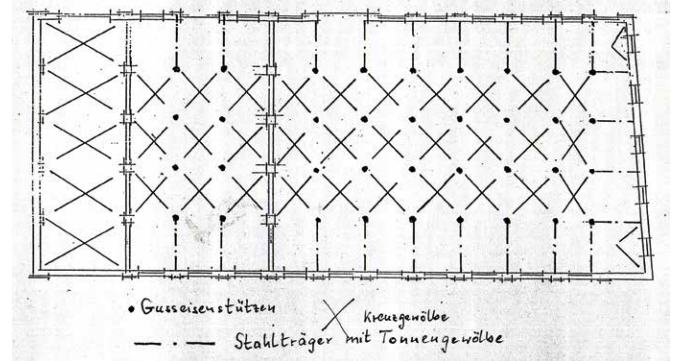
Im Innern bot das 50x20m große Gebäude den einzelnen Tieren ausreichend Platz. 80 Kühe konnten im Rinder- und 14 Ackerpferde im separaten Pferdestall stehen, im westlichen Gebäudeteil war Platz für Ackerwagen. (Abb. 5) Gusseiserne Säulen, die auf Quadersockeln aus Beton stehen, stützten die Decke. Die Flächen mauerte man als Kreuzgewölbe und zu den Außenseiten hin als Tonnengewölbe, gelagert auf quer verlaufenden Eisenträgern. Beide Konstruktionen wurden wegen der großen Tragfähigkeit gewählt, denn im oberen Teil des Bauwerks sollte Heu und Stroh bis unter den in der Höhe von etwa 12 m befindlichen First gelagert werden. Im westlichen Teil musste die Last eines Kornbodens getragen werden. Die Sparren des Dachstuhles waren aus Holz, vornehmlich Fichte, gefertigt. Ihre Last leitete man durch schräge Stuhlstreben auf die Umfassungswände ab.

Drei große Tore ermöglichten das Einfahren mit Fuhrwerken in die sogenannten Futterschneisen bzw. in die Remise. Sie dienten ebenso der Abfuhr des Stallmistes. Geneigte Standflächen und die Fäkalrinnen fertigte man durchgehend aus Beton, mit geringem Gefälle hin zur Auslassstelle und offen angelegt, um „Miasmen-Erreger“ zu verhindern – als Vorsorge vor Krankheiten. Zum Schutz gegen Ratten und Mäuse mussten die Maueröffnungen natürlich mit Draht gesichert werden.

Zur Tränkung der Tiere durfte das Wasser nicht zu kalt sein, desgleichen das Futter. Das Trinkbedürfnis einer Kuh betrug an heißen Tagen 80 Liter. Dazu lieferte ein Hochreservoir das Wasser, während Heu vom Dachboden durch entsprechende Befüllungsschächte in die Futtertische bzw. -krippen geworfen wurde. Alles in allem bedeutete das nicht ein Luxus für Tiere, sondern es war Garant für deren Gesundheit und gute Milchleistung.

Nach Aufgabe der Rinderhaltung in den 1960er-Jahren benutzte man den Stall noch zur Schweinemast, die aber auch in den 1970er-Jahren endete. Seitdem stand der Stall leer. Er wurde aus denkmalpflegerischen Gründen 1984 unter Schutz gestellt (historisierender Ziegelbau mit Gliederungen).

1993 erwarb Sven-Thomas Munte das gesamte Gutshof-Ensemble, um es zu entwickeln. Diese Neuausrichtung begann mit dem Bau von Reiheneigenheimen im Bauerngarten, Abriss einer 1954/55 errichteten Scheune und Bau des BoardingHouses mit Tiefgarage an gleicher Stelle, Errichtung von Kleinwohnungen längs der Straße Im Dorfe und Umbau des Gutshauses zu Wohnungen. Das Hof-Karree steht seitdem als Parkfläche für Autos zur Verfügung. Den Kuhstall fasste man anfangs noch nicht an. Es sollte erst ein schlüssiges Konzept zur Nutzung entworfen werden. (Abb. 6) In dieser Phase arbeitete eine ortsansässige Gemeinwohlgruppe, die „Mascheroder Gedenkstein- und Wasserbruderschaft“, daran, den großen Kuhstall (Abb. 7) für stadtteilkulturelle Veranstaltungen nutzbar zu machen. Mit Sven-Thomas Munters Zustimmung säuberten sie die Wände, be-



Abbildungen von oben nach unten

Abb. 5: Grundriss-Skizze (Hofseite oben).

Abb. 6: Luftbild von 1995, oben links der Kuhstall.

Abb. 7: Innenansicht des Kuhstalles. 1984.

Abb. 8: Während der Reinigungsarbeiten: Viel hilft viel. 1995.

Abb. 9: Chorgesang beim Adventskonzert 1995.



gradigten den Fußboden, weißten die Wände neu, machten den Boden mit einer Brettlage trittfest begehbar, erneuerten die Beleuchtung und bauten eine kleine Bühne ein. (Abb. 8 u. 9)

Bei Konzerten, Vernissagen, Sängerfesten und Krippenspielen zu Weihnachten fanden ab 1996 in den Folgejahren bis zu 500 Personen unter den Kreuzgewölben Platz. Das Motto lautete „Musik und Kunst im Kuhstall“. (Abb. 10 u. 11)

Die Hoffnung, eine dauerhafte kulturelle Nutzung durch einen Sponsor zu erreichen, konnte leider nicht verwirklicht werden, obwohl zusammen mit Sven-Thomas Munte im Rahmen des „Tag des offenen Denkmals“ dafür geworben wurde. Schließlich konzentrierte sich die Munte Projekt GmbH darauf, den Stall in Wohnungen umzuwidmen. Verschiedene Planungsvarianten wechselten sich seit 2003 ab. Schwierige Verhandlungen, sowohl mit der Unteren Denkmalschutzbehörde als auch mit dem Nachbarn, Kirchengemeinde Mascherode, waren angesagt.

Um mehr Licht zu Wohnzwecken in das Gebäude zu bekommen, müsste es Dach- und größere Fensteröffnungen geben, die jedoch dem Denkmalschutz entgegen stünden. Eine Erweiterung durch vorgelagerte, ins Kirchengrundstück hineinragende Terrassen könnten den Wohnwert für potenzielle Interessenten erhöhen, wurden jedoch von der Kirchengemeinde abgelehnt. Desgleichen sollten Fenster im Westgiebel in Richtung des Pfarrgartens nur kleinteilig zu öffnen sein, weil der Garten für nicht zu beeinträchtigende Freiluft-Gottesdienste weiterhin zur Verfügung stehen musste.

Trotz der gegensätzlichen Positionen blieb man im Gespräch. Die Denkmalschutzbehörde moderierte dabei. Doch die Kirchengemeinde blieb bei ihren Standpunkten speziell des Einhaltens des Traufabstandes als Grenze, um eine Distanz neuer Bewohner zum Kirchengebäude und den nicht zu störenden Gottesdiensten festzuschreiben. Außerdem erwartete sie Bestandsschutz für das Läuten der Kirchenglocken bzw. das halbstündige Schlagen der Turmuhr. Schließlich ermöglichte

Abb. 10 u. 11 oben links und mitte: Musik und Kunst im Kuhstall, ab 1996.

Abb. 12 unten und Abb. 13 oben rechts: Südansicht und ein Eckrisalit, Zustand bevor die Bauarbeiten zwecks Neunutzung begannen.

Abb. 14 rechte Seite oben: Südansicht nach Umbau, Erdgeschoß.

Abb. 15 rechte Seite unten links: Südansicht nach Umbau, Dachgeschoß.

Abb. 16 rechte Seite unten mitte: Im Inneren nach Umbau.

Abb. 17 rechte Seite unten rechts: Nachtansicht von der Hofseite, 2018.



Abbildungsnachweis:

Abb. 2 u. 7: David Taylor,
Abb. 6 und 17: Volker Baumgärtel.
Abb. 14-16: Aus www.q-stall-mascherode.de,
genehmigt von Herrn Streppel,
Fa. Munte Projekt GmbH.
Die weiteren Abbildungen:
Archiv des Verfassers.



der Denkmalschutz mehrere Einschnitte in die alte Bausubstanz und eröffnete damit die Chance, ein wirtschaftlich vertretbares Nutzungskonzept in Angriff nehmen zu können.

Verschiedene Büros arbeiteten fortan an einem schlüssigen Konzept. Die Architekten der Firma Hamborg schafften drei Wohnebenen, die durch einzuziehende, das Gewölbe möglichst erhaltende Treppen erreichbar sein sollten. Unterschiedliche Wohnungsgrößen – 11 Wohnungen – mit teilweiser Erschließung in den 1. und 2. Stock sind so entstanden. Zurückgesetzte Fenster, gewissermaßen verglaste Wintergärten, und davor im Grundrahmen des Gebäudes befindliche Sitzflächen lassen viel Tageslicht in die Wohnungen und ermöglichen einen Außenaufenthalt. Mauer-ausschnitte wurden sorgfältig vorgenommen, sodass die gelben Klinker nach intensiver Säuberung wieder zu Restauration der baufälligen Eckrisalite verwendet werden konnten. (Abb. 12 u. 13) Die Tonnen- und Kreuzgewölbe sind weitestgehend erhalten geblieben und offenbaren weiterhin ihre architektonische Spezifität. Aufwendige Isolations- und Ableitungsmaßnahmen für das Niederschlagswasser auf den Balkoneinschüben sind notwendig geworden. (Abb. 14 bis 16)

Am 01.07.2018 waren die Wohnungen bezugsfertig. Seitdem gilt der neue Q-Stall beispielhaft für eine Erhaltung von bauhistorischer Besonderheit, allerdings verbunden mit gestaltungsmächtigen Veränderungen, die aus strenger denkmalpflegerischer Sicht kritisch zu betrachten sind. Jedoch macht dieser Entwurf eine wirtschaftliche Nutzung möglich, ohne die es zum Verfall bzw. zu einer Ruine gekommen wäre und einen späteren Abriss wahrscheinlich gemacht hätte.

(www.q-stall-mascherode.de)

Inzwischen ist die Traufrechtsgrenze zur optischen Abgrenzung mit einer Hecke bepflanzt. Die hofseitige Fassade blieb im Großen und Ganzen erhalten. Angesetzte Dachgauben zusätzlich zu den historischen Beschickungsgauben beeinträchtigen den Gesamteindruck nicht gravierend. Eine des Nachts eingesetzte Beleuchtung vermittelt zusätzlich einen interessanten Eindruck. (Abb. 16)

Literatur:

Preuß, Rudolph: *Wie baut der Landwirth praktisch und billig?* - Berlin, 1895.

Menzel, Carl August: *Der praktische Maurer.* - Leipzig, 1904.

Handwerkskammer Braunschweig: *Gesellenprüfung im Maurerhandwerk.* - Braunschweig, 1902.

Riepert, Peter Hans: *Beton und Eisenbeton in der Landwirtschaft.* - Charlottenburg, 1915.



Fürstlich Braunschweigisch-Lüneburgisches Amt Neubrück

Ein Beitrag zur Baugeschichte – Merian und die Wirklichkeit

Wolfgang Eberhard

Wer in der heimatkundlichen Literatur etwas über das „Schloss Neubrück“ gelesen hat und sich neugierig aufmacht, um vielleicht noch Vorhandenes zu besichtigen, wird enttäuscht. Bis auf hölzerne Reste der alten Brücken und der Wassermühle, die die Oker nur bei Niedrigwasser zur Besichtigung freigibt, erinnert nichts mehr an das „Fürstlich Braunschweig-Lüneburgische Amtshaus Neubrück“. Wer dennoch wissen möchte, wie es hier einst aussah, dem wird der Kupferstich aus der Merian-Werkstatt präsentiert. Er ist die einzige bildliche Darstellung und zielt zahlreiche Wohnzimmer in Neubrück. Sieht man sich allerdings die Karten aus dem 18. Jahrhundert genau an, so fällt sofort auf, dass die Abbildung erheblich vom tatsächlichen Aussehen des Amtes im Jahre 1654 abweicht. Auch wenn im Großen und Ganzen die Darstellung um die Bebauung herum dem damaligen Landschaftsbild nahe kommt, so ist die Bebauung selbst so nicht nachvollziehbar. Die Grundrisse aus dem 18. Jahrhundert lassen sich mit der Darstellung nicht in Übereinstimmung bringen. Das Gelände ist in Wirklichkeit weitläufiger, als es das Bild vermittelt. In der Realität betrug die Entfernung zwischen Mühle und Amtshaus etwa 100 Meter. In diesem Zwischenraum stand die 1708 gebaute 35 m lange und 11,50 m breite „lange Scheure“. Es fehlt auch der Burggraben, der nördlich der Burg die beiden Okerarme verband und noch Anfang des 18. Jahrhunderts vorhanden war. Die Wassermühle hatte 1654 vier unterschlächtige Wasserräder.

Die Burganlage, die 1321 erstmals urkundlich als „Castrum Bruckhe“ erwähnt wird, wurde von den notorisch finanziell klammen Herzögen immer wieder verpfändet. Sie entwickelte sich am Anfang des 15. Jahrhunderts im Besitz der Stadt Braunschweig zu einem Wirtschaftsbetrieb mit Ställen, Scheunen und einer Wassermühle. In der Großen Stadtfehde wurde Neubrück 1492 von herzoglichen Truppen erobert. 1494 nahmen die Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel die Anlage wieder in ihren Besitz. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich die Gebäude in einem desolaten Zustand. Erst nach Einrichtung des herzoglichen Amtes um die Mitte des 16. Jahrhunderts, hat man sich wieder um die Erhaltung der Bausubstanz gekümmert. In der Regierungszeit Herzog Julius' wurde vor 1576 – östlich der alten Burggebäude – ein neues freistehendes Amtshaus¹ gebaut. Für den Bauplatz musste die alte Kapelle abgerissen werden.² Um den Bewohnern von Neubrück weiterhin den Kirchgang zu ermöglichen, wurden sie im Nachbarort Didderse eingepfarrt. In dieser Zeit wurde auch ein neuer Stall für 60 Kühe und eine Meierei gebaut. Unter den Nachfolgern des Herzogs nahm das Interesse an Neubrück wieder ab. Vor 1648 wurde noch ein kleines Gebäude – die später so genannte „alte Schreiberei“ – östlich an den mittelalterlichen Turm angebaut.³ Die „lange Scheure“ und das „Quergebäude“ (Pforthaus) kamen 1708 dazu.⁴

Abb. 1 unten: Nienbrück
F.B.L. Amtshaus, Merian,
1654.

**Abb. 2 rechte Seite oben
links:** Luftbild des heutigen
Zustandes der örtlichen
Gegebenheiten, auf denen sich
die Amts- und Wirtschaftsge-
bäude befanden.

**Abb. 3 rechte Seite oben
rechts:** Die Burg mit
Burggraben und Wirtschaftsge-
bäuden, um 1715.





Das 18. Jahrhundert

Bis 1784 waren die Ländereien mehrfach verpachtet. In den vorhergehenden Jahrzehnten wurde bei den Pachtverhandlungen immer wieder auf den schlechten Bauzustand hingewiesen. Die Bewirtschaftung litt auch unter den Hochwasseren der Oker. Den Akten aus dem 18. Jahrhundert kann man entnehmen, dass die Pächter ein hohes finanzielles Risiko eingingen und manche auch scheiterten. Aber auch die Fürstliche Kammer war ständig mit Kosten für Reparaturen an Gebäuden, Brücken und Wasserbauten konfrontiert.

Die hohen Kosten für die Gebäude in Neubrück veranlassten die Fürstliche Kammer darüber nachzudenken, ob man noch alle Bauten benötigte. Als die Dämme erneuert werden mussten, suchte man billiges Material zum Einbau. Amtmann Hallensleben sollte 1742 Stellung dazu nehmen, ob der mittelalterliche aus Stein gebaute Turm und die daran angebaute Schreiberei abgerissen und das Steinmaterial für die neuen Dämme genutzt werden könnte. Anlässlich eines Gerichtstages im Amt Neubrück besichtigte der Justitiar Arens zusammen mit dem Amtmann die Gebäude und berichtete darüber am 22. September 1742 an die Fürstliche Kammer in Braunschweig.⁵ Im alten Turm wurde früher Schnaps gebrannt. Die Branntweinblase war zwar nicht

mehr vorhanden, aber der Raum ließe sich nach einer Bodenreparatur für die Malzherstellung nutzen. Im Turm befand sich die Amtsuhr. Arens schlug vor, das Gefängnis des Amtes aus dem verfallenen Nebengebäude in den Turm zu verlegen. Die Schreiberei hielt Arens für „abgängig“. Allerdings wollte er einen Abriss nicht empfehlen, da das kleine Gebäude noch als Gesindekammer und zum Aufbewahren der Milchprodukte, Obst und „dergleichen“ benötigt wurde. Im Übrigen hielt er den Abriss für unwirtschaftlich. Sollte man den Turm abreißen, so würde den angebauten Nebengebäuden eine Mauer fehlen. Daraufhin sah die Fürstliche Kammer erst einmal von einem Abriss ab.

Trotz des schlechten Bauzustandes der Amtsgebäude wurde versucht, sie weiter zu nutzen. 1756 war die Registratur des Amtes mangels anderer geeigneter Räume in der Schlafkammer des Amtmanns untergebracht, die Wohnstube musste als Gerichtszimmer dienen. Auf Anordnung Karls I. vom 28. Januar 1757 sollte der Secretarius Schrader Vorschläge machen, wie diese unhaltbaren Zustände behoben werden könnten. Man beschloss, Gerichtsstube und Registratur in die zweite Etage des alten Turms zu verlegen. Die erforderlichen Umbauten wurden genehmigt, die Kosten hatte das Amt zu tragen.

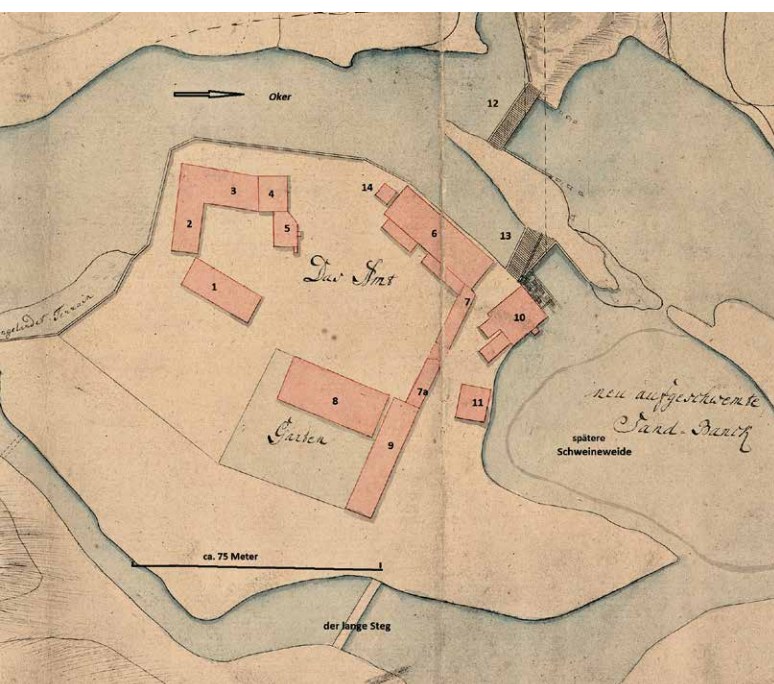


Abb. 4 links: Das Fürstliche Amt Neubrück um 1770:

1. das Amtshaus (bestand bis 1900/ 1901), 4 Kellerräume, zeitweise Bierlager.
2. das Brauhaus, 1777 aus dem Brandkataster gestrichen.
3. Gerichtsstube und Pferdestall, 1777 aus dem Brandkataster gestrichen.
4. der alte Turm (mit Uhr, Gerichtsstube und Registratur), 1777 gestrichen.
5. die alte Schreiberei (bis Mitte des 18. Jh. als Lagerraum genutzt), 1777 gestrichen.
6. Schafstall (um 1848 auf Abbruch nach Watenbüttel verkauft).
- 7a. das Vorwerk mit Ställen und Scheunen, 1777 gestrichen.
7. das Pforthaus (zwischen 7 und 7a befand sich ein Torweg), 1838 abgebrochen.
8. der Kuhstall und Meierei, 1819 aus dem Brandkataster gestrichen (Grundstück später von Tischler Feldmann übernommen, ass. Nr. 27, heute Damm 8).
9. Scheune.
10. die Mühle (Betrieb 1759 eingestellt, Gebäude wurde noch einige Zeit als Krug genutzt).
11. der Mühlenstall.
12. die lange Brücke über die Umflut.
13. die Brücke über den Mühlengraben.
14. Schweinestall.



Abb. 5 oben: Die Reste der ehemaligen Amtsbau 1847.

Abb. 7 rechte Seite: Bei Niedrigwasser kommen die Reste der alten Brücken und der Wassermühle zum Vorschein. Die Sandbank ist der Rest eines Dammes, der die Umflut vom Mühlengraben trennte. Die alten Brücken führten über die Insel.

Im Sommer 1760 beklagte sich Amtmann von Meibom⁶ über die schlechten Wohnverhältnisse im Amtshaus Neubrück. Er schrieb der Fürstlichen Kammer am 24. Februar 1761: „Die Sache ist in diesen Winter noch schlechter geworden, und erfordert eine schleunige Reparation, zumal ich keine andere Stube zu bewohnen weiß.“ Von Meibom möchte einen Holzfußboden in seiner Wohnstube haben, da ein Gipsboden: „... bei dem hiesigen nassen Terrain nicht von der Dauer sei, da er eben wie alle hiesigen Gips-Boden sich werfen und brechen würde.“ Die Kammer genehmigte ihm den Einbau eines Holzfußbodens. Von Meibom machte die Kammer auch darauf aufmerksam, dass die 1757 im alten Turm neu angelegte Gerichtsstube wieder unbrauchbar geworden sei: „... der obere Boden ist dergestalt eingefallen, daß man bis in die Ritzen des Thurms sehen kann, die Wände sind gleichfalls abgefallen, und es droht noch ein mehreres. Die Arbeit wird zu schlecht gemacht; Fürstl. Cammer hat den Verlust, und der Beamte die Lasten.“ Die Arbeiten zogen sich bis ins Frühjahr 1765 hin. Nach Abschluss musste sich der Amtmann dafür rechtfertigen, dass er den finanziell vorgegebenen Rahmen nicht eingehalten hatte. Nicht vorhersehbare notwendige Reparaturen hatten die Kosten fast verdoppelt.

Die Bestandsaufnahme von 1770

Am 29. Dezember 1769 erhielt der Amtmann Christoph von Kalm von der Fürstlichen Kammer den Befehl, über den Bauzustand der Amtsbau in Neubrück zu berichten. Er lieferte am 22. Januar 1770 „Einen ausführlichen untertänigen Bericht von denen Baulichkeiten der hiesigen Fürstl. Amts und Cammer-Gebäude“. Der schlechte Zustand wird in diesem Bericht noch einmal deutlich:

Abb. 6 rechts: Grundstück der ehemaligen Burg, heute Damm 5 in Neubrück. Bei Hochwasser der Oker kann man sich die ursprüngliche Anlage auf einer Insel noch gut vorstellen.



Das Dach des Seitengebäudes, das längs der Wasserseite an den Turm stieß, war undicht und es regnete häufig durch. Da der Dachboden dieses Gebäudes bei der letzten Reparatur aufgerissen werden musste, ging der Regen durch das Gebäude und verursachte große Schäden, am Gebäude selbst, aber auch an allem, was sich darin befand. Es würde auf Dauer völlig unbrauchbar werden. Die Leute, die darin schlafen mussten, waren genötigt, bei jedem Regen aufzustehen, weil sie nicht trocken liegen konnten. Das Dach auf dem Turm, in dem sich die Gerichtsstube und die Registratur befanden, musste dringend repariert werden, weil es überall durchregnete. Das Gebäude verdarb und Schäden an der Registratur waren nicht auszuschließen. Das Amtshaus war ganz hinfällig und wäre wohl schon umgefallen, wenn man es nicht an verschiedenen Stellen abgestützt hätte. Von Kalm bezeichnete den Bau zwar als unbrauchbar, aber für den Amtshaushalt unentbehrlich, weil es keine andere Gelegenheit gab, etwas gesichert zu verwahren. Sonst hätte er alles offen lagern oder in die Stadt fahren lassen müssen. Er bat die Fürstliche Kammer dringend, das Amtshaus wieder herrichten zu lassen. Da ausreichend Baumaterial vorhanden war, hielt er die Kosten für überschaubar. Das Dach des Vorwerks war ebenfalls undicht. Es regnete an vielen Orten bei stürmischem Wetter durch und das dort gelagerte Futter verdarb. Zur Heulagerung fehlte ein geeigneter Fußboden.

Das Strohdach des Schafstalles war nur noch zur Hälfte vorhanden, weil die Dachlatten verfault waren. Es ließ sich kein Stroh mehr darauf befestigen. Die schadhafte Hälfte musste mit neuen Latten und frischem Stroh versehen werden. Die andere Hälfte sollte wohl noch einige Jahre halten. Das Mühlen-Haus, in dem sich der Krug befand, hielt von Kalm für nicht mehr reparabel. Er befürchtete, dass es über



kurz oder lang einstürzen würde. (Der Betrieb der Wassermühle an der Oker wurde bereits im Herbst 1759 eingestellt.⁷⁾

Der Mühlenstall, der von den Herrendienstleistenden zum Füttern gebraucht wurde, war im vergangenen Sommer unterspült worden. Außerdem fehlte das Dach und die Wände waren nicht mehr in Stand. Es fehlten auch die Futterkrippen darin. Besonders im Winter gab es große Schwierigkeit, da die Dienstleistenden nicht wussten, wo sie mit ihren Pferden bleiben sollten.

Zum Schluss seiner Ausführungen beklagte sich Amtmann von Kalm noch darüber, dass der Amtshof für Unbefugte frei zugänglich und Diebstähle an der Tagesordnung waren. Die Sorgen darüber ließen ihn nachts nicht mehr ruhig schlafen.

Der Vorschlag des Hofrats von Meibom

Hofrat Heinrich Johann von Meibom, Gutsherr von Thune, der das Amt Neubrück sieben Jahre lang als Amtmann und Pächter verwaltet hatte, legte am 9. September 1770 der Fürstlichen Kammer seine Vorschläge zur weiteren Entwicklung des Amtes vor. Er hatte erkannt, dass die Verhältnisse in Neubrück für die Fürstliche Kammer und die Einwohner des Dorfes untragbar geworden waren. Eine grundlegende Veränderung war dringend nötig. Von Meibom hielt es für unumgänglich, das Amt in drei Teile zu gliedern und unabhängig voneinander zu verpachten, und zwar:

1. Amt und Dorf Neubrück,
2. die Dörfer Thune und Wenden,
3. die Dörfer Bienrode, Bevenrode und Wag gum.

Sollte es nicht möglich sein, Neubrück an den Herrn von Mahrenholz in Groß Schwülper vorteilhaft zu verpachten, so schlug von Meibom vor, die Ländereien auf Erbpacht an die

Bewohner von Neubrück abzugeben. Damit könne die Fürstliche Kammer das Doppelte der bisher üblichen Pacht als Einnahme erzielen. Von Meibom war auch der Ansicht, dass damit die Kosten für die Erhaltung der Brücken entfallen würden und hielt es für ausreichend, eine Fährverbindung einzurichten. Die vorhandenen Brücken könne man „eingehen“ lassen, ebenso die Unterhaltung der Amtsgebäude und der Fischteiche. Er riet davon ab, weiter Geld in die Amtsgebäude zu stecken und fragte sich: „Ob es nicht zur Aufmunterung der neuen Anbauer nützlich sei, dieselben die Materialien von den Amtsgebäuden, insoweit solche zur neuen Mühle nicht gebraucht werden möchten, zu verschenken.“ Vom Bau einer neuen Mühle hielt er aber nichts: „Wobei ich aber übrigens nicht verhalten kann, dass ich den Anbau einer neuen Mühle bei der gegenwärtigen Situation des Stromes gar nicht vorteilhaft, vielmehr [für] sehr gefährlich halte.“⁸

Das Ende der Amtsgebäude

Der Bericht von Kalms und die Vorschläge des Hofrats von Meibom dürften das Ende der Amtsgebäude eingeleitet haben. Jetzt musste die Fürstliche Kammer Nutzen und Kosten gegenüber stellen und eine Entscheidung treffen, wie es in Neubrück weitergehen sollte. Von der Herzoglichen Baubehörde wurden die Gebäude besichtigt und Vorschläge für die Instandsetzung ausgearbeitet. Selbst über den Bau eines neuen Amtshauses wurde nachgedacht. Am 24. Dezember 1771 lagen die Kostenanschläge vor. Für den Bau einer neuen Brücke, eines Amtshauses und die Reparaturen an den übrigen Gebäuden kalkulierte das Bauamt Kosten von 2.631 rth 12 ggr 6 pf. Davon sollte allein das neue Amtshaus 803 rth kosten. Selbst nach Abzug des Wertes für die noch vorhandenen Materialien in Höhe von 771 rth, hätten aus der

fürstlichen Schatulle noch 1.859 rth bewilligt werden müssen. Die Erlöse aus den Pachteinnahmen deckten die Kosten nicht. Eine vollständige Sanierung der Amtsgebäude wurde darum nicht weiter verfolgt. Eine Fähre über die Oker wurde zwar nicht eingerichtet, aber weitgehend folgte man den Vorschlägen des Hofrats von Meibom.

Es wurden keine Mittel mehr für die alten Gebäude bewilligt. Lediglich für Arbeiten an den Brücken und für notwendige Reparaturen am Amtswohnhaus wurde noch Geld ausgegeben.

Bis Ende 1777 waren die alten Amtsgebäude mit dem mittelalterlichen Turm und die große Scheune abgerissen und aus dem Brandkataster gelöscht. Man kann sich vorstellen, dass sich auch die Dorfbewölkerung im eigenen Interesse daran beteiligt hat. 1796 wurden die Ländereien der Domäne aufgeteilt und an die Einwohner von Neubrück verpachtet. Die Meierei wurde 1819 aus dem Brandkataster gestrichen. Übrig blieben das Amtswohnhaus, der große Schafstall⁹ und die davor gebaute Pfortner- und Holzknechtswohnung (das Pforthaus), alles andere war verschwunden. Den übrig gebliebenen Bauschutt ließ man vor Ort liegen oder nutzte ihn – soweit er nicht anderweitig verwertbar war¹⁰ – auch zur Befestigung des Okerufers. Eine Praxis, die von den Bewohnern Neubrücks bis ins 20. Jahrhundert hinein geübt wurde.¹¹

Die Domänenländereien und der Schafstall sind am 22. Februar 1846 in den Besitz der Gemeinde übergegangen. Der Schafstall wurde um 1848 von der Gemeinde auf Abbruch nach Watenbüttel verkauft und wurde dort an der Celler Heerstraße (zwischen Am Okerdüker und Am Grasplatz) wieder aufgebaut. Mit dem Abriss verschwand 1968 auch der letzte Rest der alten Amtsgebäude von Neubrück.¹²

Die letzte Zeit des Amtswohnhauses

Im April 1774 wurde eine Wohnung im Amtshaus an die Pfälzer Adam Huefener und Valentin Frey vermietet. Sie zogen aber schon im Februar 1775 wieder aus. Anschließend wohnte der Schulmeister Heinrich Andreas Otte darin.¹³

Zitat aus „Geographisch-Statistische Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blankenburg“ von G. Hassel und K. Bege aus dem Jahre 1802:

„Das Amtshaus, ein unansehnliches hölzernes Gebäude, steht auf einer Halbinsel der Oker neben dem Dorfe, das sich an dem Ufer derselben ausbreitet. Die zu dem ehemaligen Haushalte gehörige Länderei, Dienste und Zehnten sind seit 1796 auf 18 Jahre an die Einwohner des Dorfes und die Eigenthümer der Feldmark verpachtet; das Haus aber bewohnt jetzt pachtweise ein Krämer und der Einnehmer des dasigen Zolls.“

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts stand das einstige Amtswohnhaus an seinem Platz und war bewohnt. 1803 übernahm Christian Andreas Otte das Brinksitzeranwesen mit der Brandversicherungsnummer 1 von der Fürstlichen Kammer in Erbpacht. Otte bemühte sich 1816 um die Genehmigung, auf seinem Grundstück eine Scheune bauen zu dürfen. Der Bericht vom 20. November 1816¹⁴ wirft ein Licht auf den Zustand des Grundstücks: „Die neben dem Amtsgebäude sonst befindlichen gewesenen Stallungen und Scheuren sind

nach und nach eingestürzt, und Otte muß sein Getreide in fremden Scheuren aufbewahren, da neben seinem Hause keine Schuppen Scheure oder sonstige Gebäude befindlich ist. [...] Vor seinem Hause befindet sich nun ein etwa 40 Ruthen haltender Fleck, welcher bisher mit Schutt, Trümmer und Steinen von den eingerissenen Gebäuden überhäuft gewesen, nach und nach gereinigt, und jetzt mit Gras bewachsen ist, jedoch zur Weide wenig oder gar nicht benutzt wird.“ – Noch drei Mal wechselte das Grundstück den Besitzer, bis es 1857 an die Familie Werthmann überging. Christian Werthmann baute sich ein neues Wohnhaus, das 1901 bezogen wurde. Damit war das alte Amtswohnhaus überflüssig geworden und wurde umgehend abgerissen.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: *Topographia und Eigentliche Beschreibung Der Vornembsten Stäte, Schlösser auch anderer Plätze und Orte in denen Herzogthümer Braunschweig und Lüneburg, und denen dazu gehörenden Graffschaften Herrschafften und Landen.* - Frankfurt/Main, 1654.

Abb. 2: Luftbild, Google-Earth.

Abb. 3: *Plan deß Ambthauses Neuenbrück samt deren Dämmen und herumliegender Gegend*, NLA WO, Signatur: 4 Alt 6 Nr. 1533 I (Ausschnitt).

Abb. 4: *Plan des Fürstlichen Amtes Neubrück und dessen Environs* (Ausschnitt) von 1770, NLA WO, Signatur: K 474.

Abb. 5: Karte von dem Dorfe Neubrück, vermessen im Jahre 1847 von dem Geometer Th. Gittermann (Ausschnitt), NLA WO, Signatur: K 18142.

Abb. 6: Foto Wolfgang Eberhard, 2017.

Abb. 7: Foto Wolfgang Eberhard, 2012.

Anmerkungen:

¹ Diese Annahme stützt sich auf ein Inventarverzeichnis von 1576, dass ein „neues Wohnhaus“ erwähnt. NLA WO: Signatur: 4 Alt 2 Neubr. Nr. 1398: Verpfändung Neubrücks an die Gebrüder Valentin und Levin von Mahrenholz zu Warxbüttel für 9000 Taler.

² NLA WO, Signatur: 26 Alt Nr. 155: Amtmann Henning Probst bezieht sich auf den Abriss in einem Brief an Herzog Julius vom 31. Januar 1576. 1576 verlangte der Prediger von Diderse Johann Heinrich Tiwachtmann die Zinsen zu bekommen, die vorher der Kapelle zu Neubrück entrichtet wurden.

³ NLA WO, Signatur: 4 Alt 2 Neubr Nr. 1406, Inventarium von 1648.

⁴ NLA WO, Signatur: 4 Alt 2 Neubr Nr. 1410, darin Inventarliste von 1712.

⁵ NLA WO, Signatur: 40 Alt Nr. 349, Seite 26-28.

⁶ Hofrat Heinrich Johann von Meibom (1717-1773), studierter Mediziner, Leibarzt, Besitzer des Rittergutes in Thune und Pächter des herzoglichen Gutes in Neubrück und somit auch Amtmann von Neubrück und Herr auf Gut Thune.

⁷ NLA WO, Signatur: 4 Alt 2 Neubr Nr. 2325, Schreiben vom 27. Juni 1769.

⁸ NLA WO, Signatur: 4 Alt 2 Neubr Nr. 2372.

⁹ NLA WO, 76 Neu, Fb. 1 Nr. 171 Bei dem in der Verkaufsakte von 1844 als „Schafstall“ bezeichneten Gebäude handelt es sich um die 1708 gebaute „lange Scheure“.

¹⁰ Am 24. August 1826 hatten die Neubrücker im Kreisamt Vechelde erklärt, dass genügend Steine für den Kirchenneubau in Diderse geliefert werden könnten. (NLA WO: Signatur: 39 Neu 21 Nr. 612) Sie sollen für die Außenmauern der Kirche genutzt worden sein.

¹¹ Bei einer Begehung des Okerufers während der Niedrigwasserperiode im Sommer 2018 konnte man das sehr gut erkennen.

¹² Rüster, Karl-Heinz: *Chronik des Dorfes Watenbüttel.* - Braunschweig, 1986, S. 125.

¹³ NLA WO, Signatur: 4 Alt 2 Neubr Nr. 2367.

¹⁴ NLA WO, Signatur: 50 Neu 2 Neubr Nr. 25: Verpachtung und Vererbzinsung des Amtswohnhauses 1816-1844.

Der skandalöse Abriss der Maria-Magdalenen-Kapelle in Braunschweig 1955 (Teil 1)

Wolfgang A. Jünke

Vorbemerkung

In Zeiten des „Kalten Krieges“ nach 1945 geriet auch der jeweilige Umgang mit denkmalgeschützten Bauten im Westen und Osten Deutschlands in das Visier ideologischer Auseinandersetzungen. Immer wieder wurde den DDR-Verantwortlichen seitens der Bundesrepublik vorgeworfen, ohne jede Rücksicht und mit fadenscheinigen Begründungen ausgesprochen wertvolle historische Bausubstanz zu zerstören, die selbst mit ihren jeweils vorhandenen Kriegsschäden hätte gerettet werden können, ja müssen. Der Grund für das rigorose Vorgehen in der DDR – so wurde behauptet – sei der dortige Hass auf den Adel und das Bürgertum im Sozialismus. Und als ständig wiederkehrende Beispiele dafür wurden gerne angeführt: die Sprengung des Berliner Schlosses 1950, zehn Jahre danach auch die des Potsdamer Stadtschlösses. Selbst die Abtragung der beschädigten fürstlichen Residenz in Putbus auf Rügen 1962-1964 erregte negative Schlagzeilen im Westen. Aber auch mit vielen im Krieg getroffenen und in ihrer Bausubstanz angeschlagenen Kirchen wurde in der DDR nicht zimperlich umgegangen: Dafür stehen u.a. rigoros beseitigte Sakralbauten in Berlin, Magdeburg, Rostock und Dresden. Die Entfernung der durchaus wiederaufbaufähigen Potsdamer Garnisonkirche 1968, vor allem aber der Abriss der ganz intakten Leipziger Universitätskirche im selben Jahr führte ebenfalls zu besonders großer Empörung in bundesdeutschen Medien und Kulturkreisen.¹

Als Reaktion auf solche Kritiken wurde mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit von einigen hiesigen Bürgern, z. B. Richard Borek sen., „Hohngelächter“ der DDR-Verantwortlichen vermutet, vor allem im Blick auf den Beschluss des sogenannten „Klassenfeindes“ zur Niederlegung der erhaltungsfähigen Ruine des Braunschweiger Residenzschlösses 1960.² Dieses angenommene „Hohngelächter“ wäre noch wahrscheinlicher gewesen, wenn in Ostberlin bekannt geworden wäre, dass fünf Jahre zuvor in ebenderselben Stadt Braunschweig auch eine völlig intakte spätgotische Kirche beseitigt worden war. Es handelte sich dabei um die Maria-Magdalenen-Kapelle auf dem heutigen Gelände der 1983 fertiggestellten und mit Glas überdachten „Burgpassage“. Ab 2019 soll diese zu einer völlig neuen und nach oben hin offenen „Burggasse“ umgebaut werden. Aparterweise – die dabei zutage tretende Kontinuität wäre weiteres Wasser

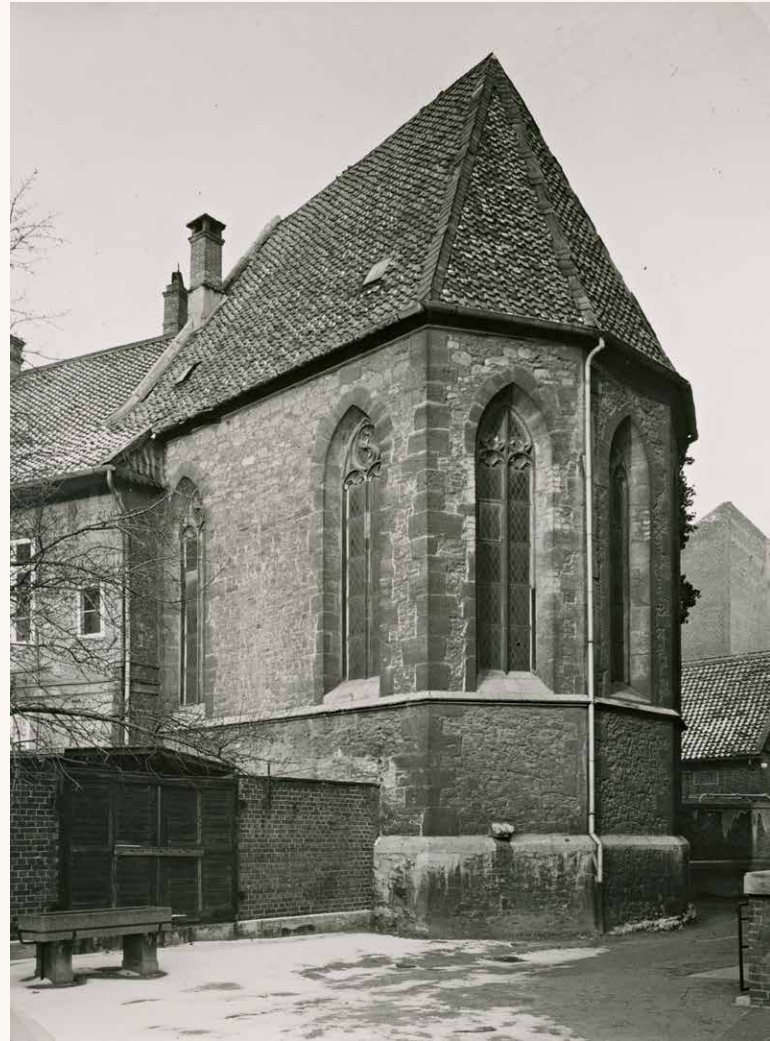


Abb. 1 oben: Die Maria-Magdalenen-Kapelle, Ansicht von Südosten.

Abb. 2 unten links: Stadtplan von 1885, Ausschnitt mit Eintragung von RA: Die Maria-Magdalenen-Kapelle im blauen Kreis.

Abb. 3 unten mitte: Braunschweig-Innenstadt von 1938, Ausschnitt mit Eintragung von RA: Die Maria-Magdalenen-Kapelle im blauen Kreis.

Abb. 4 unten rechts: Historisch-Synoptische Karte der Braunschweiger Innenstadt 1938/1993, Ausschnitt mit Eintragung von RA: Die Maria-Magdalenen-Kapelle im blauen Kreis.

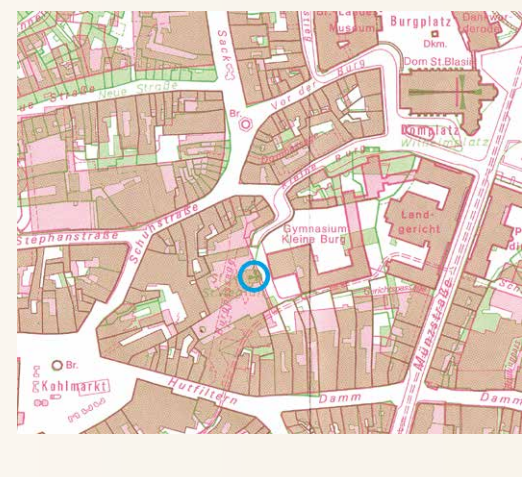
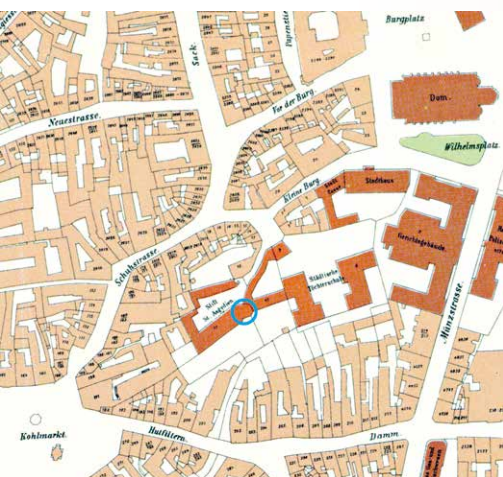


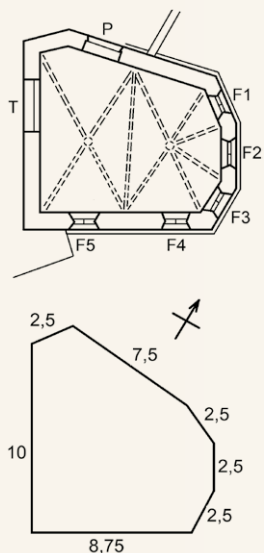


Abb. 5 oben links: Vorn die Straße Kleine Burg, Aufnahme vor 1867, die schmale Gasse führt zum Ägidienstift. (AJ)

Abb. 6 oben rechts: Gleicher Blickwinkel wie Abb. 5 im Jahr 2019. (RA)

Abb. 7a unten mitte: Grundriss der Kapelle. P = Portal, T = Tür zum Nebengebäude, F1 bis F5 = Fenster. Zeichnung von RA auf Grundlage der Darstellung in „Dorn, Reinhard: Mittelalterliche Kirchen in Braunschweig. - Hameln 1978.“

Abb. 7b unten: Grundriss-Abmessungen der Kapelle, Maße in Meter. Zeichnung von RA auf Grundlage der Darstellung in: Priem, Törsten: Die Geschichte der Maria-Magdalenen-Kapelle in Braunschweig vom Mittelalter bis zu ihrem Abruch im Jahre 1955. In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Bd. 90, 2009.



auf die Mühlen einer SED-Propaganda gewesen – hatte auch schon die nationalsozialistische Staatsregierung von Braunschweig elf Jahre vor dem tatsächlichen Abriss genau dieses Gotteshaus bereits zum Abbruch freigegeben.³ Im Zusammenhang mit dem ab 2019 geplanten Neubau einer „Burggasse“ brach eine doch recht heftige Diskussion in der Öffentlichkeit aus. Vielleicht auch, weil es sich die hiesige „Braunschweiger Zeitung“ ab Ende 2017 zur Aufgabe gemacht hatte, ihrer Leserschaft in mehreren ganzseitigen Artikeln die Geschichte des verschwundenen mittelalterlichen Sakralbaus zu vermitteln. Auch sollten dabei die näheren Umstände ihrer seinerzeitigen Zerstörung schonungslos erhellt werden. Dies war deshalb eine knifflige Angelegenheit, weil vor allem das Interesse eines Vorgängerverlages dieser Zeitung, Albert Limbach, in dreißig langen Jahren die eigentliche Ursache für die Entfernung des spätgotischen Sakralbaus gewesen war und sich außerdem bis jetzt auch noch dessen besonders seltener und deshalb ausgesprochen wertvoller Grundstein von 1489 widerrechtlich im Verlagsbesitz befindet.⁴

Zur Maria-Magdalenen-Kapelle

Ihre bisher erforschte Historie und vor allem ihre kunst- und kulturgeschichtliche Bedeutung sind bereits an anderen Stellen hinreichend dargestellt worden. Im Blick auf das eigentliche Thema dieses Artikels haben deshalb eher kurze Hinweise zu genügen.⁵ Das kleine Gotteshaus war 1489 entstanden und hatte seinerzeit einen dort bereits seit 1237 bestehenden Vorgängerbau ersetzt. Es wird durchaus einleuchtend vermutet, in der Kapelle eine Art Hauskirche für die Kanoniker des nahegelegenen Stiftes St. Blasii (Dom) zu sehen. Ein noch existierender Teil von deren Wohnungen in der Straße „Kleine Burg“ wird bis auf den heutigen Tag als „Stiftsherrenhäuser“ bezeichnet. Die Art der Nutzung der Maria-Magdalenen-Kapelle – nach der spätestens 1568/1569 endgültig durchgesetzten Reformation im Blasius-Stift samt Dom – ist allerdings bis heute noch nicht durchgehend mit Archivalien belegbar. Nach 1810, spätestens wohl 1815, gehörte sie nach der erfolgten Säkularisation des Blasius-Stiftes zum „Vereinigten Braunschweigischen Kloster- und Studienfonds“. Dieser verfügte über Einkünfte ehemaliger Klöster des Landes und der ehemaligen Landesuniversität Helmstedt und wurde im Staatsministerium verwaltet. Die rechtliche Stellung des Klosterfonds in der allgemeinen Behördenstruktur des Ministeriums war nicht restlos geklärt.

Im Jahre 1832 erfuhr das alte Stiftsgelände Kleine Burg 8 eine grundlegend neue Nutzung! Ein seit reformatorischer Zeit ursprünglich bei St. Leonhard (nahe der Stadthalle) angesiedelter, dann 1615 in die ehemaligen Klostergebäude bei der St. Ägidienkirche verlegter evangelischer Frauenkonvent, zog auf Geheiß des Klosterfonds in die Gebäude an der Kleinen Burg Nr. 8 um; und zwar deshalb, weil in den bis dahin bei St. Ägidien genutzten Räumlichkeiten der Stiftsdamen ein Kreisgefängnis eingerichtet wurde. Aber auch nach dem Wegzug blieb für diesen Konvent der Name St. Ägidienstift bestehen, selbst wenn nun die Kirche gleichen Namens überhaupt nicht mehr „nebenan“ lag. Die für die Gemeinschaft der Frauen ab dann nutzbare Maria-Magdalenen-Kapelle diente ihnen freilich nicht für tägliche Andachten, jedoch zu herausgehobenen kirchlichen Anlässen und Festen. Z. B. bei der Einführung weiterer Konventualinnen oder bei der Präsentation einer neuen, „Domina“ genannten Vorsteherin. Ihre neuen Wohnungen hatten die Stiftsdamen in Fachwerkhäusern, die in zwei Flügeln und einem Querhaus bestanden und einen Hof umgaben.

Die Kapelle selbst – völlig ausreichend für die Anzahl der nunmehrigen Stiftsdamen – war tatsächlich von geringerem Umfang: sie umfasste nur 1419 Kubikmeter Raum, war an der westlichen Seite lediglich 10 m lang, ihre Höhe betrug 7,15 m. „Klein, aber fein“, so muss jedoch vom kunst-

geschichtlichen Wert her geurteilt werden, denn der gewölbte Steinbau mit zwei Jochen und anschließender seltener 3/8-Apsis wurde von kundigen Fachleuten und Forschern und auch seitens des herzoglichen Denkmalausschusses als – zusammengefasst – „das interessanteste und einzig erhaltene Beispiel dieser Baugattung in der Braunschweiger Altstadt“ bewertet. Auch die zu dem Ensemble gehörigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude in typisch Braunschweiger Fachwerkarchitektur wiesen eine bemerkenswerte Qualität auf. Dazu kam, dass die gesamte Anlage, vor allem nach den 1944er Zerstörungen in der Braunschweiger Innenstadt, das nahezu unbeschädigte Beispiel eines noch kompletten städtischen Stiftes darstellte.

Die NS-Vorgeschichte des Kapellen-Abrisses: Das Stiftsgebiet um die Maria-Magdalenen-Kapelle samt seinen zugehörigen Gebäuden und Gartenflächen grenzte – vor allem im Süden – seit 1887 an das von Albert Limbachs Zeitungs-Verlag genutzte Grundstück Hutfiltern 8.⁶ Bereits 1925 und nicht erst 1940, wie bisher behauptet,⁷ hatte dieser Nachbar das Ägidienstift Kleine Burg 8 im Visier einer gewünschten Erweiterung und daher für sich erwerben wollen. Der Verlag war aber mit solchem Ansinnen im Staatsministerium gescheitert.⁸ Ebendort erfolgte dann 1940 ein zweiter Versuch. Aber auch dieser war wegen seiner Ablehnung erfolglos, zunächst jedenfalls. Mit dem neuerlichen zweiten Antrag jedoch geriet die bis dahin wohl eher unbeachtet gebliebene innerstädtische Immobilie einer der Institutionen des Landes in den Fokus des Braunschweigischen Behördenapparates.

Ihre wie auch immer geartete „Vermarktung“ oder generelle Umnutzung gelangte somit in den Bereich möglicher Planungen. Solche erwog spätestens dann auch der hiesige Braunschweigische NS-Ministerpräsident Dietrich Klagges. Immerhin, das sei aus Gründen der Objektivität erwähnt: Etwa zu erzielende Erlöse für das Ägidienstift sollten auf jeden Fall wieder dem Klosterfonds zugeführt werden, das bedeutete: von der Regierung nicht etwa zweckentfremdet eingesetzt werden. Verschiedene Diskussionen zum Verkauf, zum Tausch und auch zu einer anderweitigen Nutzung fanden daraufhin im Staatsministerium statt und wurden auch konkret mit diversen Partnern, z. B. der Stadtverwaltung Braunschweig, verhandelt, aber aus manchen Gründen wieder verworfen. Eine der zunächst verfolgten Ideen war z. B. die Erweiterung der im Osten an das Stift angrenzenden städtischen Mädchenoberschule (heute: Gymnasium Kleine Burg). Die Stiftsdamen sollten – das wurde festgestellt – bei jeder wie auch immer gearteten Änderung des Objektes grundsätzlich andernorts untergebracht werden.

Alle Planungen jedoch ließen sich nicht umsetzen. Für das weitere Schicksal des Areals ist darum festzuhalten, dass mit allen diesen gescheiterten Projekten der zweite Antrag des Limbach-Verlages von 1940 bei der Verwaltung nicht mehr grundsätzlich obsolet scheinen konnte, so wie das noch 1925 beim ersten gewesen war! Dieser zunächst abgelehnte Antrag blieb quasi immer noch als eine – anscheinend letzte – Möglichkeit bestehen, auf die der Braunschweigische Staat eingehen konnte, es sei denn, dass er den bestehenden Zu-

Abb. 8 links: Das Portal der Kapelle.

Abb. 9 rechts: Der Innenraum der Kapelle. Über dem Altar die Fenster F1 bis F3. Links der aus dem 17. Jh. stammende Kronleuchter der Ev.-Ref. Gemeinde, den diese aus dem Schutt der Bartholomäuskapelle barg und hier aufhängte.

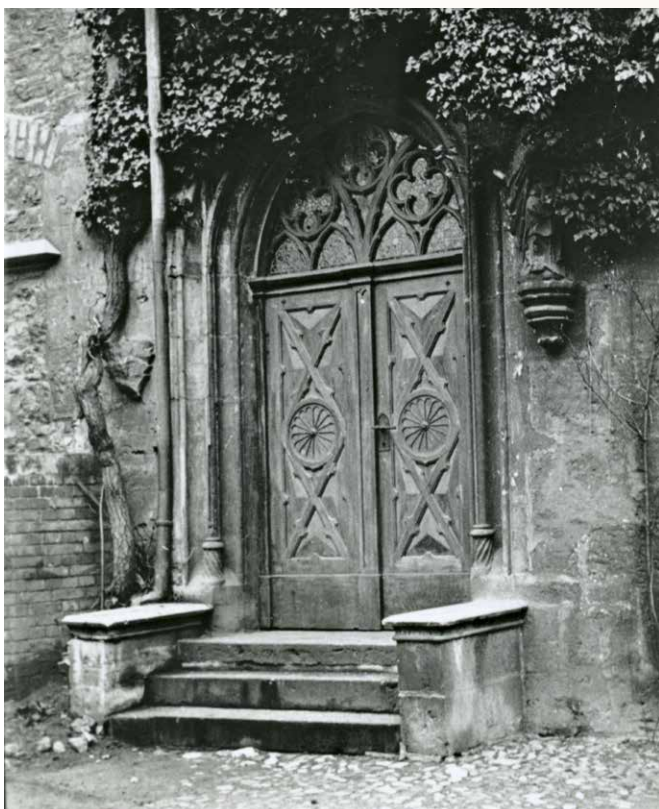


Abb. 10 rechts: Zeichnung des Innenraumes. Sie zeigt, von links, das Eingangsportal, die Kanzel, den Altar, darüber die Fenster F1 bis F3, im Zentrum der Kronleuchter.

Abb. 11 a-d v.o.n.u.:

Zeichnungen der Konsolköpfe 1-4, den unteren Abschlüssen der Kreuzrippen. Sollen sie die vier Evangelisten Matthäus, Markus, Lukas und Johannes versinnbildlichen?

Zu Abb. 10 und 11: Gezeichnet von Eberhard Frielinghaus (1895-1983), Rechte-Inhaber Dieter Frielinghaus gestattete den Abdruck. Siehe auch: Maria-Magdalenen-Kapelle (Braunschweig) bei Wikipedia.



stand hätte belassen wollen. Dem aber widersprachen anscheinend politische Erwägungen von Dietrich Klagges. Denn seit 1936 war Harald Voigt, Sturmbannführer der SS und durchaus exponierter Nationalsozialist, Geschäftsführer des seinem Schwiegervater Leonhardt gehörenden Limbach-Verlages. Voigt seinerseits hatte die seit 1925 bestehenden „Expansionspläne“ des Unternehmens im Blick auf das benachbarte Ägidienstift auch nach 1940 nicht etwa aufgegeben. Die nicht zum Zuge gekommenen Nutzungsvarianten für das Gelände – Überlegungen im Staatsministerium – dürften ihm mit Sicherheit aufgrund seiner Vernetzungen in der NSDAP nicht verborgen geblieben sein. Mit der Unterstützung eines bedeutenden Berliner Mittelsmanns ließ er darum Ministerpräsident Klagges nochmals sein dringendes Interesse an der Kleinen Burg 8 signalisieren. Nachdem dieser dann eine Voigt's Wünschen gegenüber günstige Haltung erkennen ließ, formulierte er am 18.5.1942 quasi im dritten Anlauf nochmals seine bekannten Ziele. Wie schon zwei Jahre zuvor ginge es dem Verlag um bauliche Erweiterungen der Gebäude, und zwar wegen unzureichender Gemeinschaftsräume, Garderoben, Wasch- und Duschzellen. Hervorzuheben ist, dass in den eingereichten Schriftsätzen von 1940 die Maria-Magdalenen-Kapelle noch erhalten bleiben sollte, um für „Feierstunden der Gefolgschaft“, also der Betriebsangehörigen des Verlages, dienen zu können. Aber nun, zwei Jahre später, war davon überhaupt keine Rede mehr. Im Juli 1942 relativierte Voigt sogar noch den Wunsch nach einer hinteren Ausfahrt des Verlagsgrundstückes, betonte nur ganz grundsätzlich die Sicherstellung baulicher Erweiterungen als sein eigentliches Ziel. Er wollte sich ungern auf Einzelheiten einlassen, sondern einfach freie Hand bekommen, das Stiftsgebiet nach den Wünschen seines Verlages zu gestalten.

Voigt bot dem Staat an, im Eigentum des Limbach-Verlages befindliche Immobilien für ein Tauschgeschäft einzusetzen. Dabei tauchten erstmals die Grundstücke und Wohnhäuser Altewiekring 36 und Adolfstraße 60 auf, die nach dem Krieg noch eine wiederkehrende Rolle spielen sollten. Im inoffiziellen Vorfeld zu diesem dritten Versuch des Verlages, das Stiftsareal zu erhalten, hatte es im Staatsministerium verschiedene Beratungen mehrerer dortiger Abteilungen gegeben. Von Anfang an federführend mit der gesamten Angelegenheit betraut war Regierungsrat Ludwig Liebs. Einer seiner Sachbearbeiter hatte ihm vier Tage vor Eingang des dritten Antrags von Limbach am 18.5.1942 einen Aktenvermerk angefertigt, in dem dieser die Maria-Magdalenen-Kapelle allen Ernstes als „baufällig“ charakterisierte und sich entgegen ihrer doch eigentlich mühelos in der Literatur recherchierbaren positiven denkmalpflegerischen Bewertung zu dem Urteil verstieg, sie habe keinen kunstgeschichtlichen Wert und könne deswegen abgerissen werden. Dieser Vermerk stand im direkten Widerspruch zu einem Schreiben des Braunschweigischen Finanzministeriums noch vom Oktober 1940, dort war die Kapelle von Sachbearbeiter Freist als denkmalgeschützt klassifiziert worden.⁹ Es stellt sich in diesem Zusammenhang natürlich die Frage, warum denn 1942 der damals für die staatliche Denkmalpflege zuständige Referent im Staatsministerium, Dr. Johannes Dürkop, nicht offiziell eingeschaltet und zu einer Stellungnahme aufgefordert wurde? Ihm wurden gute Beziehungen zu Klagges nachgesagt.¹⁰ Aber vielleicht waren ja gerade diese der Grund seiner Zurückhaltung? Weil er die positiven Absichten des Ministerpräsidenten

im Blick auf Voigt nicht stören wollte? Der dann 1943 ernannte und auch nach dem Umbruch 1945 unverändert weiter zuständige Nachfolger Dürkops, Dr. Kurt Seeleke, stellte jedenfalls 1954 kategorisch fest, die Braunschweigische Denkmalbehörde sei bis dahin nie zum Themenkomplex der Maria-Magdalenen-Kapelle eingeschaltet worden. Womit er sich selbst dann als Person natürlich ebenfalls mit einschließen musste.¹¹ Immerhin hatte das solcherweise schon gefährdete kleine Gotteshaus 1942 im Hochbauamt doch noch einen entweder ahnungslosen oder aber sehr mutigen Fürsprecher gefunden, dessen Name Hillebrecht eben darum genannt zu werden verdient. In einer Stellungnahme vom 24.10.1942 hinterfragte der nämlich ganz ungeniert und ebenso ganz grundsätzlich die Erweiterungspläne des Limbach-Verlages, und zwar aus städtebaulichen und Luftschutzgründen. Er schrieb, im Blick darauf seien doch solche Pläne völlig unerwünscht. Zusätzlich bewertete er dann die Kapelle als unter Denkmalschutz stehend! Dieser so überhaupt nicht erwartete „Querschuss“ in der eigenen Bürokratie rief natürlich prompt den Ministerpräsidenten auf den Plan. In seiner gleichzeitigen Eigenschaft als amtierender Volksbildungsminister behauptete Klagges nun, die Kapelle stünde ja überhaupt nicht im allgemeinen „Denkmalbuch“ des Landes wie viele andere Objekte; eine Aufhebung ihres vermuteten Schutzes sei von daher gegenstandslos, also unnötig. Deshalb sei auch ihr Abriss „bei zwingenden Gründen“ möglich. In solchem Fall seien nur kunstgeschichtlich wichtige Bauteile zu bergen. Mit diesem letzten Gedanken gab er freilich indirekt zu, dass die Maria-Magdalenen-Kapelle so unbedeutend gar nicht sein konnte.



Aber die Würfel waren bereits gefallen. Nach dieser grundsätzlichen Entscheidung wurden die Verhandlungen zwischen dem Limbach-Verlag und der Regierung nur noch in Form verschiedener finanztechnischer Details hin- und hergeführt, endeten letztlich in einem rechtsverbindlichen Vertrag vom 4.4.1944. Dessen wesentliche Punkte waren, verkürzt:

- A. Das gesamte Stiftsgebiet Kleine Burg 8 geht in das Eigentum des Limbach-Verlages über.
- B. Im Gegenzug erhält der Klosterfond von diesem die Immobilien Altewiekring 36 und Adolfstraße 60.
- C. Der Limbach-Verlag verpflichtet sich zusätzlich, auf einem vom Klosterfond kostenlos zur Verfügung gestellten anderweitigen Grundstück ein Ersatzwohngebäude für die Stiftsdamen zu errichten. Dieser Neubau soll spätestens drei Jahre nach Kriegsende erfolgen. Bei Nichteinhaltung dieses Vertragspunktes kann der Verlag stattdessen eine Abfindung zahlen. Bis zu dieser letztgenannten Abwicklung verbleibt das Stiftsgebiet noch im Verfügungsrecht des Staates. Auch besteht im Fall eines Scheiterns des Neubaus oder der Ersatzzahlung ein Rückkaufsrecht des Klosterfonds! Allerdings wurde 1944 zwischen den Vertragsparteien ebenso vereinbart: Die Maria-Magdalenen-Kapelle kann Limbach sofort in Anspruch nehmen und über sie verfügen, d. h. theoretisch bis hin zu einem evtl. Abriss. Dabei müsse dann jedoch die Forderung auf Aushängung von kunstgeschichtlichen wertvollen Bauteilen zum Zuge kommen.¹²



Der Verfasser bewertet das bisher von ihm Dargestellte dahingehend: Das Interesse des ranghöchsten Nationalsozialisten im Freistaat Braunschweig, Ministerpräsident Klagges, scheint deutlich darin bestanden zu haben, dem wichtigen und der NSDAP wohlgesonnenen Presseverlag der Stadt und des Landes entgegenzukommen, ohne freilich dabei einen finanziellen Verlust für das Land einzufahren. Dieses Ziel vor Augen, ignorierte und bestritt er bedenkenlos sämtliche denkmals-

Abb. 12 oben: Die Kapelle mit dem ostwärts angebauten Fachwerkhaus, welches die Fenster F1 und F2 verdeckt. Aufnahme von 1903.

Abb. 13 unten: Links die Kapelle, das ostwärts angebaute Fachwerkhaus ist abgebrochen, die Fenster F1 und F2 sind noch nicht wieder hergestellt. Aufnahme von 1905.

Abb. 14 mitte: Die Fenster F1 und F2 sind noch nicht wieder hergestellt. Aufnahme von 1914.



pflegerischen Aspekte für das ganze Stifts-Ensemble. Letztlich wurde sogar das Risiko eingegangen, bei einem Inkrafttreten des Rückkaufsrechtes seitens des Staates die alte Kapelle dann überhaupt nicht mehr vorzufinden! In den meisten seiner ihm im Staatsministerium unterstellten Beamten und Sachbearbeiter fand Klagges willige Zuarbeiter und Vollstrecker für seine Entscheidung. Schon das alles wäre Grund genug gewesen, das gesamte Vertragswerk nach dem Umbruch 1945 kritisch und grundsätzlich anders zu bewerten und Verhandlungen mindestens „ergebnisoffen“ neu aufzurollen.

Abbildungsnachweis, soweit nicht anders angegeben

(AJ = Archiv Jünke, RA = Rolf Ahlers):

Abb. 1: Stadtarchiv Braunschweig (H_XVI_H_II_1_F2_007).

Abb. 2: Mertens, Jürgen: *Die neuere Geschichte der Stadt Braunschweig in Karten, Plänen und Ansichten*. - Braunschweig, 1981.

Abb. 3 u. 4: Fritzewski, Thomas: *Historisch-synoptische Karte der Braunschweiger Innenstadt 1938/1993*. - Braunschweig, 1994

Abb. 8: Stadtarchiv Braunschweig (H_XVI_B_I_21_F1_001).

Abb. 9: Jünke, Wolfgang A.: *Zerstörte Kunst aus Braunschweigs Gotteshäusern*. - Groß Oesingen, 1994.

Abb. 12: Stadtarchiv Braunschweig (HXVI_B_I_21).

Abb. 13: Stadtarchiv Braunschweig (HXVI_B_I_21).

Abb. 14: Stadtarchiv Braunschweig (HXVI_B_I_21).

Anmerkungen:

¹ www.zeitklicks.de/ddr/zeitklicks/zeit/kultur/architektur-2/abriss/ Dort findet sich eine Auflistung der meisten abgerissenen Objekte in der DDR.

² Briefe an die Braunschweiger Zeitung, BZ vom 5.5.60, S. 22 in StadtA BS: G IX 76:686 Dies führte sogar zu Überlegungen einer Verleumdungsklage im Niedersächsischen Innenministerium. Siehe Jarck, Horst-Rüdiger: Otto Bennemann (1903-2003). Von Milieu, Widerstand und politischer Verantwortung. Braunschweigische Biographien Bd. 3, Braunschweig 2015, S. 261 (freundlicher Hinweis von Dr. Bernd Wedemeyer).

³ Niedersächsisches Landesarchiv Wolfenbüttel, (künftig: NLA-StA WF) 12 A Neu 13, 45463, S. 345.

⁴ Braunschweiger Zeitung, Ausgabe Braunschweig vom 30.12.2017, 8.1.2018, 10.1.2018, 9.2.2018, 16.2.2018, 16.5.2018, 5.6.2018 u.a.

⁵ Die Ausführungen im Folgenden beziehen sich auf Priem, Törsten: *Die Geschichte der Maria-Magdalenen-Kapelle in Braunschweig vom Mittelalter bis zu ihrem Abbruch im Jahre 1955*. In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Band 90. Braunschweig 2009, S. 219-225. Sauber, inhaltsreich und teils über Priem hinausgehend auch NN: Maria-Magdalenen-Kapelle (Braunschweig), Wikipedia-Artikel: „[https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Maria-Magdalenen-Kapelle_\(Braunschweig\)&oldid=184020713](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Maria-Magdalenen-Kapelle_(Braunschweig)&oldid=184020713)“ Die in diesem Wikipedia-Artikel vorgestellten Erkenntnisse aus den bisher nicht hinzugezogenen Archivalien hat der Verfasser dem Wikipedia-Autor schon vorab zur Verfügung gestellt.

⁶ Camerer, Luitgard: Limbach, Albert Druck- u. Verlagsgesellschaft mbH u. Co. Kg, in: Braunschweiger Stadtlexikon, Braunschweig 1992, S. 14.

⁷ So fälschlich Priem, a. a. O., S. 225.

⁸ NLA-StA WF 12 A Neu 13, 45463, S. 131.

⁹ Priem, a. a. O., S. 225-229.

¹⁰ Jünke, Wolfgang A.: *Zerstörte Kunst aus Braunschweigs Gotteshäusern*, Groß Oesingen 1994, S. 6-10.

¹¹ NLA-StA WF 12 A Neu 13 45463, S. 345.

¹² Priem, a. a. O. S. 230-232.

Maria Magdalena – Gedenktag: 22. Juli – ist im Neuen Testament mehrfach erwähnt, z. B. in Markus, Kap. 16, Vers 9: „Als er auferstanden war frühe am ersten Tage der Woche, erschien er zuerst der Maria Magdalena, von welcher er sieben böse Geister ausgetrieben hatte.“

Die Maria-Magdalenen-Kapelle in Braunschweig, 1499 erbaut, hatte die Anschrift: Kleine Burg 8. Es war ein kleines spätgotisches Gebäude auf polygonem Grundriß mit 3/8 Apsis, zwei Joche mit Kreuzrippengewölbe bildeten den oberen Abschluß. Das spätgotische Portal mit Stabwerk war von Steinfiguren der Madonna im Strahlenkranz und eines Bischofs(?) flankiert. Von den fünf Fenstern – Maßwerkwenster – ist von einem die Bilddarstellung – datiert auf 1501 – noch bekannt: Es zeigte Maria im Strahlenkranz mit dem Jesuskind im Arm.

Über die Nutzung der Kapelle – sie war dicht umgeben von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden – besteht gesicherte Nachricht erst ab 1832. Der Frauenkonvent des Ägidienklosters nahm die Gebäudegruppe in Nutzung und so wurde die Bezeichnung Ägidienstift angenommen. Die letzte Konventualin lebte dort bis zum Abbruch 1955. Zwischenzeitlich (1867 und 1904) waren östlich gelegene Gebäude abgebrochen, um für das Lyzeum (heute: Gymnasium Kleine Burg) den erforderlichen Baugrund zu schaffen. Die Kapelle überstand die Bombenabwürfe des Zweiten Weltkrieges unbeschädigt. Sie wurde anschließend von der ev.-reformierten Kirchengemeinde genutzt, bis deren Bartholomäuskapelle nach der Kriegs-Zerstörung wieder hergerichtet war.

Auf dem Grundstück des Ägidienstiftes „befindet sich ein Fachwerkhäus mit doppelt geschlungener Bandwelle und – von einem Anbau des 18. Jahrhunderts größtenteils verdeckt – lateinischer Inschrift. Es gehört dem 16. Jahrhundert an, ebenso die dazugehörigen nahen Stall- und Wirtschaftsgebäude. An der nördlichen Giebelseite des Hauptgebäudes (und zwischen diesem und anderen Gebäuden gleichsam eingeklemmt) steht noch ein sehr unscheinbares Haus des 15. Jahrhunderts mit Ankerbalkengefüge.“ (Fricke, Rudolf: Der Bestand der Stadt Braunschweig an alten Fachwerkhäusern. In: Braunschweigische Heimat, 1955, 41. Jahrgang, S. 83.)

Obwohl „mitten“ in der Stadt – zwischen Kohlmarkt und Dom – gelegen, befand sich das gesamte Areal mehr im Verborgenen. Die Zuwegung bestand als schmale, kopfsteingeflasterte Sackgasse, kaum jemand „verirrte“ sich dort hin. So ist es nicht verwunderlich, dass – als der Abbruch der Kapelle drohte – sich die Bevölkerung nicht für den Erhalt einsetzte. Die Kapelle war lediglich klein, fast unbekannt, nicht im Blickwinkel des täglichen Lebens.

„Ich erinnere mich gut an dies uralte Häuser-Geviert, das über den heute noch existierenden Weg an der Schulmauer [des Gymnasiums Kleine Burg] entlang zu erreichen war. Die mit Efeu bewachsenen gelben Fachwerkgebäude – das älteste von 1520 – umgaben einen winzigen Hof, dessen Mitte ein Rasenrondell mit Büschen und Blumen zierte. Es war ein stiller, ein verwunschen wirkender Ort mitten im Großstadt-Trubel ... Den Mittelpunkt dieses Idylls bildete die Maria-Magdalenen-Kapelle.“ (Schimpf, Eckhard: Burgpassage und „Häusermord“. In: Klinkerklater, BZ v. 16.09.2017.)

Alter Maitag und Sath Dei in historischen Datumsangaben

Rolf Ahlers

Vorbemerkungen

Heute erfolgen Datumsangaben mit Tag, Monat und Jahr, manchmal ist der Wochentag hinzugefügt. Zu früherer Zeit – vor Jahrhunderten – erfolgten Datumsangaben in anderer Art. Gängig war der Bezug auf einen christlichen Festtag oder den Namenstag von Heiligen. Beispiele sind: Dienstags in der vollen Woche nach Pfingsten, nach Michaelis (29. September) oder nach „trium regum“ (= Dreikönigstag, 6. Januar). Am vierten Donnerstag „na paschen“ (= nach Ostern). In der Woche nach Johanni (= 24. Juni). An Unserer Lieben Frauen Tag (= 2. Februar, Mariä Lichtmess). Zu Medardus (8. Juni). Am Gallentage (= 16. Oktober, Heiliger Gallus).

In einem handschriftlich verfassten amtlichen Schriftstück stieß ich auf eine derartige Datumsangabe, es dauerte, bis ich zum Ergebnis kam. Der Text war geschrieben in *Deutscher Schreibschrift* (= Deutscher Schreibschrift), die Eigennamen in Lateinischer Schreibschrift (Beispiel: *Christian Meier*). Der Auditor (als Urkundsbeamter) hatte nach Gehör geschrieben und *Charfreitag* (= Karfreitag) dokumentiert. Offenbar war ihm die übliche Schreibweise nicht geläufig und er hatte den Lautwert für „k“ – entsprechend des „Ch“ in Christian – für Karfreitag übernommen. Erschwerend für die Lösung war, dass der Text keinerlei Vergleichsmöglichkeiten bot, „L“ (= „C“) und „y“ (= „y“) kamen sonst nicht vor. Auch die Schreibung mit „y“ – sie sei verziehen – überraschte mich.

Immerhin lassen sich derartige Daten für ein bestimmtes Jahr mit Hilfe des Immerwährenden Kalenders zu „Wochentag-Tag-Monat-Jahr“ ergänzen.

Der alte Maitag – 12. Mai

Vor etlichen Jahren fand ich in einem, vor über hundert Jahren auf Plattdeutsch verfassten Brief die eigenartige Datumsangabe: „... ün an den ulen Maidag was ...“ (= „... un an den ulen Maidag was ...“ = „... und am alten Maitag war ...“). Das nach dieser Datumsangabe beschriebene Geschehnis stellte damals das Wichtigste für mich dar, nicht der Tag. Mich hat jedoch die Beantwortung der Frage – Wann mag „der alte Maitag“ gewesen sein? – während der Jahre immer mal wieder interessiert.

Zwischenzeitlich las ich in „Andree, Richard: Braunschweiger Volkskunde. Zweite Auflage. – Braunschweig, 1901.“ auf Seite 413: „Solange de ütschen vor den olen maidage (12. Mai) raupet, so lange möttet se na maidage swigen.“ (= Solange die Frösche vor dem alten Maitag (12. Mai) rufen, solange müssen sie nach [dem] Maitag schweigen.) Damit hatte ich den Tag. Aber warum ist er das? Warum ist er so benannt?

Nunmehr entdeckte ich zufällig in „Kück, Eduard: Wetterglaube in der Lüneburger Heide. – Hamburg, 1915.“ auf Seite 29 die Erklärung: „Als 1700 der gregorianische Kalender von den Protestanten angenommen wurde, ließ man bekanntlich 11 Tage (die 10 Tage der gregorianischen Reform



von 1582 und den Schalttag von 1700) ausfallen. Die am Alten hängende Landbevölkerung wollte aber vielerwärts den wunderkräftigen Walpurgistag festhalten und wählte dazu folgerichtig, unter Hinzuzählung der elf ausgelassenen Tage, den 12. Mai, den man fortan als „alten Maitag“ bezeichnete.“

Bis zum Jahr 1582 galt der julianische Kalender, dessen Jahr zu lang war. Durch Papst Gregor wurden 10 Tage gestrichen, so dass auf den 4. unmittelbar der 15. Oktober 1582 folgte. Die Protestanten machten aber diese Änderung nicht mit, wodurch sich auch andere Termine für die beweglichen Festtage ergaben. In der Zwischenzeit bis 1700 enthalten amtliche Schriftstücke daher mitunter Doppeldaten, beispielsweise 12./22. Februar, mit 12. Februar „julianisch“ entsprechend 22. Februar „gregorianisch“.

Sath Dei

Bei Durchsicht der Archivalie NLA HA Hann 88 C Nr. 519/Krug zu Vöhrum stieß ich auf mehrere gleichartige Urkunden. Es handelte sich um Vordrucke mit wenigen vorgangsbezogenen handschriftlichen Eintragungen. In einer Urkunde fand ich „... auf *Wien* nach einander folgende und von *Johanni 1768* angehende Jahren ...“ (= ... auf vier nacheinander folgende und Johanni 1768 beginnende Jahre ...) – die Datumsangabe war leicht zu entschlüsseln. Zwei weitere derartigen Urkunden enthalten die selbe (ungewöhnliche?), mir bislang unbekannte Datumsangabe „... auf *Wien* nach einander folgende und von *Sath Dei 1782* angehende Jahren ...“ (= ... auf vier nacheinander folgende und Sath Dei 1782 beginnende Jahre ...).

Welchen Tag mag „Sath Dei“ bezeichnen? Die Suche bei Grotefend¹ blieb ergebnislos. Lateinisch „Dei“ ist auf Deutsch „Gottes“ aber „Sath“? Diesen Begriff eingetippt in eine Online-Übersetzung Latein/Deutsch ergab „Kyrie“. „Kyrie eleison!“ ist als „Herr, erbarme dich!“ von alters her bekannt. Aber als Datumsangabe? Nun „Herr Gott Tag“ in eine Internet-Suchmaschine eingetippt und gleich kam als Ergebnis „Fronleichnam/Herrgottstag“ – immerhin ein plausibles Ergebnis, wenn auch überraschend.

Anmerkung

¹ *Zeitrechnung des Deutschen Mittelalters und der Neuzeit von Dr. H. Grotefend, HTML-Version von Dr. H. Ruth.*

Rolf Jürgens

Der Kiebitz ist als Brutvogel im Braunschweiger und Wolfenbütteler Land vom Aussterben bedroht

Einer der auffälligsten Vögel unserer Wiesenlandschaften ist der Kiebitz, der mit gaukelnden Flügen und lauten Rufen auf sich aufmerksam macht. Mit seinen oft raschen, aufgeregten Bewegungen und dem charakteristischen Federschopf gilt der Kiebitz als ausgesprochen vorwitziger Wiesenvogel, erläutert der Naturschutzbund NABU in seinem Naturtipp.

Sobald der Kiebitz im zeitigen Frühjahr in seinem Brutgebiet eingetroffen ist, beginnt er mit seiner imposanten Balz. In milden Wintern zieht der Vogel bereits im Februar aus seinen Überwinterungsgebieten zurück nach Norddeutschland. Kiebitze sind etwa taubengroß und wirken von weitem betrachtet schlicht schwarz-weiß. Aus der Nähe aber glänzen die schwarzen Federn auf der Oberseite metallisch grün, an den Schultern tragen sie sogar einen Purpurschimmer. Mit der Brut beginnt der Kiebitz bereits im März.

Im Landkreis Wolfenbüttel ist der Kiebitz insbesondere durch Lebensraumzerstörung als Brutvogel weitgehend verschwunden. Die noch vor Jahrzehnten gut besetzten Gebiete auf den feuchten Grünlandgebieten im Großen Bruch sind durch die rigorose Melioration (Entwässerung) völlig verschwunden. Selbst auf Ackerflächen, die er als Brutgebiet notgedrungen annehmen musste, ist er auch schon verschwunden. Mit Nachdruck ist zu fordern, dass letzte vorhandene Wiesengebiete und Feuchtwiesen erhalten und neue Gebiete mit einem funktionierenden Feuchtwiesen-Management geschaffen werden. Entwässerungen dürfen nicht mehr vorgenommen werden. Zu diesem Zweck sind sämtliche derartigen Gebiete mit entsprechenden Verordnungen unter Schutz zu stellen.

Der Kiebitz bevorzugt weite Niederungsgebiete mit feuchten oder nassen und im zeitigen Frühjahr kurzrasigen Wiesen. Er besiedelt neuerdings infolge der Grundwasserabsenkung auch Viehweiden und reine Kulturwiesen. Voraussetzung sind feuchte Stellen im Brutrevier oder in dessen Nähe. Während des Durchzugs sucht er zur Nahrungssuche weite Ackerflächen und Weiden auf und man kann dann einige

Tausend Kiebitze beobachten, die dann in östliche Brutgebiete, in denen noch weiträumige Wiesen und Feuchtwiesen vorhanden sind, wie z. B. in die Biebrza Sumpfgebiete in Ostpolen, um da zu brüten.

Die Intensivierung in der Landbewirtschaftung hat dazu geführt, dass bereits viele Gelege bei unterschiedlichen Wiesenbearbeitungen verloren gehen. Auch die massiven Entwässerungsmaßnahmen der letzten 40 Jahre zeigen Wirkung. Auch Bodenfeinde wie Marderhund, Waschbär und Hauskatze dringen in die entferntesten Wiesengebiete vor. Sie finden sowohl die Nester als auch später die Küken. Die Bestände des Kiebitzes gehen daher seit Jahren dramatisch zurück. Der einst sehr häufige „Allerweltsvogel“ wird nun schon auf der bundesweiten Roten Liste als gefährdet eingestuft. Im 69 ha großen Landschaftsschutzgebiet „Teichwiesen Barnstorf und Große Wiese Warle“ brüteten bis in jüngster Zeit auf den kurzrasigen Sumpfbachflächen alljährlich bis zu 6 Brutpaare des Kiebitzes. Auch im Wasservogelreservat Schöppenstedter Teiche ist der Kiebitz Brutvogel, und zwar auf den Schlammflächen des Großen Teiches.

Naturschonende Bewirtschaftungsformen der Wiesen und Weiden können dem Kiebitz helfen, betont der NABU. Der Bruterfolg steigt, wo bei Wiesen auf Mineraldünger und Gülle verzichtet und die Mahd auf ein bis zwei Schnitte pro Jahr reduziert wird. Feuchtwiesenschutz kommt aber nicht nur dem Kiebitz zugute, denn insgesamt sind fast 3.500 Tierarten und eine Vielzahl verschiedener Pflanzen auf diesen Lebensraum angewiesen.

Mit der Landwirtschaft als Eigentümer der entsprechenden Flächen und den zuständigen Naturschutzbehörden und den Naturschutzverbänden ist ein Management für den Kiebitz zu erarbeiten um den Kiebitz dem „Wiesenpfau“ in seinem Bestand und zum Überleben aller Wiesenvögel zu helfen.

Abbildungsnachweis: Rolf Jürgens.





Braunschweigische Heimat

105. Jahrgang, Ausgabe 3/2019

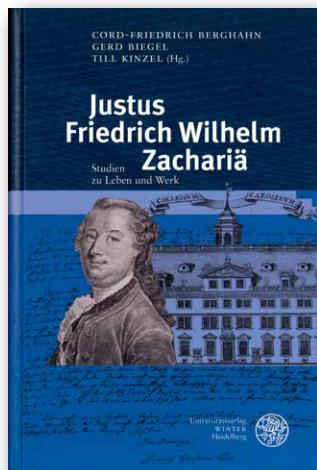


Aus dem Inhalt:

Die Hondelager Mergelgrube, Tor in die Urzeit

Zur Geschichte des Landmaschinen-Herstellers
Welger in Wolfenbüttel

Reichsarbeitsdienst im Freistaat Braunschweig,
das RAD-Lager in Meerdorf



Justus Friedrich Wilhelm Zachariä

Justus Friedrich Wilhelm Zachariä (1726-1777) gehört zu den bedeutenden Gestalten der deutschen Literatur und Aufklärungskultur. Als Dichter, Übersetzer, Professor und Verleger hat er seit seinem vielbeachteten literarischen Debüt „Der Rennommiste“ (1744) eine bemerkenswerte Aktivität entfaltet. Nach seinem Ruf auf eine Hofmeisterstelle an das Braunschweigische Collegium Carolinum spielte er eine zentrale Rolle in den literarischen Netzwerken um Persönlichkeiten wie Johann Arnold Ebert, Johann Joachim Eschenburg, Gotthold Ephraim Lessing oder Johann Wilhelm Ludwig Gleim. Auch am Musikleben seiner Zeit nahm Zachariä regen Anteil, wie die Zusammenarbeit mit Georg Philipp Telemann oder Johann Friedrich Reichardt belegt. Das Spektrum seiner literarischen Werke reicht von komischen Epen über Fabeln, Libretti und Übersetzungen aus dem Englischen und Französischen bis hin zum historischen Epos und zur Südseedichtung. In seiner Vielfalt bezeugt es die literarischen Optionen der Spätaufklärung.

Dieses Buch, das auf einer Braunschweiger Tagung zu Zachariä basiert, bietet erstmals eine umfassende Bestandsaufnahme von dessen Leben und Werk aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven und legt so das Fundament für ein vertieftes literatur-, musik- und kulturgeschichtliches Verständnis von Zachariäs Position im Gefüge der Aufklärung.

Berghahn, Cord-Friedrich (Hg.) / Biegel, Gerd (Hg.) / Kinzel, Till (Hg.):
Justus Friedrich Wilhelm Zachariae. Studien zu Leben und Werk. – Heidelberg, 2018.
(= GRM-Beiheft, 92), 435 S. ISBN: 978-3-8253-6949-1, 54,00 EUR.

Abbildungen Titelseite:

Abb. oben:

Arbeiter des RAD-Lager
Meerdorf (Seite 24).

Abb. mitte:

Blick vom
Giersbergwasserturm (Seite
30). Foto: Dieter Heitefuß.

Abb. unten links:

Donnerkeil aus der Mergel-
grube Hondelage (Seite 3).

Abb. unten rechts:

Welger-Kippanhänger von
1954 (Seite 8).

Impressum:

Braunschweigischer Landesverein
Geschichte-Heimat-Natur e.V.
– Herausgeber –
www.bs-heimat.de

Unser Mitgliedsbeitrag beträgt
25,00 Euro pro Kalenderjahr,
Beitragshöhe für Schüler/innen
und Student/innen auf Anfrage.

Unser Konto: IBAN:
DE19 2505 0000 0000 1116 90
BIC: NOLADE2HXXX

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge verantworten die
Urheber/innen, nicht der
Verein oder die Redaktion.

Die Braunschweigische Heimat
erscheint auch in: „Digitale
Bibliothek Braunschweig“ –
Ein Dienst der Universitätsbi-
bliothek der TU Braunschweig.

Vorsitzender: Dieter Heitefuß,
Buchfinkweg 10,
38122 Braunschweig,
vorsitzender@bs-heimat.de

Redaktion: Rolf Ahlers,
Wendezeller Ring 10,
38176 Wendeburg,
heimat@bs-heimat.de

Gestaltung: Uwe Krebs
www.verlag-uwe-krebs.de

Braunschweigische Heimat
ISSN 2198-0225

-
- 3 Die Mergelkuhle in Hondelage – ein Tor in die Urzeit
Stefanie Bucher-Pekrun
-
- 6 Justus Friedrich Wilhelm Zachariae – der erste Professor der Zeitungswissenschaft
Gerd Biegel
-
- 8 Zur Geschichte des Landmaschinen-Herstellers Welger in Wolfenbüttel
Michael Brenndörfer
-
- 16 Der skandalöse Abriss der Maria-Magdalenen-Kapelle in Braunschweig 1955 (Teil 2)
Wolfgang A. Jünke
-
- 24 Reichsarbeitsdienst im Freistaat Braunschweig – RAD-Lager 5/184 Meerdorf
Bernd Meier
-
- 30 Plattdeutsche Redensart: En half Stiege Stunden
Rolf Ahlers
-
- 30 Erlebtes im Braunschweigischen Landesverein
-

Die Mergelkuhle in Hondelage

– ein Tor in die Urzeit

Dr. Stefanie Bucher-Pekrun

Wenn man vom Sportplatz am Tränkeweg in Hondelage aus etwa zehn Minuten nach Norden geht, kommt man zu einem hinter Büschen versteckten Gelände, der ehemaligen Mergelkuhle. Hier gewannen die Bauern vom 19. Jahrhundert bis ins 20. Jahrhundert hinein Mergel zur Verbesserung ihrer Felder. Mergel ist ein weiches Gestein aus Ton und Kalk, das mit seinem hohen Gehalt an Kalk und Phosphat die Nährstoffversorgung der Pflanzen fördert. Außerdem hat der Mergel wohl durch seine schiefrige Struktur auch die Struktur der schweren Hondelager Böden verbessert. Wann genau der Mergelabbau in Hondelage begann und wann er endete, ist nicht bekannt – auf einer topografischen Karte von 1899 ist die Mergelkuhle noch verzeichnet. Mit dem Aufkommen von Kunstdüngern verschwand die Bedeutung des Mergels.

Nachdem kein Mergel mehr gewonnen wurde, wurde der südliche Teil der Mergelkuhle bis zur Eingemeindung Hondelages 1974 zur Stadt Braunschweig als Müllkippe genutzt und anschließend verfüllt, mit Boden abgedeckt und mit Büschen und Bäumen bepflanzt. Der nördliche flachere Abgrabungsbereich wurde ebenfalls mit Boden verfüllt und zunächst als Acker genutzt. Längere Zeit wurde der Mergelkuhle keine Beachtung geschenkt. Im Jahre 1956 gab es dann einen spektakulären Fossilienfund: In nur 20 bis 40 cm Tiefe in der Ackerfläche entdeckte JOSEF WINCIERZ ein 2 Meter langes Skelett eines Meereskrokodils. Es ist heute im

Naturhistorischen Museum in Braunschweig zu sehen. 1974 wurden Reste eines Fischesauriers gefunden. Wegen des Fossilienvorkommens wurde die Grube später in Teilbereichen wieder geöffnet, um weitere paläontologische Ausgrabungen durchzuführen.

Heute gehört die Grube dem Förderkreis Umwelt- und Naturschutz (FUN) Hondelage gemeinsam mit dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND). Sie ist inzwischen ein Nationales Geotop und Teil des UNESCO Global Geoparks Harz – Braunschweiger Land – Ostfalen.

Aufgrund ihres Reichtums an Fossilien ist die Mergelkuhle ein Zeugnis des Lebens in einer längst vergangenen Zeit: dem Zeitalter des unteren Jura vor etwa 180 Millionen Jahren. Damals waren große Teile Deutschlands von einem flachen Meer bedeckt. Die Region lag noch näher am Äquator als heute. Das Klima war aufgrund der geographischen Lage und vor allem auch durch die global höhere Temperatur (die Pole waren damals eisfrei) wärmer als heute – es herrschte ein feucht-tropisches Klima.

Abb. 1: Die Mergelkuhle.





Abb. 2: Die Hütte mit den Informationstafeln.

In den oberen, sauerstoffreichen Bereichen des Wassers gab es reges Leben. Es gediehen große Mengen an Algen und Plankton, die nach ihrem Absterben größtenteils zu Boden sanken. Hier herrschte aufgrund fehlender Wasserbewegung Sauerstoffmangel, sodass die abgestorbenen Organismen nur unvollständig zersetzt wurden. Das organische Material sowie Ton, der aus den Flüssen ins Meer gelangte, setzten sich am Boden ab und bildeten einen giftigen Faulschlamm. Diese lebensfeindlichen Bedingungen führten dazu, dass Tiere oder auch Pflanzenteile, die bis auf den Boden sanken, nur wenig zersetzt wurden und oft ausgezeichnet im Sediment erhalten geblieben sind. Daher können wir in diesem ehemaligen Meeresboden teils spektakuläre Fossilien finden.

Der Faulschlamm wurde im Laufe von Jahrmillionen durch den Druck der überlagernden Schichten zusammengepresst, entwässert und verfestigt. Dabei bildete sich eine schieferähnliche, geschichtete Struktur, in der sich zwischen dünnen Tonschichten organische Verbindungen, sogenannte Kerogene (griechisch: das Brennbares) befinden, die aus dem unvollständigen Abbau der organischen Substanz resultieren und dem Sediment einen „öligen“ Charakter geben. Durch Erhitzen lassen sich aus den Kerogenen erdölartige Substan-



Abb. 3: Das Posidonienschiefer-Profil, im Hintergrund die Hütte.

zen gewinnen. Daher wird das Gestein auch als „Ölschiefer“ bezeichnet. Bei Schandelah wurde dieser Ölschiefer gegen Ende des Zweiten Weltkriegs durch KZ-Häftlinge abgebaut, um daraus Öl bzw. Treibstoff zu gewinnen. Eine Gedenkstätte im Wohld erinnert an dieses traurige Kapitel der Geschichte.

Aufgrund einer im süddeutschen Ölschiefer sehr häufig vorkommenden Muschelart, der „Posidonia bronni“ (heute „Steinmannia bronni“), wird der Ölschiefer auch „Posidonienschiefer“ genannt. Außer Muscheln findet sich eine Vielzahl anderer Fossilien, die Aufschluss über das vielfältige Leben im Jurameer geben. Am häufigsten findet man neben Muscheln Ammoniten, außerdem auch Belemniten. Letztere waren Kopffüßer, in deren Hinterleib sich das sogenannte Rostrum befand, bekannter als „Donnerkeil“. In dem schieferigen Sediment sind die Fossilien als flache Abdrücke abgebildet, man kann die einzelnen Schichten oft auseinanderklappen wie die Seiten eines Buchs – und bekommt als „Bilder“ die Abdrücke eines Fossils zu sehen. In sogenannten Geoden hingegen sind Fossilien dreidimensional erhalten. Geoden können bei der Verwesung von Organismen im Bodenschlamm entstehen, wenn durch die Bildung von



Ammoniak der pH-Wert steigt und dadurch Kalk aus dem Bodenwasser ausgefällt wird. Geoden kommen in Lagen zwischen dem schiefrigen Sediment vor.

Interessant ist auch die Fischfauna. Hier fand im Erdmittelalter, zu dem auch das Jura gehört, eine „Modernisierung“ statt: Einerseits gab es noch altertümliche Schmelzschuppenfische mit einem Panzer aus knöchernen Schuppen, die von einer zahnschmelzartigen, glänzenden Substanz überzogen waren. Solche Schuppen sind als glänzende Strukturen im Gestein zu finden, aber auch vollständig erhaltene Schmelzschuppenfische wurden gefunden. Andererseits gab es auch bereits fortschrittliche, wendige Raubfische mit einer feineren Beschuppung. Die größten Tiere, die gefunden wurden, sind Fische, Reptilien mit einer Länge von mehreren Metern. Ebenfalls etwas Besonderes ist der Fund des 1956 ausgegrabenen Urzeitkrokodils.

Gelegentlich entdeckt man auch Stücke fossilen Holzes, was darauf schließen lässt, dass das Festland oder zumindest Inseln nicht allzu weit entfernt waren. Auch Blätter bzw. Abdrücke davon sind zu finden, ebenso wie Flügel von Insekten. – Fossilien aus dem Posidonienschiefer sind im NaturErlebnisZentrum Hondelage, im Naturhistorischen Museum Braunschweig und im Geopark-Informationszentrum in Königslutter ausgestellt.

Heute umfasst das Gelände der ehemaligen Mergelkuhle verschiedene Bereiche. Hinter dem mit Büschen bepflanzten Eingangsbereich liegt eine „Fundgrube“, in der der Posidonienschiefer freigelegt wurde und die für jedermann zum Fossilensuchen zugänglich ist. Vor einigen Jahren hat hier ein Vater mit seinem Sohn Teile eines Fische entdeckt. Auf einem „Suchhaufen“ am westlichen Rand des Geländes wurde Material von einem nahegelegenen Acker sowie auch aus der Mergelkuhle selbst abgeladen – auch hier kann man jederzeit auf Fossilensuche gehen. In einer offenen Hütte mit Informationstafeln finden Besucher/innen Auskunft über die Geologie und Entstehung des Posidonienschiefers und seine Fossilien sowie bei Bedarf Schutz vor Regen.

Ein größeres Areal ist inzwischen eingezäunt und für die Öffentlichkeit außer im Rahmen von Führungen nicht zugänglich. In diesem Teil der Mergelkuhle hat die Natur den Vorrang – hier entwickelt sich ein geschütztes Biotop mit Laichgewässern für Amphibien und Flächen für eine Vielzahl teils seltener Pflanzen und Tiere. Am Rand der Grube ist ein 8 Meter langes Profil im Posidonienschiefer freigelegt, an dem man sehr gut die Schichtung erkennen kann. Erläuterungen dazu enthält eine große Informationstafel vor der Grube.



Abb. 4 linke Seite unten: Die schiefrige Struktur des Posidonienschiefers.

Abbildungen rechte Seite, von oben nach unten:

Abb. 5: Fossilensuche auf dem „Suchhaufen“.

Abb. 6: Auch Kinderhände finden Ammoniten.

Abb. 7: Ein Ammonit und sein Abdruck.

Abb. 8: Platte mit Muscheln und Ammoniten.



Im hinteren, nördlichen Bereich des Geländes befindet sich eine Ausgrabungsfläche, auf der die Fossilien-AG des FUN Hondelage gemeinsam mit Mitarbeitern des Naturhistorischen Museums regelmäßig Ausgrabungen durchführt. Hier wurde im September 2011 ein Fischeosaurier entdeckt, der nach seinem Entdecker MICHAEL KLOPSCHAR den Namen „Michel aus Hondelage“ bekam und heute im Naturhistorischen Museum zu sehen ist. Nach ihm wurden noch mehrere weitere Fischeosaurier gefunden.

Führungen in der Mergelkuhle – öffentlich oder für Gruppen auf Anfrage – werden durch den Geopark sowie durch den FUN Hondelage angeboten. Über den Veranstaltungskalender des Geoparks werden regelmäßig öffentliche Führungen für Familien und interessierte Erwachsene durchgeführt; Schulklassen besuchen die Mergelkuhle, und beliebt sind auch Kindergeburtstage mit Fossilienuche. Auskünfte zu Führungen sowie weitere Informationen finden sich auf den Internetseiten des Geoparks (www.geopark-hblo.de) und des FUN (www.fun-hondelage.de).

Abb. 9 links oben: Ein Donnerkeil.

Abb. 10 rechts: Die „Fundgrube“.

Abbildungsnachweis: Autorin.



Justus Friedrich Wilhelm Zachariae

– der erste Professor der Zeitungswissenschaft

Prof. Dr. h.c. Gerd Biegel

Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte an der TU Braunschweig

Er war ein beliebter Schriftsteller, jedoch ist er als solcher in Niedersachsen wenig bekannt geworden, der am 01.05.1726 in Frankenhausen am Kyffhäuser geborene Justus Friedrich Wilhelm Zachariae. Seine Eltern waren der Fürstlich Schwarzburgische Kammersekretär und Regierungsadvokat Friedrich Sigismund Zachariae und dessen Frau Martha Elisabeth Müller. In seiner Heimatstadt hatte Zachariae eine relativ sorglose Jugend verlebt und am 22.05.1743 ein Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig begonnen. Sein Interesse aber an den „schönen Wissenschaften“ und der Literatur führte ihn in den Kreis um Gottsched und die „Deutsche Gesellschaft“. Mit dessen Unterstützung veröffentlicht Zachariae in der Gottsched nahe stehenden Zeitschrift „Belustigungen des Verstandes und Witzes“ in sechs Fortsetzungen sein erstes literarisches Werk, das zugleich sein berühmtestes werden sollte. Das „komische Heldengedicht“ mit dem Titel „Der Renommiste“ ist eine wunderbare Parodie auf Auswüchse des studentischen Lebens im 18. Jahrhundert, wie sie in Jena üblich waren, jedoch in Leipzig – angeblich – ungern gesehen wurden. Ein Spruch der Zeit belegt den Ruf, den einzelne Universitäten hatten:

Wer von Jena kommt ohne Weib,
Von Wittenberg mit heilem Leib,
Von Helmstedt ungeschlagen,
Der hat von Glück zu sagen.

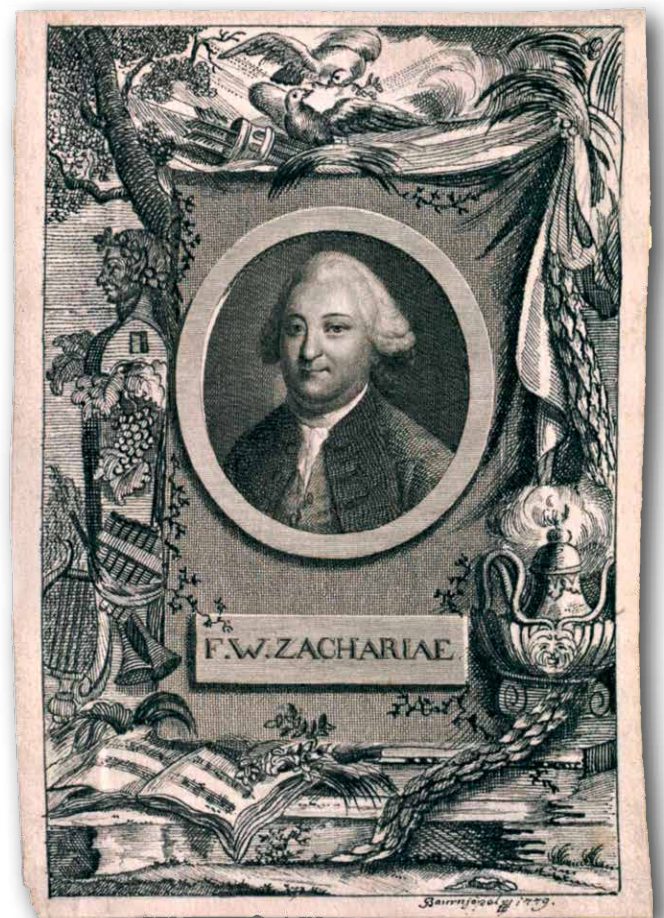
Das „Heldengedicht“ von Zachariae gibt einen kulturgeschichtlichen Einblick in das Universitätsleben in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. „Der Renommiste“ zählt zu den besten deutschen komischen Epen und er blieb das bedeutendste Werk von Zachariae, der noch zahlreiche Epen, Gedichte, Fabeln und Erzählungen verfasste. Gelegentlich musste er heftige Attacken der Literaturkritik überstehen, seiner Beliebtheit als Schriftsteller schadete dies jedoch zu seinen Lebzeiten keineswegs.

Über seine Studienzeit in Göttingen war Zachariae zum Kreis der sogenannten Bremer Beiträger gelangt, die auch maßgeblich für die Anfangsjahre des Collegium Carolinum in Braunschweig waren, insbesondere die Professoren Gärtner, Ebert und Schmid. 1748 nahm Zachariae, auf Vermittlung des Göttinger Jura-Professors Johann Christian Claproth, eine Hofmeisterstelle am Collegium Carolinum an, wo er schließlich ab 1761 als Professor für Dichtkunst lehrte. Offenbar war diese Stelle für ihn nach dreizehn Jahren Hofmeistertätigkeit neu geschaffen worden. Zachariae hielt zunächst Vorlesungen zur Dichtkunst und Mythologie und ab 1774 ein sogenanntes „Zeitungscollegium“. Dieses besondere Thema entsprang seinen weiteren Tätigkeiten, denn Zachariae war sowohl ab 1761 Mitglied der Waisenhaus-Buchhandlung-Commission als auch Redakteur der „Gelehrten Beiträge“ zu den „Braunschweigischen Anzeigen“. In Zusammenhang mit seiner Lehrtätigkeit stand auch die Herausgabe der vom Meyer-Verlag geführten Zeitung mit dem Titel „Neue Braunschweigische Zeitung“ in den Jahren 1768 bis 1775. Zachariae, der zum Freundeskreis um Lessing gehörte, heiratete am 06.01.1773 Henriette Sophie Elisabeth Wegener. Ihr Vater war der Pächter des „Großen Weghauses“, in dem sich Lessing oft mit seinen Freunden getroffen hatte und der auch an der Hochzeit teilnahm. An Eva König berichtete Lessing: „Sie kennen Zachariae; aber doch würden Sie sich schwerlich einbilden können, was das für eine angenehme und in allem Betracht herrliche Hochzeit war.“

Zachariae hat entscheidend für das Druck- und Pressewesen in Braunschweig, wo er am 30.01.1777 verstarb, und Niedersachsen gewirkt, wobei es ihm um die Vermittlung „der neuesten und interessantesten Staatsbegebenheiten“ ebenso ging, wie um die Förderung des guten Geschmacks und der Bildung. In diesem Sinne hat er weit über die Grenzen Braunschweigs hinaus Wirkung erzielt, wie Goethe uns in „Dichtung und Wahrheit“ berichtet.

Abbildungen: Justus Friedrich Wilhelm Zachariae.

Abbildungsnachweis: KWSBB





Michael Brenndörfer

Zur Geschichte des Landmaschinen-Herstellers Welger in Wolfenbüttel

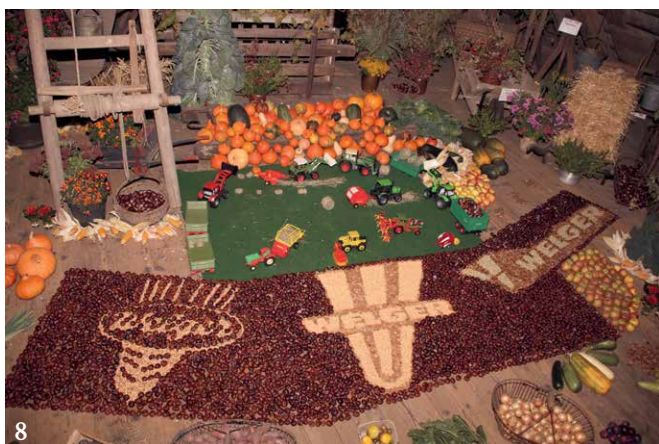
Das ehrenamtlich geführte Landtechnikmuseum Gut Steinhof in Braunschweig-Watenbüttel ist bekannt für seine über das Jahr verteilten, vielfältigen Veranstaltungen und jedes Jahr zum Erntedankfest wird – neben dem klassischen „Lokomobile-Dampfdreschen“ und anderen Vorführungen – auch ein Sonderthema aufgegriffen. In 2018 sollte es um die im naheliegenden Wolfenbüttel angesiedelte, ehemalige Landmaschinenfabrik Welger gehen. Aus den Depots des Museums wurden für die Veranstaltung geschichtsträchtige Welger-Produkte geborgen und es kam einiges zusammen. Schließlich ist nicht nur der Standort von Welger kaum 20 km Kilometer vom Museum entfernt, sondern auch das ehemalige Institut für Landmaschinen¹ der TU Braunschweig (heute: „Institut für mobile Maschinen und Nutzfahrzeuge“) und die Forschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode „FAL“ (heute: „Johann Heinrich von Thünen-Institut“), sodass es gelegentlich vorkam, dass ausrangierte Maschinen zwecks Erhalt dem Museum zur Verfügung gestellt wurden. Und ergänzend dazu wurde das eine oder andere fehlende Exemplar für die Veranstaltung leihweise von Privatleuten aus der Region dem Museum überlassen. Diverse Strohpressen aus Vor- und Nachkriegszeit, einschließlich Prototypen und mit Messtechnik versehene Versuchsausführungen kamen so zusammen, der berühmte Welger-Ganzstahlwagen, der in einem hervorragenden Erhaltungszustand zum Museumsbestand gehört, diverse andere Wagen aus unterschiedlichen Epochen, ein Stallungstreuer, Gebläse, Feldhäcksler usw. Manche konnten in Aktion gezeigt werden, andere als Standmodell mit entsprechenden Erläuterungen.

Abb. 1 oben: Transport von „Riesen“-Pressen Original „Welger“, Wolfenbüttel, auf dem Verladegleis vor dem Montage-Gebäude.

Abb. 2 unten links: Dekoration anlässlich des Sonderthemas Welger, 2018 auf Gut Steinhof.

Abb. 3 unten rechts: Pressen und Laden mit Welger-Gerät auf dem Vorführacker von Gut Steinhof.

Das Archiv des Landtechnikmuseums bot umfangreiche Unterlagen, sodass nicht nur die Maschinen mit einer Kopie ihres jeweiligen Prospektes versehen, sondern obendrein noch sechs themenbezogene Informationswände erstellt werden konnten. Wer wollte, bekam also die Gelegenheit, sein Wissen über Welger aufzufrischen oder umfassend zu erweitern. Die ganze Veranstaltung erforderte nicht nur den vollen Einsatz der Ehrenamtlichen zur Durchführung, sondern auch einen hohen Aufwand bei der Vor- und Nachbereitung. Im museumseigenen Archiv ist bei dieser Aktion so viel Material über Welger zutage getreten, dass – obwohl im Jahre 2010 schon einmal ein sehr gut recherchierter Artikel von Eyke Isensee über die Historie von Welger veröffentlicht wurde – hier nun erneut Ergebnisse aus den Museumsfunden zusammengefasst werden. (Abb. 2-6)



8





Doch zunächst ein paar Vorbemerkungen: Seit die Möglichkeiten der „warmen“ und „kalten“ Metallverarbeitung zur Herstellung von Bauteilen und Werkzeugen nutzbar sind, hatten Dorfschmieden bis hin in die Neuzeit eine wichtige Bedeutung. Neben den klassischen Aufgaben des Pferdebeschlags und der Vollendung der hölzernen Wagenräder durch Eisenreifen hatten sie zahlreiche weitere Aufgaben zu bewältigen, jedenfalls, wenn es um den metallischen Bereich ging. Mit der zunehmenden Mechanisierung der Landwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert erweiterte sich ihr Aufgabengebiet immens. Dabei waren ein pragmatisches Vorgehen, Flexibilität und Improvisationstalent wichtige Eigenschaften. Auch wenn viele dieser dörflichen Werkstätten mit der schnellen Entwicklung nicht mithalten konnten und schließlich anderen das Feld überlassen mussten, so waren sie doch oftmals Brutstätten für größere Gedanken, Erfindungen und Unternehmungen. Insbesondere die Söhne der Schmiede schauten dem Vater nicht nur über die Schulter, sondern waren stolz, schon früh mit Maschinen umgehen zu dürfen und zu lernen, diese zu verstehen und zu verbessern. Erwachsen geworden haben sie dann manches Mal die väterliche Schmiede nicht einfach übernommen und weitergeführt, sondern sind eigene Wege gegangen, um eigene Vorstellungen umsetzen zu können. In unserer Region gilt das ganz sicher für Heinrich Büssing, der sein Handwerk und die Grundlagen seines späteren Unternehmertums in der väterlichen Schmiede in Nordsteimke erlernte, aber auch für die aus der Magdeburger Börde „zugewanderten“ Gebrüder Gustav und Franz Welger.

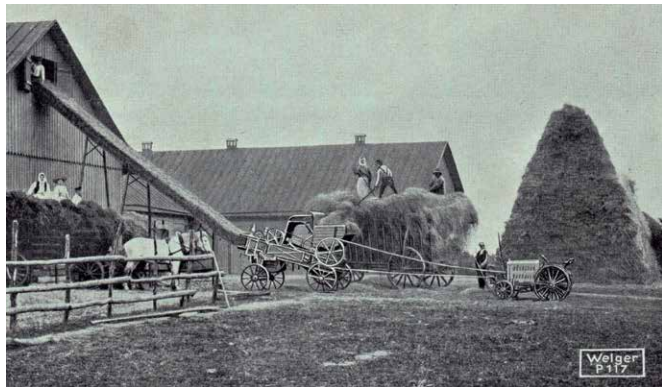
Als sie im Jahre 1899 in Wolfenbüttel die „Maschinenfabrik Gebrüder Welger“ gründeten, Gustav 33 und Franz 26 Jahre alt, konnten sie bereits auf eine solide Grundausbildung und einen intensiven Erfahrungsschatz zurückblicken. Vater Gottfried betrieb in Seehausen im Kreis Wanzleben in der Magdeburger Börde eine gut laufende Schmiede. Man kann sich vorstellen, wie die aufmerksamen Buben von klein auf bei den Reparaturen der bäuerlichen Maschinen nicht nur das Handwerk von der Pike auf erlernten, sondern auch eine Menge über grundsätzliche Schwachstellen und Probleme der damaligen Landtechnik mitbekamen. Gottfried Welger begnügte sich nämlich in seinem Betrieb nicht mit Reparaturen, sondern stellte aufgrund der erkannten Mängel bei den sich im Umlauf befindlichen Maschinen auch eigene Landmaschinen her, allerdings auf rein handwerklicher Basis. Damit nicht genug, übernahm er auch noch die Vertretung einiger Landmaschinen-Hersteller und kümmerte sich in seiner Umgebung um die Einführung neuer Erntetechniken, z. B. von Dreschmaschinen. In einigen Quellen gibt es auch Hinweise,

Abb. 4 oben links: Messtechnisch unterstützte Versuche mit Strohpresse AP52 vor dem TU-Gebäude in Braunschweig.

Abb. 5 oben rechts: Fendt-Geräteträger mit einer Welger-Strohpresse AP12 im Museumseinsatz auf Gut Steinhof.

Abb. 6 unten: Welger-Wagen (Ganzstahlwagen) mit rekonstruierten Ladegattern auf Gut Steinhof





dass er seit 1884 zusätzlich noch ein Lohndruschunternehmen mit Lokomobile und Dreschmaschine betrieb. Zwei ältere Söhne namens Gottfried Emil und Andreas Carl standen einem eigenen, um 1896 gegründeten Werk für Landmaschinen in Seehausen vor, der „Gebrüder Welger, Maschinenfabrik“. Sie hatten sich bereits auf Strohpressen spezialisiert und waren damit auch erfolgreich. Was nun die beiden jüngeren Brüder Gustav und Franz drei Jahre später veranlasste, ein fast gleichnamiges Werk mit fast identischer Produktpalette im nicht einmal 100 km entfernten Wolfenbüttel zu gründen, lässt sich aus der vorhandenen Quellenlage nicht so genau nachvollziehen. Vielleicht gab es eine gewisse Konkurrenzsituation zwischen den Brüderpaaren, vielleicht stand aber auch hinter alldem der umtriebige Vater und Unternehmer, der die Existenz seiner Söhne durch jeweils eigene Werke gesichert wissen wollte.

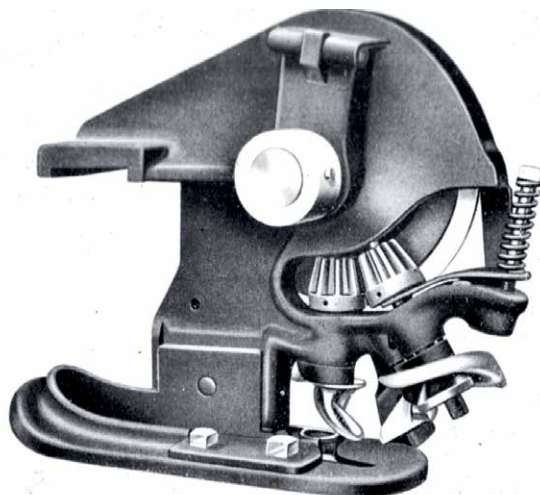
Jedenfalls existierte die Fabrik in Seehausen zunächst erfolgreich und war bis zum 1. Weltkrieg Weltmarktführer auf dem Sektor der Strohpressen. Den Brüdern Emil und Carl wird aus dieser Zeit die Erfindung der Langstrohpresse zugeschrieben. Zwischen den Kriegen jedoch holte die Konkurrenz auf und 1933/34 musste das Werk in Seehausen schließen. Die Fabrik wurde allerdings unter wechselnden Besitzern und Produkten weiter geführt, überlebte die Zeit der DDR als VEB, wurde 1992 privatisiert, stellt seit 50 Jahren Präzisionshydraulik her und existiert bis heute als Hydraulik Seehausen GmbH. Die älteren Welger-Brüder gaben nach dem Konkurs nicht auf und gründeten im nahegelegenen Ort Dreileben aus der Konkursmasse den „Maschinenbaubetrieb Gottfried Welger“ mit erneuter Produktion von Strohpressen, aber auch Dreschmaschinen sowie der Reparatur von Landmaschinen. Auch dieses Unternehmen existiert bis heute mit wechselvoller Geschichte weiter in Dreileben unter dem Namen „Maschinenbau Bühring GmbH“.

Aber zurück zu den jüngeren Söhnen Gustav und Franz, um die es in diesem Bericht ja vorrangig geht. Sie erlernten beim Vater,

und vielleicht auch bei den älteren Brüdern, einerseits das handwerkliche Können und das pragmatische Vorgehen bei Problemlösungen, andererseits aber auch schon die Grundlagen der Entwicklung und des Vertriebs neuer Maschinen. Als sie das Elternhaus verließen, trennten sich zunächst ihre Wege: Gustav arbeitete im Maschinenbau für Zuckerfabriken während Franz in die Landmaschinenfabrik Lythall eintrat. 1899 vereinigten sich ihre Wege in Wolfenbüttel. Ein vorhandenes Gelände einer Kesselfabrik in der Nähe des Bahnhofs Wolfenbüttel West wurde gekauft und bot mit den Gebäuden und eigenem Gleisanschluss ideale Bedingungen für den Bau eigener Strohpressen.

Bereits kurz vor der Firmengründung in Wolfenbüttel hatten Gustav und Franz Welger ihre erste Strohpresse, noch mit Handbindung, patentieren lassen. Um die produzierten Ballen von Hand zu binden, saß der Landarbeiter unter der Maschine, die Staubbelastrung mag man sich gar nicht vorstellen. Aber kurze Zeit später gab es bereits eine verbesserte Konstruktion. Der Arbeiter saß nun auf der Maschine und das Bindematerial wurde ihm automatisch zugeführt. Das war immerhin schon eine Vorstufe zur Selbstbindung. Diese war 1901 soweit ausgereift, dass sie ihren Siegeszug antreten konnte und nicht nur patentiert wurde, sondern zahlreiche Prämierungen erhielt, wie z. B. 1901 die Goldmedaille auf der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaft in Posen und den 1. Preis bei der Hauptprüfung der DLG 1903.

Die Gründerzeit von Welger in Wolfenbüttel fiel zusammen mit der um die Jahrhundertwende bereits stark fortschreitenden Industrialisierung. Die Folge war ein Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande, denn diese wanderten lieber in die Städte ab, wo sich leichtere Arbeit bei geregelten Arbeitszeiten und besserer Bezahlung fand. Hinzu kamen die billigen Agrarerzeugnisse aus dem Osten und aus Übersee, wo es sich aufgrund der riesigen Ackerflächen rationeller wirtschaften ließ. Der Druck auf den heimischen Bauern lastete also schwer und auch bei Welger war klar,



wohin die Entwicklung der Landmaschinen gehen musste: Zeit sparende und steigende landwirtschaftliche Produktion bei deutlicher Verringerung des Einsatzes von Arbeitskräften. Vom Einmannbetrieb war zwar hier und da auch schon die Rede, das erschien aber doch noch zu vermessen. Die konsequente Umsetzung dieser Idee setzte erst in den 1950er und 1960er Jahren ein. (Abb. 7-9)

Wenn auch im Verhältnis der Welger-Fabriken Seehausen, Dreileben und Wolfenbüttel und der Führung der Unternehmen durch den Vater und die zwei Brüderpaare aufgrund der verfügbaren Quellen manches im Unklaren bleibt, so sind doch die ersten 50 Jahre der „Gebrüder Welger Wolfenbüttel“ in einer umfangreichen Festschrift zum Jubiläum 1949 recht ausführlich und in der damals üblichen blumigen und aus heutiger Sicht etwas umständlich wirkenden Sprache gut dokumentiert. Weitere herausragende Ereignisse in diesen ersten 50 Jahren waren die beginnenden Versuche mit einer Aufsammel-Presse 1928 sowie die Entwicklung einer Ballenpresse für industrielle Zwecke. Hier waren insbesondere die ganz unterschiedlichen Anforderungen der Industrie zu beachten: Für die Verwendung von Strohhalmen zum Trinken oder für die Fertigung von Flaschenhülsen sollte das Stroh möglichst unbeschädigt gebündelt werden, während für die Bauindustrie, z. B. für die Herstellung von Leichtbauplatten, ganz andere Vorgaben zu berücksichtigen waren. Die Produktion des Welger-Wagens, auf den wir noch genauer eingehen wollen, erfolgte ab etwa 1929 und die Einführung schwerer Laufkolben-Pressen 1930. 1932 konnte die Schwingkolben-Presse WSP und das kompakte Modell WSP2 eingeführt werden, ebenso wie der luftbereifte Ackerwagen als Kastenwagen für den Pferdezug.

Stationäre Schwingkolben-Pressen erweiterten ab 1936 die Produktpalette und 1938 wurde der 3 t-Bauernwagen eingeführt, der aufgrund seines Preis-Leistungs-Verhältnisses eine weite Verbreitung fand. In dieser für Welger stürmischen Entwicklungszeit zwischen den Kriegen starben die Brüder, Franz bereits 1925 und Gustav 1931, und die nächste Generation mit Otto Welger und Dr.-Ing. Kurt Welger übernahm den Staffstab. Aus der oHG wurde eine KG, aber Ziele und Aufgaben der Firma blieben unverändert. Die Entwicklungsschritte erfolgten einerseits in enger Zusammenarbeit mit Versuchsgütern und landwirtschaftlichen Instituten, andererseits weiterhin pragmatisch und an den Bedürfnissen des Bauern orientiert, was zu einer enormen Variantenvielfalt führte: Allein bei den Strohpressen hatte Welger zeitweise 30 unterschiedliche Typen im Angebot, für fast jede gewünschte Anforderung und in fast jeder gewünschten Größe war etwas dabei. Die Presse „Universal“ z. B. konnte per Umschaltung wahlweise Langstrohbündel oder Zerreißstrohhallen, z. B. für Einstreu, herstellen. Die Presse „Pucklein“ mit Handbindung war für den Kleinbetrieb mit ganz kleiner Dreschmaschine konzipiert, die Namen „Kleinbauer“, „Trick“, „Treffer“, „Perfektor“, „Stabil“ und „Trumpf“ fanden für Maschinen mit unterschiedlichen Anforderungen in kleineren bis mittleren Betrieben Verwendung. Für die aufkommenden Stahl-Dreschmaschinen wurde eigens die Presse „Columbus“ entwickelt, für Motor- und Dampfdrescher mit größeren Leistungen eine Presse namens „Motor“ und für Lohndrescher mit ganz großen Dreschmaschinen die Presse „Riesen“. Die ebenfalls für große Leistungen ausgelegte Selbstbinder-Strohpresse „Umbau“ stellte schließlich das dar, was man im Motorenwesen einen Austauschmotor nennt. Große, gebrauchte Maschinen, die schon viele Jahre Einsatz hinter sich hatten, wurden zurückgenommen, komplett durchrepariert, mit allen modernen Einrichtungen der neuen Maschinen ausgestattet und als zwar gebrauchte Presse, aber mit voller Garantie günstig verkauft. Über die gewählten Namen der Pressen mag man sich zum Teil heute lustig machen, aber was mögen spätere Generationen zu den Produktnamen unserer Zeit sagen? (Abb. 10-12)

Etwa um 1929 wurde mit der Entwicklung für den bereits erwähnten „Welger-Wagen“ begonnen, der den bisher verwendeten Ackerwagen revolutionieren bzw. ablösen sollte. Bei Welger war man zu der Überzeugung gelangt, dass der herkömmliche Ackerwagen aus Holz nicht mehr wesentlich verbessert

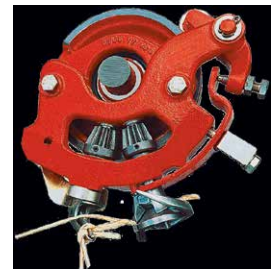


Abb. 7 linke Seite o.l.:
Einsatz einer Heu- und
Luzernepresse von Welger.

Abb. 8 linke Seite o.r.:
Autarke, selbstbindende
Strohpresse mit Hilfsmotor.

Abb. 9: linke Seite u.l.:
Welger-Laufkolbenpresse mit
Schurre.

**Abb. 10 linke Seite u.r. und
Abb. 11 rechte Seite oben:**
Welger-Knoter von 1924 und
moderner, aber prinzipieller
Knoter von Lely-Welger 2018.

Abb. 12 rechte Seite mitte:
Prospekttitel des Zweigwerkes
Grottau, 1942.

Abb. 13 rechte Seite unten:
Welger-Ganzstahlwagen mit
MIAG-Holzgasschlepper auf
Gut Steinhof historisch in
Szene gesetzt.





werden konnte und somit am Ende seiner Entwicklungsstufen angekommen war. Mit einer Ganzstahlkonstruktion verließ Welger nicht nur die bisherige Holzbauweise, sondern krepelte das gesamte Konstruktionsprinzip um. Jede erforderliche Funktion wurde analysiert, hinterfragt, neu konzipiert oder zumindest stark optimiert und die Eignung sowohl für den Pferdezug als auch mit Anpassungen für den Schlepperzug sichergestellt.

Durch ein ganz anderes Konstruktionsprinzip und die Verwendung kleinerer Eisen- bzw. Stahlräder, später auch gummbereifter, luftgefüllter Räder konnte bei ausreichender Bodenfreiheit von 500 bis 600 mm der Ladeboden erheblich abgesenkt werden, was im bäuerlichen Alltag eine große Arbeitserleichterung bedeutete. Die doppelte Rollenlagerung der Räder in Verbindung mit dem niedrigen Schwerpunkt, dem relativ geringen Eigengewicht und der verwendeten Bereifung bewirken die angepriesene Leichtzügigkeit und die guten Fahreigenschaften, sowie eine hohe Kippsicherheit, während die Wendigkeit durch die Achsschenkelenkung (in Welger-Veröffentlichungen stolz „Automobillenkung“ genannt) und mitlenkender Hinterachse (Vierradlenkung!) sichergestellt wurde. Aufgrund der Verwendung von „schwer rostendem Stahl“ war eine hohe Unempfindlichkeit gegen Witterung und feuchte Ladung gegeben, was man von den hölzernen Ackerwagen nicht unbedingt behaupten konnte. Da es kaum Verschleißteile gab, war mit hoher Lebensdauer zu rechnen. Auch die finanziellen Vorteile wurden mit der konsequenten Verwendung von Stahl begründet in Verbindung mit der weitgehenden Wartungsfreiheit und eingesparten Reparaturkosten.

Den Ganzstahlwagen gab es in drei Radständen und in zwei Spurweiten. Die Zuladung wurde praxisbezogen in Zentnern angegeben und beträgt – je nach Ausführung – 35 bis 85 Zentner (= 1,75 bis 4,25 Tonnen). In der Zubehörliste taucht u. a. eine zusätzliche Trecker-Deichsel auf, sodass der Einsatz wahlweise im Pferdezug oder am Schlepper möglich war, aber auch eine Anhängervorrichtung am Hinterwagen, sodass mehrere Anhänger miteinander gekoppelt werden konnten. Wählte der Kunde Luftbereifung, so gab es auch eine Luftpumpe, Wagenheber und Montierhebel dazu. Auf Wunsch wurde der Wagen mit einer Stahlrohrdeichsel, Bremse, Führersitz, luftbereiftem Reserverad, Werkzeugkasten und Radabzieher ausgeliefert. Als Bereifung konnte man die Vollgummi-Hochelastik- oder eben eine Luftbereifung wählen. Der Wagen ließ sich auch ganz ohne Kastenaufbau beziehen. In diesem Fall lieferte Welger sehr kundenfreundlich und kostenlos auf Wunsch Zeichnungen für Ladegatter, Führersitz und Aufsatzbretter.

Auch wenn der Ganzstahl-Wagen in dieser Bauart zunächst eine Zeiterscheinung bleiben sollte, so leitete er bei Welger doch eine völlig neue Generation von Anhängern ein. Neben den Strohpressen erwies sich der Anhängerbau als solides, zweites Standbein, welches über Jahrzehnte das Bild der Welger-Produkte mitbestimmen sollte. Schließlich konnte man auch bei Welger

Abbildungen von oben nach unten:

Abb. 14: Welger-Milchwagen, 1954. 112 Milchkannen auf einem U 60 F.

Abb. 15: Welger-Kipper, 1954.

Abb. 16: Welger-Triebachsanhänger, 1955.

Abb. 17: Welger-Ladewagen EL 41, 1969.

die Binsenweisheit, dass Landwirtschaft ein „Transportgewerbe wider Willen“ ist und etwa 60% aller Arbeiten diesem Teilgebiet zugeschrieben werden können. Der nächste Meilenstein in der Entwicklung landwirtschaftlicher Anhänger war folgerichtig der 1938 entwickelte und weit verbreitete 3 t „Bauernwagen“. Die Ausweitung auf den Wagenbau führte bei Welger letztlich zur Notwendigkeit der Aufteilung der Fabrikation in drei Werke: In Werk 1 wurden die Strohpressen gebaut, in Werk 2 war der Fahrzeugbau angesiedelt und Werk 3 war ein Holzbearbeitungsbetrieb, der den anderen Werken zulieferte. Beinahe alles wurde mit modernen Anlagen selbst gefertigt, sodass eine hohe Qualität und Wertschöpfung erzielt werden konnte.

Zwischen den Weltkriegen errichtete Welger auf tschechoslowakischem Gebiet in Grottau, Böhmen, eine Filialfabrik, die zwar schnell wuchs, aber durch die neuen politischen Konstellationen nach dem Krieg zum Konkurrenzunternehmen wurde. In der Zeit des Zweiten Weltkrieges kam es bei Welger in Wolfenbüttel zu einem gewissen Entwicklungsstillstand, auch wenn die Produktionsanlagen von Bombenangriffen verschont blieben, aber zum 50. Firmenjubiläum 1949 steckte man schon wieder in der Entwicklung und Patentvorbereitung der ersten Hochdruck-Aufsammler-Pressen AP15. Zu diesem Zeitpunkt konnte Welger bereits Produktionszahlen von insgesamt etwa 87.000 selbstbindenden Strohpressen und etwa 20.000 Wagen vorweisen. Seit Juli 1945 hatte Helmut Nestler, ein Schwiegersohn Franz Welgers, die Leitung des Familienbetriebes übernommen. Obwohl die Produktionsanlagen durch die Siegermächte nicht abgebaut wurden, war die Situation schwierig. Die wesentlichen östlichen Absatzmärkte waren verschlossen. Für eine neue weltweite Verbreitung mussten neue Wege gefunden werden. Anfragen gab es zuhauf, beispielsweise aus Südamerika, dem Iran, Pakistan, Israel und Ägypten, doch sie konnten oftmals erst nach langwieriger Überwindung der bürokratischen Hemmnisse und Erfüllung der komplizierten Außenhandelsvorschriften befriedigt werden.

Doch Welger kam wieder „auf die Beine“. Ab den 1950er Jahren begann mit der wachsenden Mechanisierung der Landwirtschaft so nach und nach die Erweiterung der Produktpalette. Neben dem Kerngeschäft der Stroh- und Heupressen, Binder und Wagen waren dies in den 1950er und 1960er Jahren zunächst Feldschneider und Gebläse. Bei den Wagen war die Entwicklung von Ein-, Zwei- und Dreiseitenkipper sowie von Stallungstreuern, im Volksmund einfach „Miststreuer“ genannt, angesagt. Spezialausführungen wie z. B. Milchwagen, Anhänger für den Unimog, Schnellläufer und sogar Triebachsanhänger kamen dazu. Ballenwerfer für Pressen oder für den Schlepperzug und spezielle Anhänger, die das Auffangen und den „ungeordneten“ Transport im Einmannbetrieb ermöglichten, bereicherten das Angebot. Scheibenmähwerke, Mähauflbereiter und der Hochabblader „Jumbomat“ sowie Laufbänder rundeten die Verkaufspalette in den 1970er Jahren ab. Und nicht zu vergessen die Ladewagen, die sich in kürzester Zeit einen guten Namen gemacht hatten und

Abbildungen von oben nach unten:

Abb. 18: Welger-Stallungstreuer, 1974.

Abb. 19: Welger-Feldschneider AS10, 1958.

Abb. 20: Welger-Aufsammler-Pressen WSA 350, 1959.

Abb. 21: Welger-Hochdruck-Aufsammler-Pressen AP45, 1974.

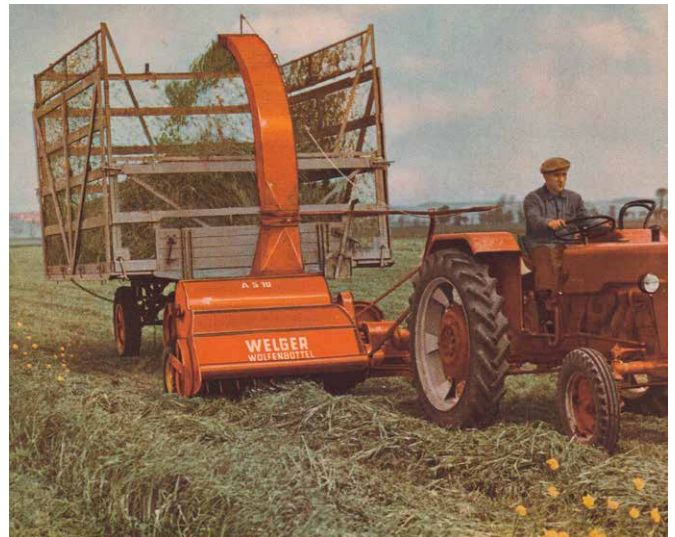




Abb. 22: Welger-Rollpressen ermöglichen die Stroh-Lagerung direkt auf dem Feld.

sich großer Nachfrage erfreuten, unter anderem, weil sie den Einmannbetrieb ermöglichten und die erforderlichen Schlepperleistungen gering waren. Somit kam der Einsatz von Ladewagen auch für kleinere Bauern in Frage und größere Betriebe konnten dafür ihren meist schwächer motorisierten Zweitschlepper verwenden. (Abb. 13-18)

Irgendwie drehte sich bei Welger im weitesten Sinne immer alles um Heu und Stroh: Vom Aufsammeln und Pressen über den Transport, die Lagerung, Aufbereitung und ggf. die Silage-Herstellung bis hin zur letzten Station: dem Mist. Welger unterstützte den Bauern dabei immer auch mit fundiertem Fachwissen. In den von Welger veröffentlichten „Landtechnischen Informationen“ gab es verständliche Beschreibungen über die richtige Trocknung und Lagerung, über Ballensilage, über die „Ballenkette“ insgesamt bis hin zu Überlegungen beim Ackerwagenkauf. In der Hauszeitschrift „Die Presse“ wurde in einem Artikel „Reifen nach Maß“ auf die enorme Wichtigkeit der richtigen Reifenwahl beim Anhänger hingewiesen. Zumindest bei den zahlreichen Transportarbeiten konnte hier der Schlepper seine angegebene Zugkraft ausnutzen, um auf verschiedensten Untergründen hohe Anhängelasten zu ziehen. Insofern war es nicht immer die richtige Entscheidung, den Schlepper „eine Nummer größer bzw. stärker“ zu wählen. Eine angemessene Anhängerbereifung war oftmals die preiswertere Variante. Schließlich musste der Schlepper immer nur so viel Zugkraft aufbringen, wie der Anhänger benötigte und diese konnte auf durchweichtem Boden durch die richtige Reifenwahl enorm abgesenkt werden.

Auch bei den Strohpressen setzte in den Nachkriegsjahren

eine stürmische Entwicklung ein. Nachdem 1950 die schon erwähnte erste Hochdruck-Aufsammel-Pressen unter der Bezeichnung AP15 auf den Markt gekommen war, war das Prinzip der Maschine klar und zahlreiche weitere Aufsammel-Pressen folgten unter der Bezeichnung AP nach dem Vorbild dieses Urmusters AP15. Diese konnte – stufenlos einstellbar – Ballen mit einer Länge von 0,5 bis 1 m bei einem mittleren Ballengewicht von 20 bis 30 kg erzeugen. Auch die kleineren Traktoren mit 15 bis 20 PS kamen mit ihr zurecht. Auf Wunsch konnte ein 10 bis 12 PS starker Diesel-Hilfsmotor geliefert werden. Die kurze Zeit später entwickelte AP12 wurde schließlich die meistverkaufte AP und somit gewissermaßen der „Volkswagen unter den Strohpressen“. (Abb. 19-21)

Einen erneuten Meilenstein in der Entwicklung der Heu- und Strohpressen bei Welger ergab die erste Rollpresse RP 180 im Jahre 1976, mit der technisch ein anderer Weg beschritten wurde, als mit den herkömmlichen Aufsammel-Pressen. Seit 1974 hatte man daran entwickelt und viele Praxis-Versuche gemacht: Das geschwadete Heu oder Stroh wird aufgenommen und in einer gleichbleibend großen Rollkammer zu einem zylindrischen Großballen verdichtet, der zunächst auf dem Feld abgelegt wird. In der Rollkammer sorgen sechs Segmente umlaufender, hochbelastbarer Flachriemen für eine rollende, hohe Verdichtung. Prinzip bedingt wird der Ballen in der Rollkammer von außen nach innen verdichtet, sodass sich letzten Endes eine feuchte, hochverdichtete, wetterunempfindliche Außenhülle bildet und gleichzeitig das Trocknen des Ballens über die Stirnfläche und den weichen Ballenkern gewährleistet ist. Die Pressdichte ist in weiten Teilen einstellbar. Die Zahl 180 gibt den

Ballendurchmesser in cm an, die Ballenbreite beträgt 150 cm. Das entspricht etwa dem Volumen und Gewicht von 30 bis 35 normalen Quaderballen. (Abb. 22)

Die enorm hohen Flächenleistungen von bis zu 2 ha/Std. haben die Heu- und Strohernte auf ein neues Leistungsniveau gehievt. So wie die AP 15 im Jahre 1950 das Urmuster für die folgenden Modelle der Hochdruck-Aufsammel-Pressen war, so war es die RP 180 für die folgenden Welger-Rollpressen. Die bis heute verfeinerten und immer wieder modernisierten Rollpressen haben das Bild auf den abgeernteten Wiesen und Feldern verändert: Da durch die Witterungsunempfindlichkeit die großen Rundballen in Reihe liegend und zum Teil aufgestapelt bis zum Verbrauch am Feldrand gelagert werden können, wird kostbarer Lager-raum gespart. Der Transport der Ballen ist relativ einfach. Der Ladevorgang erfolgt meist mit einer langzinkigen Gabel am Frontlader des Schleppers. Und erscheint die Volumen-ausnutzung eines mit Rundballen beladenen Anhängers zu-nächst einmal uneffektiver als mit Quaderballen, so sollte sich der Landwirt folgende Rechnung zu Gemüte führen: Ein Anhänger mit 5 m Plattformlänge kann im Einmann-Ver-fahren sehr zügig mit 8 Rundballen beladen werden. Das ist etwa der Strohertrag von einem Hektar und nach unserem oben gemachten Ballenvergleich entspricht das etwa 30 bis 35 Quaderballen mal 8, also 240 bis 280 Quaderballen! Der Vergleich von benötigter Arbeitszeit und benötigtem Personal sowie die Einsparungen beim Lagerraum haben schließlich überzeugt und die Produktion von Rundballen hat sich durchgesetzt.

Mit der RP 12 und RP 15 begann Welger schließlich auch Walzen-Rollpressen zu bauen, die speziell für den harten Silage-Betrieb deutliche Vorteile bieten. Erwähnt werden muss noch die ab 1985 erhältlichen Großballen-Presse D5000, bevor wir unseren Welger-Bericht beenden. Er ist immer noch unvollständig, denn die Firmenhistorie ist um-fangreich und bietet mehr Stoff, als ein Artikel darüber fassen könnte.

1994 zog sich die Familie Welger aus dem Unternehmen zu-rück. Die Rudolph & Sohn GmbH übernahm das Wagen-programm in Lizenz. Nach mehreren, zum Teil wechselseitigen Übernahmen und Verkäufen durch Lely, die Investor-gruppe Andlinger & Company sowie der amerikanischen Vermeer Company ist das Unternehmen heute ein Teil des AGCO-Konzerns. Der Name Welger aber wird wohl in der Landwirtschaft noch lange einen guten Klang behalten.

Abbildungsnachweis:

Archiv Landtechnik-Museum Braunschweig Gut Steinhof.

Anmerkung:

¹ Institutsleiter waren: Prof. Dr. Ing. Georg Segler (1950-1957) – 1952-1955 kommissarischer Leiter des Instituts für Landmaschinenforschung der FAL; Prof. Dr.-Ing. Hans Jürgen Matthies (1959-1990) – vorher Konstruktionsschef bei Welger; Universitätsprofessor Hans Heinrich Harms (1990-2010) – vorher Entwicklungsleiter bei Welger.

Welger-Chronik (Kurzfassung)

1856	Gottfried Welger eröffnet Maschinen-Schlosserei in Seehausen.
nach 1890	Die ältesten Söhne Carl und Emil bauen dort das erste Werk für Landmaschinen.
1899	Gründung der „Maschinenfabrik Gebrüder Welger“ in Wolfenbüttel durch die jüngeren Brüder Gustav und Franz. Erstes Patent auf eine Stroh presse (noch mit Handbindung).
1901	Entwicklung, Bau und Patentierung der ersten selbstbindenden Strohpressen bei Welger. Zahlreiche Prämierungen, wie z. B. 1. Preis bei der Hauptprüfung der DLG 1903.
1902	Langstrohpresse mit Selbstbinder
1928	Erste Versuche mit einer Aufsammelpresse sowie einer Ballenpresse für industrielle Verwendung
etwa 1929	Welger-Wagen (Ganzstahlwagen)
1930	Schwere stationäre Laufkolben-Pressen
1932	Schwingkolbenpresse WSP und luftbereifte Ackerwagen für Pferdezug
1936	Stationäre Schwingkolbenpressen
1938	3 t-Bauernwagen.
1950	Hochdruck-Aufsammelpresse AP 15 und Mähdrescher-Anbaupressen
nach 1950	Ausweitung des Wagen-Programms
1952	Niederdruck-Aufsammelpressen
1956	Stallungstreuer
1960	Ballenladegeräte für Pressen- und Schlepper-anbau
1962	Ladewagen
1967	Scheibenmähwerke
1972	Rundballenpressen und stationäre Presse für Verpackungsmaterialien
1974	Rollpresse für zylindrische Großballen nach dem Festkammer-System.
1984	Vorstellung der Großballenpresse (Groß-packenpresse) D 5000.
1994	Familie Welger zieht sich aus dem Betrieb zurück, Übernahme durch Lely.
1996	Rudolph & Sohn GmbH übernimmt das Wagen-Programm in Lizenz.
2006	Die private Inverstorggruppe Andlinger & Company übernimmt die Mehrheit an der Welger Maschinenfabrik GmbH, Lely kauft sich in die Gesellschaft als Minderheits-gesellschafter ein.
2008	Erneute Übernahme durch Lely (3/4 Anteil) sowie durch die amerikanische Vermeer Company (1/4 Anteil). Die Produkte werden je nach Region unter dem Namen Lely oder Vermeer angeboten.
2016	Lely übernimmt die Vermeer-Anteile.
2017	Lely verkauft Welger an den AGCO-Konzern.



Der skandalöse Abriss der Maria-Magdalenen-Kapelle in Braunschweig 1955 (Teil 2)

Wolfgang A. Jünke

Die Geschichte des Kapellen-Abrisses nach 1945

Bereits eine Woche nach der amerikanischen Besetzung Braunschweigs am 12.4.1945 scheint die Bürokratie im Staatsministerium erstaunlicherweise schon wieder „normal“ gearbeitet zu haben! Denn am 20.4.1945, während noch in Berlin Hitler seinen letzten Geburtstag beging, teilte das Finanzministerium dem im selben Haus untergebrachten Volksbildungsministerium intern mit, die Militärregierung habe das Ägidienstift Kleine Burg 8 als Wohnstätte für 25 Polen belegt.¹³ Am 23.8.1945 schrieb das Finanzministerium dann, die Stiftsgebäude müssten nunmehr für die „Militärregierung Beschlagnahme Verwaltung“ geräumt werden, die Polen hätten darum die ihnen zugewiesenen Räumlichkeiten zu verlassen. Sicherheitshalber wurde angemerkt, dass das Staatsministerium aufgrund des Vertrages mit Limbach von 1944 auch jetzt noch das Verfügungsrecht über die Immobilie habe.¹⁴ Dasselbe Ministerium des damals weiterhin existenten Braunschweigischen Landes beschäftigte sich dann im Sommer des Folgejahres tatsächlich erstmals mit einer grundsätzlichen Neubewertung des Vertrages mit Limbach von 1944. Doch diese blieb aus. Stattdessen hieß es: „Der Vertrag ist als Ganzes, sowie in allen Einzelheiten so günstig für das Land Braunschweig, selbst unter Berücksichtigung, dass das eine Tauschgrundstück zerstört und das zunächst mit einem Ersatzbau (Anm. für die auswärts untergebrachten Stiftsdamen) nicht zu rechnen ist, dass eine Rückgängigmachung keinesfalls zu empfehlen ist.“¹⁵ Der Verfasser kommt nicht umhin, im Blick auf dieses den Status quo festschreibende Urteil drei Fragen „posthum“ aufzuwerfen:

Abb. 15 oben links: Rechts die Kapelle, links das westlich angebaute Stiftsgebäude.

Abb. 16 oben rechts: Links das Stiftsgebäude mit der Kapelle, in Bildmitte das Schulgebäude.

Abb. 17 unten: Kapelle und Schulgebäude.

A. Warum hatten die immensen Kriegszerstörungen im Stadtgebiet die Sachbearbeiter im Sinne der Denkmalpflege nicht zu einer neuen Sensibilität für eine bestehende „Traditionsinsel“ Kleine Burg 8 geführt?

B. Warum fiel die doch wohl nicht etwa gering zu veranschlagende Wertminderung der Kriegsrue Altewiekring 36 bei der Abwägung von Soll und Haben tatsächlich nicht ins Gewicht?

C. Warum wurden die zwar inoffiziell gebliebenen, aber 1944 deutlich zu Tage getretenen NS-Interessen des Staatsministeriums im Blick auf den Zeitungs-Verlag als normal und somit nicht als eine wenigstens zu hinterfragende, wenn nicht gar zu korrigierende Angelegenheit angesehen?

1946/1947 lassen sich erstaunlicherweise trotzdem gewisse Auseinandersetzungen zwischen dem Limbach-Verlag und dem seit 1946 Niedersächsischen Verwaltungspräsidium (nach der Auflösung des Landes Braunschweig sozusagen Rechtsnachfolger des Staatsministeriums) finden. Aber das war keine grundsätzliche Infragestellung des Vertrages, sondern da ging es lediglich um Grundbucheinträge, Nutzungs-



vereinbarungen, Finanzierungen städtischer Abgaben und Steuern für die aufgrund des Vertrages von 1944 beteiligten Immobilien. Auf Seiten des Limbach-Verlages war nun dessen neuer Chef, Hans Eckensberger, Verhandlungspartner. Der Ton der Schriftstücke miteinander blieb zwar sachlich, macht aber insgesamt einen etwas kühleren Eindruck.¹⁶ Überraschend kam es dann 1947 zu einer Vermietung der Maria-Magdalenen-Kapelle an die ev.-reformierte Gemeinde in Braunschweig, deren Gotteshaus, St. Bartholomäus in der Schützenstraße, 1944 schwer getroffen worden war. Der Limbach-Verlag unterrichtete das Verwaltungspräsidium darüber am 29.7.1947.¹⁷ Eine vorherige dortige Einholung einer Erlaubnis war ja nicht nötig gewesen. Denn die Verfügung über die Kapelle lag längst allein beim Verlag: Der Staat hatte die festgelegten Nutzungsrechte am gesamten Areal lediglich im Blick auf das Gotteshaus ausdrücklich abgetreten. Vorbildlich hat die ev.-reformierte Gemeinde in der Folge das kleine gotische Kirchlein hergerichtet und mit ihrem geistlichen Leben erfüllt. Dies wurde auch vom Denkmalausschuss bei einer Besichtigung am 1.4.1948 lobend festgestellt. Von vornherein klar blieb aber, dass sich das nur um eine Interimslösung handelte, da die dieser Gemeinde gehörende St. Bartholomäuskirche wieder hergestellt werden sollte, was dann auch bis 1954 erfolgte.¹⁸ Dieses Intermezzo hätte freilich nach Meinung des Verfassers ein gewichtiger Fingerzeig für eine dauerhafte geistliche Nutzung sein müssen. Vorschläge dazu sind auch später – leider ergebnislos – gemacht worden.

Ein wirklich heftiger Streit beider Vertragspartner Verlag ./ Regierung entwickelte sich 1948. Er betraf letztlich allein den Passus des vereinbarten Ersatzbaues für das Damenstift. Dieser sollte laut Vertrag von 1944 drei Jahre nach Kriegsende erfolgen. Vereinbart dazu war auch ein vom Verwaltungspräsidium zu übersendender verbindlicher Kostenvoranschlag samt Bauplänen. Und wenn es aus welchen Gründen auch immer nicht zu diesem Ersatzbau kommen sollte, würde der Klosterfond stattdessen eine Abfindung von Limbach bekommen. Erst dann seien alle Grundbucheintragungen und Auflassungen rechtskräftig und die Wiederkaufs- und Nutzungsrechte würden zwei Jahre später erlöschen.¹⁹ Die harte Auseinandersetzung, die wesentliche Teile der Akte füllt, kann nur kurz angedeutet werden. Strittig war vor allem: Von wann an genau zählte die vertraglich festgeschriebene Dreijahresfrist? Musste der 8. bzw. 9.5.1945 angesetzt werden, als die Kapitulation der Wehrmacht unterschrieben und vom letzten leitenden Minister der Reichsregierung, Lutz Graf Schwerin von Krosigk über den Reichssender Flensburg der Bevölkerung mitgeteilt worden war? Oder galt als Fixdatum die Wiederaufnahme der deutschen Gerichtsbarkeit ab 1.10.1945? Und: War denn überhaupt der

Abbildungen von oben nach unten:

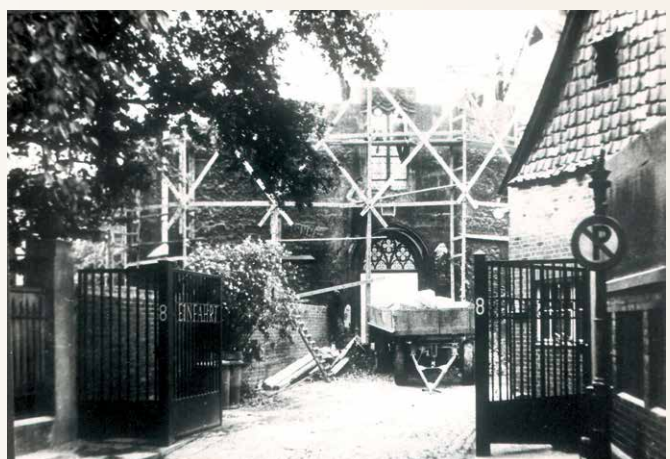
Abb. 18: Kapelle und Schulgebäude nah beieinander.

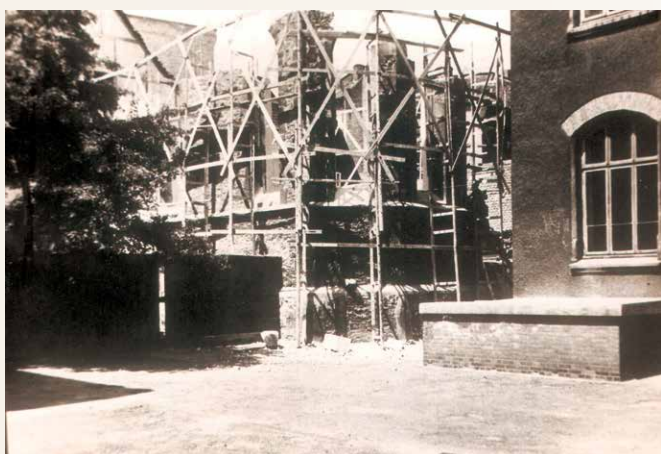
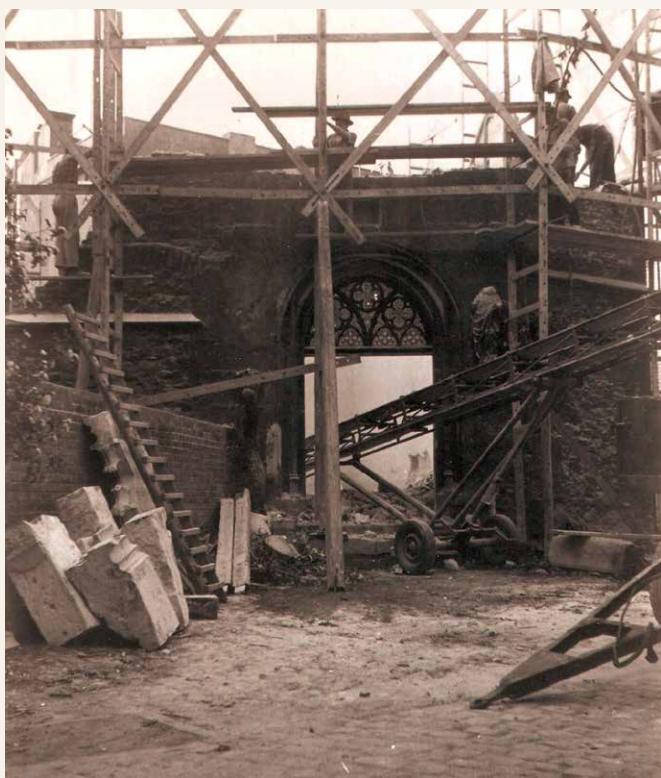
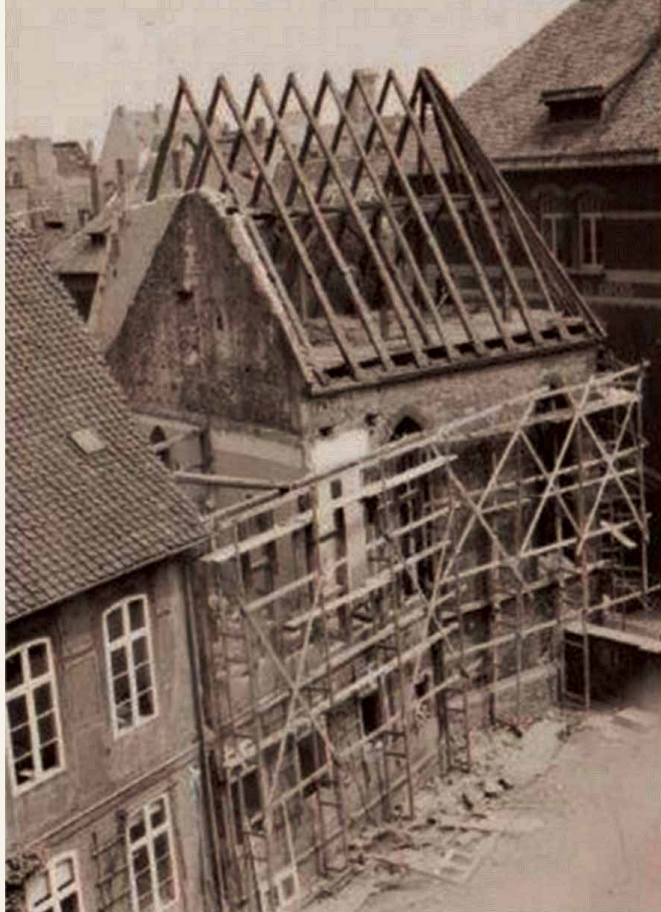
Abb. 19: Der Innenhof, Blick in westliche Richtung, links das Stiftsgebäude.

Abb. 20: Der Innenhof, rechts das Stiftsgebäude. (AJ)

Zu Abb. 21-27: Der Abbruch der Kapelle.

Abb. 22: Das Portal. (AJ)





Kriegszustand mit Deutschland tatsächlich beendet? Dem standen alliierte Verlautbarungen auf höchster Ebene entgegen.

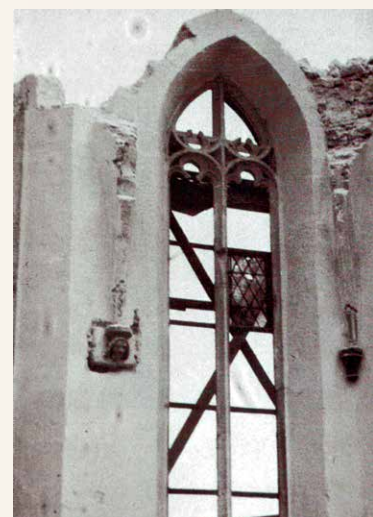
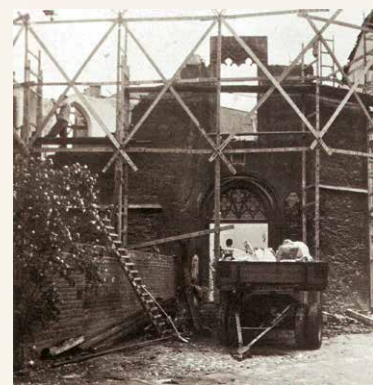
Im Verwaltungspräsidium hatte der oberste Baubeamte, Gottfried Hartwig, immerhin rechtzeitig zum 7.4.1948 Baupläne und Kostenvoranschläge für einen Neubau fertiggestellt. Er sollte genau an der Stelle der im Oktober 1944 total zerstörten Kreuzklosterkirche am Rennelberg platziert werden und seine Kosten wurden mit 420.000 RM beziffert. Vorsorglich ins Spiel gebracht wurde bei diesen eingereichten Unterlagen auch das Rückkaufsrecht für das Stiftsgebiet. Der Verlag reagierte am 10.5.1948, erklärte die Dreijahresfrist im Blick auf den 8.5.1945 für abgelaufen und kündigte an, als Abfindung nunmehr 82.000 RM zu überweisen. Das war 1942 die kleinere von zwei Kostenschätzungen gewesen. Das Verwaltungspräsidium verweigerte drei Tage später sowohl die Anerkennung der Rechtsposition des Verlages im Blick auf den 8.5.1945 und wies gleichzeitig die kontoführende Staatsbank vorsorglich an, die Annahme des avisierten Betrages zu verweigern. Daraufhin deponierte der Limbach-Verlag die Summe einfach beim Braunschweiger Amtsgericht und sah damit seine Vertragspflichten von 1944 als erfüllt an. Darauf ging man im Staatsministerium natürlich nicht ein. Schließlich klagte der Verlag darum vor dem Landgericht gegen den Klosterfonds, um so alle Eintragungen und Löschungen im Grundbuch zu erreichen.²⁰ Diese Klage wurde jedoch abgewiesen, ein Vergleich der streitenden Parteien angeregt. Doch davon wollte Limbach nichts wissen und legte im Januar 1949 beim Oberlandesgericht Braunschweig Revision gegen das ergangene Urteil ein. Dieses Gericht regte ebenfalls einen gütlichen Vergleich an. Dabei entstand der Vorschlag, anstelle der wertlos gewordenen 82.000 RM nunmehr von 175.000 DM auszugehen. Limbach lehnte am 18.8.1949 auch diesen Vergleichsvorschlag ab. Inzwischen schien man sich im Verwaltungspräsidium angesichts der harten Verlagshaltung besonnen zu haben. Bereits am 7.7.1949 war dort erstmals die Absicht klar formuliert worden, bei weiteren Weigerungen Limbachs notfalls das Rückkaufsrecht ausüben zu wollen. Am 11.3.1950 urteilte das Oberlandesgericht jedoch wiederum im Sinn des Klosterfonds und wies die Klage des Verlages wie schon in der 1. Instanz zurück. Aber an ein Aufgeben dachte man dort immer noch nicht. Denn am 19.4.1950, also nur 5 Wochen später, rief Limbach den Obersten Gerichtshof der Britischen Zone in Köln an. Dadurch wurde das Oberlandesgerichtsurteil nicht rechtskräftig und der schwebende juristische Zustand verblieb. Es ist festzuhalten, dass bei all' diesen Prozessen für beide Parteien nicht gering zu veranschlagende Anwalts- und Prozesskosten anfielen. Schließlich übernahm am 13.12.1950 sogar noch der gerade in Karlsruhe neu etablierte Bundesgerichtshof die ganze Angelegenheit. Der mit der Begutachtung beauftragte Bundesrichter meinte gegen Jahresende 1951, im Urteil des Oberlandesgerichtes einige Verfahrensfehler ausmachen zu können, die evtl. eine Rückgabe an dieses für eine Neuverhandlung erfordern würde und riet den Kontrahenten dringend zu einem Vergleich. Der sogenannte „Sühnetermin“ vom 29.11.1951 führte dann tatsächlich zu einem solchen. Der Limbach-Verlag erklärte sich bereit, für das nicht gebaute Ersatzheim der Stiftsdamen nun-

mehr 240.000 DM zu zahlen, allerdings in Raten. Der Klosterfonds verzichtete – man reibt sich die Augen – im Gegenzug auf die beiden Immobilien Altewiekring und Adolfstraße und gemeinsam stellte man fest: alle Ansprüche jeder Seite aus dem Vertrag von 1944 seien nunmehr ausgeglichen worden. Bis zum 30.6.1953 hatte die Regierung darum sämtliche Nutzungen des 2108 qm großen Grundstücks inkl. seiner Gebäude zu beenden und die notwendigen Grundbucheinträge sofort zu erlauben.²¹ Der Verfasser meint: Selbst wenn 240.000 DM im Jahre 1951 eine hohe Kaufkraft hatten und mehr waren als die ursprünglich vorgeschlagenen 175.000: wie konnte es seitens des Klosterfonds zur ersatzlosen Aufgabe der beiden Immobilien kommen? War man sich nicht mehr sicher, eine erneute Verhandlung vor dem Oberlandesgericht zu gewinnen? Auf jeden Fall hatte die Maria-Magdalenen-Kapelle in allen diesen Auseinandersetzungen und Schachzügen leider nicht die geringste Rolle mehr gespielt. Nur bei einer Ausübung des Rückkaufsrechtes – wenn der Vergleich nicht zustande gekommen wäre – hätte sie für die Verlagspläne nicht mehr zur Disposition gestanden. Diese Chance war nun endgültig verpasst worden, das Verwaltungspräsidium von 1951 schrieb die Position ihrer NS-Vorgängerinstitution quasi fest, vielleicht sogar noch mit gewissen Werteinbußen. Eine irgendwie geartete Einschaltung oder von selbst ergriffene Initiative der Denkmalpflege mit Seeleke findet sich auch in diesen Jahren und im Zuge der Prozesse nicht.

Die letzten drei Jahre der Maria-Magdalenen-Kapelle

Zum 30.6.1953 hatten jene Behörden des Verwaltungspräsidiums, die die Gebäude Kleine Burg 8 nutzen, diese also aufgrund des Vergleichs zu räumen. Dabei handelte es sich um das Flüchtlingsreferat, das Landesfürsorge- und Jugendamt und den Wohlfahrtsausschuss, alle drei im Verwaltungsbezirk Braunschweig tätige Ämter. Nicht zu vergessen ist, dass auch noch etliche Privatpersonen in den alten Fachwerkhäusern wohnten, interessanterweise z. B. seit 1942 durchgehend eine Johanniterschwester namens Elisabeth Kaempfe, evtl. eine letzte dort noch ansässig gebliebene Konventualin? In den Akten finden sich Schriftstücke, die die Schwierigkeit darstellen, die drei genannten Büros andernorts unterzubringen. Darum wurde im Verwaltungspräsidium beschlossen, in Verhandlungen mit Limbach einzutreten, um vielleicht eine längere Verweildauer der Abteilungen in den Stiftsgebäuden zu erreichen. Auf eine solche Anfrage teilte der Verlag am 5.2.1953 nach allem Gewesenen erstaunlicherweise mit, man würde sich eventuell bereitwillig dazu zeigen. Doch am 20.4.1953 erklärte das Präsidium Limbach gegenüber, eine Verlängerung sei nun doch nicht mehr notwendig.²² Es vergingen jedoch weitere eineinhalb Jahre, bis sich der Verlag zu einer endgültigen Entscheidung über die Maria-Magdalenen-Kapelle äußerte. Zuvor hatte er allerdings an anderen Stellen seiner nunmehr vergrößerten Grundstücksfläche bereits kleinere Bauarbeiten durchgeführt, die er sich zuvor vom Bauordnungsamt der Stadt Braunschweig hatte genehmigen lassen müssen.²³ So war im April 1948 ein Papierlager „an der westlichen Ecke des ehemaligen Gartens des Ägidienstiftes“ zum Bau freigegeben worden. Dieses wurde am 27.7.1950 zweigeschossig aufgestockt. Ein dritter Bauantrag, vom 24.9.1953, betraf erstmals Stiftsbaulichkeiten direkt und nicht nur Gartenteile. Limbach wollte nämlich nun im Erdgeschoss des südlichen Fachwerkflügels einen Durchbruch schaffen, um künftig auch über die Straße Kleine Burg das Grundstück Hutfiltern 8 zu erreichen. Man wollte also die schon früher verhandelte rückwärtige Zufahrt verwirklichen. Hierzu nun wurde seitens der Stadt offiziell der Landeskonservator Dr. Seeleke eingeschaltet. Er genehmigte – man merkt bei der Lektüre: widerwillig – den Antrag Limbachs „zwecks Vermeidung schwerwiegenderer Umbauten oder gar Abbrüche“.²⁴

Am 4.11.1954 teilte der Limbach-Verlag dem Verwaltungspräsidium schließlich mit, dass die Maria-Magdalenen-Kapelle im nächsten Monat abgerissen würde. Zugleich bat man darum, mitzuteilen, welche Bestandteile oder Gegenstände der Kapelle dabei verlangt würden. Daraufhin wurde Dr. Seeleke vom Verwaltungspräsidium zu einer offiziellen Stellungnahme aufgefordert. Diese gab er am 18.11.1954 ab. Wie schon erwähnt, stellte er fest, dass die Denkmalpflege in der ganzen Vertragsangelegenheit mit Limbach über die Kapelle und das Gelände des Stiftes bis dato niemals eingeschaltet worden sei. Die Preisgabe durch die „Vertreter des damaligen Staates“ müsse als „unverständlich und unverantwortlich“ bezeichnet werden. Jetzt ginge es darum, die erhalten gebliebene einzigartige charakteristische bauliche Struktur eines städtischen Stiftes nicht zu vernichten. Den Clou seines Briefes sparte er sich bis zum Ende auf: Er, Seeleke, habe den Verleger Hans Eckensberger durch gütliche Verhandlungen bewegt, die Kapelle zu schonen, wenn die Stadt Braunschweig diesem ein Ersatzgrundstück überlassen würde. Mit gleicher Post wandte sich Dr. Seeleke auch an den Braunschweiger Stadtbaurat Willi Schütte. Er wiederholte ihm



Abbildungen linke Seite von oben nach unten:

Abb. 21: Das Dach ist abgedeckt.

Abb. 24: Das Portal. (AJ)

Abb. 25: Die Apsis. Rechts das Schulgebäude. (AJ)

Abbildungen rechte Seite von oben nach unten:

Abb. 23: Das Portal. (AJ)

Abb. 26: Fenster F3.

Abb. 27: Das Maßwerk aus Fenster F1. (AJ)



Hannover, der sich vorsichtiger als sein Kollege Dr. Seeleke, aber dennoch ebenso für einen Erhalt der Kapelle aussprach. Oberbaurat Dr. Michehl gab zu bedenken, dass einerseits der Abriss der Kapelle nicht als Voraussetzung für eine „Blockbinnenstrasse“ angesehen werden müsse, andererseits, dass die Planungen von Limbach nicht übersteigert seien. Die Ratsherren Schiller und Koch forderten eine Klärung der Rechtslage und brachten den Gedanken ins Spiel, die Kapelle an anderer Stelle wieder aufzubauen. Das Bürgermitglied des Planungsausschusses, Lages, bat einerseits um eine Ortsbegehung, gab dann jedoch zu Protokoll, der Ausschuss möge doch „... die betriebliche Notwendigkeit der Firma Limbach ... berücksichtigen.“ Weder war also eine einhellige Schutzforderung formuliert worden, noch eine eindeutige Abrissbefürwortung. Wenige Tage danach sandte das Verwaltungspräsidium Limbach ein Schreiben, in dem nun ausdrücklich darum gebeten wurde, vom Abriss der Kapelle Abstand zu nehmen. In Anerkennung der bekannt gewordenen Verhandlungsbereitschaft von Hans Eckensberger habe man beim Oberstadtdirektor Lotz interveniert und diesen gebeten, „... die Bereitstellung eines Ersatzgrundstücks bestmöglichst zu unterstützen.“ Auch das Kultusministerium in Hannover sei dementsprechend informiert worden. Kommentar des Verfassers: das waren durchaus neue Töne vom Verwaltungspräsidium die natürlich vor dem Vergleich von 1951 angebracht gewesen wären.

Am 8.12.1954 fand dann die vom Planungsausschuss beschlossene Ortsbesichtigung statt. An ihr nahmen außer den Mitgliedern des Ausschusses auch die Professoren Göderitz und Petersen von der Architekturabteilung der Technischen Hochschule Braunschweig teil, seitens des Verlages Hans Eckensberger und sein Architekt Schintzel. Nach eingehender Besichtigung zog man sich zur Beratung zurück. Ratsherr Schneemann bemängelte, dass ganz konkrete Baupläne des Verlages immer noch fehlen würden. Dr. Wolff (ein Abgesandter Karpa's aus Hannover) wies darauf hin, „dass die bauliche Eigenart der Kapelle für die anstehende Entscheidung“



gegenüber seine eben schon aufgeführten Argumente, die er nur noch mit dem bemerkenswerten Satz anreicherte: „Diese Gebäude, um einen Hof gruppiert, sind als Sehenswürdigkeit von größter Aussagekraft für das insgesamt verlorene altstädtische Milieu.“ Dr. Seeleke meinte damit wohl: Eine „Traditionsinsel“, die nicht erst irgendwo konzipiert und zusammengestellt werden musste. Eckensberger seinerseits hatte Schütte schon zuvor dezent darauf hingewiesen, dass ein Geländeersatz bis spätestens Februar 1955 angeboten werden müsse, am besten auf dem Tauschweg mit der Kapelle.²⁵ Zusammengefasst: nun endlich liefen breiter gestreute Rettungsversuche an, vor allem für den spätgotische Steinbau der Kapelle.²⁶

Inzwischen befasste sich nun auch der kommunale Planungsausschuss mit den Erweiterungsabsichten des Limbach-Verlages und seinen Folgen. Am 24.11.1954 hatten sich die Ausschussmitglieder getroffen, Dr. Seeleke nahm ebenfalls teil. Oberbaurat Dr. Michehl stellte zunächst die ihm bis dahin bekannten Pläne der Bauerweiterung Limbachs vor. Es ging um den Bau eines Expeditionshauses, dem die Kapelle weichen sollte. Dr. Seeleke machte sofort darauf aufmerksam, dass im Fall ihrer Abtragung nur ein „Torso“ des Stiftes übrig bliebe. Es läge insgesamt „eines der seltenen Baudenkmale in Braunschweig“ vor. Professor Thulesius äußerte: Der Abbruch würde der früher eingeleiteten falschen Entwicklung Vorschub leisten, die vorhandene historische Situation müsse erhalten bleiben. Ratsherr Schneemann verlas dann die Stellungnahme des Landeskonservators Karpa aus

Abb. 28 oben: Der während der Abbrucharbeiten geborgene Grundstein mit der Jahreszahl 1499. (Die „4“ ist als „halbe 8“ dargestellt.)

Abb. 29 unten: Detail zu Abb. 28. (AJ)

dung von wesentlicher Bedeutung sei ...“ Dem schloss sich Professor Petersen an, auch Thulesius, der ausdrücklich vor ihrem Abriss warnte. Ratsherr Pinnow warf die Frage auf, ob denn der Übereignungsvertrag überhaupt einen Abriss zulasse? Stadtbaurat Schütte gab bekannt, dass Dr. Seeleke ordnungsgemäß Einspruch gegen einen solchen erhoben habe, er selbst empfehle dem Verlag, eine Erweiterung nach Nordwesten anzustreben. Eine 22 m lange und 7,50 m breite Rotationspresse, von der hier erstmals die Rede war, erfordere einen zweigeschossigen Baukörper. Oberbaurat Dr. Michehl wies darauf hin, dass die vorliegenden Erweiterungspläne auch unter Schonung der Kapelle möglich seien. Es folgte der einstimmige Beschluss, den Limbach-Verlag aufzufordern „ausgereifte Baupläne“ vorzulegen.^{27 u. 28} Von einer definitiven Zustimmung zum Abriss findet sich erneut nichts im Protokoll, die nächste Sitzung sollte am 2.2.1955 stattfinden! Es bleibt darum ein Rätsel und ragt in den Bereich der Dreistigkeit herein, dass der Limbach-Verlag am 10.1.1955 dem Verwaltungspräsidium mitteilte, der Ausschuss habe zugestimmt und deshalb würde man nunmehr „unverzüglich“ mit dem Abbruch beginnen.²⁹ Nun schaltete sich auch die Ev.-luth. Propstei Braunschweig ein. In einem Brief vom 14.12.1954 forderte Propst Otto Jürgens Hans Eckensberger, „... dieses Gotteshaus dem kirchlichen Gebrauch zu erhalten und uns in der gleichen Weise zur Verfügung zu stellen, wie Sie es vorher der ev.-reformierten Gemeinde gegenüber getan haben. Bei dem Wenigen, was wir noch an alten kirchlichen Bauwerken haben, liegt uns sehr daran, dass hier nicht ein unwiederbringlicher Schaden entsteht.“³⁰ Außerdem wurde endlich auch der breiteren Öffentlichkeit von der Bedrohung des Baudenkmals Kenntnis gegeben. Natürlich nicht von der „Braunschweiger Zeitung“, dem Organ des involvierten Limbach-Verlages, sondern vom „Mitbewerber“, den „Braunschweiger Nachrichten“. In der Ausgabe vom 20.1.1955 wurden die Leserinnen und Leser über die anstehenden Probleme im Blick auf die Kapelle informiert. Sehr sachlich urteilte der Redakteur: „Wieder einmal stehen hier verschiedene Interessen gegeneinander, die nur die offene Aussprache der Einsichtigen zu einer allseitig befriedigenden Lösung führen könnte: das rechtlich untermauerte Interesse des Eigentümers auf bauliche Erweiterung, das ideelle Interesse der Allgemeinheit auf Erhaltung eines denkmalgeschützten Bauwerks ...“³¹ Treffender hätte es nicht formuliert werden können. Fünf Tage danach, am 25.1.1955, trafen sich im Verwaltungspräsidium die Konservatoren Karpa und Dr. Seeleke, Stadtbaurat Schütte, der Architekt des Verlages, Leppla, die Bauräte Nagel und Engel. Die Besprechung diente dem Zweck, zu klären, ob mit § 7, Absatz 1 des wohl von Dr. Seeleke „ausgegraben“ „Braunschweigischen Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land vom 1.2.1911“ etwas gegen den drohenden Abriss unternommen werden könnte? Dort hieß es nämlich: Der Staat kann die Abtretung eines Grundstücks gegen volle Entschädigung verlangen, auf dem ein Bauwerk (Baudenkmal) steht, dessen Erhaltung wegen seiner geschichtlichen oder kunstgeschichtlichen Bedeutung im öffentlichen Interesse liege. Die Anwesenden stimmten dem uralten Braunschweigischen Landesgesetz prinzipiell zu, ob es denn noch galt, wurde nicht diskutiert. Einigkeit bestand auch darin, dass die Stadt Braunschweig bei einer Ersatzmaßnahme für

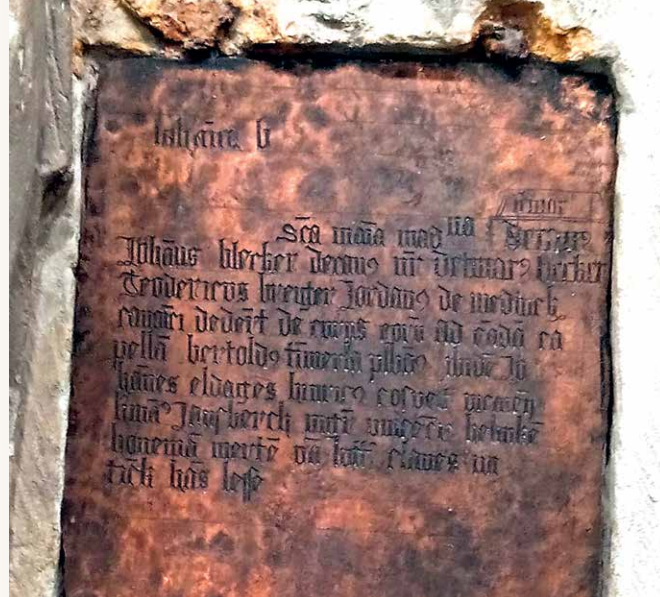


Abb. 30: Detail zu Abb. 28. Zitierte Text aus „[http://www.wikiwand.com/de/Maria-Magdalenen-Kapelle_\(Braunschweig\)](http://www.wikiwand.com/de/Maria-Magdalenen-Kapelle_(Braunschweig))“, jedoch ohne Anmerkungen und ohne Einzelnachweise:
Rechts der Figur ist die Kupfertafel (29 × 15,7 cm) mit einer gravierten Inschrift. Originaltext in 6 mm hohen gotischen Minuskeln mit Versalien (rechts oben abgesetzt beginnend mit *ioha(n)nes b*):
„*ioha(n)nes bb* / *S(an)c(t)a ma(r)ia mad(ale)nac senior* [*decan(us)*] *d* / *Johan(ne)s blecker decan(us) n(oste)r detmar(us) becker* / *Teodericus breiger Jordan(us) de medinck* / *cano(n)ici deder(vn)t de corijs eoro(m) ad ea(n)da(m)e ca/pella(m) bertold(us) ti(m)merla pl(e)ba(n)s ibide(m) Jo/ha(n)nes eldages hinric(us) cosvelt vicaieiff* / *h(er)ma(nn)us g) Jansberch m(a)g(iste)r vince(n)ci(us) helmke(n) / honema(n) merte(n) va(n) lott(er) claves wi/ti(n)ck ha(n)s lesse*“
„Heilige Maria Magdalena. Der Senior Johannes Blecker, unser Dekan, (und) die Kanoniker Detmar Becker, Dietrich Breier und Jordan von Meding haben aus ihren Kurien zu dieser Kapelle beigetragen. Bertold Timmerla, ebendort Pfarrer, Johannes Eldages (und) Heinrich Cosvelt, Vikare, Hermann Jansberg, Magister Vincenz, Helmke Honemann, Martin van Lutter, Klaus Witinck, Hans Lesse“

die Kapelle einen Teil des Schulgrundstücks im Osten des Geländes hergeben müsse. Stadtbaurat Schütte hielt das „an sich für möglich“, fügte aber hinzu, dann müsse jedoch die gesamte Schule verlegt werden. Das aber plane die Stadt schon länger und man habe auch schon Teilersatzbauten an der Eulenstraße errichtet (später: Ina Seidel Gymnasium). Weiter führte er aus, dass in diesem Fall das Land Niedersachsen weitere Flächen des Schulgrundstückes kaufen müsste, und zwar für die beiden Gerichte an der Münzstraße. Außerdem erwarte die Stadt einen Landeszuschuss bzw. zinslosen Kredit für die weiteren Schulbauten in der Eulenstraße. Die beiden Bauräte äußerten daraufhin „erhebliche Bedenken“, was sich wohl nur auf die finanziellen Vorstellungen beziehen kann. Karpa versprach, sich in diesem Sinne beim Finanz- und Kultusministerium einzusetzen und forderte Dr. Seeleke auf, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, der allerdings bis 15.4.1955 in Hannover entschieden werden müsse. Wenn er bis dahin keine Antwort erfahre, gelte der Antrag als abgelehnt und er, Karpa, würde dann dem Abriss der Kapelle stillschweigend zustimmen.³² Das wohl von Abrissgegnern alarmierte ev.-luth. Stadtkirchenbauamt Braunschweig mit seinem Leiter, Professor Friedrich Berndt, forderte das Landeskirchenamt der Braunschweigischen Ev.-luth. Landeskirche am 1.2.1955 auf, sich für den Erhalt der

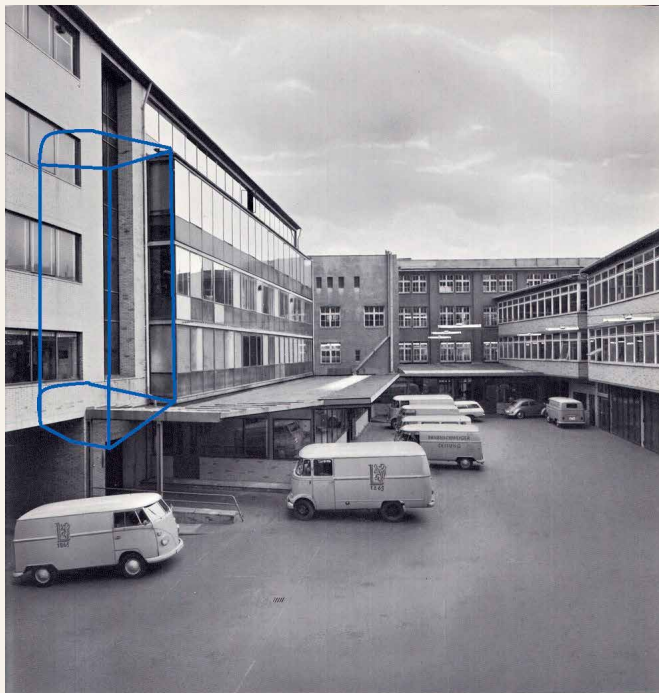


Abb. 31: Das frühere Gelände des Ägidienstiftes ist nun vom Pressehaus eingenommen. Links ist in blau die Kapelle angedeutet.

Kapelle einzusetzen. Eine Umsetzung des Baudenkmals sei aber nicht sinnvoll, da damit die „historisch und architektonisch bedeutsame(n) Situation verloren geht!“ Berndt deutete allerdings aufgrund der schon erwähnten Falschmeldung durch Limbach Befürchtungen an: „Da jedoch bereits ein Beschluss des Bauausschusses der Stadt Braunschweig auf Abbruch vorliegen soll (!), erscheint es sehr schwierig, das Gebäude zu erhalten“.³³ Am 2.2.1955 trat dann erneut der städtische Planungsausschuss zusammen. Unter Pkt.2 der Tagesordnung ist zu lesen: „Bauvorhaben der Druckerei Limbach (endgültige Fassung) Abbruch der Magdalenenkapelle.“ Merkwürdigerweise gibt es ausgerechnet zu dieser Sitzung kein ausführliches und getipptes, sondern nur ein knappes handschriftliches Protokoll in Stichworten. Gleichwohl ist diesem zu entnehmen: Angesprochen wurde der von Professor Karpa für Hannover angeforderten Antrag. Der Verlag wollte sich zuerst nach Norden erweitern. Dennoch sei zwischenzeitlich weiter zu versuchen, die Kapelle zu erhalten! Dann wurde den Ausschussmitgliedern ein Baumodell des Verlages vorgelegt, das beim Mitglied Oehler von der Handelskammer Verwunderung auslöste: Von ursprünglich zwei Geschossen sei das Volumen nun plötzlich auf sieben gewachsen! Er widerriet der Genehmigung dazu und forderte, nur vier zu genehmigen, „auf alten Grenzen“. Leider ist nicht klar, ob er damit die ursprünglichen Grenzen des Limbach'schen Grundstückes Hutfiltern 8 im Sinn hatte. Ratsherr Könnemann sprach den Bau der Oberpostdirektion als Präzedenzfall an: auch da seien mehr Geschosse genehmigt worden als ursprünglich durch die Bausatzung erlaubt. Professor Thulesius war zwar anwesend, leider finden sich keine Aussagen von ihm, dem Abrissgegner, verzeichnet. Insgesamt aber gibt es wiederum keine Genehmigung, sondern weiterhin die Formulierung einer Erhaltungsabsicht für die Kapelle.³⁴ Am 22.2.1955 wandte sich der lutherische Landesbischof Martin Erdmann in einem dringenden Schreiben an den niedersächsischen

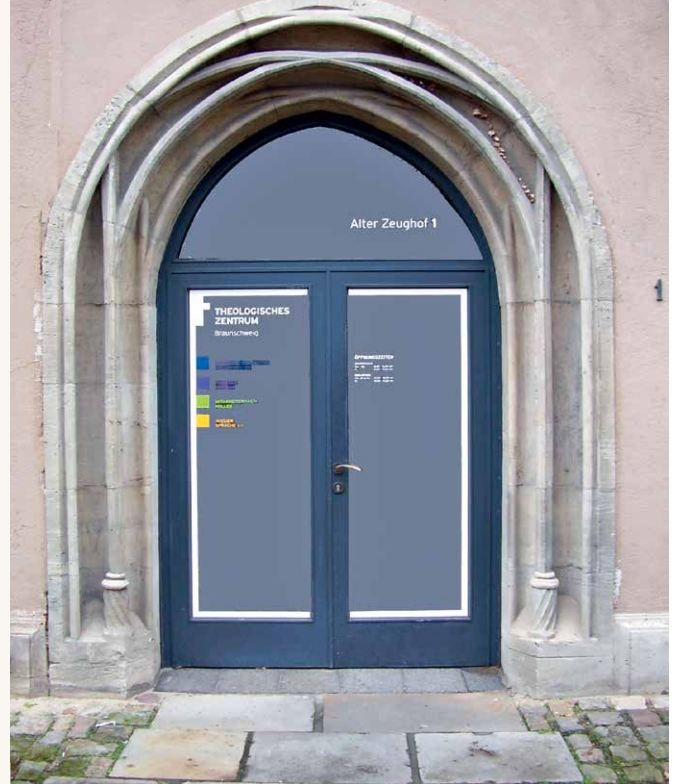


Abb. 32: Das Portal der Kapelle ist ohne Maßwerk und begleitende Figuren wiederverwendet: Alter Zeughof 1 in Braunschweig. (RA)

Kultusminister Voigt in Hannover. Er wies darin mit Nachdruck auf die kulturhistorische Bedeutung der Kapelle hin, erinnerte an die vielen schwerbeschädigten Kirchengebäude in der Stadt Braunschweig, die mit öffentlichen Mitteln und unter großen Opfern wieder aufgebaut wären oder noch würden. Kirchliche Nutzungen seitens der Landeskirche seien für die Maria-Magdalenen-Kapelle zu finden. Er sprach den Grundstückstausch mit dem Schulgelände an und bat darum, dass sich der Minister doch der Sache persönlich annehmen möge. Er bekam keine Antwort. Erst fünf Monate später antwortete ihm Staatssekretär Bojunga, der ihn lapidar auf die fehlenden Geldmittel für den Schulneubau verwies.³⁵ Die nächste Sitzung des städtischen Planungsausschusses fand am 23.3.1955 statt. Protokolliert wurde dabei: „Das rückwärtige Stiftsgebäude wird durch die neue Bauzone stark tangiert und die Ausnutzungsziffer für das Gesamtgrundstück wird so wesentlich erhöht, dass der Abbruch des alten zweigeschossigen Fachwerkgebäudes erforderlich wird.“ Aber trotzdem findet sich der deutliche Satz: „Die Frage des Abbruchs der Magdalenenkapelle ist z. Zt. noch nicht endgültig geklärt, die Verhandlungen zwischen dem Baudezernat und den Regierungsbehörden sind noch im Fluss.“³⁶ Noch immer kann also von einer definitiven Abrisszustimmung keine Rede sein. Aber in den folgenden drei Monaten jedoch wendete sich das Blatt zu Ungunsten des Baudenkmals. Darüber findet sich erstaunlicherweise nicht ein Satz in den Akten. Am 13.4.1955 hatten noch einmal die „Braunschweiger Nachrichten“ den Plan der Schulverlegung zugunsten des Limbach-Verlages berichtet, womit die Kapelle ja hätte stehen bleiben können.³⁷ Wer nun letztlich in diesem Vierteljahr was mit wem besprach und entschieden hat, ist archivalisch nicht mehr feststellbar, scheint vielleicht sogar auch bewusst nicht mehr festgehalten worden zu sein. Lapidar verzeichnet die in diesem Aufsatz so oft zitierte Akte des Verwaltungspräsidiums am 30.6.1955 nur noch den Vermerk: „Die Angelegenheit ist erledigt.

Kapelle wird abgebrochen. Regierungspräsident diktierte Pressenotiz...“ Vor diesem Vermerk findet sich noch eine Notiz, gerichtet an Verwaltungsvizepräsident Parisius: „... und Landeskonservator Dr. Seeleke, trotz mehrfacher Erinnerung, schweigt.“³⁸ Das deutet auf dessen Resignation hin. In einer Zusammenfassung der denkmalpflegerischen Aktivitäten des Jahres 1955 hieß es dann später, dass „anstrengendste Bemühungen um die Erhaltung“ der Kapelle „... an der Unentschlossenheit der Verhandlungspartner scheiterte.“³⁹ Im Juli 1955 war sie zügig abgerissen worden.

Zusammenfassende Bewertung

A. Bereits die nationalsozialistische Verwaltung des Landes Braunschweig hat die Maria-Magdalenen-Kapelle grundsätzlich aufgegeben. Hauptverantwortlich dafür war Ministerpräsident Dietrich Klagges, der dabei eigene parteipolitische Interessen verfolgte.

B. Der Limbach-Verlag hatte von 1925-1955 niemals seine territorialen Erweiterungsabsichten auf Kosten kulturhistorisch wertvoller Bauten in der Nachbarschaft aufgegeben, noch wirklich ernsthaft überdacht. Nur knapp drei Jahrzehnte später ist er dann doch von dort weggezogen. Ihm sind Egoismus, Sturheit, Kulturvergessenheit und falsche Zukunftsvisionen anzukreiden.

C. Die Gemengelage verschiedener nach 1945 zuständiger Institutionen des Landes und der Stadt Braunschweig machte es den Verantwortlichen einfach, ihre individuelle Verantwortung auf jeweils andere zu schieben. Starke wirtschaftspolitische und finanzielle Motive überwogen konsequenten Denkmalschutz.

D. Eine Mobilisierung der Öffentlichkeit, wie sie wenig später für das Schloss stattfand, ist aus unerfindlichen Gründen unterblieben. Sie hätte vielleicht mehr Druck auf die Entscheidungsträger ausüben können, anders zu handeln.

Nachgeschichte

Der Abriss der Maria-Magdalenen-Kapelle erfolgte im Juli 1955. Der hinter ihr noch befindliche Fachwerkflügel wurde erst 1956/57 abgetragen. Von den wertvollen Bauteilen aus der Gotik wurde der Grundstein mit der Figur der Maria Magdalena geborgen und seither widerrechtlich und vor der Öffentlichkeit bis 2018 verborgen im Limbach-Verlag aufbewahrt. Das Eingangsportal der Kapelle ist 1966 als Eingang zum heutigen Theologischen Zentrum am Alten Zeughof eingebaut worden, nachdem es zeitweise im noch nicht wieder hergestellten Langschiff der Brüdernkirche zwischengelagert worden war. Bis auf einen im Altstadtrathaus angebrachten und 2018 identifizierten Konsolkopf sind weitere Architekturteile der Kapelle trotz intensiver Suche bisher noch nicht wieder aufgefunden worden.⁴⁰

Abbildungsnachweis, soweit nicht anders angegeben
(AJ = Archiv Jünke, RA = Rolf Ahlers):

Abb. 15: Stadtarchiv Braunschweig (H_XVI_B_I_21_F1_008).

Abb. 16: Stadtarchiv Braunschweig (H_XVI_B_I_21_F1_006).

Abb. 17: © Nachlass Hans Steffens – Museum für Photographie Braunschweig, Depositum Stadtarchiv Braunschweig (G IX 110 119).

Abb. 18: Stadtarchiv Braunschweig (H_XVI_B_I_21_F1_007).

Abb. 19: © Nachlass Hans Steffens – Museum für Photographie Braunschweig, Depositum Stadtarchiv Braunschweig (G IX 108_13797_6).

Abb. 21: Pressefoto der BZ von 1955.

Abb. 23: Jünke, Wolfgang A.: *Zerstörte Kunst aus Braunschweigs Gotteshäusern*. – Groß Oesingen, 1994.

Abb. 26: Jünke, Wolfgang A.: *Zerstörte Kunst aus Braunschweigs Gotteshäusern*. – Groß Oesingen, 1994.

Abb. 28 u. 30: Pressefoto (Philipp Ziebart) v. 05.07.2018.

Abb. 31: Werbeprospekt des Limbach-Verlages, o.J. (nach 1956).

Anmerkungen: Anmerkungen 13-40 zu Teil 2)

¹³ NLA-StA WF 12 A Neu 13 45463, S. 1.

¹⁴ NLA-StA WF 12 A Neu 13 45463, S. 3.

¹⁵ NLA-StA WF 12 A Neu 13 45463, S. 22, 130.

¹⁶ NLA-StA WF 12 A Neu 13 45463, S. 23, 26f, 30.

¹⁷ NLA-StA WF 12 A Neu 13 45463, S. 39.

¹⁸ Priem, a. a. O., S. 233-236.

¹⁹ Priem, a. a. O., S. 232.

²⁰ NLA-StA WF 12 A Neu 13 45463, S. 44, 47, 50-52, 54, 55.

²¹ NLA-StA WF 12 A Neu 13 45463, S. 59, 74, 94, 102, 130f, 153, 155, 188, 194ff, 207, 228, 230f. Interessant ist, dass der 1944 unter dem 1945 entlassenen Liebs arbeitende Sachbearbeiter Kohlstock nunmehr als Regierungsrat die Verhandlungen mit den Anwälten und Gerichten führte.

²² NLA-StA WF 12 A Neu 13, 45463, S. 297, 299, 311 und bei Wikipedia [https://de.wikipedia.org/wiki/Maria-Magdalenen-Kapelle_\(Braunschweig\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Maria-Magdalenen-Kapelle_(Braunschweig)) mit der Auflistung der Bewohner 1942-1956.

²³ Die Akten des Braunschweiger Bauordnungsamtes sind zum Abriss der Maria-Magdalenen-Kapelle bisher noch nicht berücksichtigt worden.

²⁴ Bauordnungsamt Braunschweig, Kleine Burg 8, Heft 1. (Foto vom 20.9.1954). Es berührt merkwürdig, dass Eintragungen danach, bis 1956, fehlen. Danach ist dann wieder eine akribische Auflistung der Anträge vorhanden.

²⁵ NLA-StA WF 12 A Neu 13, 45463, S. 344-347.

²⁶ Die im Folgenden ausgewerteten Akten des städtischen Planungsausschusses sind zum Abriss der Maria-Magdalenen-Kapelle bisher noch nicht berücksichtigt worden.

²⁷ StadtA BS: E 322:7 Drucksachen – Protokolle Planungsausschuss 6.1.1954 – 22.12.1954, Sitzung vom 24.11.1954, S. 3.

²⁸ S. Anm. 27, Sitzung vom 8.12.1954, Pkt. 1, S. 2.

²⁹ NLA-StA WF 12 A Neu 13, 45463, S. 351.

³⁰ Landeskirchliches Archiv WF LAW_LFB_17-2. Die Akten des Landeskirchlichen Archivs Wolfenbüttel sind zum Abriss der Maria-Magdalenen-Kapelle bisher noch nicht berücksichtigt worden.

³¹ NLA-StA WF 12 A Neu 13, 45463, S. 350.

³² NLA-StA WF 12 A Neu 13, 45463, S. 353-355.

³³ Wie Anm. 30: Berndt verwechselte hier den städtischen Bau- mit dem Planungsausschuss. Ersterer hatte sich überhaupt nicht mit der Angelegenheit beschäftigt, auch nicht der Verwaltungsausschuss. Entsprechende Recherchen des Verfassers im Stadtarchiv Braunschweig blieben ergebnislos.

³⁴ StadtA BS: E 322:8 Drucksachen u. Protokolle Planungsausschuss 5.1.1955 – 12.10.1955, Sitzung vom 2.2.1955, Pkt. 2.

³⁵ Wie Anm. 30.

³⁶ S. Anm. 32, Sitzung vom 23.3.1955.

³⁷ Priem, a. a. O., S. 238.

³⁸ NLA-StA WF 12 A Neu 13, 45463, S. 353.

³⁹ Priem, a. a. O., S. 239.

⁴⁰ S. Anm. 39: Ein ehemaliger Redakteur der BZ erinnert sich, dass er im Konferenzraum des Verlages im Hutfiltern 8 einst zwei Konsolköpfe gesehen habe. Dem Verwaltungspräsidium und der Denkmalpflege 1955 ist auch noch anzukreiden, dass versäumt wurde, die vertraglich zustehende Auslieferung der wertvollen Bauteile der Kapelle eingefordert zu haben und sie sicherzustellen.

Reichsarbeitsdienst im Freistaat Braunschweig

RAD-Lager 5/184 Meerdorf



Reichsarbeitsdienstabteilung 5/184 Hochmeister Lutter von Braunschweig

Meerdorf

Bernd Meier

Der Leutnant Karl Knoblauch macht sich am 7.4.1945, einem Sonntagnachmittag, mit dem Fahrrad von Hannover nach Berlin auf den Weg, um sich selbst ein Bild vom Frontverlauf zu machen. Er benutzt die Autobahn. In seinem Buch „Dem Ende entgegen“¹ schreibt er u.a.: „Ohne Zwischenfall komme ich an Peine vorbei. Nach wenigen Kilometern liegt links von mir Meerdorf. Hier habe ich im Sommer 1938 meinen „Arbeitsdienst“ abgeleistet. Die Wohnbaracken stehen noch. (Abb. 2) Ein Leser aus Peine fragt beim Heimatverein Meerdorf nach, ob es wirklich ein Arbeitslager in Meerdorf gegeben hat. Das konnte bestätigt werden, ohne dass eine konkrete Vorstellung vom Aussehen oder Betrieb des Arbeitslagers bestand. Heute wachsen dort auf dem Gelände südlich des Dorfes, im Anschluss an den Sportplatz, Bäume. Fortan war es ein Anliegen im Heimatverein Meerdorf, Näheres über dieses Lager zu erfahren. Es wurden gezielt Zeitzeugen befragt, das Niedersächsische Staatsarchiv in Wolfenbüttel kontaktiert und andere Quellen erschlossen, die jetzt eine Vorstellung vom Lagerbetrieb ermöglichen. Als besonderer Glücksfall ergab sich dabei der Kontakt, von Rolf Ahlers vermittelt, zu Henning Habekost aus Braunschweig. Sein Großvater, Fritz Habekost, war nicht nur der erste Leiter des Meerdorfer Arbeitslagers, sondern darüber hinaus auch leidenschaftlicher Chronist, im Album² durch Fotoaufnahmen und Tagebuchführung belegt. (Abb. 3)



Arbeitsdienst – keine Erfindung aus Deutschland

Der Reichsarbeitsdienst (RAD) war eine Organisation im Nationalsozialistischen Deutschen Reich. Das Gesetz für den Reichsarbeitsdienst wurde am 26.6.1935 erlassen. Es war keine neue Erscheinung der Zeit des Nationalsozialismus. Die Idee eines nationalen Pflichtarbeitsdienstes hatten die nationalsozialistischen Machthaber aus Bulgarien übernommen, das bereits 1920 einen Pflichtdienst eingeführt hatte, zu dem pro Jahr 30 % der Bevölkerung herangezogen wurden, um gemeinnützige Arbeiten zu verrichten. Das bulgarische Beispiel war in Deutschland in konservativen und auch in linken Kreisen beachtet worden; besonders die Effekte ‚staatsbürgerliche Erziehung‘ und ‚körperliche Ertüchtigung‘ fanden Anklang. In Deutschland führte die Regierung Brüning im Sommer 1931 einen „Freiwilligen Arbeitsdienst“ (FAD) ein, der zum Abbau der hohen, durch die Weltwirtschaftskrise bedingten Arbeitslosigkeit beitragen sollte.³

Freiwilliger Arbeitsdienst

Im Freistaat Braunschweig entstand der „Verein für freiwilligen Arbeitsdienst“. Seine Geschäftsstelle war in der Kastanienallee 10 in Braunschweig. Am 6.9.1932 erklärt sich der Verein bereit, seine bisherigen Erfahrungen und Einrichtungen dem Freistaat für die staatliche Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes restlos zur Verfügung zu stellen.⁴ In einer Denkschrift vom 7.9.1932 an Herrn Braunschweiger Minister des Inneren wird detailliert über den Arbeitsdienst im Freistaat Braunschweig berichtet. Folgende Arbeitslager in Stärke von 30 Mann bestehen: Erkerode am

Abb. 1 oben: „Reichsarbeitsdienstabteilung 5/184 Hochmeister Lutter von Braunschweig – Meerdorf“ Ausschnitt aus einer Postkarte von 1937, Quelle: Album Habekost.

Abb. 2 mitte: Karl Knoblauch als RAD-Mann bei der RAD-Abteilung 5/184 in Meerdorf bei Peine, 1938.

Elm (1) / Lehre (2) / Wolfenbüttel (3) / Schöningen (4) / Meerdorf (5) / Lutter am Barenberge (6) / Helmstedt (7) / Stadtoldendorf (8) / Elend (9) / Thedinghausen (10) / Stadt Braunschweig (auf dem Gelände d. Hochschule der Stadt Braunschweig) (11) / Börßum (12) / Rüper bei Peine (13). Nach Angaben des Zeitzeugen Wilhelm Warnecke, Meerdorf, waren die Arbeiter des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Meerdorf zunächst auf dem Saal Nolte untergebracht. (Abb. 4) Gearbeitet wurde von einer alten Scheune auf dem Schulgelände aus, die vor dem sogenannten Braunen Haus parallel zum Nachbargrundstück stand. (Abb. 5)

Grundlagen für den freiwilligen Arbeitsdienst

Die Grundlagen ergeben sich aus der Verordnung vom 23.7.1931, geändert am 16.7.1932 mit vielen Ergänzungen: Arbeitsrechtliche Voraussetzungen treffen den Träger der Arbeit (Auftraggeber), die Arbeit selbst, sowie den Träger des Dienstes (Arbeitsgruppe); der Auftraggeber soll eine öffentlich rechtliche oder gemeinnützige Körperschaft sein (Genossenschaften, Organisationen, Verbände, Kommunen, Staats- und Reichsbehörden). Bedingung: Die Arbeit soll zusätzlich und gemeinnützig sein. Es soll ausgeschlossen bleiben, dass der Arbeitsdienst als Konkurrenz der freien Wirtschaft auftritt. Arbeitsfreiwillige im Alter bis 25 Jahre (bei Führern kann davon eine Ausnahme gemacht werden).

Finanzielle Voraussetzungen

Da Kredite schwer zu bekommen sind, sollen nur solche (kleinen) Projekte durchgeführt werden, die überwiegend in Handarbeit zu schaffen sind. Die Kosten des Arbeitsdienstes werden aus Mitteln des Reiches beglichen. Das Arbeitsamt gibt eine Pauschalgebühr bis zu 2,00 Reichsmark je Arbeitstag und Kopf. Daraus ist sicherzustellen: Verpflegung, Arbeitskleidung, zusätzliche Versicherung (Unfall, Haftpflicht), Taschengeld von bis zu 0,50 RM je Arbeitstag und Kopf; nach 12-wöchiger Probezeit je Freiwilligen und Arbeitstag wird ein Betrag von 1,50 RM im Reichsschuldenbuch gutgeschrieben.

Gründung des Vereins im April 1932

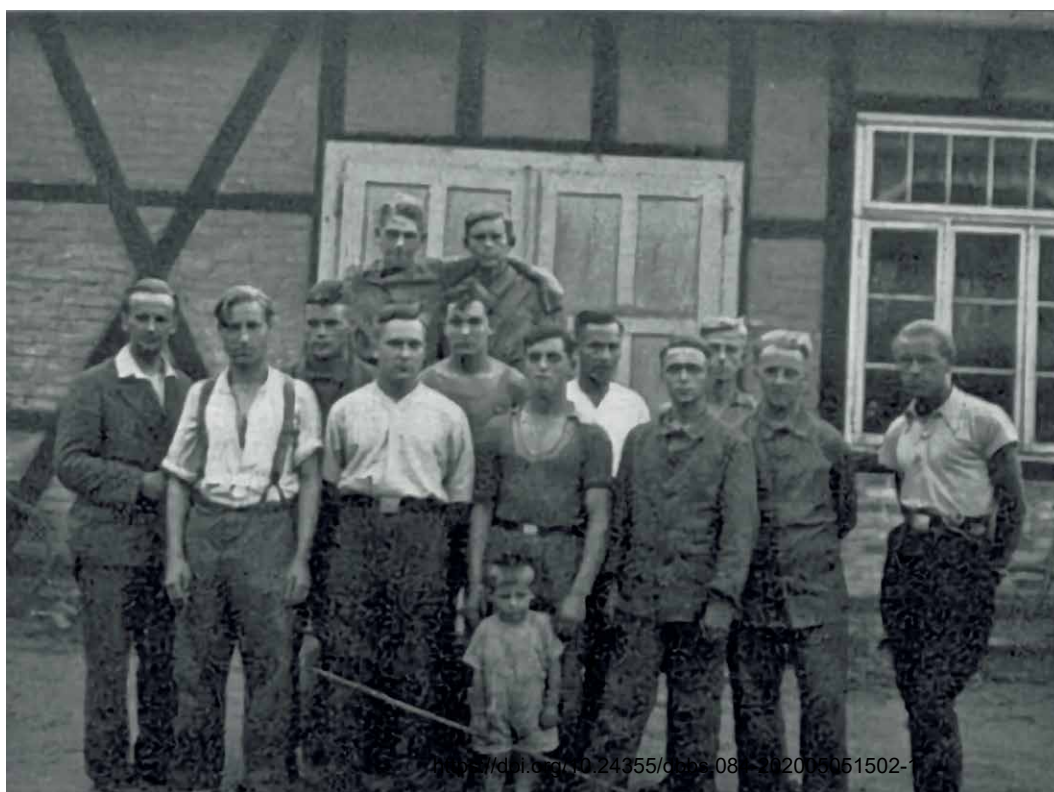
Verzwickte und verklausulierte Ausführungsbestimmungen verzögerten den Einsatz der Freiwilligen. Am 8.4.1932 kam es zur Gründung: „Braunschweigischer Landesverein für freiwilligen Arbeitsdienst“.

Gründungsmitglieder waren: Dipl.-Ing. Frobese, Dipl.-Ing. Gerecke, Baurat Hase, Reg.-Baumeister Herzig, Ober-Ing. Heusmann, Dipl.-Volkswirt Hitschler, Rechtsanwalt Höppner, Dipl.-Ing. Leffler, Reg.-Baumeister Müller, Baurat Rode, Reg.-Rat Dr. Schmincke, Dipl.-Ing. Schwennsen,



Abb. 3 oben: Habekost, Heinrich Albert Friedrich (Fritz), (1891-1968). Heimatforscher und Maurermeister, WK 1 Teilnehmer, lernte bei Wilhelm Bartels das Maurerhandwerk, machte die Meisterprüfung und hatte später eine eigene Baufirma; 1934 hauptamtlicher Arbeitsdienstführer beim Autobahnbau in Meerdorf, wohnte dort an der Wipshäuser Straße. Am 1.11.1935 wurde er Bauleiter des im Aufbau befindlichen Reichsarbeitsdienst-Bekleidungsamtes in Braunschweig.

Abb. 4 unten: Arbeitsmänner vor dem Saal Nolte, Quelle: NLA WO 12 Neu 13 N, Nr. 458, S.26





Reg.-Baumeister a.D. Siedentop, Flughafendirektor Steinmann, Reg.-Baumeister Wittig. Zum Vorstand gewählt wurden: Regierungsbaumeister Wittig als Vorsitzender, Dipl.-Ing. Gerecke als Schriftführer, Flughafendirektor Steinmann als Schatzmeister.

Bodenverbesserung und Notlandeplätze, Arbeitslager – auch Erziehungslager

Es wurden 3 Abteilungen gegründet, in denen die unterschiedlichen Aufgaben organisiert wurden. In Abt. 1 ging es um die Planung und Durchführung städtebaulicher Arbeit,

Abb. 5 oben: Braunes Haus in Meerdorf etwa 1935,
Quelle: Archiv Heinz Rauls.

Abb. 6 unten: Vertragsausschnitt vom 12.9.1933 „§ 5. Die Zugangswege zum Lager werden wie alle anderen Feldwege von der Gemeinde unterhalten.“ mit der Unterschrift: Langehein, Gemeindevorsteher, und dem Siegel mit der Umschrift: Freistaat Braunschweig – Gemeinde Meerdorf.

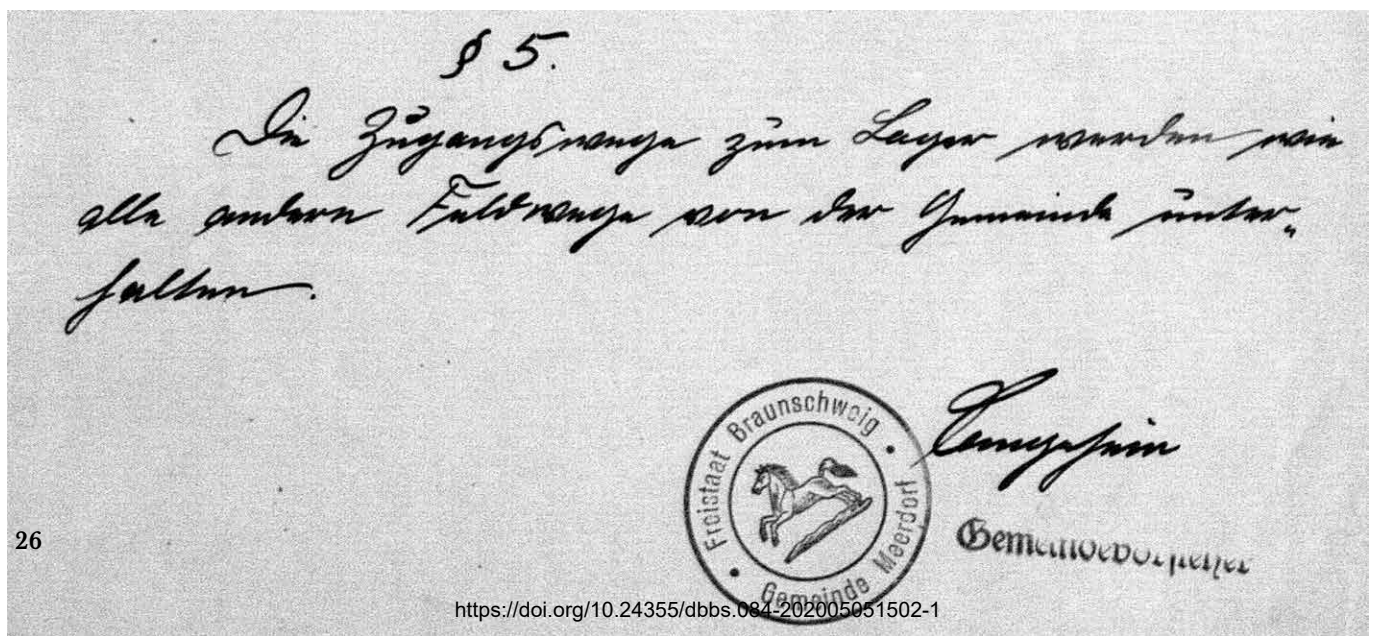
z.B. Bodenverbesserung, Ödlandkultivierung, Drainagen, Schaffung von Weideland, Aufforstung, Wegebauten, Radfahrwege, Begradigung und Regulierung von Wasserläufen, Schaffung von Freibädern, Sportplätzen, Friedhöfen und Grünanlagen, sowie die Herrichtung von Notlandeplätzen für die Sport- und Verkehrsfliegerei im Harz. In Abt. 2 ging es um das Wohn- und Siedlungswesen, Herrichtung von Bauernsiedlungen, Nebenerwerbs-siedlungen, Landarbeiter- und Erwerbslosen-Siedlungen um u.a. der Abwanderung gesunder Volkskräfte in die Stadt entgegenzuwirken. Abt. 3 befasste sich mit Beschäftigung von Erwerbslosen, Arbeitsgruppen, Umerziehung, den fehlenden Zwang zum Durchhalten zu ersetzen.

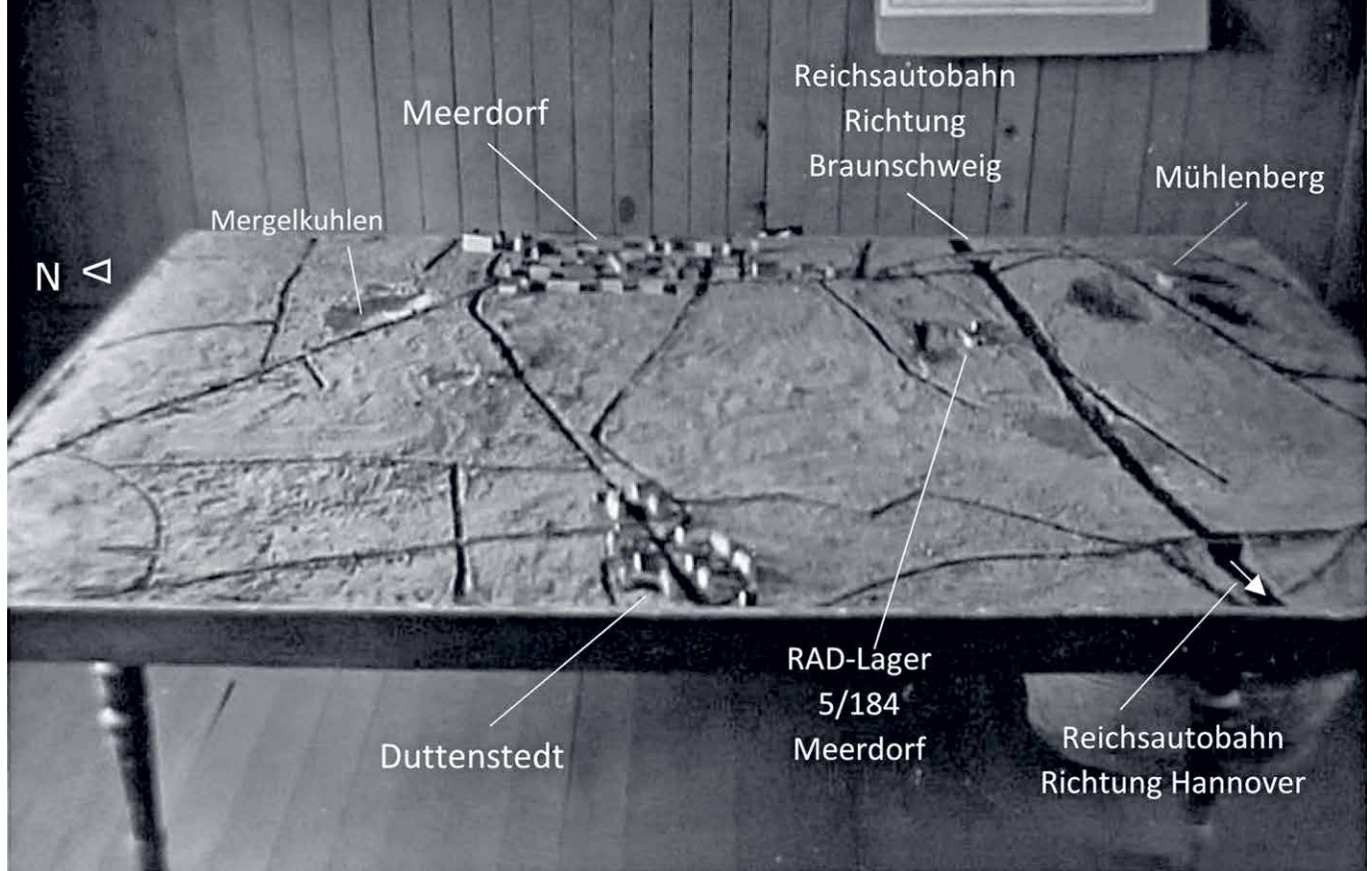
Führerprinzip

„Jedes demokratische Prinzip wäre hier fehl am Platze, die Macht der Persönlichkeit des Führers wird stets den Geist des Lagers bestimmen. Ist der Führer brauchbar, so leistet auch die Mannschaft befriedigende Arbeit. Ist der Führer schlapp, so taugt das ganze Arbeitslager nichts.“⁵ Kreisvereine unterstanden der Aufsicht des Landesvereins, ansonsten herrschte weitgehende Selbstständigkeit. Träger sind vornehmlich die braunschweigischen Forstämter, das Landesdomänenamt, Gemeinden und Forstinteressentenschaften.

Meerdorfer wollten einen Badeteich

Für das Lager Meerdorf entstand das Aktenzeichen 5/184 – Arbeitsgau: 18, Hannover / Gruppe: 184 / Abteilung: 5 / Lagerort: Meerdorf. Es wurde ein Vertrag zwischen dem Kreisgemeindeverband Braunschweig-Land und der Gemeinde Meerdorf geschlossen. Demnach stellt die Gemeinde eigenes Land im Südwesten des Dorfes – Grundstück An den Lehmkuhlen, Plan Nr. 169, Größe 2,5391 ha – zum Bau der Baracken für das Stammlager Meerdorf des Reichsarbeitsdienstes und zur freien Benutzung bis auf Weiteres kostenlos zur Verfügung. Weitere Bedingungen waren u.a.: Der nördlich des Grundstückes liegende Sportplatz und die noch zu bauende Badeanlage sind für die Gemeinde Meerdorf freizuhalten; nach Auflösung des Stammlagers ist das Grundstück auf Verlangen der Gemeinde Meerdorf in den alten Zustand wieder herzustellen. (Abb. 6)





Schönste Zeit des Lebens

Wenn Fritz Habekost nach dem Kriege gelegentlich auf der A2 Richtung Hannover am Meerdorfer Sportplatz vorbeifuhr, soll er von der schönsten Zeit seines Lebens gesprochen haben, als er 1933 das RAD-Lager 5/184 aufgebaut und bis zum 31.10.1935 fast zwei Jahre lang geleitet hat. In seinem Tagebuch notierte er: „Für die Unterbringung einer Arbeitsdienstabteilung, die aus 180 bis 230 Mann bestand, baute ich 4 große Holzhäuser, jedes ungefähr 15-35 Meter groß. Das Fachwerk, dessen Gefache mit Lehmwellerung ausgestattet waren, wurde außen und innen verschalt. Diese gewaltige Arbeit wurde vom 1.9. bis 30.11.1933 mit etwa 50 Zimmerleuten, 30 Maurern und 100 Arbeitsmännern verrichtet. Am 1.12.1933 konnte ich mit den aus den Lagern Lehre, Gliesmarode, Mascherode, Destedt, Flechtorf, Sophiental und Meerdorf zusammengelegten Männern die Arbeitsdienst-Abteilung 5/184 Meerdorf übernehmen und als Oberfeldmeister und Abteilungsführer führen.“ (Abb. 7-11)

Abb. 7 oben: Lagebild im Sandkasten nachgebildet,
Quelle: Album Habekost, Beschriftung: Bernd Meier.

Abb. 8 unten links: Gelände in Meerdorf bei Baubeginn: Holzpflocke zur Stabilisierung des moorigen Bodens. Quelle: Album Löwegrün.

Abb. 9 unten rechts: Errichtung der Gebäude in Ständerbauweise, Quelle: Album Habekost.



Arbeit – Erziehung – Militärdienst

„... das war eine neue Aufgabe, für mich ein so wunderbares Betätigungsfeld für einen ehemaligen Frontsoldaten, der die Kameradschaft und den Gemeinschaftsgedanken aus dem Weltkrieg nunmehr in die Tat umsetzen konnte. Meine Abteilung lag südwestlich des Dorfes Meerdorf in einer ausgebeuteten Lehmgrube, 800 Meter vom Orte entfernt an einem 400 m langen Feldwege, unmittelbar im Schnittpunkt dieses Weges und der heutigen Reichsautobahn von Braunschweig nach Hannover. Nach und nach hatte ich etwa 235 Männer aus allen aufgelösten Lagern bei mir vereinigt. Sie waren in 12 Truppstuben untergebracht. Jeder Trupp wurde von einem Truppführer geführt. Je 4 Trupps bildeten einen Zug, der von einem Unterfeldmeister oder einem Obertruppführer geführt wurde. Mir zur Seite stand außerdem ein Feldmeister, der die militärische und sportliche Ausbildung der gesamten Abteilung zu leiten hatte. Den inneren Dienst leitete ein Unterfeldmeister (Verwalter), ihm unterstand der Quartiermeister (Truppführer), der sämtliche Einkäufe für die Verpflegung zu tätigen hatte. Alle zusammen arbeiteten in der Schreibstube. Der Zeugmeister (Truppführer) war neben dem Heilgehilfen (Vormann) ein weiterer Mitarbeiter des Verwalters.“ (Abb. 12)





Tagesablauf durchgetaktet

Der Ablauf eines Arbeitstages: 05.30 Uhr: Wecken / 05.45-06.15 Uhr: Körperliche Übungen / 07.00-09.30 Uhr: Arbeitsdienst / 09.30-10.00 Uhr: Frühstückspause / 10.00-12.00 Uhr: Arbeitsdienst / 12.00-14.00 Uhr: Mittagspause / 14.00-16.30 Uhr: Arbeitsdienst / 18.00-19.30 Uhr: Putzstunde und Unterricht, anschließend Abendessen / 22.00 Uhr: Zapfenstreich.



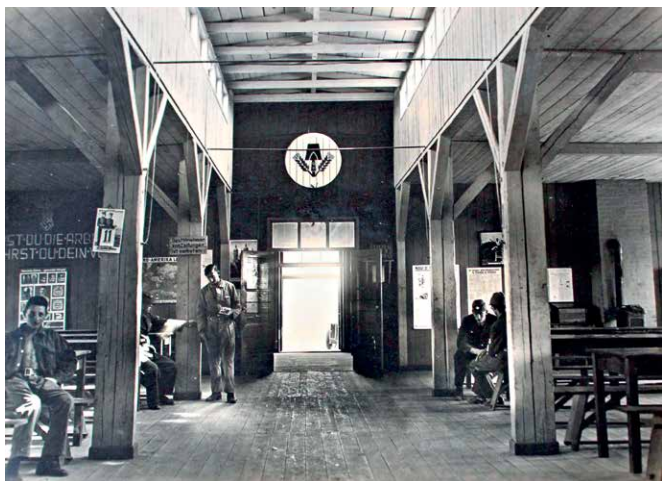
Speisezettel

Morgens jeweils Kaffee und frische Wurst. Mittags beispielhaft für eine Woche: Gulasch mit Salzkartoffeln; Erbsenconserven mit Rauchenden, Milchreis mit Rotwurst; Weißkohl mit Schweinefleisch; Linsen mit Speck; Schellfisch mit Salzkartoffeln u. Senfsauce; Graupen mit Hammelfleisch. Abends frische Wurst, Butter mit Rollmops, Schmalz und Käse, Butter und Eier oder auch Pellkartoffeln mit Napfsülze. (Abb. 13)



Arbeitsleistung

„Die Arbeitsleistungen erstrecken sich auf Baustellen im Bereich der Feldmarken Meerdorf, Rüper, Wendeburg, Zweidorf, Wendezelle, Fürstenau, Sophiental, Woltorf, Duttensedt, Essinghausen und Edemissen. 4000 Morgen ungenutzten Bodens oder verbesserungsfähigen Landes harhten der Bearbeitung. Mit fröhlichem Gesang zogen die Trupps und Züge frühmorgens auf die Baustellen. Allein das Wellenbruch, ein seit urdenklichen Zeiten versumpftes Gebiet von etwa 1000 Morgen, ein unentwirrbares Erlengestrüpp und übermannshohes Schilf verhinderten jeden Zutritt und Einblick in diesen Urwald, kilometerlange Gräben, die zum Teil die Ausmaße kleiner Flußläufe hatten – so z. B. der sogenannte Schneeграben über 6 km lang, von Ufer zu Ufer 7,50 Meter breit, die Tiefe 1,75 bis 2 Meter und eine durchschnittliche Sohlenbreite von 1 bis 1,5 Meter. Diese Gräben, zum Teil $\frac{3}{4}$ voll Wasser, bildeten die gesamten Wassermengen des Wellenbruchs und ich muß sagen, dass ich hier – was die körperliche und gesundheitliche Beanspruchung betrifft – ein zweites Mal die Zeit des Weltkrieges erlebte.“ Notiert von Fritz Habekost in seinem Tagebuch. (Abb. 14-15)



Sport, Kultur, Gesellschaft

Trotz enormer Arbeitsleistung blieb auch noch Zeit für sportliche Betätigungen. Turnen, Leichtathletik, Schwimmen, Mannschaftssportarten Fußball und Handball waren vertreten. Es wurde an Vergleichswettkämpfen teilgenommen, z. B. einem Schwimmfest in Woltorf. Militärausbildung äußerte sich in Formal- und Marschübungen. Über das Theaterspielen des Gesangsvereins Meerdorf lernte die Meerdorferin Martha Beckmann den Arbeitsmann Karl Maurer kennen. Das war 1938 und nahm einen dramatischen Verlauf, weil Karl Maurer früh wegen des Krieges gegen Polen zum Front-

Abbildungen von oben nach unten:

Abb. 10: Fertige Baracken, Blick nach Südwest, Quelle: Album Löwegrün.

Abb. 11: „Abteilung in der Sommersonne“ nannte Fritz Habekost dieses Bild, Blick nach Nordwest, Quelle: Album Habekost.

Abb. 12: Sammelstelle, neue Arbeitskräfte 1938, Quelle: Album Löwegrün.

Abb. 13: Mittagsruhe in der Kantine, Quelle: Album Habekost.



Abb. 14 mitte: „Meerdorf Krs. Braunschweig Land“ – bei jeder Baumaßnahme wurde auch ein Grundstein mit Urkunde gelegt, die sich noch heute im Boden befindet. Quelle: Album Habekost.

Abb. 15 oben: Böschungsarbeiten, Quelle: Album Habekost.

Abb. 16 unten: Briefkopf „Volkswagenwerk“, Quelle: NLA WO 91 N, Nr. 459.

kampf eingezogen wurde. Es kam am 8.10.1939 zu einer „Nothochzeit“ (Aufgebot, standesamtliche und kirchliche Trauung an einem Tag). Die am 16.3.1940 geborene Tochter Karin konnte ihren Vater nie kennenlernen, da er aus dem Kriege nicht zurückgekehrt ist.

RAD-Lager soll aufgelöst werden – VW-Werk verzichtet

Das Volkswagenwerk, Hauptwerk in „Stadt des KdF-Wagens“ (heute Wolfsburg), teilt in einem Schreiben vom 18.8.1939 mit, dass auf den Kauf des in Meerdorf stehenden Barackenlagers nicht mehr reflektiert wird, da sich der Abbruch und die Wiederaufstellung nicht mehr lohnen. (Abb. 16) Die Gebäude wurden dann als Gerätelager benutzt. Eine reduzierte Wachmannschaft verblieb. Nach Einmarsch der Amerikaner am 10.4.1945 kommt es zu Plünderungen durch die Bevölkerung der umliegenden Dörfer.



Displaced Persons

Ab Mitte 1945 werden die Baracken des RAD-Lagers Meerdorf für die Unterbringung von Personen genutzt, die vormalig Kriegsgefangene oder Fremdarbeiter waren und aufgrund veränderter politischer Umstände (kommunistischer Machtbereich) nicht in ihre Heimat zurück können, sogenannte Displaced Persons. Zunächst waren es Ukrainer, dann Polen im Lager Meerdorf, sodass es im Volksmund „Polenlager“ genannt wurde. Anfang der 1950er Jahre wurde das Lager aufgelöst und die Gebäude verschwanden. Der Reitverein Meerdorf und Umgegend e.V. richtete dort einen Turnierplatz ein. Heute ist auch davon nichts mehr zu sehen. Das Gelände wurde mit Bäumen bepflanzt.

Anmerkungen

- ¹ Knoblauch, Karl: Dem Ende entgegen. - Würzburg, 2007.
- ² Im Archiv Henning Habekost.
- ³ Aus Wikipedia.
- ⁴ NLA WO 12 Neu 13 Nr. 8581.
- ⁵ NLA WO 91 N Nr. 460.





Rolf Ahlers

Plattdeutsche Redensart: En half Stiege Stunnen

Es kommt jemand zu Besuch, freundlich ergeht die Einladung: „Sett dik en half Stiege Stunnen.“ Abgesehen davon, dass diese im ostfälischen Plattdeutsch ausgesprochene Einladung nicht mehr von allen verstanden wird, ruft auch die Übersetzung ins Hochdeutsche „Setze dich (für) eine halbe Stiege (an) Stunden“ ein fragendes Schulterzucken hervor.

Die freundliche Einladung zu „Setze“ und „Stunden“ ist ja leicht zu verstehen, aber was mag eine „halbe Stiege“ sein? In den Dörfern „auf dem Lande“ war „Stiege“ ein gängiger Begriff. Das gemähte Getreide wurde in Garben zusammengebunden – anfangs von Hand, später vom Mähbinder – und dann zum weiteren Trocknungsvorgang ist Stiegen aufgestellt. (Abb. 1) Dabei war die Anzahl der Garben pro Stiege festgelegt auf 20 Stück. Das stammte als Vorgabe noch aus der Zeit, als der „Zehnte“ als Abgabepflicht an die Obrigkeit bestand. Das Zusammenstellen der Stiegen von Gerste, Roggen und Weizen geschah auf eine Art, bei Hafer auf eine andere Art. (Abb. 2)

Aus der Anzahl „20 Garben pro Stiege“ ergibt sich dann „10“ als Maß für die halbe Stiege. „Sett dik en half Stiege Stunnen“ bezeichnet somit eine zeitlich ausgedehnte aber auch zeitlich begrenzte Einladung.

Abb. 1 Foto:

Das gemähte Getreide ist in Garben zu Stiegen zusammen gestellt (= aufgestiegt). Für Kinder waren die Stiegen auch ein beliebtes Versteck beim Suchen spielen. Die Erwachsenen ließen den Kindern schon mal ihren Spaß, sie duften dabei aber keinen Schaden anrichten. Seitdem die Getreideernte mittels Mähdrescher erfolgt, sind die Stiegen aus dem Landschaftsbild verschwunden. (Foto: Archiv Heimatverein Meerdorf)

Abb. 2 Zeichnung:

Stiegen-Grundrisse für jeweils 20 Garben, schematisch, links für Gerste, Roggen und Weizen, rechts für Hafer, beiseits der Mittelachse (in rot) wurden jeweils 10 Garben aufgestellt. (Zeichnung: Rolf Ahlers)

Erlebtes im Braunschweigischen Landesverein

Führung „Giersbergwasserturm“

Der von Max Osterloh konstruierte Bau diente von 1902 bis 1988 der Wasserversorgung der Stadt Braunschweig. Vom Grundwasserwerk Bienroder Weg bzw. vom Wasserwerk Bürgerpark wurde das Trinkwasser in den Hochbehälter gepumpt (Behälter gebaut von Firma Wilke-Werke BS). Vom höchsten Punkt der Stadt gelangte das Wasser vom Druckbehälter in die Haushalte. Nach fast ausschließlicher Versorgung mit Harzer Talsperrenwasser (Grane und Ecker) benötigte man den Giersbergwasserturm ab 1988 nicht mehr. Seitdem führt er einen „Dornröschenschlaf“. Dort eine Kunstaussstellung unterzubringen, scheiterte, weil die Denkmalpflege dieses ablehnte.

Nach Besichtigung der Innenanlagen im Sockelgeschoss ging es über eine schmale Wendeltreppe zum „Aussichtsbalkon“ in etwas über 50 Meter Höhe. Die Aussicht über die Stadt und ihre Umgebung war bei dem fast wolkenlosen blauen Himmel fantastisch, ein wirkliches Erlebnis.

Abends nach der Dämmerung wird der Turm mit Kunstlicht sehr wirkungsvoll angestrahlt. – Herzlichen Dank Herrn Klaus Wolf von BS-Energy für die Führung, hier die Besuchergruppe nach der Führung „Giersbergwasserturm“



Abbildungsnachweis:
Archiv Heitefuß.



Abb.: Die Wandergruppe vor der Kirche in Götdeckenrode.
Abbildungsnachweis: Archiv Heitefuß.

Braunkohlwanderung Götdeckenrode-Isingerode

Es herrschte bestes Winterwetter mit Temperaturen um 0 Grad und Sonnenschein, die Landschaft war etwas mit Rauheif „überzuckert“, blauer Himmel bei strahlenden Sonnenschein, also „Kaiserwetter“. Wir trafen uns an der Friedenseiche von 1871 auf dem Dorfplatz in Götdeckenrode, wo uns der Heimatpfleger Altenburger herzlich empfing. Mit ihm machten wir einen kurzen Dorfrundgang und besichtigten die barocke Kirche von 1718. Hier bewunderten wir einen wertvollen Schnitzaltar eines Hornburger Künstlers und eine noch gut erhaltenen Orgel. Anschließend führte uns Herr Altenburger durch die Heimatstube des bis 1989 im Sperrgebiet der innerdeutschen Grenze liegenden Dorfes mit heute nur noch 175 Einwohnern.

Die Wanderstrecke – etwa 4 km – durchquerte das „Grüne Band“, ging zum Teil über den „Grenzplattenweg“ und am „Eckerngraben“ entlang nach Isingerode. Das Braunkohlesen im dortigen „Itschenkrug“ war sehr gut, schmackhaft und reichlich. Bei der Wanderung zurück nach Götdeckenrode zeigte uns unser Mitglied Gerhard Liedtke (gebürtiger Isingeröder) den Götdeckenröder Friedhof außerhalb des Ortes auf der Anhöhe des östlichen Prallhanges des Oker-Urstromtales. Alle waren bester Laune nach dem gut organisierten Ausflug, als es mit eigenen PKW's in Fahrgemeinschaften in unsere Heimatorte zurückging.

Busfahrt nach Minden und zum Wasserstraßenkreuz

Der Besichtigung des Domes und des Kreuzgang-Innenhofes folgte bei dem schönen Wetter ein Gang durch die Altstadt zum Schiffsanleger „Weserpromenade“. Mit dem Fahrgastschiff „Helena“ fuhren wir wesenabwärts, der Kapitän informierte ausführlich über die zu sehenden Objekte. Nach unterqueren der „Kaiserbrücke“ erblickten wir die „alte Mindener Fischerstadt“, hinter einer vor Hochwasser schützenden Schutzmauer ist diese historische Uferbebauung neu gestaltet worden. Dann erreichten wir die Trogbriicken und bemerkten, dass der die Weser überspannende Briickenteil ein anderes Aussehen als der restliche Teil hat. Anfang April 1945 sprengte die deutsche Wehrmacht diesen Teil der Trogbriicke von 1915, um den Vormarsch der anrückenden amerikanischen Streitkräfte zu verhindern. Ab 1948 erfolgte der Wiederaufbau ohne Schmuckverzierungen. Nach Unterquerung beider Trogbriicken dann im nördlichen Vorhafen zur Einfahrt in die neue Schachtschleuse. Die Schleusenammer

ist 139 Meter lang und 12,5 Meter breit, die Hubhöhe zum Niveau des Mittellandkanales beträgt 13,2 Meter. Der Schleusenvorgang dauerte etwa eine Viertelstunde, dabei wird das ablaufende oder zulaufende Wasser in 3 Sparbecken zwischengespeichert. Bei der Ausfahrt in den Kanal nahm das Binnenschiff die Route über die neue Trogbriicke, fertiggestellt 1998. Wir passierten das Pumpwerk von 1915, hier wird Wasser aus der Weser in den Kanal befördert. Nach etwa 400 Meter Fahrt wendete das Schiff und fuhr erneut über die neue Trogbriicke, dann zur Schleuse und zur „Weserpromenade“ zurück. Nach mehr als 2 1/2 Stunden endete die Fahrt, bei Regen. Die Weserbriicke „Kaiserstraße“ – über sie fließt der Straßenverkehr am Denkmal des „Grosen Kurfürsten“ vorbei in die Mindener Innenstadt – diente zeitweilig als Regenschutz. Gespräche während der Rückfahrt nach Braunschweig ergaben: Es war ein erlebnis- und erfolgreicher Tag.

Abbildungsnachweis: Archiv Heitefuß.





Kulturhistorische Radtour: Wahle, Vechelade, Fürstenau, Sophiental – und was Herzogin Elisabeth Sophie Marie damit zu tun hat.

Nach einem kurzen PowerPoint-Vortrag von Dr. Hartmut Hoppenworth ging es mit über 50 Radler/innen auf weitgehend naturnahen Wegen abseits des Straßenverkehrs durch die abwechslungsreiche Natur- und Kulturlandschaft des Vechelder Umlandes. Die Orte Vechelde, Vechelade, Wahle, Fürstenau und Sophiental wurden erkundet. Sie sind in besonderer Weise mit dem Herzogtum Braunschweig und speziell mit Herzogin Elisabeth Sophie Marie (1683-1767) verbunden. Die Ehefrau von Herzog August Wilhelm, die ab 1712 das Schloss in Vechelde bewohnte und erweitern ließ, entwickelte eine rege Bautätigkeit, die zur Gründung von Vechelade, Fürstenau und Sophiental führte.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tour war, wie sich das dörfliche Leben und die Landschaft im Laufe der Jahrhunderte verändert hat. Die Verkoppelungs- und Separationsverfahren des 19. Jahrhunderts im Zuge der Bauernbefreiung haben das Landschaftsbild grundlegend verändert und die Industrialisierung und die demografische Entwicklung führten in den letzten hundert Jahren zu einem maßgeblichen ökonomischen, ökologischen und sozialen Wandel auf dem Lande und in den Dörfern.

Auf dem idyllisch am Waldrand gelegenen Grillplatz von Sophiental klang bei Sonnenschein – das Wetter war wesentlich besser als erwartet – mit Wein, Wasser, Saft und guten Gesprächen die Fahrradtour aus, bevor es durch das Fürstenauer Holz zurück nach Wahle ging.

Abbildungsnachweis: Klaus Hermann.

Wanderung durch das Reitlingstal im Elm

Bei allerschönstem Wetter haben wir mit einer großen Zahl interessierter Menschen den östlichen Teil des Reitlingstals im Elm erwandert. Dabei war Wissenswertes über die Flora sowie über die Geologie und Entstehung des Reitlingstals zu erfahren. Zunächst ging es zum Quellgebiet der Wabe (der sogenannte „Hölle“), wo allerdings nach dem trockenen Sommer statt sprudelnden Wassers nur etwas Matsch zu sehen war. Anschließend ging es entlang eines Hangs im Grenzbereich zwischen Buntsandstein und Muschelkalk vorbei an einigen Erdfällchen zur „Teufelsküche“. In diesem Erdfall kann man, wenn es zuvor Regen gegeben hat, einen Bach im Erdreich verschwinden sehen – es handelt sich um eine Bachschwinde. Am Waldrand ging es schließlich mit schönem Ausblick ins Tal zurück zum Parkplatz an der Gaststätte Reitling.

Abb. unten: Dr. Stefanie Bucher-Pekrun bei anschaulicher Erläuterung. Abbildungsnachweis: Dieter Heitefuß.

